

Ergänzungen zur

Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft

Wirtschaftliche Erneuerung
und
Finanzierung ohne Staatsverschuldung

Von Peter Thurnhofer

©Peter Thurnhofer (2021)
Impressum:
<https://www.thurnhofer.info/imp1>
Version 1.4 (April 2021)

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	8
Vorwort	9
Anmerkungen zur Version	10
Kapitel 1: Wie grüne Ziele verwirklicht werden können	11
Grüne Ziele	12
Verschenktes Wahlpotenzial in der unteren Gesellschaftshälfte	14
Verschenktes Wahlpotenzial durch Adaption einer arbeitnehmerfeindlichen Ideologie	18
Die Zerrissenheit des Staates durch zwei gegenläufige Wirtschaftstheorien	18
Wie der Neoliberalismus ein Erstarken sozialer Parteien verhindert	19
Kapitel 2: Das Zentrum der neoliberalen Politik ist die Mont Pèlerin Gesellschaft	21
Wie sich der Neoliberalismus etablierte	22
Der Einfluss der Mont Pèlerin Gesellschaft (MPS) auf die Gesellschaft und Politik	24
»1« Die Mont Pèlerin Society (MPS)	26
»2« Die Chicagoer Schule	26
»3« Die Österreichische Schule	26
»4« Die Freiburger Schule	27
»5« Der Kronsberger Kreis	27
»6« Universitäre Ausbreitung des Neoliberalismus	28
»7« Öffentliche Verbreitung der Ideologie über Mitteilungen und Bücher	28
»8« Der Sachverständigenrat	29
Der Rat der Arbeitswelt	31
»9« Die Medien	31
»10« Banken, Schattenbanken, Zentralbanken	33
Schattenbanken insbesondere BlackRock	33
BlackRock und die Politik	35
IWF und Weltbank	36
Die Europäische Zentralbank (EZB)	37
»11« Unternehmen	38
»→17« Der Einfluss durch Lobbying und Medienkampagnen auf die Politik	39
»→20« Einfluss durch Spenden und Stiftungen auf die politischen Parteien	43
»→14« Einfluss auf die WTO auf die parlamentarische Gesetzgebung	44
»12« Die EU-Kommission als Verbündeter der WTO	44
»13« Bundesexekutive - Wirtschaftsministerium	45

»14« WTO Gesetzgebung durch Nationalstaaten und EU	45
»15« Bundespressestelle	46
»16« Die Auswirkung der WTO-Gesetze auf die Politik	46
»17« Die Politiker	47
»18« Legislative, Einfluss der neoliberalen Ideologie in die Gesetzgebung	48
»19« Auswirkungen der WTO-Gesetzgebung auf die Bevölkerung	49
»19-1« Die oberen 10 % der Gesellschaft	49
»19-2« Die obere Hälfte der Gesellschaft ohne die oberen 10 %	49
»19-3« Die untere Gesellschaftshälfte	50
»20« Die Parteien	58
»21« Das Volk	59
»21-1« Die obere Hälfte der Bevölkerung	60
»21-2« Die untere Hälfte der Bevölkerung	63
»22« Gewerkschaften, NGO's, Sozialverbände	65
Gewerkschaften	65
Sozialverbände	65
Nichtregierungsorganisationen (wie Attac, Greenpeace)	66
Die Argumente der Neoliberalisten	67
Mythos: Klage über die Gier des Steuerstaats – Kavaliersdelikt Steuerhinterziehung	67
Mythos: Soziale Unterschiede entstehen aus Leistungsgerechtigkeit	69
Mythos: Liberalisierter Devisen- und Kapitalverkehr dient dem Wohlstand	69
Mythos: Globaler Freihandel fördert in Wohlstand in allen beteiligten Ländern	71
Der komparative Kostenvorteil von Ricardo	71
Die Nebenbedingungen des komparativen Kostenvorteils	71
Der westliche Wohlstandsabbau in der sozial schwachen Hälfte der Gesellschaft ..	73
Dumping und Ausgleichszölle in den WTO-Gesetzen	75
Wohlstandsbildung des globalen Freihandels unter WTO	76
Die WTO verhindert Wohlstand und die Umsetzung grüner Ziele	77
Wohlstandsabbau in den Entwicklungsländern	79
Mythos: Steuersenkungen für Unternehmen erhöhen die Investitionen	81
Mythos: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer	83
Die Investitionskrise - Geldschwemme und fehlende Investitionen	84
Notwendigkeit staatlicher Investitionen	84
Wichtigkeit von Grundlagenforschung	87
Mythos: »Shareholder Value« und Ziele einer Volkswirtschaft wären vereinbar	89
Mythos: Arbeitsmärkte und Produktmärkte sind überreguliert	91
Mythos: Es ist kein Geld da – es kann nichts umverteilt werden	91

Mythos: Der Sozialstaat ist nicht mehr zu bezahlen	92
Mythos: Deregulierung schafft Arbeitsplätze und Wohlstand	93
Mythos: Flexible Beschäftigungsverhältnisse schaffen Arbeit und Wohlstand.....	94
Umsetzung der flexiblen Beschäftigungsverhältnisse.....	94
Keine Ausweitung der Arbeitsstunden trotz sinkender Löhne	95
Kein Blick für die zusätzlich entstandene Armut	97
Kein Blick für die Abkoppelung der Löhne von der Arbeitsproduktivität	98
Wo der versprochene Wohlstand geblieben ist	100
Finanzmarktkrise und staatliche Maßnahmen zur Beschäftigung.....	100
Einfluss vom quantitativen Easing (QE) der Europäischen Zentralbank	102
Ablauf und Auswirkungen der neoliberalen Ideologie in Deutschland	103
Phase 1 - Beginn der Deindustrialisierung	103
Floatender Wechselkurs, Kapitalverkehrsfreigabe	103
Deindustrialisierung durch die WTO	104
Beispiel der Deindustrialisierung einer Branche durch die WTO	105
Konsequenzen des Verschwindens des Batteriemarktes	105
Phase 2 - Privatisierung staatlicher Unternehmen und Immobilien.....	106
Phase 3 - Verlagerung der Steuerzahlungen von den Reichen auf den Mittelstand....	108
Phase 4 - Die deutsche Einheit – Enteignung einer ganzen Bevölkerungsgruppe.....	109
Phase 5 - Die Staatsverschuldung	110
Phase 6 - Finanzielle Ungleichheit - Geldschwemme und Armut	111
Phase 7 - Schattenbanken Geldschwemme, Vermögensinflation und Investitionskrise	111
Phase 8 – staatliche und private Investitionsschwäche	113
Phase 9 - Inflation der Vermögenswerte Aktien und Immobilien	113
Phase 10 - Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus	114
Internationale Auswirkungen und Reaktion auf die WTO-Politik	116
Boycott der WTO durch die USA	117
Der Brexit als Loslösung vom europäischen Subventionsverbotsgesetz der WTO	118
Verhinderung staatlicher Unterstützung von Unternehmen	118
Beunruhigender Ausverkauf der Daseinsvorsorge im GATS der WTO	119
Kapitel 3: Ergänzungen zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft	120
Zielsetzung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft	121
Entwicklung eines Wohlstandsziels	122
Indikator Wachstum.....	123
Indikator Arbeitslosenquote	123
Neuer Wohlstandsindikator	124

Repräsentanten und Repräsentierte zusammenbringen.....	127
Der Weg zu Bundeszielen über die Parteien funktioniert nicht.....	127
Mehr direkte Demokratie wagen.....	127
Bürgerbeteiligung.....	130
Aufbau einer einfachen Anregungsstelle.....	130
Intransparenz verhindern.....	131
Transparenz bei Eigentumsverhältnissen der Unternehmen.....	131
Einrichtung eines Vermögenskatasters und Bewertung.....	132
Einrichtung eines öffentlich einsehbaren kostenlosen Grundstückskatasters	134
Offenlegung aller Parteispenden	135
Einrichtung eines ein verpflichtendes Lobbyregisters	136
Das Gewerbeaufsichtsamt als zentrale Sanktionsorganisation.....	137
Aufgaben der Gewerbeaufsicht.....	137
Mögliche Erweiterung der Aufgaben	138
Verstoß gegen Umweltbedingungen und Menschenrechte	138
Unfares Verhalten von Unternehmen sanktionieren	140
Sanktionen des Gewerbeaufsichtsamtes	141
Schaffung einer individuellen Wohlstandsentwicklung.....	143
Erhöhung der Löhne, die nicht am Wohlstand teilnehmen	143
Erhöhung der Löhne in der Landwirtschaft bei besserer Lebensmittelversorgung...	146
Vernünftige Wohnungspolitik etablieren.....	147
Schaffung einer gemeinschaftlichen und nachhaltigen Wohlstandsentwicklung.....	149
Korrektur der neoliberalen Investitions- und Privatisierungspolitik.....	150
Staatsinvestitionen und Industriepolitik sind notwendig	152
Generelle Lohnerhöhung - durch staatliche Investitionen zur Vollbeschäftigung..	153
Notwendige Reorganisation des globalen Außenhandels (WTO)	154
Kritik an der WTO.....	154
Anforderungen an die WTO	155
Notwendige Reorganisation bei der OECD	165
Kampf gegen Steueroasen und für mehr Transparenz	165
Anteiliger Gewinn nach Umsatz im Land.....	166
Kapitel 4: Das Finanzierungsmodell Die Kapitalbildung des Staates ohne Verschuldung	169
Wie wir das Modell aus dem ungeregelten Kapitalismus nutzen können	170
BlackRock - ein Beispiel für das Verhalten eines privaten Vermögensfonds.....	170
Der staatliche Vermögensfonds für Vollbeschäftigung, Teilhabe und Vorsorge	171
Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds.....	172

Vergleich zwischen privatem Vermögensfonds und staatlichem Vermögensfonds	175
Staatsverschuldung ist keine Lösung, aber übergangsweise einsetzbar	176
Die Renditen aus dem Vermögensfonds der Erbschaftssteuer	184
Begrenzung der Kapitalbildung zur Sicherung der freiheitlichen Unternehmensentwicklung.....	185
Investitionsvolumen des staatlichen Investitionsfonds	185
Verwendung des Vermögens und des Gewinns aus dem Fonds	185
Kapitel 5: Supranationale Organisationen mit Einfluss auf die Deindustrialisierung..	198
Supranationale Organisationen	199
Schattenbanken (BlackRock) und ihr politischer Einfluss	199
World Trade Organisation (WTO)	202
Die Mont Pèlerin Gesellschaft als Gründer der WTO	202
WTO-Organisationsstruktur	205
Ministerkonferenz	205
Allgemeiner Rat	206
GATT, GATS, TRIPS	206
Generaldirektor und Stellvertreter	207
Sekretariat	207
Beispiel für das Entstehen von nationalen Gesetzen durch die WTO	208
Die Entscheidungsfindung im »Green Room«	211
Europäische Union (EU).....	214
EU-Organisationsstruktur	214
Kritik an der EU	216
Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)	219
Zielsetzung.....	219
Mitgliedsländer und Finanzierung.....	220
Struktur und Arbeitsweise	220
Kritik an der OECD	222
Über den Autor	224
Literaturverzeichnis.....	225

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Veränderungsraten der realen Durchschnittseinkommen (netto) verschiedener Einkommensgruppen, 2000 bis 2009	15
Abbildung 2: Einfluss der MPS auf die öffentliche Meinung, die Politiker und die Gesetzgebung	25
Abbildung 3: »Kronberger Kreis« als zentraler Knotenpunkt in deutschen neoliberalen Ökonomen-Netzwerken.....	28
Abbildung 4: Nebenverdienste von Abgeordneten.....	42
Abbildung 5: Vermögensverteilung 2002 und 2007	50
Abbildung 6: Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD 1970 bis 2017	51
Abbildung 7: Wie der Markt den Breitbandausbau regelt	86
Abbildung 8: Arbeitsvolumen und Zahl der Erwerbstätigen	96
Abbildung 9: Nettolöhne pro Monat und Arbeitnehmer 1970 bis 2018	97
Abbildung 10: Armutsquoten nach SOEP und Mikrozensus im Zeitablauf.....	97
Abbildung 11: Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD 1970 bis 2017... ..	99
Abbildung 12: Das reichste 1 % besitzt 90 % des Betriebsvermögens 2015	107
Abbildung 13: Spitzensteuersätze in Deutschland (ohne Soli) im Zeitablauf.....	109
Abbildung 14: Handelsbilanzüberschuss und -defizit 2016.....	117
Abbildung 15: Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland 1951 bis 2009.....	123
Abbildung 16: Mittelwerte von Netto-Kapital- und Netto-Arbeitseinkommen 2010	125
Abbildung 17: Bildung eines einfachen Wohlstandsindikators	125
Abbildung 18: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren.....	143
Abbildung 19: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 2013 nach Dezilen	144
Abbildung 20: Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds.....	172
Abbildung 21: Dividendenrendite von 2019 bezogen auf einen früheren Kauf.....	173
Abbildung 22: Vergleich privater Vermögensfonds vs. Staatsvermögensfonds Teil 1 ...	175
Abbildung 23: Vergleich privater Vermögensfonds vs. Staatsvermögensfonds Teil 2 ...	176
Abbildung 24: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren.....	182
Abbildung 25: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland.....	183
Abbildung 26: Investitionsvolumen mit dem EFSI.....	186
Abbildung 27: Verteilung der Versichertenrenten, alte Bundesländer 2017	191
Abbildung 28: Gesundheitsfonds vom 1. Januar 2009.....	197
Abbildung 29: WTO Organisationsstruktur	205
Abbildung 30: Unilaterale außerordentliche WTO Ministerkonferenz	208
Abbildung 31: Das europäische Mehrebenensystem	214

Vorwort

Eine Gefahr die nicht erkannt wird,
kann nicht bekämpft werden.

Jede Partei strebt nach der absoluten Mehrheit, doch die ist nicht erreichbar, wenn die Fakten der Gesellschaft nicht erfasst oder durch die herrschende Ideologie verschleiert werden. Jedes Volk hat eine Ideologie, die als solche jedoch nicht wahrgenommen wird. Es werden nur die Weltanschauungen fremder Länder gesehen und weil sie von der eigenen abweichen und zur Begründung der eigenen Ideologie genutzt.

Die Partei, die als erste erkennt, wie der wirtschaftlichen Fehlentwicklung begegnet werden kann, erhält auch die absolute Mehrheit. Denn das bedeutet, der unteren Gesellschaftshälfte das zu geben, was ihnen mit dem gesellschaftlichen Ziele der Nachkriegszeit versprochen wurde und die bestehende Ideologie so zu reformieren, dass diese Änderungen möglich werden.

So hat die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands (und der westlichen Welt) ab der Nachkriegszeit durch eine langsame Veränderung der Bedingungen für die Bevölkerung zu einer Teilung der Gesellschaft geführt, die auf der einen Seite eine wohlhabende und auf der anderen Seite eine von Armut bedrohte hervorgebracht hat. Die Auswirkungen werden immer bedrohlicher.

Die Stürmung des Capitols in Washington, der Versuch einer Besetzung des Reichstages in Berlin und das Entstehen rechtspopulistischer Parteien bedrohen die Demokratie. Sie sind die Zeichen, dass die Bevölkerung einerseits den politischen Parteien misstraut und andererseits keine Erklärung für die realen Veränderungen findet, die leider auch nicht in der Presse erwähnt werden. Nur Wenige aus der unteren Bevölkerungshälfte lesen Beiträge aus dem Ausland, welche auch Beiträge bringen, die zur Aufklärung beitragen können. Wir alle lesen Zeitungen und hören Nachrichten, doch in der Regel können diese Mitteilungen nicht zu einer Einheit zusammengefügt werden, da nicht vollwertig berichtet wird und einige Teile bereits vergessen wurden, wenn die nächste Information kommt. Dieses Buch versucht, den Zusammenhang des inländischen Ideologiebereichs mit den wirtschaftlichen Konsequenzen sichtbar zu machen.

Die verheerenden Auswirkungen auf die untere Gesellschaftshälfte wurden durch drei wichtige Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit verursacht:

- Die Verlagerung der Steuern von der oberen Bevölkerungshälfte auf die untere.
- Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen mit Verlagerung der Gewinne dieser Unternehmen vom Staat zu den Privaten verbunden mit einer Geldschwemme bei der oberen Bevölkerungshälfte und einer Investitionskrise des Staates wegen fehlender Mittel, die somit auch nicht zur Beschaffung von Arbeitsplätzen beitragen können.
- Die Deindustrialisierung Deutschlands (inklusive aller westlichen Hochpreisländer) durch die Oligarchie der WTO.

Der dritte Punkt ist meist in der Gesellschaft unbekannt und doch hat er den größten Einfluss. Der nationale Staat hat mit der Entstehung von übergeordneten Organisationen (UN, EU, WTO) Macht an diese abgetreten. Dies gilt insbesondere dort, wo politische Institutionen jenseits des Staats mit der Mehrheit ihrer Mitglieder entscheiden können – wo neben rein intergouvernementalen Verfahren also auch supranationale Verfahren der Entscheidungsfindung existieren. Dabei stellt sich die Frage der Legitimität und der Demokratie für diese Entscheidungen. Dieses Problem äußert sich besonders in den Regeln der WTO.

In diesem Buch wird der Begriff »Neoliberalismus« häufig verwendet. Obwohl er allgemein sehr breit verwendet wird, ist bezüglich der Abgrenzungen zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Schulen strittig.

Er bezeichnet hier eine Neubelebung wirtschaftsliberaler Ideen, die die von 1950 bis 1982 vorherrschenden keynesianischen Ideen ersetzen.

Im Neoliberalismus wird eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung angestrebt, bei der sich der Staat mit Regeln auf ein Minimum beschränken soll. Auch wird dem Staat unterstellt, dass er nicht zur Führung von Unternehmen geeignet ist und diese deshalb privatisiert werden müssen. Von den Vertretern des Neoliberalismus wird der Begriff als linker Kampfbegriff angesehen. Die Grünen bezeichnen ihn als unregulierten Kapitalismus.

Nach Joseph Stiglitz ist Neoliberalismus gegeben, wenn eine Kombination dieser drei Elemente vorhanden ist: Rückführung der Staatsquote, Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben und Deregulierung des Kapitalverkehrs. Dies trifft auf Deutschland ab 1982 zu.

Die historische Erfahrungen verpflichten uns eine zeitgemäße ökonomische Synthese zu finden, die den widerstreitenden Elementen der menschlichen Natur gerecht wird und das Streben nach dem eigenen Vorteil (Adam Smith) mit dem Wunsch nach einem gedeihlichen Gemeinwesen (Karl Marx) verknüpft. Nur dann kann Eigennutz Gemeinnutz schaffen. Die gemeinsame Setzung von Regeln hat Jean Jacques Rousseau so beschrieben: »Solange die Bürger nur solchen Regelungen unterliegen, denen sie selbst zugestimmt haben oder denen sie sich aus freier und vernünftiger Einsicht zustimmen konnten, gehorchen sie niemand anderem als ihrem eigenen Willen.

Regionale Ordnungen sind daher verpflichtet, ihre Wohlfahrt nicht nur sozial, sondern uneingeschränkt sozial und ökologisch zu definieren.«¹

Die Zielrichtung der Grünen wird damit bestätigt.

Anmerkungen zur Version

Angesichts der kommenden Wahlen möchte ich dieses Buch als eBook in PDF-Form möglichst früh zur Verfügung stellen, bevor es auch als Print-Version erscheint. Nicht alle Kapitel sind aus zeitlichen Gründen vollständig abgeschlossen. Daher wird es weitere Versionen geben. Wer der Ansicht ist, dass einige Aspekte nicht genügend berücksichtigt wurden, kann mir gerne schreiben. Wenn möglich, werde ich diese mit einbeziehen.

Peter Thurnhofer

¹ Vgl. (Zeitler, 2006), S.36-37

Kapitel 1:

Wie grüne Ziele verwirklicht werden können

Grüne Ziele

Jeder, der sich für grüne Politik einsetzt, kennt auch deren Ziele. Doch für die Mehrheit der Bevölkerung ist das nicht so offensichtlich. Eine umfassende Übersicht über die Ziele ergibt der »Programmmentwurf zur Bundestagswahl 2021« auf 136 Seiten.²

Zweifellos ist es ein Verdienst der Grünen, auf die ökologischen Probleme dieser Gesellschaft aufmerksam gemacht zu haben. Dieser Aufstieg im Parlament hat lange gedauert und doch reicht es nicht, ohne einen Koalitionspartner das Konzept umzusetzen. Zwei Gruppen in der Bevölkerung lassen daher eine Umsetzung unwahrscheinlich werden, sofern nicht entsprechend agiert wird:

1. Knapp ein Viertel der Bevölkerung hat ganz andere Probleme und wird sich für diese Ziele nicht begeistern können, solange diese nicht behoben sind. Dabei handelt es sich um die untere abgehängte Bevölkerungsschicht. Auch wenn von den Grünen soziale und wirtschaftliche Ziele angedacht sind, gibt dazu im Programmmentwurf zur Bundestagswahl 2021 lediglich einen Rahmen, jedoch keine Antworten, wie diese neue Sozial-Ökologische Marktwirtschaft aussehen (Grüne, 2021) und funktionieren soll.

Der Fokus liegt eindeutig auf grünen Zielen, doch für die untere Hälfte der Gesellschaft sehen die Ziele ganz einfach aus:

- Einen sicheren Arbeitsplatz, der es ermöglicht im Wohlstand zu leben
- und eine Teilhabe am Vermögen der Volkswirtschaft zu erwerben, mit der alle Altersprobleme abgesichert sind.

Im Konzept 2021 der Grünen werden die wichtigsten Punkte von Merkur³ so gesehen:

- Für den wirtschaftlichen Aufbruch für das laufende Jahrzehnt ein Investitionsprogramm von jährlich 50 Milliarden Euro zusätzlich
- Beim Klimaschutz das Ziel, bis 2030 statt 55 Prozent an CO₂-Reduktion 70 Prozent zu schaffen
- Die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf 2023 vorziehen
- Um die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger zurückzugeben, die EEG-Umlage senken und ein Energiegeld für jeden Bürger einführen
- Gutverdienende stärker besteuern: Eine Vermögensteuer ab zwei Millionen Euro pro Person, die ein Prozent jährlich beträgt
- Bei der Einkommensteuer ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent einzuführen - ab 250.000 beziehungsweise 500.000 Euro von 48 Prozent
- Ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zulassen
- Kurzstreckenflüge bis 2030 überflüssig machen - durch massiven Ausbau der Bahn

² (Grüne, 2021)

³ Franziska Schwarz, 21.3.2021, Merkur, Grüne lösen mit Wahlprogramm heftige Reaktionen aus

- Das bisherige Hartz-IV-System soll nach dem Willen der Grünen durch eine Garantiesicherung ersetzt werden, die auf die bisherigen Sanktionen verzichtet. Zudem wollen die Grünen die bisherigen Leistungen für Kinder zu einer Kindergrundsicherung zusammenfassen.

Von den Grünen wird nicht gesehen, dass es nicht genügt neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn nicht gleichzeitig verhindert wird, dass diese durch supranationale Organisationen (WTO) nicht wieder abgebaut werden.

Das Prinzip Arbeitsplätze zu schaffen, und diese über Schulden zu finanzieren hat versagt. Es wurden ständig neue Arbeitsplätze geschaffen, doch der Abbau durch den Verdrängungswettbewerb war stärker.

Nur eine Re-Industrialisierung kann der unteren Gesellschaftshälfte zur Erreichung ihrer Ziele verhelfen, doch dazu benötigt es auch die Hilfe der zweiten Gruppe. Mit der Gewinnung dieser Gruppen könnte sich die Zustimmung für grüne Ziele verdoppeln.

2. Die weitaus größere Gruppe in der Bevölkerung ist beeinflusst durch die in allen Medien verbreitete »neoliberale Ideologie«⁴. Sie stellt auch die Mehrheit im Parlament. Die 1982 geänderte Wirtschaftspolitik von einer Wohlstandszielsetzung zu einer Sozialsetzung, Schwächung des Staates und Zielsetzungen, die nur durch Gewinne bestimmt sind, wird auch von den Grünen gesehen:

»Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu. Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und gefährdet bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik. [...].

Konzepten wie »Wachstum«, »Effizienz«, »Wettbewerb« und »Innovation« wird derzeit ein Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen.«⁵

Ein entscheidender Faktor ist die WTO, die sich unbemerkt von der Öffentlichkeit in wirtschaftlichen Fragen zu einer Weltregierung entwickelt hat. Die Regelungen der WTO sind unmittelbar Grundlagen für in der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten geschaffene Gesetze ohne Mitsprache der Parlamente. »Der globale Wettbewerb verursacht ein ganzes Bündel externer sozialer und ökologischer Kosten, die als Folge niedriger Löhne, schlechter Arbeitsbedingungen und hoher Arbeitslosigkeit, durch Vernachlässigung der staatlichen Daseinsvorsorge sowie durch unzureichende Standards aller Arten entstehen. All diese Kosten werden, weil sie weder in den Preiskalkulationen der Unternehmen noch in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingehen, in unbekannter Höhe der Allgemeinheit und zukünftigen Generationen aufgebürdet und erfüllen damit den Tatbestand staatlich geduldeter oder geförderter Preisdrückerei [Dumping bzw. Verdrängungswettbewerb]. [...].

Eine ökonomische Todsünde der WTO besteht überdies darin, dass sie die Ursachen hoher Produktivität, die zum Einen in natürlichen landestypischen Vorteilen, zum

⁴ Ausführlich (Horn, 2020) Abschnitt: Es begann mit dem Neoliberalismus

⁵ (Grünen B. d., WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen, 2019), Zeile 13ff

Anderen in bewusst niedrig gehaltenen Sozial- und Umweltstandards und manipulierten Wechselkursen begründet sind, in einen Topf wirft und allesamt zu »natürlichen« Preisvorteilen erklärt. Diese Todsünde ist, wie nicht anders zu erwarten, Ausdruck industrieller und finanzwirtschaftlicher Interessen, wie sie sich in der WTO manifestieren.«⁶

Doch die Gewinnung von Zustimmung für die grünen Ziele hängt davon ab, ob diese Ziele Gewinne erwirtschaften. Gibt es diese Gewinne nicht, fallen die grünen Ziele unter den Tisch. Eine Koalition mit dieser Gruppe führt zu einer Auslaugung der politischen Ziele der Grünen und würde sehr wahrscheinlich genauso verlaufen wie in der Großen Koalition mit dem Schicksal der SPD. Nur neoliberale Gewinnziele werden verwirklicht. Ziele, die Subventionen oder große Anlaufkosten erfordern, werden nicht ausgeführt. Die Anhänger werden enttäuscht und wenden sich von der Partei ab. Am Ende gibt es sie nicht mehr.

Worauf kommt es also bei der Umsetzung der Ziele der Grünen an? Die gesamte Bevölkerung muss in die Zielsetzung eingebunden werden und das erfordert eine bessere soziale Landschaft und eine andere Wirtschaftspolitik als heute. Als Orientierung können eher die Ziele der Bundesrepublik von 1950 bis 1982 mit einigen Änderungen angenommen werden. Das setzt voraus, zu erkennen, was denn in unserer hochgelobten Wohlstandsgesellschaft, bei der nur die Hälfte im Wohlstand lebt, falsch gelaufen ist.

Verschenktes Wahlpotenzial in der unteren Gesellschaftshälfte

Diese Gruppe bildet die unterste Gesellschaftshälfte ab, die von der Wohlstandsentwicklung abgehängt wurde. Ihre Sorgen, früher vertreten durch die SPD, sollen nun durch Protestparteien, wie die AFD (12,6 % Bundestagswahl 2017) wahrgenommen werden oder sie sind so entmutigt, dass sie zu den Nichtwähler zählen (24,4 % Bundestagswahl 2017). Bei einer Wahlbeteiligung von 75,6 % dürfte man davon ausgehen, dass rund 16 % der Nichtwähler auch wählen würden, wenn sie ihre Ziele von einer politischen Partei verwirklicht sehen würden. Wie viel sich von diesen Wählern in der unteren Gesellschaftshälfte befinden lässt sich schwer abschätzen, doch mit einer guten Politik für diese Gruppe, dürften Stimmengewinne bis zu 20 % möglich sein.

Als die Bundesrepublik Deutschland 1950 ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele formulierte, wurde an eine Wohlstandsgesellschaft gedacht, wobei jeder Bürger Vermögen erwerben sollte, welches jedem Bürger eine Absicherung bis zu seinem Tode erlauben sollte. Staatliche Unternehmen wurden privatisiert und als Volksaktien angeboten (VW 1961, VEBA 1965). Auch an eine Mitarbeiterbeteiligung wurde gedacht, doch auch diese Maßnahme setzte sich nicht richtig durch.

Laut nachfolgender Abbildung 1 haben 50 % der der Bevölkerung über mehrere Jahre Einkommensverluste erlitten, die nicht nur die untere Wohlstandsgrenze unterschritten haben, sondern direkt in die Armut führten.

⁶ (Zeitler, 2006), S. 109

»Während sich das mittlere Einkommen zwischen 1999 und 2014 nur um ungefähr 2,5 Prozent erhöht hat, von gut 19.300 auf gut 19.800 Euro, hat das obere Zehntel in diesem Zeitraum real um ungefähr 17 Prozent zugelegt, das untere Zehntel dagegen real ungefähr 14 Prozent verloren. Die Kluft zwischen diesen beiden Einkommensgruppen ist binnen eineinhalb Jahrzehnten um knapp ein Drittel gewachsen. Nimmt man wie üblich das Jahr 1991 als Ausgangspunkt, fällt die Differenz sogar noch größer aus. Zwar hat das untere Zehntel dann »nur« noch einen Verlust von 8 Prozent zu verzeichnen, der Zugewinn des oberen Zehntels liegt mit circa 27 Prozent dafür aber auch deutlich höher.«⁷

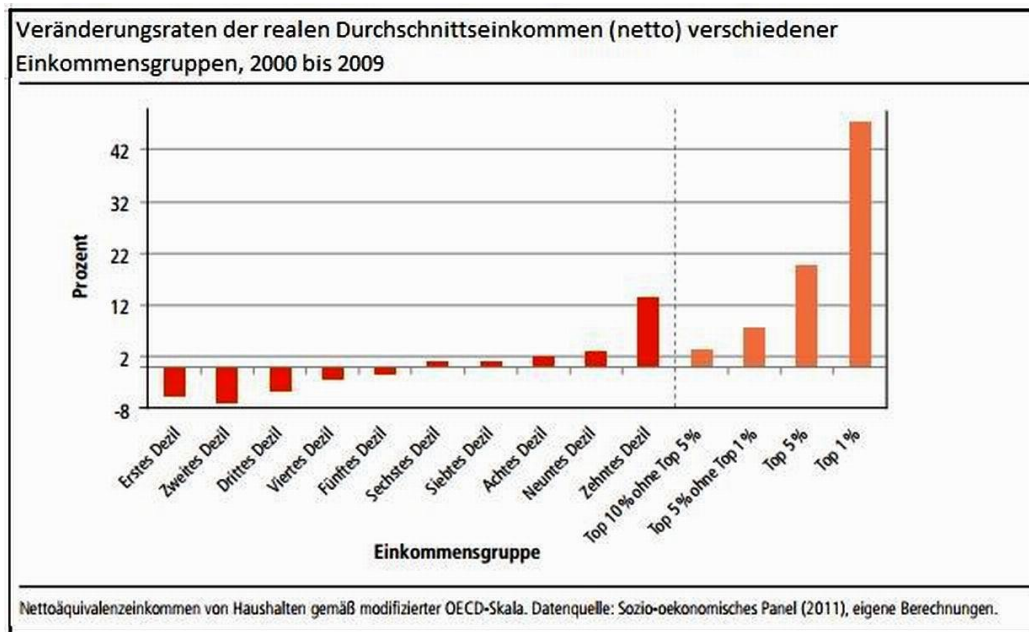


Abbildung 1: Veränderungsraten der realen Durchschnittseinkommen (netto) verschiedener Einkommensgruppen, 2000 bis 2009

Quelle: Christina Anselmann und Hagen Krämer, 9.2012, Wiso direkt, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09319.pdf>, Abb. 1

Zusammen mit der neoliberalen Privatisierungspolitik und der Agenda 2010 und Harz IV ist der untere Teil der Gesellschaft in eine hoffnungslose Situation geführt worden:

18,5 Millionen Bürger leben in prekären Arbeitsverhältnissen oder in Armut.

Auch wenn die Zahlen teilweise geschätzt sind und manchmal die Zusammenhänge schwer zu ermitteln sind, ob z. B. eine Untergruppe an einer anderen Stelle erfasst ist oder nicht, so bietet sich doch eine eindeutige Übersicht über die Verschlechterung der finanziellen Situation der ärmeren Bevölkerungsschicht.

Die Anzahl der Personen, die sich in einer prekären Lage befinden, können wir wie folgt zu 13,5 Millionen zusammenfassen:

3.500.000 Arbeitslose

8.000.000 atypisch Beschäftigte und Niedriglöhner,

430.000 Scheinselbstständige

Zusätzlich die unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze lebenden mit 5,6 Millionen:

2.700.000 Personen unter 18 Jahren

2.900.000 Rentner, bei Annahme von insgesamt 21 Millionen Rentnern

Zusätzlich Hilfsbedürftige mit ca. 580.000:

⁷ (Hartmann, 2018), S. 120

860.000 Wohnungslose / Obdachlose,
84.000 Inobhutnahmen von Kindern aus gefährdeten Familien.⁸

Grob gesehen lebten bis vor der Corona-Krise ca. 18,5 Millionen, also knapp ein Viertel der Bevölkerung, in gefährdeten oder unsicheren Verhältnissen und haben keinen Anteil am Wachstum und Wohlstand des Landes.

Durchschnittlich ist in Deutschland von 1995 bis 2015 ein neues Vermögen von 87.500 Euro pro Person entstanden. Das Goldene Zeitalter ist noch lange nicht vorbei. Doch rund 20 Millionen der Bevölkerung hatten daran keinen Anteil. Im Gegenteil, ihre finanzielle Situation hat sich verschlechtert.

Wie arm große Teile der Bevölkerung inzwischen geworden sind, wird aus einem Spiegel-Bericht ersichtlich. Strom ist die Grundlage für Licht, Heizung, Warmwasser, Kühlschrank, Telefon und Internet, sofern diese Geräte dafür zur Verfügung stehen. Im Jahr 2019 (vor der Corona-Krise) wurden Strom-Sperrandrohungen an 4,75 Millionen Haushalte verschickt. Diese können vorgenommen werden, wenn der Haushalt mit mindestens 100 Euro in Verzug ist. Auch wenn am Ende nur 289.000 Haushalten der Strom wirklich abgestellt wurde.⁹

Die Zahl der privaten Haushalte stieg zwischen den Jahren 2000 und 2019 um 10,1 % auf 41,5 Millionen (Mio.), wobei die mittlere Haushaltsgröße auf 2,0 Personen pro Haushalt sank. Daraus lässt sich ableiten, dass insgesamt 9,5 Millionen Personen und bei einer Bevölkerung von 83,2 Millionen (Mio.) Menschen in Deutschland (Stichtag (31.12.2019)) somit 11,3 % der Bevölkerung davon betroffen waren.

Auch die Anzahl der Tafeln von 1993 bis 2017 auf 941, die für diese Gruppe eine große Hilfe bei der Lebensmittelversorgung darstellt, weist in die gleiche Richtung einer zunehmenden Verarmung der Gesellschaft.

Angesichts eines enormen Vermögenswachstums von 50 Milliarden Euro in 1950 auf 15.373 Milliarden Euro in 2017 (siehe *Abbildung 25: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland*) von denen 40 % der Bevölkerung keinen Anteil hatten, dafür aber mit ihrer Arbeitskraft zum Ergebnis beigetragen haben, stellt sich die Frage, warum diese Arbeit so gering bewertet wird. Gesellschaftliche Teilhabe kann nicht nur als soziokulturelles Existenzminimum gesehen werden. Über den substanziellen Bedarf von Ernährung, Miete und Bedarfsartikel gibt es weitere Indikatoren, die für eine Wohlfahrtsgesellschaft erforderlich sind. Dazu gehört die Verwirklichung einer menschenwürdigen Lebensführung.

»Sen und Nussbaum schlagen vor, Fähigkeiten beziehungsweise Verwirklichungschancen zur Bemessungsgrundlage menschlichen Elends und Wohlergehens zu machen. Normativ besonders ambitioniert, verknüpft Nussbaums Ansatz mit der menschlichen Würde ein Anrecht aller Menschen auf soziale Teilhabe, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. [10]. Andererseits sieht sie jeden Staat in der Pflicht, für die Entwicklung und den Erhalt dieser Fähigkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger bis zu einem Schwellenwert zu sorgen, wobei reichere den ärmeren Staaten helfen sollen. [11]. Als zentral stuft sie zehn

⁸ Vgl. (Thurnhofer, 2019), Die Ergebnisse der neoliberalen Privatisierungspolitik, S. 177ff.

⁹ Vgl. (Spiegel, Armut in Deutschland, 2020)

¹⁰ Vgl. (Nussbaum M. C., Women and Human Development, 2000), S. 73ff.

¹¹ Vgl. (Nussbaum M. C., Frontiers of Justice: Disability, Nationality, Species Membership, 2006), S.53; (Nussbaum M. C., 2011), S. 24, 63f.

Fähigkeiten ein, und zwar, ein Leben von normaler Dauer zu führen, bei Gesundheit zu sein, körperliche Integrität zu wahren, die Sinne, das Denken und Gefühle zu entwickeln, eine Vorstellung des Guten zu entwerfen, mit anderen und für andere zu leben, Selbstachtung zu entwickeln, an nicht menschlichen Lebewesen Anteil zu nehmen und politisch zu partizipieren.«¹²

Wie wenig diese Grundsätze in unserer Gesellschaft gelten, zeigt, wie der viel beschworene Wohlstand in unserer Gesellschaft wirklich aussieht.

Aber nicht nur auf der Einkommensseite der unteren Hälfte der Bevölkerung gibt es große Probleme. Im Falle von Krankheit und Pflege können die entstehenden Kosten nicht gedeckt werden bzw. die Behandlung nicht oder unzureichend durchgeführt werden. Gerade in der Corona-Krise zeigt sich der Pflegenotstand ganz offen und wird erstmals systemrelevant eingestuft.

»Während es in Deutschland zurzeit etwa 2,5 Millionen Pflegebedürftige gibt, wird deren Zahl für das Jahr 2030 auf 3,3 Millionen und für 2050 auf 5,3 Millionen geschätzt. Für diesen Bedarf wird es viel zu wenige Pflegekräfte geben, das steht fest. Die Zahl der dann fehlenden Pflegekräfte wird auf mindestens 200 000 geschätzt. [...].

Noch vor 25 Jahren versorgten 420 000 Pflegekräften etwa 14 Millionen »Fälle« also Kranke. Heute sind es nur noch 320 000 Pflegekräfte, die 19 Millionen Kranke versorgen. Im gleichen Zeitraum hat sich die durchschnittliche Liegezeit von vierzehn auf sieben Tage halbiert. Damit hat sich die Fallzahl pro Pflegeperson mehr als verdoppelt. Deutlicher kann man Arbeitshetze, Überlastung und vorhersehbaren Burnout nicht in Zahlen fassen.«¹³

Einen guten Überblick, über die soziale gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland findet sich auch bei Zeitler.¹⁴

Wenn die Grünen mit ihrer Politik Erfolg haben wollen, dann dürfen sie diesen Teil der Gesellschaft nicht vergessen.

Das bedeutet, dass sie sich nicht nur um grüne Ziele kümmern müssen, sondern besonders wirtschaftliche Änderung als Basis ihrer Ziele in den Vordergrund stellen sollten.

Diese wirtschaftliche Änderung kann nur in der Beendigung der neoliberalen Wirtschaftspolitik (von den Grünen als »ungeregelten Kapitalismus« bezeichnet) bestehen.

Bevor auf eine Lösung eingegangen werden kann, muss daher die Argumentation des Neoliberalismus beleuchtet werden, die zu dieser oben genannte Entwicklung geführt hat.

Doch das alles kann nur durchgeführt werden, wenn auch das notwendige Kapital zur Umsetzung dieser Ziele zur Verfügung steht. Dieses Kapital muss in einer Form zur Verfügung gestellt werden, die weder zu einem Staatskapitalismus noch zum Sozialismus führt. Möglich ist das durch einfache und gerechtere Anpassungen des bestehenden Systems. Die Lösungen werden in den nachfolgenden Kapiteln besprochen.

¹² (Brune)

¹³ (Hontschik, 2019), Kapitel: Totalschaden

¹⁴ Siehe auch (Zeitler, 2006), S. 54-60

Verschenktes Wahlpotenzial durch Adaption einer arbeitnehmerfeindlichen Ideologie

»Der Neoliberalismus befördert den Glauben an einen auf weltweiten Freihandel und Kapitalmobilität gestützten Marktwettbewerb, flankiert durch einen marktfreundlichen, begrenzten Staat, der Arbeitsmarktflexibilität fördert, die Abhängigkeit von Wohlfahrtsleistungen zu reduzieren versucht und die Bereitstellung öffentlicher Güter kommerzialisiert. Die Losungen eines solchen Neoliberalismus lauten: Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und eine Delegation an nicht demokratisch kontrollierte Institutionen, wie z. B. »unabhängige« Regulierungsstellen oder Zentralbanken. Wichtige Kriterien sind individuelle Verantwortlichkeit, Wettbewerb und die zentrale Rolle der Marktallokation. Das neoliberale Mantra präsentiert den Staat als ein beständiges Problem und den Markt als die Lösung [...] trotz der Tatsache, dass die Märkte und nicht der Staat für die Krise verantwortlich waren.«¹⁵

Die Zerrissenheit des Staates durch zwei gegenläufige Wirtschaftstheorien

»Vor über 250 Jahren schrieb Adam Smith im Zusammenhang mit seiner These der »unsichtbaren Hand«, wenn kapitalistische Märkte sich selbst überlassen blieben, würden sie sich selbst regulieren; der Staat solle sich darauf beschränken, die grundlegende Infrastruktur zu schaffen (Schulen, Krankenhäuser, Straßen) und dafür zu sorgen, dass Privateigentum und »Vertrauen« (ein Moralkodex) zwischen den Akteuren bewahrt und geschützt würden (Smith 1974 [1776]). [...].

John Maynard Keynes glaubte, kapitalistische Märkte bräuchten unabhängig von ihrem Ursprung beständige Regulierung, weil der Kapitalismus seinem Wesen nach instabil sei. Keynes vertrat die Auffassung, die Stabilität des Kapitalismus hänge davon ab, dass alle vier Ausgabenkategorien (die gesamtwirtschaftliche Nachfrage) beim BIP im Gleichgewicht gehalten würden:

- die Investitionen von Unternehmen,
- die Investitionen des Staates,
- die Ausgaben der Konsumenten und
- der Exportüberschuss.

[...].

Nach dieser Sicht führt die Unsicherheit zu einem ständigen Wechsel von Phasen der Über- oder der Unterinvestition, was schwere Fluktuationen in der Wirtschaft verursacht, die durch den Multiplikatoreffekt noch verstärkt werden. Keynes zufolge müssen die privaten Investitionen andauernd durch Staatsausgaben ausbalanciert werden, sonst werden Rückgänge bei Konsum und Investitionen zu Marktzusammenbrüchen und Wirtschaftskrisen führen. Sie waren tatsächlich an der Tagesordnung, bevor Keynes' Gedanken Einzug in die Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg hielten.«¹⁶

¹⁵ (Schmidt, 2013)

¹⁶ (Mazzucato, 2014), Pos. 584 ff.

»Nach einer kurzen Blütezeit in den sechziger und siebziger-Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte die Politische Ökonomie in der Bundesrepublik einen gravierenden Terrain- und Niveauverlust. Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither das Einheitsdenken der neokonservativen und neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medienredaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen. Selbst ein sehr gemäßigter Keynesianismus wird in der Bundesrepublik mittlerweile nur noch als Kuriosum belächelt.«¹⁷

Wie der Neoliberalismus ein Erstarken sozialer Parteien verhindert

Die Probleme der zweiten Gruppe bei der Hinderung der Grünen an Stimmenzugewinnen bestehen in der ideologischen Ausrichtung, die Westeuropa seit Ende der 70er-Jahre erfahren hat. Diese Gruppe überwiegt mit einem Anteil von zweidrittel in der Bevölkerung und hat auch einen starken Anteil innerhalb der Grünen. Die Ausrichtung der SPD an der Ideologie der Konservativen hat die SPD so weit dezimiert, dass sie kaum noch wahrgenommen wird. Auch den Grünen droht das gleiche Schicksal und zwar aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist, wie noch weiter zu zeigen sein wird, dass die Ziele, die die Grünen anstreben, meist von den Konservativen nicht geteilt werden, da sie überwiegend keine Gewinne erzielen und damit für Konservative uninteressant sind. Viele Ziele der Grünen benötigen staatliche Mittel für Investitionen oder Subventionen. Eine Koalition mit den Konservativen läuft auf Ziele hinaus, die Gewinne erwirtschaften, und die anderen Ziele werden blockiert. Am Ende passiert es wie bei der SPD. Die Wähler wenden sich ab, weil die Versprechungen nicht gehalten werden. Die Partei versinkt in Bedeutungslosigkeit.

Der zweite Grund ist, dass diese Entwicklung schon früh in der Partei erkannt wird und bevor sich Wähler abwenden, die Partei zersplittert. Bevor es zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen auf Bundesebene kommt, geht es schon dem Untergang entgegen. Diese Entwicklung scheint schon begonnen zu haben.

Wie die FAZ berichtete, sei aus der außerparlamentarischen »Fridays for Future« Bewegung in Baden-Württemberg eine Partei geworden, die »Klimaliste Baden-Württemberg«. Diese Partei entwickle sich zu einer gefährlichen Konkurrenz von links, da es über den konservativen Kurs des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann Unbehagen der grünen Basis oder in der Landtagsfraktion gab.¹⁸

Der Neoliberalismus hat sich soweit in die Gesellschaft eingebracht, dass er kaum noch als solcher erkannt wird. Die Folgen sind sichtbar, werden aber nicht dieser Ideologie zugeordnet. Daher ist es erforderlich, mit einem separaten Abschnitt den Einfluss und die Wirkungsweise dieser Ideologie deutlicher zu machen.

»Für die ökonomische Wissenschaft ist es beschämend, dass sie sich trotz der verheerenden weltweiten Entwicklung, die beim besten Willen nicht mehr zu übersehen ist, weiterhin in einem dogmatischen Tiefschlaf befindet.«¹⁹

¹⁷ (Walpen, 2004), Vorbemerkungen der Herausgeber

¹⁸ Vgl. (SOLDT, 2020)

¹⁹ (Zeitler, 2006), S. 117

Kapitel 2:

Das Zentrum der neoliberalen Politik
ist die
Mont Pèlerin Gesellschaft

Wie sich der Neoliberalismus etablierte

Der Begriff des »Neoliberalismus« tauchte erstmals im Jahre 1938 in Paris auf, wo er den Wunsch nach einer Erneuerung des Liberalismus ausdrückte. Die Historiker konzentrierten sich dabei insbesondere auf die von Friedrich August von Hayek und anderen gegründete Mont Pèlerin Society (MPS).²⁰

Diese Ideologie setzte sich in den 70er-Jahren mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den angelsächsischen Ländern durch, und erreichte mit der Wahl von Helmut Kohl 1982 auch Deutschland.

»Die Welt wird durch die Marktkräfte regiert«. [21]. In den Augen der Kritiker wirkte diese Welt wie ein neues Kolonialreich, in dem »die Globalisierung den Kolonialismus ersetzt«. [22]. In den Augen der Befürworter war es eine Welt, in der sich Güter und Kapital, wenn auch nicht die Menschen, gemäß der Logik von Angebot und Nachfrage ungehindert bewegen konnten, wodurch Wohlstand – oder zumindest Chancen – für alle entstanden. [23]. [...].

Die Neoliberalen, erklärte man uns, glaubten an den globalen Laissez-faire-Kapitalismus mit sich selbst regulierenden Märkten, schlanken Staatsbürokratien und einer Reduktion der menschlichen Motivation auf das eindimensionale rationale Eigeninteresse des Homo oeconomicus. Die neoliberalen Globalisten, hieß es, verschmolzen den Kapitalismus des freien Marktes mit der Demokratie und träumten von einem einzigen, grenzenlosen Weltmarkt.«²⁴

»Bemerkenswert ist, dass die viel gepriesene Berücksichtigung von Aspekten des Verteilungsstaates verschwand, als die Ordoliberalen ihre Aufmerksamkeit auf die globale oder internationale Ebene verlagerten. [...]. Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation, die sich die Rechte der Arbeiter und die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen schrieben, wurden erneut zum Feindbild. [...].

Das zeigt einmal mehr, dass das »Soziale« in der sozialen Marktwirtschaft nicht als Hinweis auf einen wesentlichen Bestandteil ihres Denkens, sondern eher als taktisch notwendiges Zugeständnis an eine starke Arbeiterbewegung und die verbreitete sozialistische Stimmung im Deutschland der Nachkriegszeit betrachtet werden sollte. [...].

Im Rückblick auf das 20. Jahrhundert zeigt sich, dass die Neoliberalen insbesondere dann mobil machten, wenn Versuche unternommen wurden, einen umfassenden Überblick über die Wirtschaft zu gewinnen. [...].

In der neoliberalen Vision der Weltordnung diszipliniert die Weltwirtschaft die einzelnen Nationalstaaten mit ständiger Krisengefahr, mit der Aussicht auf Kapitalflucht, welche die Ausweitung des Sozialstaats verhindern wird, und mit spekulativen Attacken auf Währungen von Staaten, deren Regierungen die Staatsausgaben erhöhen. [...].

Die Demokratie ist eine potenzielle Bedrohung für die Marktordnung. Daher werden Sicherheitsvorkehrungen gegen das zerstörerische Potenzial der Demokratie benötigt. Die Demokratie ist gefährlich, weil sie Forderungen nach Umverteilung legitimiert. Alle

²⁰ Vgl. (Slobodian, 2019), Kapitel: Denken in Weltordnungen

²¹ (Streck, 2015) S. 168

²² Vgl. (Hardt, 2003)

²³ Vgl. (Friedman, 2006)

²⁴ (Slobodian, 2019), Kapitel: Denken in Weltordnungen

weltwirtschaftlichen Probleme haben ihren Ursprung in nationalen Verteilungskämpfen.«²⁵

»In der Umorientierung der Meinungen von Ökonomen spielte, wie Schmelzer (2010) im Detail gezeigt hat, die Mont Pèlerin Society (MPS) eine überragende Rolle. Ihr Erfolg (der den Zeitgenossen nicht als ein solcher erscheinen konnte, weil die Gesellschaft nach außen unbekannt war) [...] demonstriert die Dichte dieses Netzwerkes. Es wuchs in den sechziger-Jahren stetig an: 1951 gab es 172 Mitglieder, 1961 waren es 258, 1966 dann 323 und 1975 bereits 381 (Walpen 2004: 393ff.). Der MPS ist es in den sechziger-Jahren tatsächlich gelungen, in der Frage der internationalen Währungsordnung strategisch geplant viele Bereiche der Gesellschaft zugleich zu beeinflussen: die ökonomischen Zunft, die mediale Öffentlichkeit, die Politik und führende Personen im Banken- und Wirtschaftssektor.«²⁶

»Die MPS wird dabei verstanden als ein interdisziplinäres Netzwerk oder Denkkollektiv von Ökonomen, Politikern, Intellektuellen und Geschäftsleuten, das von Anfang an transnational war und entsprechend agierte.«²⁷

»Mit den Wahlsiegen von Margaret Thatcher in Großbritannien, Ronald Reagan in den USA und Helmut Kohl in Deutschland erfolgte Anfang der 1980er-Jahre ein neokonservativer Politikwechsel in drei der wirtschaftlich stärksten und politisch einflussreichsten Nationen. Die wirtschaftspolitischen Credi orientierten sich an monetaristischen und »supply side« Ansätzen, [...]«²⁸

»In den 1980er-Jahren begann eine grundlegende Restrukturierung des Kapitalismus, in welcher die Klassen-, Geschlechter- und Naturverhältnisse reartikuliert wurden. [...]. Es gelang, das amerikanische Imperium »auf bemerkenswerte Weise in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts« zu reorganisieren. Das bedeutet aber nicht, »dass der globale Kapitalismus eine neue, höhere Stufe der Stabilität erreicht hätte. Tatsächlich könnte man sagen, dass eine dynamische Instabilität und Kontingenz systemhaft in diese reorganisierte Form des Imperiums eingeschlossen sind.« (Panitch/Gindin 2004, 69). [...]. In der neuen weltpolitischen Situation versuchten die neoliberalen Kräfte einerseits ihre Stellung zu festigen. Andererseits wurden die Anstrengungen zur Durchsetzung von Markt und Konkurrenz als effiziente Wirtschaftspolitik generell wie als wirtschaftspolitische Lösung sozialer Probleme mit unverminderter Intensität fortgesetzt. Aufgrund der Zunahme neoliberaler wie neokonservativer Think Tanks [...] konnten die entsprechenden Agenda-Setting- und Politikformulierungsaktivitäten im Verlauf der 1980er-Jahre noch intensiver und flächendeckender durchgesetzt werden. Dazu wurden nicht nur persönliche Kontakte, Presseerklärungen oder Treffen genutzt, um entsprechenden Einfluss zu erlangen. Anfang der 1980er-Jahre wurde die »Technik des Direct Mailing« (Messer-Davidow 1993, 925) als neue Mobilisierungsstrategie von der Neuen Rechten entwickelt. Die viel beschworene und auf der Linken oft belächelte »geistig-moralische Wende«, die nicht nur in Deutschland, sondern mit anderen Slogans auch in Großbritannien und den USA stattfand, war ein Prozess, der nicht erst mit dem Regierungsantritt der neokonservativen Kräfte erfolgte, sondern vielmehr schon länger eingesetzt hatte und daher nur scheinbar »auf einmal« in der »westlichen Hemisphäre« politisch verankert werden konnte. Die mediale Berichterstattung trug das Ihre zur beinahe omnipräsenten Verbreitung der neoliberal-neokonservativen Ideologien bei.

²⁵ (Slobodian, 2019), Kapitel: Eine Welt der Völker ohne Volk

²⁶ (Ötsch, 2015), S.89

²⁷ (Schmelzer, 2010), Pos. 2304

²⁸ (Walpen, 2004), S. 196

Gleichzeitig begnügten sich die diversen Organisationen im heterogenen Bereich von Neoliberalismus und Neokonservatismus keineswegs damit, nur das Erreichte zu bewahren und abzusichern. Vielmehr wurde intensiv damit begonnen, neue Themen zu bearbeiten und das Feld der Möglichkeiten unter Bedingungen neoliberaler und neokonservativer Regierungen neu auszuloten.«²⁹

Der Einfluss der Mont Pèlerin Gesellschaft (MPS) auf die Gesellschaft und Politik

»Die Mont Pèlerin Society (MPS) ist ein weltweit aktives neoliberales Elitenetzwerk. In ihrer Selbstbeschreibung identifiziert die Gesellschaft neben dem Rückgang des politischen Liberalismus mehrere Hauptprobleme gegen die sie sich einsetzt: Die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Macht von Gewerkschaften und Monopolen sowie ständige Inflationsgefahr. [...].

Die Mont Pèlerin Society veröffentlicht auf ihrer Webseite kein Verzeichnis ihrer Mitglieder. [...].

Zu den einflussreichsten Mitgliedern gehört Charles G. Koch, der US-Milliardär, der gemeinsam mit seinem Bruder David Millionen Dollar an Denkfabriken spendet, die den Umweltschutz bekämpfen und den Klimawandel leugnen. Ein Großteil der Mitglieder ist in Denkfabriken aktiv, bei denen es sich in Wirklichkeit vielfach schlicht um finanzstarke Lobby-Gruppen handelt. Eine davon ist die Heritage Foundation in Washington, die für niedrige Steuern kämpft, eine andere das von Charles G. Koch gegründete Cato Institute, das sich im Auftrag seiner Finanziere gegen jedwede Form von Klima-Politik einsetzt. [...]. Für eine Mitgliedschaft müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein: Empfehlung durch zwei Mitglieder, Abgabe eines Lebenslaufs, Erläuterung der Gründe für eine Mitgliedschaft, Teilnahme an mindestens einer Veranstaltung der Gesellschaft.«³⁰

²⁹ (Walpen, 2004), S. 199

³⁰ (Lobbypedia, Mont Pelerin Society,)

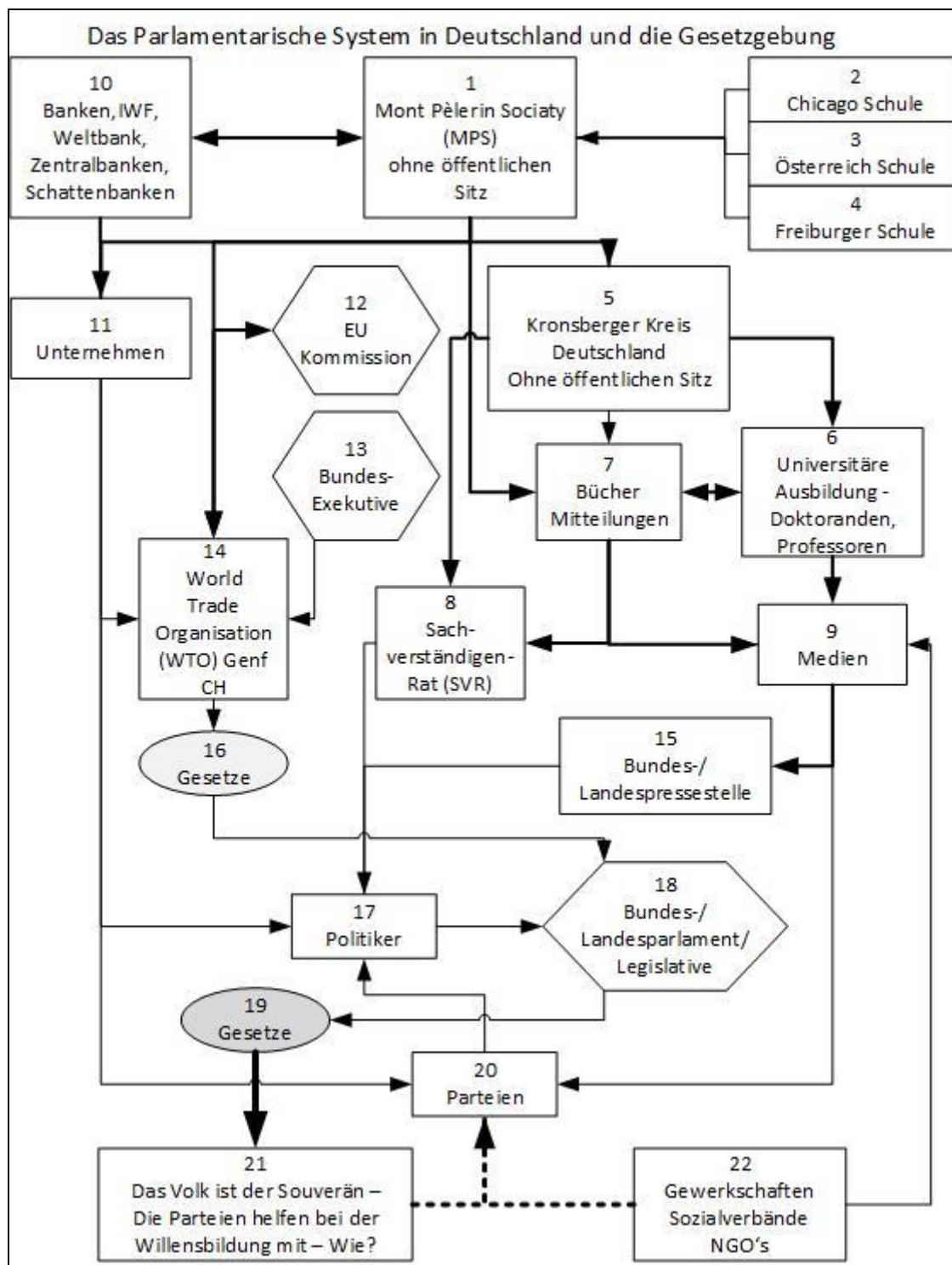


Abbildung 2: Einfluss der MPS auf die öffentliche Meinung, die Politiker und die Gesetzgebung

Die MPS verstand es, über verschiedene Gruppen, Einfluss auf die Gesetzgebung der Politik (Legislative) zu nehmen, wobei Transparenz in allen Bereichen vermieden wurde. In den nachfolgenden Überschriften geben die Nummern (»X«) den Block in der Abbildung 2 an.

»1« Die Mont Pèlerin Society (MPS)

Die MPS (Abbildung 3, Nr. 1) entstand aus drei unterschiedlichen Schulen: Chicagoer Schule mit Friedmann (Abbildung 3, Nr. 2), der österreichischen Schule mit Hayek (Abbildung 3, Nr. 3) und Freiburger Schule mit Eucken ((Abbildung 3, Nr. 4). Alle diese Schulen sind Vertreter einer neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Auf der Webseite der Mont Pèlerin Society (MPS) heißt es: »Die Mont Pèlerin Society setzt sich aus Personen zusammen, die weiterhin die in der Zielerklärung dargelegten Gefahren für die zivilisierte Gesellschaft sehen. [...].

Obwohl sie nicht unbedingt eine gemeinsame Interpretation der Ursachen oder Folgen teilen, sehen sie eine Gefahr in der Ausweitung der Regierung, nicht zuletzt in der staatlichen Wohlfahrt, in der Macht der Gewerkschaften und des Geschäftsmonopols sowie in der anhaltenden Bedrohung und Realität der Inflation.«

Obwohl die MPS von sich behauptet, »keine nachweislich nachgewiesene Rolle in der Weltpolitik zu spielen«, sind im Gegensatz dazu viele seiner einzelnen Mitglieder in der Tat bekannt und einflussreich. Der Einfluss erfolgt jedoch nicht als Vertreter der MPS sondern sie haben das alles als Individuen der MPS getan. Der Beitrag der MPS zur Weltpolitik ist die Bereitstellung von einem Forum für Debatte, Diskussion, Studium und Selbstbildung unter seinen Mitgliedern, nicht durch politisches Handeln. Sie hat keine offiziellen Ansichten, formuliert keine Richtlinien, veröffentlicht keine Manifeste, schließt sich keiner Partei an und akzeptiert keine politische oder öffentlichen Finanzierung. Sie versucht nicht einmal, in ihren Diskussionen eine Einigung zu erzielen.³¹

»2« Die Chicagoer Schule

Die Chicago School of Economics ist eine neoklassische Schule des wirtschaftlichen Denkens. Die makroökonomische Theorie von Chicago lehnte den Keynesianismus zugunsten des Monetarismus ab. Wichtigen Einfluss hatten Nobelpreisträger Milton Friedman und George Stigler als Leiter der Chicagoer Schule.³²

Besonders durch den Nobelpreis von Friedman stieg das Ansehen der MPS.

»3« Die Österreichische Schule

Die österreichische Schule vertrat die Ansicht, dass der Eigentümer von Kapital auf Konsum in der Gegenwart verzichte, um als Gegenleistung für seinen Verzicht den Zins zu erhalten. Ludwig von Mises baute auf dieser Basis eine Geld- und Konjunkturtheorie auf. Nobelpreisträger Friedrich von Hayek präziserte diese Theorie und stellte sich damit in scharfen Gegensatz zur Theorie John Maynard Keynes' und zum Monetarismus (Chicagoer Schule).³³

Auch hier stieg das Ansehen und der Einfluss der MPS durch den Nobelpreis von Hayek.

³¹ Vgl. <https://www.montpelerin.org/>

³² Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Chicago_school_of_economics

³³ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichische_Schule

»4« Die Freiburger Schule

Das Konzept des Ordoliberalismus wurde im Wesentlichen von der sog. Freiburger Schule der Nationalökonomie an der Universität Freiburg entwickelt, der Walter Eucken, Franz Böhm, Leonhard Miksch und Hans Großmann-Doerth angehörten. Der theoretische Ausgangspunkt des Ordoliberalismus waren die Lehren von Adam Smith und anderen Vertretern der Klassischen Nationalökonomie. Der Ordoliberalismus gehört zu einer heterogenen wirtschaftswissenschaftlichen Strömung, die unter dem Oberbegriff Neoliberalismus zusammengefasst wird.

Aufbauend auf dem Konzept des Ordoliberalismus entwickelte Alfred Müller-Armack seine wirtschaftspolitische Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft.³⁴

Bis 1982 wurde diese Idee unter Ludwig Erhard weiterentwickelt und erfolgreich angewendet.

»5« Der Kronsberger Kreis

Der Kronsberger Kreis ist ein 1982 gegründeter Zusammenschluss wirtschaftsliberaler deutscher Hochschulprofessoren der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften und das Netzwerk der MPS in Deutschland. Die Vereinigung will mit »ordnungspolitischen Reformkonzepten« das »Ausufern staatlicher Bevormundung« verringern und einen Beitrag zur »Weiterentwicklung einer freiheitlichen Ordnung in Deutschland und in Europa leisten«. Gemeinsame Veröffentlichungen erfolgen in seiner Funktion als wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft.³⁵

In der nachfolgenden Abbildung 3, stellen das Eucken Institut, das Röpke Institut, AG-Soziale Marktwirtschaft, AFD, ISNM und Kronsberger Kreis das Netz des Neoliberalismus dar, obwohl in ihren Bezeichnungen Begriffe wie »Soziale Marktwirtschaft« auftauchen, sind die Zielsetzungen auf eine liberale Wirtschaft mit Zurückdrängung des Sozialen verbunden.

Die wenigen Ökonomen, die als Gegenpol zum Neoliberalismus mehr keynesianische Ansichten vertreten (mehr Staatseinfluss, stärkere Nachfragepolitik), finden sich in der Böckler Stiftung, wozu auch das IMK (Institut für makroökonomische Konjunkturforschung) gehört.

³⁴ Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ordoliberalismus>

³⁵ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kronberger_Kreis

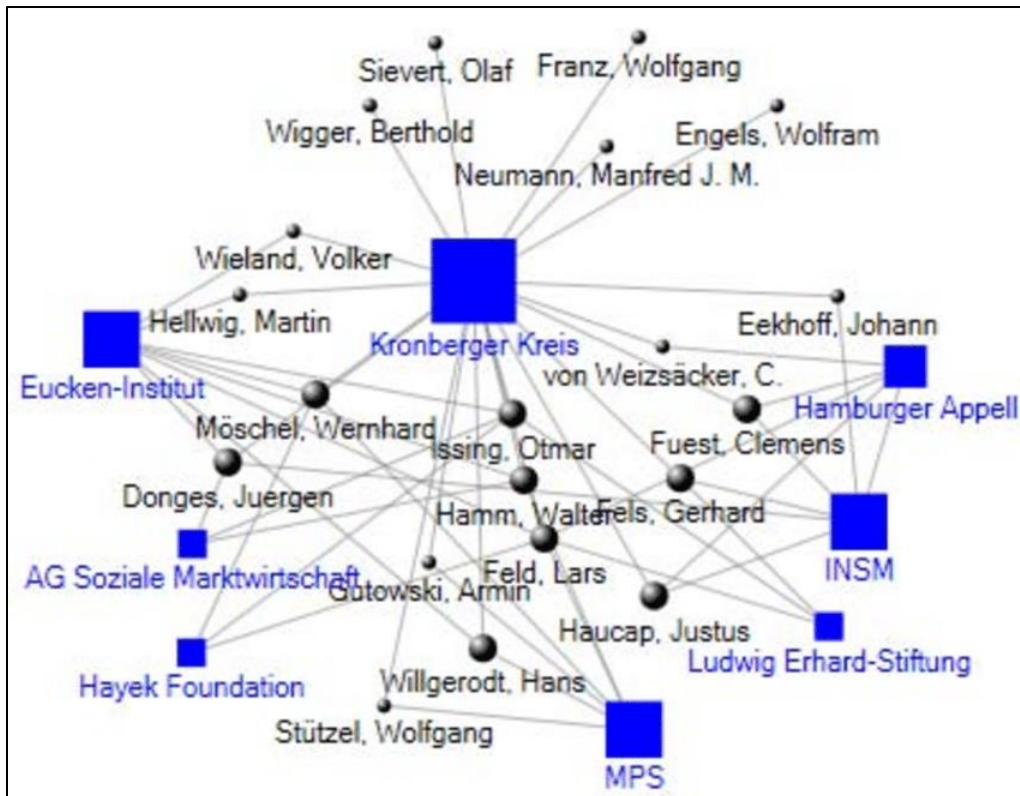


Abbildung 3: »Kronberger Kreis« als zentraler Knotenpunkt in deutschen neoliberalen Ökonomen-Netzwerken

Quelle: Stephan Pühringer, https://www.researchgate.net/figure/Kronberger-Kreis-as-central-node-in-German-neoliberal-networks-of-economists_fig309321580

»6« Universitäre Ausbreitung des Neoliberalismus

Den Ökonomen und Professoren aus der Mont Pèlerin Gesellschaft (Abbildung 2 Nr.1) und des Kronsberger Kreises (Abbildung 2 Nr.5) gelang über universitäre Ausbildung von Doktoranden und weiteren Professoren, über Mitteilungen und Bücher die öffentliche Presse und andere Medien zu beeinflussen.

»7« Öffentliche Verbreitung der Ideologie über Mitteilungen und Bücher

Über die Mitteilungen und Bücher der Professoren der MPS, des Kronsberger Kreises, Stiftung Marktwirtschaft und Professoren der Universitäten mit den neu geschaffenen Doktoren an den Universitäten wurde die Ideologie bei den Medien weiterverbreitet.

»8« Der Sachverständigenrat

»Die sogenannten ›Fünf Weisen‹ des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die mit ihren Jahres- und Sondergutachten im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, lassen sich von einer Welle des ökonomischen Mainstreams treiben. Sie versuchen sich der öffentlichen Erwartungshaltung zu entziehen, indem sie sich möglichst vorsichtig und unverbindlich innerhalb der neoliberalen Vorstellungswelt bewegen. Ihre Anpasstheit verhindert allerdings, dass sie ihren gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag erfüllen.«³⁶

Mitglieder des Sachverständigenrates 2021:

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld, Vorsitzender

Prof. Dr. Veronika Grimm

Prof. Dr. Monika Schnitzer

Prof. Dr. Achim Truger

Prof. Volker Wieland, Ph.D.

Im Frühjahr 2021 steht eine Verlängerung des Vertrages von Lars Feld an. Die wird in der FAZ wie folgt diskutiert:

»Morgens Zeitungsgespräch, abends ›heute journal‹ – Feld wird gehört. Auch in der Politik: Pünktlich zum Ausbruch der Corona-Krise wurde der Freiburger Ökonom, Chef der fünf Wirtschaftsweisen, des wichtigsten wirtschaftspolitischen Beratergremiums der Bundesregierung. Das gewährt Einfluss, nicht nur im Herbst, wenn der Rat sein jährliches Gutachten veröffentlicht. [...].

Im April warf ihm der Deutsche Gewerkschaftsbund ›ideologische, wirklichkeitsfremde Vorschläge aus dem neoliberalen Elfenbeinturm‹ vor, nachdem Feld übermäßige Staatseingriffe in die Wirtschaft kritisiert hatte. Als Leiter des ordoliberalen Walter-Eucken-Instituts in Freiburg ist Feld solche Vorwürfe gewohnt, zumal er auch in ähnlich verdächtigten Vereinigungen wie der Mont Pèlerin Society und der Ludwig-Erhard-Stiftung mitmischte. [...]. [Siehe auch: »5« Der Kronsberger Kreis].

Der Streit um die Berufung von Achim Truger, den die Gewerkschaften 2018 entgegen allen Gepflogenheiten öffentlich zum Bofinger-Nachfolger ausgerufen hatten, ist beigelegt. Feld hatte damals Trugers ›Wissenschaftlichkeit‹ angezweifelt. [...]. [Wegen der gegensätzlichen Position].

Mit der Berufung der Verhaltensökonomin Grimm und der Wettbewerbsökonomin Schnitzer sei man thematisch längst breiter aufgestellt, heißt es aus Ratskreisen. Das Pendel schlage heute sogar eher nach links aus, da neben Feld einzig der Geldpolitiker Volker Wieland noch als klassischer Wirtschaftsliberaler [Neoliberaler] gilt. [...].

Ein Ausweg könnte ein Kompromisskandidat sein, ein Finanzwissenschaftler wie Thiess Büttner aus Erlangen-Nürnberg oder Ifo-Ökonom Andreas Peichl.«³⁷

Nicht erwähnt wird hier Marcel Fratzscher von DIW, der auch zu den möglichen Nachfolgern zählt.

Empfehlungen im Sachverständigengutachten 2021 - in kursiv diejenigen, die als neoliberal gelten.

- *Anreize für Unternehmen* und Haushalte sind von entscheidender Bedeutung.

³⁶ (Zeitler, 2006), S. 30

³⁷ Julia Löhr und Niklas Záboji, 29.1.2021, FAZ, Die Causa Feld

- Eine *stärkere Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags* und eine größere Differenzierung der Überbrückungshilfen nach Betroffenheit durch die Krise vorteilhaft.
- *Deutschland und die EU erzielen erhebliche Wohlfahrts- und Produktivitätsgewinne durch den internationalen Handel und die internationale Arbeitsteilung. Neuem Protektionismus sollte entschieden entgegengetreten werden.*
- Die Geldpolitik (EZB) sollte Strategien zur Normalisierung der pandemiebedingten Stützungsmaßnahmen kommunizieren und *die Gefahr einer fiskalischen Dominanz (Staat) der Geldpolitik vermeiden.*
- Stützungsmaßnahmen sollten den Wandel hin zu *langfristig wettbewerbsfähigen Strukturen nicht behindern.*
- Um das Produktivitätswachstum zu stärken, *kann staatliche Innovationspolitik die privaten Investitionen unterstützen*

Um *Handelswege offen zu halten*, kommt der EU eine wichtige, vor allem koordinierende Rolle zu.

Der angesagte Wechsel von Lars Feld, wird von Thomas Fricke im Spiegel wie folgt beschrieben:

»An diesem Wochenende muss Lars Feld Mitgliedschaft und Vorsitz des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage abgeben. Das entspricht zwar dem Usus bei den sogenannten Wirtschaftsweisen und klingt eher unspektakulär, bei manch sensiblen Beobachter führt es aber gerade dazu, den Untergang des Landes kommen zu sehen.

Professor Feld stehe für die ›ökonomische Vernunft‹, sei die ›Stimme der Freiheit‹, spreche ›unbequeme Wahrheiten‹ aus – und stehe überhaupt und per se für ›einen schlanken Staat‹ und ›Steuersenkungen‹. Mit seinem Abtritt drohe die ›Rückkehr in Steuererhöhungs- und Schuldenstaat‹, meint einer aus der CSU. Selbst der neue CDU-Chef, bisher als Beobachter der akademischen Welt nicht so sehr aufgefallen, schritt ein und befand, Feld sei ›einer der renommiertesten Wissenschaftler der sozialen Marktwirtschaft‹. Was nun ›Böses befürchten‹ lasse, wie andere unken. [...].

Dass es auf Fragen der Ökonomie keine immerwährend weise Antwort gibt, lässt schon der Blick zurück erahnen. Bis in die Siebzigerjahre vertraten die (damals ausschließlich) Männer im Rat, was damals gang und gäbe war – wozu der Ausbau von Sozialstaat ebenso gehörte wie der Glaube, die Konjunktur zu stabilisieren, indem der Staat in der Flaute mehr und im Boom weniger ausgibt. Als das nicht mehr zu funktionieren schien und etliche konservative Influencer vordrangen, verkündeten die ›Weisen‹ im Herbst 1977 hoch und offiziell, dass sie eine neue ›Weisheit‹ gefunden hätten – und von nun an gelte, dass im Grunde alle Probleme auf der Angebotsseite lägen, auf Deutsch: es im Grunde nur noch darum gehen müsse, den Unternehmen alles leichter zu machen, Löhne zu drücken, zu deregulieren, den Staat bedingungslos abzubauen und dem Markt zu huldigen – alles, was damals halt so in war.«³⁸

³⁸ Thomas Fricke, 26.2.2021, Der Spiegel, Schluss mit dem Märchen von den Wirtschaftsweisen

Der Rat der Arbeitswelt

Sehr zu begrüßen ist, dass sich im Gegensatz zum unternehmergeprägten Sachverständigenrat sich nun ein weiterer Rat gebildet hat, der die Arbeitnehmerinteressen für die Politiker besser sichtbar machen will.

So heißt es auf der neu eingerichteten Webseite:

»Der unabhängige Rat der Arbeitswelt ist vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, berufen worden, um Orientierung zum Wandel der Arbeitswelt zu geben. Auf Basis wissenschaftlicher Analysen und praktischer Erfahrung wird der Rat Empfehlungen aussprechen, wie Unternehmen, ihre Beschäftigten und die Politik zur Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt beitragen können.

In seinem jährlichen Bericht wird der Rat Veränderungen veranschaulichen, die dahinterliegenden Zusammenhänge einordnen und Anknüpfungspunkte für die Gestaltung der betrieblichen Arbeitswelt aufzeigen. Darüber hinaus bereitet ein aktuelles Arbeitswelt-Portal, das mit Veröffentlichung des Arbeitswelt-Berichts verfügbar sein wird, die wesentlichen Entwicklungen auf und bereitet Informationen zur betrieblichen Arbeitswelt nutzerorientiert für Praktikerinnen und Praktiker sowie die interessierte Öffentlichkeit auf.«³⁹

Man kann nur hoffen, dass er sich neben dem Sachverständigenrat zu einer guten politikberatenden Institution in Unabhängigkeit zur MPS entwickelt.

»9« Die Medien

Die Medien üben nun wiederum einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung und die politischen Parteien (Abbildung 2, Nr. 20) aus. Der Einfluss der Medien auf die Politiker geschieht in der Auswahl der Berichterstattung über die Bundes- und Landespressestellen (auf Abbildung 2, Nr. 15 und Abbildung 2, Nr. 17) in einer komprimierten Form, wobei Nebenaspekte unter den Tisch fallen.

»Unter Medienkonzentration versteht man das Ausmaß und den Umfang, mit dem einzelne Unternehmensgruppen eine marktbeherrschende Stellung im Medienbereich einnehmen. Dies kann man sowohl unter dem Aspekt der Meinungsvielfalt als auch der unternehmerischen Kartellbildung kritisch beobachten. Eine monopolartige Position in Presse oder Fernsehen hat deshalb besondere Bedeutung, da zu befürchten steht, dass die Medienunternehmen ihre meinungsbildende Macht zu politischen Zwecken missbrauchen könnten. [...].

Der Markt bundesweiter seriöser Zeitungen wird beherrscht von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Süddeutschen Zeitung; Letztere wird von der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH) kontrolliert. Eine geringere Bedeutung haben Die Welt und die Frankfurter Rundschau. Bundesweit besitzt die Bild-Zeitung eine Monopolstellung als einzige bundesweite Boulevardzeitung. Lediglich in regionalen Märkten wie München, Köln, Hamburg, Berlin und Sachsen gibt es örtliche Printmedien dieser Art als Konkurrenz. In Köln, Hamburg und Berlin erscheinen die Boulevardzeitungen beim gleichen Verlag.

³⁹ (BMAS, 2021)

Im Bereich regionaler Zeitungen haben sich in Deutschland zumeist Gebietsmonopole ausgebildet. In über zwei Drittel der deutschen (Land-)Kreise und Städte (siehe Einzeitungskreis) erscheint nur noch eine einzige Regionalzeitung, in anderen Bereichen sind mehrere Regionalzeitungen unter einem gemeinsamen Dach erhältlich, sodass ein unternehmerisches Monopol entsteht. Dies ist z. B. in Norddeutschland (Nordwest-Zeitung), Nürnberg (Nürnberger Nachrichten/Nürnberger Zeitung), Stuttgart (Stuttgarter Nachrichten/Stuttgarter Zeitung) und im Ruhrgebiet (Funke Mediengruppe) der Fall. Ein echter Wettbewerb zwischen konkurrierenden Anbietern besteht nur noch in wenigen größeren Städten (z. B. Berlin, München, Frankfurt) und in einigen Regionen v. a. in Süddeutschland.«⁴⁰

»In den Medien läuft die Einflussnahme auf direkterem Wege. Sie erfolgt entweder wie in den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioanstalten durch die Besetzung der Verwaltungsgremien seitens der Politik oder wie in den privaten Medienkonzernen unmittelbar durch die privaten Eigentümer. Im ersteren Fall wird die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien von den Parteien bestimmt, in erster Linie von den jeweils regierenden. Die Gremien entscheiden dann über die Besetzung der wesentlichen Spitzenpositionen. Das kann, wie zumeist relativ geräuschlos ablaufen oder aber, wie eher selten, mit öffentlichem Getöse wie bei der Ablösung von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender vor acht Jahren oder der flächendeckenden Neubesetzung der Führungspositionen bei der italienischen RAI nach dem zweiten Sieg Berlusconis 2001, ein öffentlicher Konflikt, der schließlich mit dem Rücktritt der damaligen RAI-Präsidentin Lucia Annunziata im Mai 2004 endete.«⁴¹

Nach der Corona-Krise stellt sich die Frage, wer wird für diese Schäden bezahlen, die durch die Corona-Krise entstanden sind. In Anbetracht der enormen sozialen Ungleichheit, ist der Gedanke die Besserverdiener mehr zur Kasse zu bitten, kein Tabuthema mehr. Das ruft natürlich auch bei den Besserverdienern Reaktionen hervor. Hierbei stellt sich die Frage, ob die Presse neutral berichtet oder ob sie sich manipulativ für die Besserverdiener einsetzt. In den Jahren 2020 und 2021 tauchten in vielen Zeitschriften folgende Überschriften auf: »Sie sind reicher als sie denken – mit so viel Einkommen gehören sie zu den reichsten 10% oder 1%.« Was nichts anderes bedeutet, als die Reichen können genau so wenig abgeben wie Du, denn sie haben auch nicht mehr.

Beispielsweise gibt die FAZ ⁴² an, mit einem Einkommen von 3529 Euro netto gehöre man zu den oberen 10 % des Landes und die Wirtschaftswoche⁴³ meldet »Geld hat für die Deutschen eine ganz besondere Bedeutung. Wichtig ist den meisten, sich zur Mittelschicht zu zählen – dabei gelten viel mehr Menschen als Top-Verdiener, als sie glauben.« Die Wirtschaftswoche verweist dann auf den Rechner des unternehmerfreundlichen Instituts IWKoeln⁴⁴, bei dem man als Einzelperson mit 3.500 Euro netto zu den reichsten 10% zählt.

Überprüft man diese Meldungen, dann ergibt sich ein anderes Bild. Aus »Abbildung 19: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 2013 nach Dezilen« ergibt sich, dass der genannte Betrag im 7. Dezil liegt und weder zu den reichsten 10%, noch zu den reichsten 20% und auch nicht zu den reichsten 30% gehört. Außerdem handelt es sich

⁴⁰ Wikipedia, Vermögenskonzentration

⁴¹ (Hartmann, 2018), S. 39

⁴² Patrik Bernau, 16.7.2020, FAZ, Sie sind reicher, als Sie denken!

⁴³ Kristina Antonia Schäfer, 27.2.2021, WiWo, Viele Deutsche verdienen viel besser, als sie glauben

⁴⁴ Judith Niehues, 12.8.2019, IWKoeln, Wer verdient wie viel?

hier aber nur um Arbeitseinkommen. Nimmt man die passiven Einkommen (Zinsen, Mieteinnahmen, Dividenden, Veräußerungsgewinne, etc.) dazu, siehe »Abbildung 16: Mittelwerte von Netto-Kapital- und Netto-Arbeitseinkommen 2010«, dann ist man sehr weit entfernt, zu den 10 % der Reichsten zu gehören.

Daraus ergibt sich ein Bild der Desinformation (»fake news«) von hoch angesehenen Medien im Sinne der Personen, die über das Vermögen verfügen. Etwas, was man nicht unbedingt erwarten würde.

»10« Banken, Schattenbanken, Zentralbanken

Ein besonderes Problem stellen die Beziehungen zwischen den Banken, Schattenbanken und der Zentralbank zur MPS dar. BlackRock berät die Zentralbanken, Banken und Unternehmen, gleichzeitig ist BlackRock starker Verfechter der neoliberalen Idee.

Schattenbanken insbesondere BlackRock

BlackRock ist Großaktionär in etwa 18.000 Unternehmen, Banken und Finanzdienstleistern in den USA, in der EU, in Großbritannien, Asien, Lateinamerika (Stand 2020). Ab etwa 50 Millionen US-Dollar, die eine Unternehmerfamilie, ein Topmanager mal frei auf dem Konto haben, kann man Kunde werden. BlackRock unterhält keine Bankschalter und keinen öffentlichen Kundenverkehr. Die Superreichen überweisen direkt. Deshalb hat der Management-Apparat von BlackRock für die acht Billionen US-Dollar an verwaltetem Kapital nur 16.000 Beschäftigte.

Zudem werden die Unternehmen, in denen BlackRock sich als Miteigentümer einkauft - etwa in Deutschland alle DAX-Konzerne - gewinnbringend »restrukturiert«, abgeschrunpft, teilverkauft (wie gegenwärtig bei ThyssenKrupp), fusioniert (wie bei Bayer-Monsanto) mit Abbau von Arbeitsplätzen, Auslagerungen u.ä.

BlackRock hält zwar nur ungefähr von jedem Unternehmen 5 % doch das reicht, die eigenen Ziele bei den Unternehmen durchzusetzen. Dazu gehören Absprachen mit ähnlichen Kapitalorganisationen wie Vanguard, State Street, Amundi, Norges, Wellington, Fidelity, Capital Group.⁴⁵

Dass BlackRock die Zuflüsse nicht steuern kann, heißt jedoch nicht, dass BlackRock keinen Einfluss auf die Unternehmen hätte. Im Gegenteil. [...]. Aktionäre, deren Interessen der Vorstand besser berücksichtigt und die er besser nicht gegen sich aufbringt. Auf den ersten Blick wirken Anteile, die BlackRock typischerweise hält, nicht hoch. Doch ist eine ganze Menge, wenn der Großteil der anderen Aktionäre weit weniger Stimmen auf sich vereinigen kann.⁴⁶

Nur Wenige gehen zu den Hauptversammlungen, Einige erteilen Banken Vollmachten für Stimmrechte. Somit kann der Anteil an Stimmrechten für BlackRock auf zu einer Sperrminorität führen, womit Hauptversammlungsbeschlüssen verhindert werden können.

⁴⁵Vgl. (Rügemeier, Blackrock-Kapitalismus - Das neue transatlantische Finanzkartell, 2016)

⁴⁶ (Buchter, 2015), S. 22

BlackRock will die Banken nicht verdrängen, so lange eines gesichert bleibt: Man gewinnt an Einfluss. Denn bei diesem neuen Modell sucht BlackRock nicht mehr nur die besten Anlagemöglichkeiten heraus, sondern schafft sie sich selbst. Die Unternehmen bekommen einen Wunschzettel direkt vom größten Investor der Welt. »Das erlaubt uns frühzeitig mit am Tisch zu sitzen«, sagt Prager ganz unverblümt.⁴⁷

Besser als auf den Anruf oder den Besuch eines BlackRock-Vertreters zu warten, ist es, den Wünschen von Fink und Co. zuvorzukommen: Wer ein gutes Verhältnis zu dem schwarzen Riesen haben will, sollte BlackRock am besten regelmäßig auf dem Laufenden halten. Sein Unternehmen wünsche »einen Dialog«, erklärte Fink 2012 in einem Brief an 600 Vorstände, an deren Unternehmen BlackRock beteiligt war. Weigert sich das Management auf die Vorstellungen von BlackRock einzugehen, kann es allerdings ungemütlich werden. »Wir werden gegen das Management stimmen, wenn wir zu dem Schluss kommen, dass unsere direkte Ansprache zu nichts geführt hat«, heißt es in dem BlackRock-Zehnpunkteplan für den Umgang mit Unternehmen. Vorstände, die einen ihrer größten Anteilseigner gegen sich haben, sitzen auf einem wackeligen Stuhl.⁴⁸

Das Ziel heißt natürlich immer, die Gewinne zu erhöhen, lieber Aktien zurückzukaufen anstatt zu investieren, da nach der neoliberalen Devise, der Anleger am besten weiß, wie Geld angelegt werden sollte.

»BlackRocks Finanzarme reichen heute fast überall hin. Die New Yorker halten Anteile von Unternehmen in so gut wie allen Branchen, auf allen Erdteilen. Gleichzeitig sind sie auch Gläubiger von Tausenden Unternehmen. Fink & Co. sind Eigentümer und Kunde der größten Banken der Welt. Sie agieren als Schattenbank, Hedgefonds und Big-Data-Staubsauger. BlackRocks Vertreter sind Einflüsterer von Notenbankern und Behörden, den Strippenziehern in Washington und Brüssel. Auf fast alle Bereiche unseres Lebens hat der Geldverwalter inzwischen Einfluss: Arbeitsplätze, Wohnungen, Straßen, Brücken, Erziehung, Gesundheitsversorgung. Noch vor zehn Jahren wäre es dem, der einen solchen Riesenkalmar des Geldes beschrieben hätte, so gegangen wie jenen Schiffbrüchigen der Britannia. Ein solches System im Finanzsystem hätte die Vorstellungskraft überstiegen.«⁴⁹

»Gemeinsam mit weiteren gleichartigen, aber kleineren Finanzinvestoren bildet BlackRock eine neue transnationale Macht, die sich grundlegend von der Politik der bisherigen Großbanken, traditionellen reichen Unternehmerclans und vereinzelt Staatsfonds etwa aus Norwegen, Katar und Saudi-Arabien unterscheidet. Denn BlackRock operiert hochgradig vernetzt: So ist BlackRock heute etwa Großaktionär in allen 30 deutschen DAX-Konzernen, in mehreren sogar Hauptaktionär.⁵⁰ Im Jahr 2012 war BlackRock gleichzeitig Großaktionär in 282 der 300 größten westlichen Kapitalgesellschaften, dicht gefolgt von Vanguard (267), AXA (247), State Street (247), Fidelity (239), JP Morgan Chase (219), Capital Group (172), der französischen Bankengruppe BPCE (156), der Société Générale (122) und der britischen Legal & General Group (106).⁵¹ Diese Finanzinvestoren waren im selben Jahr nach der Zahl ihrer

⁴⁷ Vgl. (Buchter, 2015), S. 119

⁴⁸ Vgl. (Buchter, 2015). S. 185-186

⁴⁹ (Buchter, 2015), S. 260

⁵⁰ Die 15 größten BlackRock-Aktionäre heißen Pittsburgh National Corporation, Norges, Wellington, Vanguard, State Street, Bank of America, Fidelity, JP Morgan Chase, Capital World, T Rowe Price, Morgan Stanley, Massachusetts Financial, Wells Fargo, Mizuho. Diese Finanzinvestoren sind inzwischen auch Miteigentümer der lange Zeit dominierenden Wall-Street-Banken wie Goldman Sachs.

⁵¹ (Murray, 2012), S.32 zit. In (Rügemer, Telepolis, 2020)

Eigentumsanteile in großen Unternehmen die Top Ten. Dies zeigt auch die transatlantischen Kräfteverhältnisse: Sechs Investoren haben ihren Sitz in den USA, drei in Frankreich, einer in Großbritannien.«⁵²

»Käufe und Verkäufe solcher Finanzinvestoren laufen zum allergrößten Teil automatisch ab, mit Hilfe von hochspezialisierten Programmen. Zu ihnen gehört Aladdin, das automatisierte Superhirn von BlackRock. Die Abkürzung steht für Asset Liability and Debt Derivative Investment Network. Hier werden so viele weltweit getätigte Finanzflüsse registriert und ausgewertet wie sonst nirgends, und zwar mit nur einem Ziel: Wie kann man durch Käufe und Verkäufe die Wertentwicklung beeinflussen und zum eigenen Vorteil ausnutzen? BlackRock – der größte Wirtschafts-Insider der westlichen Welt – kombiniert damit die weltweit größte Datenverarbeitungskapazität mit der größten Finanzkraft. Mittlerweile erledigt Aladdin auch die Risiko- und Beeinflussungsanalysen für über 150 gleichartige kleinere Finanzinvestoren, aber auch für Unternehmensstiftungen, Staatsfonds, Versicherungen, Pensionskassen und sogar für 50 Zentralbanken – auch für die Zentralbank der Vereinigten Staaten, die Federal Reserve (Fed) und die Europäische Zentralbank EZB. Weil BlackRock Großaktionär bei der Deutschen Bank ist, wird auch deren Vermögensverwaltung heute durch Aladdin gesteuert.«⁵³

BlackRock und die Politik

Am 20.1.2021 wurde Biden zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten. Zuvor war er von 1973 bis 2009 Senator für den US-Bundesstaat Delaware. Dieser Ministaat mit nicht einmal einer Million Einwohnern ist die größte Finanzoase des US-geführten Westens: Die Zahl der Briefkastenfirmen ist mindestens doppelt so hoch wie die Zahl der Wahlberechtigten. So gut wie alle großen Unternehmen und Banken der USA haben hier ihren rechtlichen und Steuersitz – oder von Tochterfirmen. In Delaware regiert der Biden-Clan mit Senator Biden an der Spitze.

Natürlich hat auch der in Washington mitregierende Weltkonzern BlackRock hat seinen rechtlichen Sitz in Wilmington/Delaware.

Denn sobald Joe Biden die Präsidentschaftswahl in den USA gewonnen hatte, holte er Brian Deese ins Boot: Der Chef der Abteilung für weltweites nachhaltiges Investieren des US-Investmentgesellschaft BlackRock wird Chefökonom des Präsidenten. Dann folgte die zweite Nominierung: Wally Adeyemo. Er war Chefberater von US-Präsident Obama für internationale Wirtschaftsbeziehungen. Er wechselte danach zu BlackRock als Kanzleichef von Fink, dem Chef von BlackRock und ist seit 2014 Präsident der Obama-Stiftung. Jetzt soll er unter Biden stellvertretender Finanzminister werden und die dritte Nominierung war Michael Pyle. Er war unter Obama im Finanzministerium verantwortlich für Internationale Finanzbeziehungen. Dann wurde er Chef der globalen Investmentstrategie bei BlackRock. Und jetzt wird er Chefökonom für Vizepräsidentin Kamala Harris.

So funktioniert die Drehtür der US-Kapital-Demokratie: Von BlackRock in die Regierung, von der Regierung zu BlackRock und wieder zurück – und so weiter.⁵⁴

⁵² (Rügemer, Telepolis, 2020)

⁵³ (Buchter, 2015), S. 220 zit. in (Rügemer, Blackrock-Kapitalismus - Das neue transatlantische Finanzkartell, 2016)

⁵⁴Vgl. (Rügemer, Noch mehr BlackRock in der US-Regierung, 2021)

In Deutschland haben wir gerade ein anderes Schauspiel erlebt. Friedrich Merz hatte sich, nachdem er lange Aufsichtsrat bei BlackRock war, zurück in die Politik gemeldet und hatte nichts anderes vor, als Bundeskanzler zu werden, übergangsweise erst einmal Parteivorsitzender. Aber auch diesmal schaffte er es nicht. Doch die Positionen sind nach der Wahl noch offen.

Doch damit war es nicht getan. Merz als Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU teilte uns in seiner Twittermeldung vom 16.1.2021 mit: »Dem neuen Parteivorsitzenden Armin Laschet habe ich aber angeboten, in die jetzige Bundesregierung einzutreten und das Bundeswirtschaftsministerium zu übernehmen.«

Damit sollte unser Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sofort abgelöst werden. Was das bedeutet, wird erst klar, wenn man die Beziehung zur WTO sieht. Das Bundeswirtschaftsministerium ist Mitglied der Ministerkonferenz der WTO und nimmt dabei Einfluss auf die Erzeugung von internationalen wirtschaftlichen Verpflichtungen bei einer Weltregierung ohne parlamentarische Kontrolle (Oligarchen WTO). Mit anderen Worten, BlackRock übernimmt diesen Posten.

Warum ist dieser Posten so wichtig? Mit dem Ricardo-Theorem der Neoliberalen über die WTO lassen sich unendlich weitergehend Gewinne erzielen, die in den Hochpreisstaaten niemals eine Wohlstandsbildung der Allgemeinheit ermöglichen, dagegen eine Deindustrialisierung bewirken, wobei das Vermögen bei den großen Unternehmen mit Steuersitz in Steueroasen ständig erhöht wird. Als Beispiel sei Apple genannt.⁵⁵

«Bei BlackRocks Umgestaltung der Märkte geht es darum, wie das Finanzsystem künftig seine eigentliche Rolle spielt, nämlich wie es unsere reale Wirtschaft am Laufen hält. Es geht nicht um Boni und Egos, sondern um die Finanzierung von Unternehmen, Kommunen, Regierungen. Es geht darum, wer die Konditionen dafür bestimmt. Und welche Risiken dabei entstehen. Eines steht fest: BlackRock spielt bei all diesen Veränderungen nicht nur eine große Rolle, sondern eine Rolle in der Übergröße XXL.»⁵⁶

IWF und Weltbank

Zur Umsetzung des Welthandels wurden 1945 der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (IBRD) als Sonderorganisationen der Vereinten Nationen gegründet. War es die Aufgabe des IWF zunächst, ein internationales Zahlungssystem aufzubauen und die Konvertibilität der Währungen sicherzustellen, so verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Vergabe kurzfristiger Kredite zur Überwindung der Wirtschaftskrisen. Die Weltbank war anfangs damit beschäftigt, den Wiederaufbau Europas zu finanzieren und ist nun für langfristige Finanzhilfen für Entwicklungsländer zuständig. IWF und Weltbank spielen nun eine Rolle in der WTO beim 1948 gegründeten GATT.⁵⁷

»Bei den Rettungspaketen für Athen machte der IWF einen Fehler nach dem anderen: Die Annahmen der IWF-Ökonomen waren viel zu optimistisch. So gingen sie etwa davon aus, dass die griechische Wirtschaft bis 2012 durch die vom IWF geforderten Sparmaßnahmen 5,5 Prozent schrumpfen würde – was bereits eine drastische Reduktion bedeutet hätte. Stattdessen ging die Wirtschaftsleistung jedoch um 17 Prozent zurück. Der IWF-Plan sah

⁵⁵ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Akzeptanz globaler Monopole, S. 130ff.

⁵⁶ (Buchter, 2015), S. 152

⁵⁷ Vgl. (Zeitler, 2006), S. 17

eine Arbeitslosenquote von 15 Prozent voraus, in der Realität stieg sie bis auf 25 Prozent.«⁵⁸

Die Europäische Zentralbank (EZB)

Die EZB ist eine Institution, welche für die Überwachung des Bankensystems und die Regulierung der Geldmenge in einer Volkswirtschaft zuständig ist. Im Euro-Raum übernimmt die Europäische Zentralbank (EZB) diese Aufgaben. Bei der Schaffung der einheitlichen Währung des Euros mussten auch die Voraussetzungen für eine gemeinsame Geld- und Währungspolitik geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde das europäische System der Zentralbanken (ESZB) gegründet. In diesem System befinden sich die alten nationalen Zentralbanken (NZB) aller Staaten der EU und die neu gegründete Europäische Zentralbank. Da nicht alle Staaten der EU an der Währungsunion teilnehmen, gibt es neben dem ESZB auch noch das Eurosystem, an dem neben der EZB nur die NZBen der Staaten der Eurozone, in denen der Euro wirklich eingeführt wurde, beteiligt sind. Der Großteil der Aufgaben des ESZBs wird von der EZB erfüllt. Ihr Hauptziel ist dabei die Preisniveaustabilität. Soweit dies ohne Beeinträchtigung dieses Ziels möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union.

Mit dem Ziel, ihre Hauptaufgabe, die Gewährleistung der Preisniveaustabilität, besser durchführen zu können, wurde der EZB Unabhängigkeit von politischen und anderen Einflüssen versprochen, um Konflikte mit Interessen von Politikern vorzubeugen. Sie bedeutet, dass die EZB und die nationalen Zentralbanken keine Weisungen aus der Politik erhalten dürfen. Im 1992 geschlossenen Vertrag von Maastricht wurde festgelegt, dass den öffentlichen Haushalten (Staat) keine Kredite zu gewähren sind. Damit soll verhindert werden, dass die Autonomie durch Verpflichtung zur Kreditgewährung an den Staat unterlaufen wird.⁵⁹

Die EZB kauft jedoch auf dem Sekundärmarkt, also nicht unmittelbar von den Staaten, sondern von Banken Staatsanleihen auf, um die Verschuldung der Staaten auf Grenzen zurückzuführen, die gegenüber dem Maastricht-Vertrag überschritten wurden und eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft darstellen. Dieser Rückkauf ist sehr umstritten, wegen indirekter Staatsfinanzierung.

Der Rückkauf der Staatsanleihen hat auch eine sehr schädliche Komponente. Er tauscht einen Geldvermögenswert (Staatsanleihen sind Verschuldungspapiere) gegen Bargeld ein. Damit wird das Bargeld erhöht und die Vermögenswerte verringern sich. Das Ergebnis ist eine Inflation der Vermögenswerte, die an den Börsen und Immobilienpreisen beobachtet werden kann. Hinzu kommt der verstärkende Effekt, dass die Privaten diese Bargeldmengen nicht für Investitionen nutzen und dadurch die Zinsen senken, was den Wertpapierbörsen weiteren Auftrieb gibt.

Darüber hinaus gibt es Verbindungen zu BlackRock, im bisher prestigeträchtigsten Auftrag in Europa, den BlackRock 2014 an Land zog, die von Heike Buchter, wie folgt beschrieben werden:

»EZB-Chef Mario Draghi – dem Ex-Notenbanker Hildebrand [BlackRock] wohl vertraut – verkündete im August ein Aufkaufprogramm für private Kreditpapiere einrichten zu

⁵⁸ Heike Buchter, 26.3.2015, Zeit Online, Eurokrise - Griechenlands Tragödie ist der IWF

⁵⁹ Vgl. Wikipedia, EZB

wollen. Den Aufbau dieses Programms sollte BlackRock als Berater für die EZB übernehmen. Befragt, ob es eine öffentliche Ausschreibung gegeben habe, erklärt die EZB-Pressestelle, es habe ein »wettbewerbsbasiertes Verhandlungsverfahren« stattgefunden. [...].

Das frische Geld von den Banken würde dann – so die Idee – dafür sorgen, dass Privatleute neue Autos, Fernseher und Möbel auf Pump kauften und so die Nachfrage steigern würden. Die Unternehmen würden mit dem geliehenen Kapital neue Fabriken bauen und mehr Jobs schaffen. [Wir wissen inzwischen, wo es geblieben ist: Einerseits als Geldschwemme bei den Banken oder als Vermögensanlage bei BlackRock & Co. – die untere Hälfte der Gesellschaft hat von dieser Geldschwemme nichts gesehen]. [...].

Ein solches Programm bietet allerdings auch eine gute Gelegenheit für Banken, Schrottpapiere an die EZB loszuwerden. Und damit das Ausfallrisiko an den Steuerzahler abzuschieben. [...].

Die Wahl von BlackRock birgt zusätzliche Probleme. Denn BlackRock ist nach Berechnungen des Finanznachrichtendienstes Bloomberg einer der größten Investoren in europäischen Kreditpapieren, genau jenen Papieren, die in dem EZB-Programm aufgekauft werden sollen. Ein klarer Interessenkonflikt. [...].

Draghis QE-Programm sorgt für einen schwachen Euro und ist letztlich nichts anderes als Exportpolitik. So haben die Notenbanker Aufgaben übernommen, die Politiker bei der Krisenbewältigung nicht übernehmen können oder wollen. Und die Helfer an ihrer Seite sind BlackRock, Pimco & Co., die mit der konkreten Umsetzung der Maßnahmen wie Stresstests und Anleiheaufkaufprogramme beauftragt werden.«⁶⁰

Die Ausrichtung von BlackRock auf Gewinnmaximierung als erstes Kriterium macht auch klar, wie stark die EZB in die neoliberale Ideologie eingebunden ist. Siehe auch: »*Mythos: »Shareholder Value« und Ziele einer Volkswirtschaft wären vereinbar*«.

»11« Unternehmen

Die Unternehmen beeinflussen die Politik mit Parteispenden an Parteien (Abbildung 2, Nr. 20) und Lobbying von Politikern (Abbildung 2, Nr. 17). Doch auch sie sind bereits ideologisch von der MPS (Abbildung 2, Nr. 1) beeinflusst. Auch die Forderungen der Schattenbanken (z. B. BlackRock) tragen die neoliberale Idee in die Unternehmen (Abbildung 2, Nr. 10). Die Unternehmen sind mit den Mitgliedern der MPS stark verbunden. Viele Wünsche der Unternehmen werden in der MPS umgesetzt.

»Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war eine Blütezeit der deutschen Wirtschaft. Zwischen den 250 Großunternehmen der damaligen Zeit gab es 2286 Beziehungen, wie Paul Windolf in einer Studie 2013 analysierte. So trafen sich die Herren – es sind bis heute so gut wie ausschließlich Männer in den einschlägigen Gremien – mehrmals im Jahr. Weil sie als Direktoren die Interessen verschiedener Unternehmen gleichzeitig vertraten, so Windolf, wirkte die Clique der Aufsichtsräte und Vorstände wie ein übergreifendes Kontrollgremium. Die zentrale Rolle spielte in dem Netz die Banken, die Dresdner und besonders die Deutsche Bank. [...]. Carl Klönne etwa war um die Jahrhundertwende Vorstandsmitglied bei der Deutschen Bank. Gleichzeitig saß er in den Aufsichtsräten von

⁶⁰ (Buchter, 2015), S.91-96

Siemens, Allianz, der Rütgerswerke, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und weiteren 17 Unternehmen. In den frühen Jahren der Bundesrepublik übernahm der Deutsche-Bank-Chef Hermann Josef Abs die Rolle des Primus inter Pares. Abs saß während seiner Amtszeit in 30 Aufsichtsratsgremien, bei vielen war er sogar in leitender Funktion. [...]. Die Deutsche Bank übte nicht nur direkt über eigene Beteiligungen Macht aus. Sie stimmte außerdem im Namen ihrer Depotkunden ab, die der Bank das Stimmrecht ihrer Aktien übertragen hatten. [...]. Aber es ließ sich nicht viel in Deutschlands Wirtschaft bewegen, ohne die Zustimmung der Frankfurter Banker – auch nicht von der Regierung. Es war ein informelles Lenken: Man kannte sich untereinander, man traf sich regelmäßig. Bei den Tagungen des BDI und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. [...]. Dann kam 1999 der Angriff des britischen Mobilfunkkonzerns Vodafone auf Mannesmann, ein Dax-Schergewicht, dessen Ursprünge auf die ersten nahtlosen Stahlrohre der Gebrüder Max und Reinhard Mannesmann im Jahr 1886 zurückgingen. Nach einer monatelangen Übernahmeschlacht unterlag der deutsche Konzern. Im Februar 2000 stimmte der Aufsichtsrat schließlich der Übernahme zu. »Die Einigung von Düsseldorf markiert gleichzeitig das Ende des Rheinischen Kapitalismus«.

Es war die Politik, die den Untergang der Deutschland AG schließlich beschleunigte. Quer durch alle Parteien stieß das Modell der Kreuz- und Querbeteiligungen von Banken und Industriekonzerne in den 1990er-Jahren auf wachsende Kritik. Nicht nur die marktliberale FDP hielt es für ein wachstumshemmendes Problem, auch die SPD und die Grünen sahen darin ein Kartell der Manager. Es war die rot-grüne Koalitionsregierung, ausgerechnet unter dem selbsterklärten Ehren-Vorstandschef Schröder, die 2001 die Steuer auf Veräußerungsgewinne strich und damit den Verkauf von Beteiligungen steuerlich attraktiv machte. Das Geflecht der Macht, das zwei Weltkriege überdauert hatte, begann sich immer schneller aufzulösen. [...]. Im Kern des Netzwerks befinden sich immer noch die Finanzdienstleister: Deutsche Bank, Allianz, Münchener Rück und Dresdner Bank. 2006 gab es nur noch 39 solcher Querverbindungen.«⁶¹

Inzwischen hat BlackRock die Funktion der Banken übernommen, denn sie sind an fast allen Aktiengesellschaften beteiligt:

»Die großen Investoren [BlackRock] ziehen es vor, [...] eine Suite im selben Hotel zu mieten. Dorthin bitten sie dann nacheinander die Vorstände der jeweiligen deutschen Unternehmen zum Stelldichein. Dann und wann gehen die Unternehmenschefs – vor allem die Finanzchefs – auf »Roadshow« und statuen ihren ausländischen Großaktionären einen Besuch ab. Sie reisen dann nach London oder New York.«⁶²

»→17« Der Einfluss durch Lobbying und Medienkampagnen auf die Politik

»In der medialen Kampagne an vorderster Front stand dabei stets die Stiftung Familienunternehmen. Sie erweckt in der Öffentlichkeit immer den Eindruck, die Interessenvertretung der kleinen und mittleren Familienbetriebe zu sein. Tatsächlich aber repräsentiert sie vor allem große Unternehmen. Im Kuratorium der Stiftung kommt

⁶¹ (Buchter, 2015), S. 170-172

⁶² Ebd. S. 179

unter den 35 Firmenvertretern ungefähr jeder vierte aus Großkonzernen wie Henkel, Haniel, Theo Müller, Festo oder Kärcher mit jeweils über 10 000 Beschäftigten und Umsätzen im Milliardenbereich. Unternehmen mit maximal hundert Beschäftigten und Umsätzen von weniger als 100 Millionen Euro sind dagegen so gut wie überhaupt nicht vertreten. Die Masse wird von Firmen repräsentiert, die zwischen 400 und 8 000 Beschäftigte und Umsätze zwischen 200 Millionen und einer knappen Milliarde Euro aufweisen. Dabei überwiegen die Unternehmen mit einer vierstelligen Zahl an Beschäftigten wie E.G.O., GFT Technologies, Lenze oder die Fischerwerke.«⁶³

Eine der größten Lobby-Verbände im Bereich der Verhinderung einer Erbschaftssteuer ist der Verband der Familienunternehmen. Die Familienunternehmen haben in Deutschland eine große Bedeutung, da sie 76 % der Rechtsformen ausmachen, im Gegensatz zu 18 % Kapitalgesellschaften und 6 % anderer Rechtsformen. Auf der Webseite des Verbandes der Familienunternehmen heißt es:

»Wir haben klasse Veranstaltungen mit hochkarätigen Rednern, zuletzt beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel auf unserem Jahrestreffen in Berlin. Wir sind nah dran an politischen Entscheidungsprozessen. Wir bieten ein starkes Netzwerk, das kein anderer Unternehmerverband hat.«⁶⁴

Zu den Aktivitäten außerhalb des Lobby-Bereiches gehören unter anderem:

- **Parlamentarischer Abend der Familienunternehmer**
Exklusiv – nur für geladene Gäste: Familienunternehmer aus den Regionalkreisen stellen hier in lockerer Atmosphäre ihre Forderungen an ihre Abgeordneten im Bundestag und an die Bundesregierung.
- **Politischer Kongress der Familienunternehmer**
Die politische Tagesveranstaltung zu einem aktuellen Themenfeld in Berlin – im direkten Dialog mit Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft.
- **Die Familienunternehmer - Tage**
Die jährliche Highlight-Veranstaltung für alle Familienunternehmer: Im Dialog mit deutschen Spitzenpolitikern und interessanten Unternehmerpersönlichkeiten. Mit Abend-Gala.

»Heute besitzt BlackRock 70 Niederlassungen in 30 Staaten (Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers ist die neoliberale Speerspitze der CDU, Friedrich Merz). Der absolute Schwerpunkt liegt dabei auf den USA und der EU.«⁶⁵

Um seine Interessen durchzusetzen, nimmt BlackRock auch ganz direkten Einfluss auf die Politik.

Laut Lobbypedia ist speziell die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) eine marktliberale Lobby-Organisation die von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmittel) finanziert wird. Sie will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das Institut der deutschen Wirtschaft ist. Die INSM kürte dabei Personen, die sich in besonderer Weise für »marktwirtschaftliche Reformen« in Deutschland eingesetzt haben,

⁶³ (Hartmann, 2018), S.147-148

⁶⁴ (Familienunternehmen,)

⁶⁵ (Rügener, Blackrock-Kapitalismus - Das neue transatlantische Finanzkartell, 2016)

unter anderem Friedrich Merz 2004 zum »Reformer des Jahres«.⁶⁶

Was dürfen wir von Friedrich Merz erwarten, falls er der nächste Bundeskanzler wird?

Viele Einflüsse der Lobbyarbeit zielen auf Verhinderung der Gesetzgebung ab.

Einer der größten Lobby-Verbände im Bereich der Verhinderung einer Erbschaftssteuer ist der Verband der Familienunternehmen.

Auf der Webseite des Verbandes der Familienunternehmen heißt es:

»Wir haben klasse Veranstaltungen mit hochkarätigen Rednern, zuletzt beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel auf unserem Jahrestreffen in Berlin. Wir sind nah dran an politischen Entscheidungsprozessen. Wir bieten ein starkes Netzwerk, das kein anderer Unternehmerverband hat.«⁶⁷

Diese Lobbyarbeit hat sehr große Erfolge zu erzielen. Die Erbschaftssteuer beträgt nicht einmal 2 % des jährlichen Erbvolumens von 400 Milliarden Euro. Jährlich.

»In der Großen Koalition unter Merkel wurde im Dezember 2008 dann noch ein letztes Gesetz zugunsten der Reichen verabschiedet, die Neuregelung der Erbschaftsteuer für Unternehmen. Es war in der Folge für die Vermögenskonzentration von enormer Bedeutung. Dieses vom Finanzministerium unter Peer Steinbrück entworfene und zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Gesetz sorgte nämlich dafür, dass viele Unternehmen, auch solche im Wert von Hunderten von Millionen Euro und mehr, so gut wie steuerfrei vererbt werden konnten. Es beinhaltete im Paragraphen 13 die Möglichkeit, Unternehmensvermögen unter bestimmten Bedingungen⁶⁴ zu 85 oder gar zu 100 Prozent steuerfrei zu stellen, wenn es sich um einen klassischen Familienbetrieb handelte oder die entsprechende Person im Falle von Kapitalgesellschaften zu mindestens einem Viertel an diesen beteiligt war. Bei Stefan Quandt zum Beispiel wäre Letzteres bei BMW der Fall. Auch bei vielen anderen der großen Vermögen sieht es ähnlich aus. Immerhin befindet sich jedes zweite der Hundert größten deutschen Unternehmen in Familienbesitz – das ist bei vielen nicht börsennotierten Firmen der Fall – oder unter Familienkontrolle, etwa außer bei BMW auch bei VW, Henkel oder Merck. Die Auswirkungen dieser Gesetzesänderung für die Vermögensverteilung waren dementsprechend gravierend. Nimmt man alle steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierungen zwischen 1999 und 2009 zusammen, so tragen sie einen Großteil der Verantwortung für die stark gewachsene Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland.«⁶⁸

Aber auch von unseren Abgeordneten gehen durch Lobbying Gefahren für die Demokratie aus, wie die Fälle Nüßlein, Löbel, Amthor (alle CDU) zeigen:

»So, wie es aussieht, setzte Nikolas Löbel seine politischen Kontakte ein, um mit einer privaten Firma aus der Not auch jener Menschen Kapital zu schlagen, die den Abgeordneten zuvor gewählt hatten und die sein Bundestagsmandat bis heute mit ihren Steuergeldern finanzieren. [...]

Dieses moralische Totalversagen ist nicht nur bei Löbel zu beklagen, sondern auch in strukturell ähnlich gelagerten Fällen wie dem des CSU-Abgeordneten Georg Nüßlein. Zu beklagen ist es in anderer, geringerer und doch bedeutender Weise auch beim CDU-Abgeordneten Philipp Amthor. [...]

⁶⁶ (Lobbypedia, Initiative_neue_soziale_marktwirtschaft,)

⁶⁷ (FAMILIENUNTERNEHMER, 2019)

⁶⁸ (Hartmann, 2018), S. 137-138

Wie so oft folgt auch im Fall Nikolas Löbel auf politisches Fehlverhalten ein Krisenmanagement, das noch mehr Vertrauen zerstört.«⁶⁹

Aber erst durch diese Fälle war die CDU bereit, das lange von den anderen Parteien geforderte Tansparenzregister, wenn auch eingeschränkt, zu einem Gesetz zu machen.

Unter Abschnittsüberschrift, »CDU in der Kritik: Wirtschaftsrat ins Visier - Merz „Top-Lobbyist“ und Lobby-Vertreter mit Sitz im Parteivorstand«, beschreibt LobbyControl die enge Verflechtung des CDU-Wirtschaftsrates mit dem Parteivorstand:

»Der Wirtschaftsrat werde in der Öffentlichkeit oft falsch wahrgenommen, erklärte Studienautorin Christina Deckwirth: Er sei nicht etwa ein Parteigremium, sondern ganz offiziell ein ›Berufsverband‹, habe aber dennoch ein ›Scheinimage‹ als Teil der Partei. Gleichwohl habe der Rat einen Platz im CDU-Parteivorstand inne. Damit seien ›Lobbyisten‹ in der Parteiführung vertreten. Zwar nicht mit Stimm-, aber immerhin mit Rederecht. Das sei ›ein Unding‹ und eine ›problematische Konstruktion‹, sagte Deckwirth. Zugleich blieben aufgrund der Konstruktion die Finanzen des Wirtschaftsrates weitgehend im Dunkeln und Steuervorteile möglich.

Eine konkrete Forderung richtete Deckwirth an das bekannteste Gesicht des Wirtschaftsrates: Friedrich Merz. Als Vizepräsident des Wirtschaftsrates sei der bekannte Konservative eigentlich ›Top-Lobbyist‹. Merz müsse den Posten aufgeben, wenn er weiter nach Top-Positionen strebe, meinte die Politikwissenschaftlerin. Im Januar hatte Merz ein Amt in der zweiten Reihe der Parteispitze allerdings ausgeschlagen.«⁷⁰

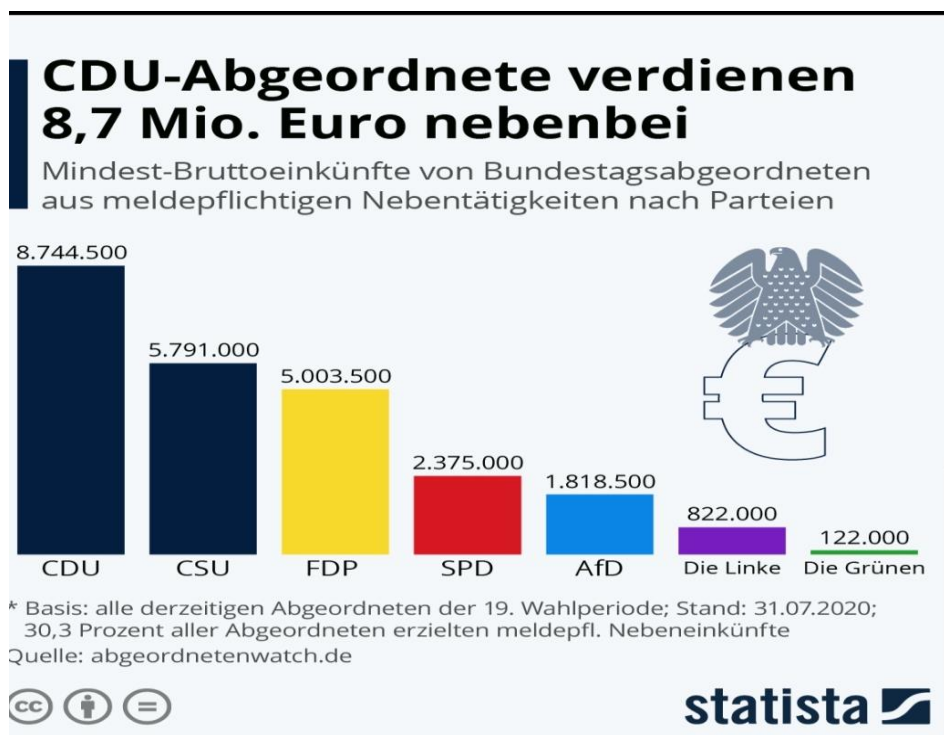


Abbildung 4: Nebenverdienste von Abgeordneten

⁶⁹ Cornelius Pollmer, 8.3.2021, Süddeutsche Zeitung, Masken-Affäre bei CDU/CSU - Dealer statt Diener
Siehe auch: Daniel Goffart, 6.3.2021, Wirtschaftswoche, Das profitable Amigo-Netzwerk des Georg Nüßlein

⁷⁰ Florian Naumann, 17.3.2021, Merkur, Lobby sogar im CDU-Vorstand: Verein erhebt Vorwürfe - neuer Telefon-Eklat um Abgeordneten?

Ein weiterer Bereich ungenügender Transparenz sind die Nebentätigkeiten der Abgeordneten. Den hier ist die Gefahr der Korruption besonders groß. Obwohl sie mit über 10.000 Euro gut bezahlt werden, reichen dies manchen Abgeordneten nicht aus. Als Abgeordneter sollte man mit der Tätigkeit ausgelastet sein. Daher verbietet sich eine eigentlich eine Nebentätigkeit. So steht es zumindest im Abgeordnetengesetz, doch die lange Liste der Nebentätigkeiten lässt Zweifel aufkommen. Daraus folgt, dass sämtliche Nebentätigkeiten offengelegt werden müssen.

Abgeordnete müssen ihre Nebeneinkünfte nur in zehn Stufen angeben: Die erste Stufe umfasst Einkünfte ab 1.000 Euro bis 3.500 Euro, die letzte Stufe Einkünfte ab mehr als 250.000 Euro monatlich.

»Wir brauchen endlich echte Transparenz in den Parlamenten: Abgeordnete sollten künftig ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben müssen«, sagte Olaf Scholz der *Bild am Sonntag*. Er erwarte, dass CDU und CSU »da jetzt mitmachen«. »Die Bürger müssen wissen, wen sie wählen - und woher er Geld bekommt«, sagte der SPD-Politiker.«⁷¹

»→20« *Einfluss durch Spenden und Stiftungen auf die politischen Parteien*

Die Reichen können sich über ihre Spenden und Stiftungen unmittelbar Einfluss im Kulturbereich wie auch in anderen Sektoren verschaffen. [...]. Im Extremfall betrifft es wie bei der Bill & Melinda Gates Foundation sogar die Gesundheitspolitik weltweit. [...]. An die Stelle demokratisch legitimierter Verfahren treten die Wünsche und Vorlieben einzelner Personen, die niemandem Rechenschaft schuldig sind [...], wie das Beispiel von Jan Philipp Reemtsma zeigt [...]. Er verteidigte 2012 in einem Beitrag in der Süddeutschen Zeitung das Stiften und Spenden der Reichen sehr wortgewaltig. Unter dem bezeichnenden Titel »Ihre Willkür soll euch willkommen sein«, stellt er in dem Artikel explizit fest, dass es nicht darauf ankomme, »Gutes zu tun«, sondern Nützliches. Und »Nützliches« ist, was der Stifter dafür hält, so seine unmissverständliche Formulierung. Klarer kann man die Machtverhältnisse nicht auf den Punkt bringen.«⁷²

»Parteispenden sind neben staatlichen Mitteln, Mitgliedsbeiträgen, Sponsoring und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit eine bedeutende Finanzierungsquelle deutscher Parteien [...]. Durch hohe Parteispenden können einzelne Lobbygruppen oder reiche Privatpersonen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Deshalb sind klare Regelungen für Parteispenden wichtig für eine Demokratie. Dazu gehören insbesondere Offenlegungspflichten und die Begrenzung der zulässigen Spendenhöhe. Laut den Rechenschaftsberichten für 2017 liegt der Anteil von Parteispenden an der Gesamtfinanzierung der Bundestagsparteien zwischen 8,8 und 38,9 Prozent.«⁷³⁷⁴

⁷¹ Olaf Scholz, 21.3.2021, SZ, Nebeneinkünfte von Abgeordneten ab dem ersten Euro angeben

⁷² (Hartmann, 2018), S. 24

⁷³ Deutscher Bundestag: Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien 2017

⁷⁴ (Lobbypedia, Parteispenden,)

Außerdem müssen die Grenzen zur Veröffentlichung einer Spende dringend herabgesetzt werden. Durch eine Stückelung Ihrer Spende landen viele Unternehmen unter dem Satz von 10.000 Euro im Jahr. Das muss sich um der Transparenz Willen dringend ändern.

Nach Ansicht der Organisation Abgeordneten Watch könnte die Lösung wie folgt aussehen: »Unternehmensspenden sind ein Weg der Industrie, sich Einfluss in die Politik zu verschaffen, den Bürger zum überwältigenden Teil nicht nehmen können. Daher müssen Unternehmensspenden konsequenterweise verboten werden. Ebenso müssen private Spenden gedeckelt werden, damit der Einfluss Einzelner möglichst gering gehalten wird.«

»Dass Medienhäuser an politische Akteure spenden, deren Arbeit sie kritisch zu begleiten haben, erscheint heute äußerst befremdlich. Lange Zeit war es jedoch gang und gäbe. Wer die Rechenschaftsberichte der Parteien durchblättert, stößt in den Spenderlisten auf das Who is Who des deutschen Verlagswesens.«⁷⁵

»→14« *Einfluss auf die WTO auf die parlamentarische Gesetzgebung*

Die Mitglieder der WTO in Deutschland sind der Bundeswirtschaftsminister und der Handelskommissar der EU stellvertretend für Deutschland und die anderen EU Staaten. Die WTO Konferenzen werden entweder von der regierenden Fraktion oder den Interessenverbänden der Wirtschaft ausgelöst. Im Abschnitt: »*Außerplanmäßige unilaterale Ministerkonferenz*« wird deutlich aufgezeigt, wie eine Ministerkonferenz der WTO abläuft, welche politischen Richtungen vertreten sind und über welche Themen gesprochen werden und was noch wichtiger ist, über welche nicht gesprochen werden. Themen wie, Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlagerung werden immer global gesehen und als Wohlstandsmodell verstanden, weil sie mit Preissenkungen verbunden sind bzw. mit höheren Gewinnen bei den Unternehmen führen. Die Auswirkungen auf die Nationalstaaten sind bezüglich fehlender Vollbeschäftigung und sinkender Löhne nicht relevant. Auch wenn in der Präambel der WTO Vollbeschäftigung und steigende Löhne angegeben werden, so finden diese für die Hochpreisländer keine Anwendung.

»12« Die EU-Kommission als Verbündeter der WTO

»Wirtschaftspolitische Vollmachten, die Beziehungen von der nationalen Ebene an die EU abgetreten werden, laufen umgehend Gefahr, von dort in die unumkehrbaren multilateralen Beziehungen der Welthandelsorganisation eingebracht zu werden. Damit unterwirft sich die EU Schritt für Schritt den Regeln der WTO, die von keinerlei demokratischer Kontrolle und öffentlicher Rechtfertigung getrübt sind. Für die Bürger der Gemeinschaft wird die Entwicklung des wirtschaftlichen Wirtschaftslebens immer undurchsichtiger. Sie sind einer Verfilzung der EU und der WTO ausgeliefert, in der sich die Vorhut einer Oligarchie zur Durchsetzung globalwirtschaftlicher Privatinteressen zu unterwandern.«⁷⁶

⁷⁵ (AbgeordnetenWatch,)

⁷⁶ (Zeitler, 2006), S. 32

Während die Regelungen der WTO noch bei Streitigkeiten im Streitbeilegungsverfahren ausgetragen werden können, welches allerdings durch die USA bei der Besetzung mit Richtern blockiert wurde, gewinnt die Übernahme durch die EU eine schärfere Note. Streitfragen in den Verträgen mit anderen Ländern landen dann vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH).

»13« Bundesexekutive - Wirtschaftsministerium

»Die einzelnen [EU-]Staaten verhandeln nicht direkt mit der WTO, sondern haben ihre nationalen Vollmachten in Fragen des Außenhandels mit wenigen Ausnahmen an die EU-Kommission abgetreten. Die Abstimmung erfolgt, soweit noch erforderlich, zwischen dem EU-Handelskommissariat und - Falle Deutschlands – gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft, das seinerseits gegenüber Ländern und Kommunen informationspflichtig, aber nicht an Weisungen gebunden ist.«⁷⁷

»14« WTO Gesetzgebung durch Nationalstaaten und EU

Die WTO ist eine Organisation, die wie eine zusätzliche Regierung oberhalb der Nationalstaaten agiert. Diskutiert wird das Gebilde als »Regieren jenseits des Nationalstaates«. Im Zuge der Globalisierung stößt nationalstaatlich organisierte Politik an ihre Grenzen. Dabei nimmt die Regierungsfähigkeit der Nationalstaaten ab. Nationale Alleingänge sind dadurch sehr erschwert oder unmöglich.

»Das Ergebnis ist eine wachsende Bedeutung des Regierens jenseits des Staats, die sich unter anderem im Rahmen der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen vollzieht. [...].

Michael Zürn [...] zeichnet den Weg von der Krise staatlicher Regierungsfähigkeit zum Regieren jenseits des Staates in drei Schritten nach.

In einem ersten Schritt richten Individuen und kollektive Akteure ihr Handeln zunehmend weniger an territorialen Grenzen aus. [...]. Während der Staat weiterhin nur in seinem Staatsgebiet Gesetze erlassen und Steuern erheben kann, weiten sich die gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge über die Staatsgrenzen aus.

Dies führt in einem zweiten Schritt dazu, dass die Fähigkeit des Staates abnimmt, gesellschaftliche Prozesse zielgerichtet zu steuern. Denn Teile dieser Prozesse liegen nun immer öfter außerhalb seines eigenen Wirkungsbereichs. [...]. Die wirtschaftliche Denationalisierung stellt Staaten daher vor drei zentrale Herausforderungen:

- Die abnehmende Effizienz staatlicher Politik,
- die gleichzeitige Zunahme von Externalitäten – also der Wirkungen der Politik anderer Staaten – und
- die Gefahr einer durch die Mobilität von Kapital und Menschen verursachten Abwärtsspirale (»race to the bottom«) in Steuer- und Regulierungsfragen, wenn sich der jeweils niedrigste Umwelt-, Steuer- oder Sozialstandard »am Markt« durchsetzt.

Alle drei Herausforderungen stellen dabei auch die Fähigkeit des Staates zum demokratischen Regieren in Frage. [...].

⁷⁷ (Zeitler, 2006), S. 103

Doch die Verlagerung von Regierungskompetenzen in internationale Organisationen und transnationale Regulierungsinstanzen hat Nebenwirkungen. Solange die internationale Politik nur mittelbar – nämlich durch die nationalen Regierungen – demokratisch legitimiert ist, wirft der wachsende Einfluss internationaler Institutionen neue Fragen hinsichtlich der demokratischen Qualität politischer Entscheidungsprozesse auf. Dies gilt insbesondere dort, wo politische Institutionen jenseits des Staats mit der Mehrheit ihrer Mitglieder entscheiden können – wo neben rein intergouvernementalen Verfahren also auch supranationale Verfahren der Entscheidungsfindung existieren. [...].

Am weitesten fortgeschritten ist dieser Kompetenztransfer in der EU, wo Mehrheitsentscheidungen in vielen Fragen zum Erlass von europäischen Richtlinien und Verordnungen ausreichen, die dann von allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen.«⁷⁸

»15« Bundespressestelle

Das Bundes-Presse-Amt sammelt Informationen aus Radio, Fernsehen und Zeitungen und stellt diese den Politikern in einer zusammengefassten Form zur Verfügung. Jeder Politiker hat sein Wissensgebiet, in dem er oder sie tätig und voll beschäftigt ist. Das Bundes-Presse-Amt sammelt wichtige Nachrichten aus der ganzen Welt. Mit der Zusammenfassung soll jeder möglichst über die aktuellen Veröffentlichungen informiert werden. Es ist verständlich, dass hier der Mainstream erfasst wird. Somit geraten neue Entwicklungen und andere wichtige Mitteilungen nicht in diese Informationen, wenn sie nicht zum Mainstream gezählt werden.

In der umgekehrten Richtung informiert die Bundesregierung über die Presse auch die Bürger zu ihren Zielen.

Da die Presse überwiegend neoliberale Ansichten vertritt, werden die Politiker auch nur dementsprechend informiert.

»16« Die Auswirkung der WTO-Gesetze auf die Politik

Die grundlegenden Prinzipien der WTO lauten wie folgt:

Die WTO stellt – wie zuvor das GATT – die Maxime der ›Nichtdiskriminierung‹ in den Vordergrund, hinter der sich die Prinzipien ›Meistbegünstigung‹ und ›Inländerbehandlung‹ verbergen. Was sich zunächst wie edle Gesinnung anmutet, ist in Wirklichkeit die schärfste taktische Waffe der WTO: Die ›Nichtdiskriminierung‹ verpflichtet die Mitgliedsländer prinzipiell dazu, sämtliche Sonderkonditionen, die sie ihren bestehenden Handelspartnern im Außenhandel gewähren, allen zukünftigen Partnern ebenfalls in vollem Umfang zuzugestehen und darüber hinaus ausländische und inländische Marktteilnehmer absolut gleich zu behandeln. Damit gelingt es der WTO, den Prozess der Liberalisierung und Deregulierung des Welthandels unumkehrbar zumachen und immer weiter voranzutreiben.

Aus taktischen Gründen setzt die WTO zudem auf multilaterale Verhandlungen, um durch

⁷⁸ (Dingwerth, 2011), S. 27-29

zentrale Steuerung und Disziplinierung eine möglichst flächendeckende Loslösung des Welthandels von nationalstaatlichen Einflüssen durchzusetzen.⁷⁹

Die WTO Verordnungen werden durch die Exekutive der Nationalstaaten und die Außenhandelskommission der EU beschlossen, ohne dass das nationale Parlament oder das Europäische Parlament involviert wurde. Daher fehlt es an der Legitimation der WTO-Verordnungen, die über die EU dann in allen Ländern der EU eingeführt werden müssen. Den nationalen Politikern bleibt keine Wahl. Sie müssen die über die EU, die Exekutive der Nationalstaaten und WTO beschlossenen Gesetze im Nationalstaat umsetzen.

Die gravierenden Auswirkungen dieser Verordnungen hätten über die Parlamente niemals eine Zustimmung erfahren.

»17« Die Politiker

Die Zusammensetzung des Bundestages ist zwar hoch qualifiziert, doch es wird immer wieder bemängelt, dass er nicht die Bevölkerung widerspiegelt.

»Stammte sie während der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik im Schnitt zu ungefähr zwei Dritteln aus der breiten Bevölkerung, so ist das in diesem Jahrtausend spürbar anders. Die Mehrheit in der Bundesexekutive kommt jetzt wie in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Medien aus bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien.«⁸⁰

Ein Bericht der Berliner Zeitung informiert über die Berufe der Parlamentarier: »Die größte im Bundestag vertretene Berufsgruppe stellen mit Abstand die Juristen: 152 Abgeordnete haben das entsprechende Studium abgeschlossen. [...]. Mit mehr als 20 Prozent aller Abgeordneten sind die Juristen damit deutlich überrepräsentiert – was den beruhigenden Schluss zulässt, dass die Parlamentarier in Sachen Gesetzgebung nicht völlig ahnungslos sind. [...]. Der Lehrerberuf wiederum liegt mit 35 Abgeordneten erst auf Platz vier – hinter den Wirtschaftswissenschaftlern (115 Abgeordnete) und den 61 Politikwissenschaftlern im deutschen Parlament. Auch Naturwissenschaftler (29), Ingenieure und Soziologen (jeweils 25) sind vergleichsweise oft vertreten.«⁸¹

»Wenn fast neun von zehn Bundestagsabgeordneten studiert haben, aber nicht einmal jeder sechste in der gleichaltrigen Bevölkerung, wenn sich die politische Elite in Berlin zu mehr als der Hälfte aus den oberen 4 Prozent der Bevölkerung rekrutiert, dann wird dieses Problem offensichtlich.«⁸²

»Um die Bevölkerung angemessen zu repräsentieren, müsste es 160 Abgeordnete im Bundestag mit Migrationshintergrund geben und 350 Frauen. Die Abgeordneten sind also insgesamt zu weiß, zu männlich, zu heterosexuell, zu binär, zu alt und zu westdeutsch, um repräsentativ zu sein.«⁸³

»Wer Politik machen will, sollte sich über die Machtverhältnisse im Klaren sein. Diese haben sich in den Jahren des Neoliberalismus merklich verschoben. Der Staat hat Macht

⁷⁹ Vgl. (Zeitler, 2006), S. 101

⁸⁰ (Hartmann, 2018), S.80

⁸¹ Berliner Zeitung, Tanja Brandes vom 15.5.2018, Berufe im Bundestag: Was haben die Abgeordneten eigentlich gelernt?

⁸² (Hartmann, 2018), S. 218-219

⁸³ Lina Wölfel, 14.2.2021, jetzt, Kretschmer als parteilose Direktkandidatin in den Bundestag

an Private verloren. Kleinere Unternehmen haben Macht an große verloren. Beschäftigte haben Macht an Management und Finanzmarktinvestoren verloren. Mittlere und untere Einkommensschichten haben Macht an Reiche verloren. Für alle Elemente dieser veränderten Balance gibt es zahlreiche Belege. Die generelle Tendenz ist immer die Gleiche: Die Starken sind noch stärker, die weniger Mächtigen sind noch weniger mächtig geworden.«⁸⁴

Ein weiterer Aspekt der Politik ist die Elitenbildung. »Elite, das sind jene Personen, die qua Amt oder -wie vor allem in der Wirtschaft – qua Eigentum in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen. Der zentrale Maßstab für die Zugehörigkeit zu einer Elite ist daher die Macht, über die eine Person verfügt.«⁸⁵

»Die Eliten werden immer mehr zur geschlossenen Gesellschaft. Das gilt nicht nur für die Wirtschafts-, sondern zunehmend auch für die politische Elite. Ihre Lebenswelten und die der Bevölkerung driften seit Jahrzehnten auseinander. Sie glauben, dass für sie eigene Regeln gelten und produzieren einen Steuer- und Finanzskandal nach dem anderen. Der renommierte Elitenforscher Michael Hartmann benennt die Folgen: Rechtspopulismus und Politikverdrossenheit. Die einen schimpfen auf ›die da oben‹, andere auf das Elitenbashing. Dabei lohnt es sich, genau hinzusehen: Wer genau sind die Eliten? Wie erneuern sie sich? Wie hängen ihre Haltungen und ihre Herkunft zusammen? Hartmanns Befund: Die Eliten sind ein abgehobener Selbstrekrutierungsbetrieb, der die Demokratie aushöhlt. Nur durch eine durchgreifende soziale Öffnung der politischen Elite ist eine Wende möglich.«⁸⁶

Aber wie soll diese soziale Öffnung vorgenommen werden? Eindeutig ist, dass die Stimmen der unteren Hälfte der Bevölkerung nicht gehört werden.

»18« Legislative, Einfluss der neoliberalen Ideologie in die Gesetzgebung

»Wirtschaftspolitische Vollmachten, die zunächst von der nationalen Ebene an die EU abgetreten werden, laufen umgehend in Gefahr, von dort in die unumkehrbaren multilateralen Vereinbarungen der Welthandelsorganisation eingebracht zu werden. Damit unterwirft sich die EU Schritt für Schritt den Regeln der WTO, die von keinerlei demokratischer Kontrolle und öffentlicher Rechtfertigung getrübt wird. Für die Bürger der Gemeinschaft wird die Entwicklung des europäischen Wirtschaftslebens dadurch immer undurchsichtiger. Sie sind einer Verfilzung von EU und WTO ausgeliefert, in der sich die Vorhut einer Oligarchie manifestiert, die angetreten ist, die demokratischen Strukturen zur Durchsetzung globalwirtschaftlicher Privatinteressen zu unterwandern.

Die im deutschen Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung sowie Landesparlamente und Bundestag sind im Zuge dieser Entwicklung gezwungen, sich einen steigenden Anteil vorgefertigter wirtschaftspolitischer Entscheidungen aufzwingen zu lassen, die in undurchsichtigen Zirkeln ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Bürger ausgekugelt werden.«⁸⁷

⁸⁴ (Horn, 2020), Pos 1834

⁸⁵ (Hartmann, 2018), S. 32

⁸⁶ (Hartmann, 2018), S. 1

⁸⁷ (Zeitler, 2006), S. 32

»19« Auswirkungen der WTO-Gesetzgebung auf die Bevölkerung

»19-1« *Die oberen 10 % der Gesellschaft*

Dieser Teil der Gesellschaft ist bestrebt, die Bedingungen so aufrecht zu erhalten, wie sie derzeitig sind oder sie noch weiter zu ihren Gunsten zu verbessern. Er hat auch das Vermögen und die Macht, über breite Kanäle die Informationen auszugeben, die benötigt werden, um diesen Zustand zu erhalten. Der Einfluss in die Politik ist enorm. Es geht um Gewinne, um niedrigste Preise und wenn es mit China nicht mehr funktioniert, dann eben mit einem anderen Land.

Dabei ist es gleichgültig in welchem Land produziert wird, solange Gewinne entstehen. Ob im eigenen Nationalstaat Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, weil Importe aus anderen Staaten durch niedrigere Löhne zum Verdrängungswettbewerb im eigenen Nationalstaat führen, ist solange unwichtig, wie der Betrieb durch eine Verlagerung in diesen anderen Staat überführt werden kann (Siehe auch Daimler Motoren).

Der Ricardo-Wettbewerb um die niedrigsten Preise kann nur dann enden, wenn alle auf dem geringsten Lohn angekommen sind.

Das ist aber nicht genug. Der Staat soll ja erklärtermaßen zurückgedrängt werden, und so verwundert folgende Nachricht auch nicht weiter:

»Jeffrey Berns möchte in Nevada [USA] eine Blockchain-Stadt aus dem Boden stampfen, in der er selbst das Sagen hat: Steuern, Schulen, Polizei, Feuerwehr, lokale Vorschriften, und sollen von seiner Firma Blockchains, LLC, bestimmt werden – sogar das örtliche Gericht. 270 Quadratkilometer Land hat Berns bereits gekauft, wie auch eine Bank in Las Vegas. Sie soll das Projekt finanzieren. Auch die Unterstützung der Politik hat sich Berns gesichert.«⁸⁸

Was bedeutet das? So etwas gab es zuletzt im Mittelalter mit der Einrichtung von Grafschaften. Dort hatte der jeweilige Graf das Sagen und die Gerichtsbarkeit. Er konnte nach Belieben auch seine eigenen Todesurteile vollstrecken.

Hoffen wir, dass es nicht realisiert und zu einem Beispiel für Nachahmer wird.

»19-2« *Die obere Hälfte der Gesellschaft ohne die oberen 10 %*

Dieser Teil der Gesellschaft lebt im Wohlstand, ist aber im Wesentlichen von qualifizierten Arbeitsverhältnissen abhängig. Die Deindustrialisierung nimmt auch hier Fahrt auf, die sich in aggregierten Wohlstandsverlusten gegenüber den Vorjahren äußert.

⁸⁸ Daniel AJ Sokolov, 8.2.2021, Heise Online, Nevada will lokale Regierungsmacht an Tech-Firmen abtreten – samt Gericht

Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren inklusive Grafik



Abbildung 5: Vermögensverteilung 2002 und 2007

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Verm %C3 %B6gensverteilung_in_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland)

Auch wenn aktuellere Zahlen nicht vorliegen, so zeigen die Dezile 6 bis 9 deutlich den Vermögensschwund dieses Teils der Bevölkerung.

»19-3« Die untere Gesellschaftshälfte

Für die untere Hälfte der Gesellschaft bedeutet jeder Verlust des Arbeitsplatzes durch WTO Regeln, entweder Einkommenseinbußen, Arbeitslosigkeit oder Inanspruchnahme von Sozialhilfe.

Kampf um Arbeitsplätze Beispiel ThyssenKrupp

Ein gutes Beispiel für Einkommenseinbußen der Deindustrialisierung durch die WTO gibt die Entwicklung von ThyssenKrupp in der Stahlbranche.

Eine Mitteilung auf der Hauptversammlung von ThyssenKrupp-Chefin Martina Merz: »Bis Ende Dezember 2020 seien knapp über 4000 der angekündigten 11.000 Stellen abgebaut worden. Mit den Arbeitnehmervertretern habe ThyssenKrupp dazu sozialverträgliche Regelungen getroffen. »Der Personalabbau ist sehr schmerzhaft für uns alle. Für eine erfolgreiche Zukunft von ThyssenKrupp sind diese Maßnahmen aber unvermeidlich«, schreibt die Vorstandschefin in ihrer Rede für die Aktionäre, die bereits veröffentlicht ist.«⁸⁹

⁸⁹ Angela Hennersdorf, 5.2.2021, Wirtschaftswoche, »Man fragt sich: Kann ThyssenKrupp überhaupt Stahl?«

Aber warum läuft das so? Stahl ist gefragt. Das Werk ist nicht unmodern und der Stahl ist weltweit qualitativ konkurrenzfähig.

1996 begann der Aufstieg Chinas

In der chinesischen Stahlproduktion lag noch 1996 das Produktionsvolumen bei ca. 100 Mio. Tonnen und stieg bis 2019 auf 992 Mio. Tonnen. Im Jahr 2019 Plätzen folgten Indien mit 111 Mio., Japan mit 104 Mio., USA mit 88 Mio. und Russland mit 72 Mio. Tonnen.⁹⁰ Die sehr niedrigen Preise von China, bedingt durch staatliche Subventionen und niedrige Löhne, stellten unmittelbar eine große Konkurrenz für die europäische Stahlindustrie dar. Unter diesen Umständen erklärt sich die Fusion von Thyssen und Krupp.

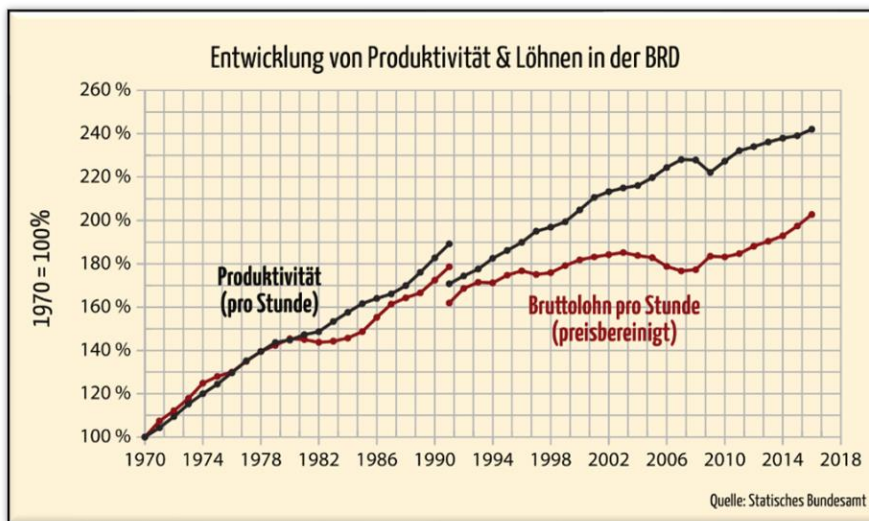


Abbildung 6: Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD 1970 bis 2017

Quelle: Johannes Stremme, Wohlstandsabbau: Lohnzurückhaltung und seine »Erfolgsbeispiele«, Maskenfall, 13.8.2013, <https://www.maskenfall.de/?p=3074>

Der Lohndruck in den Hochpreisländern bezog sich nicht nur auf den Stahl, sondern auf viele Güter, die in den neuen Zentren Hongkong, Shenzhen, Chongqing, Schanghai, etc. hergestellt wurden. Diese vielen Billigimporte verursachten in der westlichen Welt einen Anpassungsprozess, der zunächst erst einmal die Löhne betraf. Auch wenn nicht geklärt ist, in welchem Umfang der »Lohnabkoppelungsprozess von der Produktivität« gespielt hat, so dürfte er erheblich dazu beigetragen haben.

Dies stellt eine in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige Entwicklung dar.

Im Folgenden soll die Entwicklung der Stahlbranche beschrieben werden.

1997 Fusion Thyssen mit Krupp-Hoesch

⁹⁰ Sebastian Kirsch, Wirtschaftswoche, 21.5.2020, Stahl-Markt: Wie China Deutschland abhängte

Mitte März 1997 versuchte die *Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp* in Essen, den wesentlich größeren Thyssen-Konzern in Düsseldorf im Zuge einer feindlichen Übernahme an sich zu binden.

2001 Beitritt Chinas zur World Trade Organisation (WTO)

Mit dem Beitritt der Volksrepublik China zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 waren weltweit große Hoffnungen verbunden. So sollte die Einbindung des aufstrebenden Landes in die multilaterale Organisation als Katalysator für weitreichende Strukturreformen wirken und freies unternehmerisches Handeln in China fördern. Diese Hoffnungen wurden weitestgehend enttäuscht. Zudem wurde China als Entwicklungsland eingestuft. Mit den multilateralen Abkommen wurden die europäischen Länder an die Regeln der WTO gebunden, die für China als Entwicklungsland nicht galten.

2004 Chinas Produktionsvolumen hatte sich fast verdreifacht

2004 betrug das Produktionsvolumen in China 273 Mio. Tonnen. Aus Sicht eines Unternehmens wie ThyssenKrupp war es notwendig auf diesen Preisdruck zu reagieren. Einen Schutz vor diesem Verdrängungswettbewerb gab es nicht. Denn Ausgleichzölle und Mengenbegrenzungen waren über die multilateralen Abkommen der WTO verboten.

2007 ThyssenKrupp sucht nach einer Lösung in Brasilien und den USA

»Die Stahlbranche sieht sich schon länger fallenden Preisen ausgesetzt, unter anderem deswegen, weil chinesische Produzenten Überkapazitäten erzeugen und mit billigem Stahl den Weltmarkt fluten. Die von ThyssenKrupp 2005 gestarteten Stahlpläne in Nord- und Südamerika sind auch deshalb krachend gescheitert – aber auch, weil Brasilien in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt ist und die Baukosten für das Stahlwerk aus dem Ruder liefen. Ursprünglich wollte ThyssenKrupp in Brasilien Stahl günstig kochen und dann in den USA und Europa weiterverarbeiten und an die Endkunden verkaufen.«⁹¹

2017 Verkauf des Stahlwerks in Brasilien

Das Stahlwerk in Brasilien wurde im Februar 2017 für rund 1½ Milliarden Euro von dem südamerikanischen Stahlhersteller Ternium übernommen. In Medienberichten wird der Verlust für ThyssenKrupp aus dem Engagement in den USA und in Brasilien auf acht Milliarden Euro beziffert und als eine der größten Fehlinvestitionen der deutschen Industriegeschichte bezeichnet.

In der Presse steht nicht, dass der Versuch, dem Verdrängungswettbewerb der WTO zu entgehen, zu diesen Investitionen in Niedriglohnländer geführt hat. Man erfährt auch

⁹¹ Philipp Habdank, 22.2.2017, finance, ThyssenKrupp schließt sein 12-Milliarden-Grab in Amerika

nicht, dass unter der Möglichkeit der Erhebung von Zöllen und Einführung von Mengenbegrenzungen zum Schutz der Arbeitsplätze im eigenen Land (die von der WTO verboten sind), diese Investitionen in Deutschland und nicht in Brasilien vorgenommen worden wären.

2020 Lösungsversuche

Verkaufspläne

»Statt 6000, wie ursprünglich geplant, sollen nun konzernweit 11.000 Stellen gestrichen werden. Wie viele Stellen darüber hinaus in der Stahlsparte entfallen könnten, ist derzeit noch unklar. [...].

Ohne Staatseinstieg bleiben dem Konzern nicht mehr viele Möglichkeiten, die Zukunft des notleidenden Stahlgeschäfts zu sichern. [...].

Mit dem schwedischen Konkurrenten SSAB und der europäischen Tochter des indischen Stahlkochers Tata Steel haben sich zwei der wichtigsten Interessenten weitgehend aus den Verhandlungen verabschiedet. [...].

Der Konzern [Tata Steel] erhofft sich nach der Teilung und dem Brexit eine verbesserte Verhandlungsposition gegenüber der britischen Regierung.«⁹²

Die wichtigsten Punkte für UK bei Brexit waren Abkoppelung vom EuGH und Loslösung von der durch den von der WTO verbotenen Staatssubventionen. Diese wurden auch über den EuGH durchgesetzt. Auch der britischen Stahlindustrie geht es schlecht und ist vorerst nur über Subventionen zu retten.

Schließung von Werken

»Thyssen-Krupp sieht demnach keine Zukunft für den Geschäftsbereich Grobblech mehr und beginnt mit den Planungen für eine Stillsetzung spätestens zum 30. September 2021. [...].

Für den Verkaufsprozess kam erschwerend hinzu, dass durch die Corona-Krise die Nachfrage nach Grobblech-Produkten weiter massiv unter Druck geraten sei, so Thyssen-Krupp. [...].

Das im Duisburger Stadtteil Hüttenheim gelegene Grobblechwerk bewege sich in einem äußerst schwierigen Marktumfeld und schreibe seit Jahren rote Zahlen, ohne Aussicht auf nachhaltige Erholung. Zu den Produkten des Geschäftsbereichs gehören unter anderem verschleißfeste Stähle für Baumaschinen, Pipeline-Stähle, Bleche für den Schiffsbau oder für Mobilkrane. Gegründet wurde das Werk 1963, 1970 kam es zum Thyssen-Konzern.«⁹³

Dieser Stilllegungsprozess wäre vermeidbar, wenn der Betrieb einen Preis erzielen könnte, mit dem er Löhne zahlen und seine Kosten decken zu können. Der notwendige europäische Marktpreis ist jedoch höher als der Weltmarktpreis. Über den

⁹² Kevin Knitterscheidt, 14.12.2020, Handelsblatt, Staatseinstieg bei Thyssen-Krupp vom Tisch: Welche Optionen bleiben?

⁹³ WDR, Nachrichten, Duisburg: Thyssen-Krupp bereitet Schließung von Grobblechwerk vor

Weltmarktpreis kommt es zu einem unfaireren Verdrängungswettbewerb, ausgelöst durch die WTO-Regeln.

Staatsbeteiligung des Bundes oder des Landes

»Favorisiert wird von der IG Metall ein Verbleib bei ThyssenKrupp, unterstützt mit Geld von Bund und Land. Der Staat dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen. »Er muss dafür sorgen, dass Zehntausende Arbeitsplätze erhalten bleiben«, sagt Giesler. Noch dazu müsse er ein Interesse daran haben, dass grüner Stahl in Deutschland produziert wird.

Tatsächlich häufen sich seit einiger Zeit die Besuche von Politikern in Stahlwerken, auch von Bundesministern. Staatshilfe indes dürfte nicht fließen. Der NRW-Landtag jedenfalls hat sich mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Grünen gegen einen Antrag der SPD-Opposition ausgesprochen, bei ThyssenKrupp einzusteigen.

Und auch der Bund zeigt sich zurückhaltend. Auf Hilfen aus dem sogenannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) verzichtet ThyssenKrupp freiwillig. Denn die WSF-Gelder werden vergleichsweise hoch verzinst und sind damit teuer.«⁹⁴

»Die Ursachen für die Krise sind vielfältig: Zum einen ist der Markt von Überkapazitäten in Europa geprägt, der durch Billigimporte aus Asien und Osteuropa zusätzlich belastet wird. Angeheizt wird die Misere durch die Corona-Krise, die die Stahlnachfrage hat einbrechen lassen. [...].

Nach Angaben von Minister Altmaier muss die deutsche Stahlbranche bis zum Jahr 2050 dafür rund 30 Milliarden Euro aufwenden. Solche Summen können die Unternehmen nicht stemmen. Thyssen-Krupp, Salzgitter und die Hütten im Saarland schaffen es selbst in guten Jahren kaum, ihre Kosten bei der Stahlproduktion zu decken. [...].

Wichtige Kunden wie die Automobilindustrie und die Hersteller von Maschinen stecken unverändert in der Krise. Hinzu kommt, dass diese Kunden Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern. So sinkt die Zahl der in Deutschland gefertigten Autos seit Jahren stetig. [...].

Die Stahlproduktion ist fundamental wichtig für die Fertigung wichtiger Exportprodukte wie Autos. Laschet spricht daher von einer »systemrelevanten« Branche. [...].

So befasst sich die Bundesregierung nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen mit allen denkbaren Szenarien – bis hin zu der von der IG Metall ins Spiel gebrachten Staatsbeteiligung. [...].

»Es geht jetzt darum, ganze Wertschöpfungsketten zu erhalten«, heißt es in Regierungskreisen. Man müsse mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten helfen. Die Staatsbeteiligung stehe dabei als äußerstes Mittel an letzter Stelle. Naheliegender sei zunächst die gezielte Technologieförderung. Letztlich sei es entscheidend, »hieb- und stichfeste Modelle« zu entwickeln, die einer Überprüfung durch die EU-Kommission standhielten und von der Brüsseler Behörde nicht als unzulässige Beihilfe kassiert würden.«⁹⁵

⁹⁴ Carsten Dierig, 5.2.2021, Welt, »Einstige Stahlikone ist Geschichte« – das vernichtende Urteil über ThyssenKrupp

⁹⁵ Martin Murphy u.a., 30.8.2020, Handelsblatt, Thyssen-Krupp soll Hilfe vom Staat bekommen

Da die Stahlindustrie auch von der Autoindustrie abhängt, zeigen Mitteilungen wie hier von Standard die zukünftigen Probleme deutlich auf. Nicht nur bei den Batterien schiebt sich China in den Vordergrund:

»Elektroautos haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Ihre Reichweite und Leistung wurde besser, und sie werden – in manchmal zweifelhafter Manier – mit zunehmend mehr smarten Features bestückt. Der Einstiegspreis [in Deutschland] ist aber immer noch einigermaßen happig. [...]. Der Trend könnte aber ohnehin zu viel billigeren Autos gehen, speziell in urbanen Gegenden. Das zeigt ein Blick nach China. Ein kleiner Elektrowagen, den es je nach Ausstattung zwischen umgerechnet 3.700 und 5.000 Euro zu kaufen gibt, läuft dort in Sachen Verkaufszahlen dem Model 3 laut Carbuzz derzeit den Rang ab.«⁹⁶

»Eine Beteiligung des Bundes, ähnlich wie bei der Lufthansa, erscheint auf den ersten Blick möglich. Ist es aber nicht: Die ThyssenKrupp-Chefin Martina Merz müsste nachweisen, dass das Stahlgeschäft vor dem Ausbruch der Corona-Krise wettbewerbsfähig war, um an die Milliarden aus dem einschlägigen Hilfsfonds der Regierung zu kommen. [...].

Und selbst, wenn die Bundeskanzlerin bereits wäre, die eigenen Richtlinien bis an die Sollbruchgrenze zu verbiegen, käme dann immer noch Brüssel ins Spiel. Alle staatlichen Beihilfen bedürfen der Genehmigung durch die EU-Kommission. Und die dürfte schon aus Gründen der Gleichbehandlung aller ums Überleben kämpfender Stahlkonzerne in Europa nicht zu bekommen sein. [...].

Deshalb muss sich die EU-Kommission speziellen Programmen allein für ThyssenKrupp auf jeden Fall widersetzen. Alles andere führte zu einem Subventionswettlauf in Europa, wie es ihn schon lange nicht mehr gab.

Bleibt realistischweise nur eine einzige Möglichkeit: Der Bund kann ThyssenKrupp ein paar Milliarden Euro für die geplante Umstellung auf ›grünen Stahl‹ überweisen, ohne mit der EU in Konflikt zu geraten. Im Prinzip liegt ein Beschluss zur Förderung von Wasserstoffanlagen für die Hochöfen ja auch bereits vor. Doch auch dabei gibt es ein paar Einschränkungen: Wenn Geld an ThyssenKrupp für diese Zwecke fließt, dann muss es im gleichen Maße auch an alle anderen Stahlhersteller in der Bundesrepublik fließen. Und zwar völlig unabhängig davon, ob sie deutschen Eigentümern gehören oder ausländischen.«⁹⁷

Umstellung auf klimaneutrale Wasserstofftechnik

»Doch sie [die Stahlindustrie] litt schon vor der Pandemie darunter, dass es weltweit zu viele Stahlwerke gibt, gemessen am Bedarf. Zudem muss die Branche Milliarden in klimaschonende Technik investieren, wenn sie eine Zukunft in Europa haben will. ›Kein Stahlhersteller kann diese Transformation aus eigener Kraft stemmen‹, konstatiert Merz. [...].

Alternativ erwägt ThyssenKrupp, den Stahl in eine neue Firma abzuspalten oder doch im Konzern zu halten; dann müssten die Werke freilich noch mehr sparen als geplant. ›Bislang haben sich alle Optionen für die Stahlsparte zerschlagen‹, moniert Investor

⁹⁶ Georg Pichler, 24.2.2021, DerStandard, Elektroauto um 4.000 Euro läuft Teslas Model 3 den Rang ab

⁹⁷ Bernd Ziesemer, 23.11.2020, Capital, Die trügerische Hoffnung der ThyssenKrupp AG

Pontzen. Ein Grund: Die Pensionsverpflichtungen allein der Stahlwerke summieren sich auf bald vier Milliarden Euro.«⁹⁸

Deutlich wird auch hier, dass Investoren, wie Pontzen, die Pensionsverpflichtungen im Blick haben, wenn sie höhere Renditen fordern.

So werden neue Hoffnungen geweckt für den Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft durch ThyssenKrupp.

Wie sieht nun die Förderung des Bundes für die Wasserstoffprojekte aus?

»Die Bundesregierung fördert ein Wasserstoffprojekt des Essener Industriekonzerns ThyssenKrupp in Saudi-Arabien. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) übergab am Mittwoch einen Förderbescheid an Konzernchefin Martina Merz. Die ThyssenKrupp-Tochter Uhde erhält rund 1,5 Millionen Euro, um in der saudi-arabischen Stadt Neom einen Elektrolyseur zu errichten, mit dem grüner Wasserstoff auf der Basis von Solar- und Windenergie gewonnen werden soll. Das sei zunächst eine ›sehr bescheidene Summe‹, sagte Altmaier bei einer Online-Pressekonferenz. Es gebe aber ›Luft nach oben‹. [...].

Geplant ist, den Wasserstoff per Schiff in die Abnehmerländer zu transportieren und dort im Verkehrssektor einzusetzen. Die Wasserstoffproduktionsanlage ›Helios‹ hat laut Bundeswirtschaftsministerium ein Investitionsvolumen von rund 5 Milliarden Euro.

Der Bund hat mit dem Konjunkturpaket vom vergangenen Juni neben 7 Milliarden Euro für den Aufbau eines nationalen Wasserstoffmarktes weitere 2 Milliarden Euro für internationale Kooperationen im Bereich Wasserstoff zur Verfügung gestellt. ThyssenKrupp ist das zweite Unternehmen das davon profitiert. Zuvor hatte Siemens Energy für ein Projekt in Chile eine Förderzusage erhalten.«⁹⁹

Wie hilft es den deutschen Arbeitern, die ihre Arbeitsplätze verlieren, wenn die zukünftigen in Saudi-Arabien und in Chile entstehen?

Auch die gesamte Grundstoffindustrie ist betroffen

»Gerade die Probleme mit der klimaneutralen Transformation reichen allerdings längst über die Stahlbranche hinaus. Sie betreffen weite Teile der Grundstoffindustrie. Die energieintensiven Unternehmen der Industrie – neben der Stahlbranche sind das im Wesentlichen Chemie, Nichteisenmetalle, Papier, Glas und Zement – stehen für insgesamt 880.000 Jobs. Sie haben seit Jahren mit den wachsenden Anforderungen des Klimaschutzes zu kämpfen. Damit sie auf den Weltmärkten bestehen können, bedarf es spezieller Schutzinstrumente. [...].

So erhalten viele Industrieunternehmen kostenlose Emissionszertifikate zugeteilt, einige werden außerdem von Umlagen befreit, die den Strom belasten. Doch dieses System der Ausnahmen und Sonderregelungen ist fragil; es steht unter permanenter Beobachtung der EU-Kommission. Die Bundesregierung setzt sich darüber seit Jahren mit der Brüsseler Behörde auseinander. [...].

Seit Langem schlägt sich die aus solchen Auseinandersetzungen erwachsende

⁹⁸ Benedickt Müller-Arnold, 5.2.2021, Süddeutsche, Wasserstoff statt Hochofen

⁹⁹ Finanzen.net, 16.12.2020, thyssenkrupp macht Technik der Wasserelektrolyse zum Kerngeschäft - thyssenkrupp-Aktie in Grün

Unsicherheit im Investitionsverhalten nieder: In Deutschland investieren die Unternehmen der energieintensiven Branchen seit Jahren weniger, als sie abschreiben. Mit anderen Worten: Sie zehren die Substanz ihrer Anlagen auf.

Doch im Vergleich zu den bevorstehenden Herausforderungen sind die bisherigen Probleme Kleinkram. Denn mit der politischen Festlegung, Europa bis 2050 zum klimaneutralen Kontinent zu machen, reicht es nicht mehr aus, die Effizienz industrieller Prozesse von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Es bedarf vielmehr eines Komplettumbaus solcher Prozesse, die bislang noch auf fossilen Energieträgern basierten.«¹⁰⁰

Hintergrund dieses enormen Abbaus von Arbeitsplätzen

In den oben genannten Artikel wird kein Bezug zur WTO hergestellt und doch ist die WTO die Basis all dieser Probleme. Mit dem Ricardo-Theorem sollen alle Länder Wohlstand und höhere Arbeitslöhne erhalten, wie das in der Präambel der WTO versprochen wird. Das sollte natürlich auch für die Hochpreisländer wie USA und Europa gelten.

In einem multilateralen Abkommen der WTO verpflichten sich die an den Abkommen beteiligten Länder, den Weltmarktpreis zu akzeptieren, der am günstigsten ist. Es spielt dabei keine Rolle, ob dieser mit Kinderarbeit oder mit Zwangsarbeit oder unter sonstigen unwürdigen Arbeitsbedingungen zustande gekommen ist. Das einzige Kriterium für die Anerkennung dieses Preises ist, dass auch im Herkunftsland ein Verkaufspreis entsteht, der einen Gewinn zulässt. In diesem Fall gilt der Preis im Herkunftsland als nicht subventioniert und wird somit zu einem Weltmarktpreis, der von den Beteiligten nicht durch Subventionen verfälscht werden darf. An diesem Preis haben sich alle Unternehmen zu messen. Da in den Hochpreisländern die Löhne höher sind, können sie niemals konkurrenzfähig werden, es sei denn, sie setzen extrem sinkende Löhne durch, was zu einer Deflation führen würde, da damit auch die Güternachfrage sinken würde. Da die Löhne nach unten begrenzt sind, z. B. durch Tarifverträge, bleibt nur die Schließung der Betriebe übrig. Ein Verstoß gegen eine Subventionierung der Unternehmen, die unter dem Weltmarktpreisniveau leiden, wird dann durch das Streitbeilegungsorgan der WTO geregelt und dementsprechend mit Geldbußen belegt. In der Presse fanden die Geldbußen für Airbus und Boeing große Aufmerksamkeit.

Die Stilllegung fast aller Branchen mit Massenfertigung in USA und Europa zeigt, dass es kein Problem der Führung, der technischen Ausstattung oder Automatisierung ist, sondern einfach ein Problem eines nicht funktionierenden Wechselkurses, der die unterschiedlichen Löhne nicht richtig auf einen Preis bringt, der für die Unternehmen in den Hochpreisländern zu einem Konkurrenzpreis wird und nicht in einen Verdrängungswettbewerb ausartet.

Bei unangepassten Importpreisen ist ein Zoll für die Preisdifferenz notwendig, wenn nicht die gesamte Wirtschaft in den Hochpreisländern vernichtet werden soll.

Dies wird von Krugman so gesehen:

»Die Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen bestätigen weder die ursprünglichen Befürworter noch die ursprünglichen Gegner dieses Wechselkurssystems in vollen Umfang. Sie beweisen jedoch unzweideutig, dass ohne internationale wirtschafts-politische Zusammenarbeit kein Wechselkurssystem gut funktioniert. Einschneidende

¹⁰⁰ Ebd.

Beschränkungen der Wechselkursflexibilität der wichtigsten Währungen sind für die nähere Zukunft nicht zu erwarten.«¹⁰¹

Ein weiterer Aspekt der Berichterstattung in der Presse ist, dass es keinerlei Hinweise auf die Ersetzung der genannten EU-Vorschriften gibt. Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundeswirtschaftsministerium, und die EU, vertreten durch den Außenhandelsbeauftragten der EU-Kommission, sind die Mitglieder der Ministerkonferenz der WTO. Sie haben ihre Wünsche in die WTO eingebracht und sie haben sie einstimmig verabschiedet. So hört es sich merkwürdig an, wenn »alle staatlichen Beihilfen der Genehmigung durch die EU-Kommission bedürfen«, denn das hatte die Bundesregierung so gewollt, in dem sie den multilateralen Abkommen der WTO zugestimmt hatte. Sie hat mit ihrer Zustimmung der gewaltigen Deindustrialisierung und dem enormen Arbeitsplatzabbau Vorschub geleistet.

»20« Die Parteien

Die Rolle der politischen Parteien in Deutschland wird in Art. 21 Grundgesetz wie folgt beschrieben: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«.

Doch was heißt das genau? Wie wird der Wille des Volkes erfasst und wie wird er weiterverarbeitet? Leisten die Parteien wirklich diese Aufgabe?

Willensbildung wird verstanden als eine Diskussion kontroverser Ansichten, die unter einer Mehrheitsentscheidung als politische Entscheidung zustande kommen.

»Parteienkrisen sind wahrlich nichts Neues. So hat Ulrich von Alemann (2000: 187) von 1949 bis Ende der 1990er-Jahre allein zehn Parteienkrisen in Deutschland ausgemacht. Dennoch deuten die seit den 1990er-Jahren rückläufige Zahl der Parteimitgliedschaften, die Überalterung der Parteien und die Abnahme der Parteiidentifikation der Wähler darauf hin, dass die Distanz zwischen Parteien und Bürgern zunimmt und es immer schwieriger wird, dass Parteien die ihnen zugeschriebenen Funktionen im politischen System erfüllen. Die Parteienverdrossenheit ist in den letzten Jahrzehnten stark angewachsen. Brachten in den 1980er-Jahren noch 50 % der Bürger den Parteien Vertrauen entgegen, sind es im Jahre 2005 nur noch gerade mal 12 % (Wiesendahl 2006: 94f). Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht überzogen, von einer schweren Krise der Parteien zu sprechen (Holtkamp 2008a: 287). Grund für diese Entwicklungen sind nicht nur gesellschaftliche Veränderungsprozesse, sondern auch die ›Kommunikations-, Realitäts- und Problemlösungsverluste‹ (Oberreuter 2003: 98) innerhalb der Parteien.«¹⁰²

Bogomil führt weiter an, »dass die kommunale Selbstverwaltung lange Zeit nicht als ein politisches Gebilde galt, da die Entscheidungen für technische Umsetzungen keine politischen Gebilde seien. Deshalb würde eine Parlamentarisierung oder Parteipolitisierung der Kommunalpolitik abgelehnt und das Gewaltenteilungsprinzip für die kommunale Ebene nur eingeschränkt gelten gelassen.«

Die politischen Themen für die Legislative werden in der Regel von den Parteien über einen Parteitag transformiert. Ein Parteitag ist ein satzungs- und parteienrechtlich

¹⁰¹ (Krugman, 2006), S. 698

¹⁰² (Bogumil, 2010), S. 37

vorgesehenes Kollegialorgan von Funktionären und Mitgliedern einer politischen Partei, das die sachliche, finanzielle und personelle Politik der Partei diskutiert und festlegt. Auf den meisten Parteitage sind nicht alle Parteimitglieder, sondern aus organisatorischen Gründen nur eine festgelegte Anzahl von Delegierten anwesend. Auf welcher Ebene diese gewählt werden, ist von der Größe des Parteitages und der Partei abhängig. So delegieren in Deutschland bei einem Kreis- bzw. Unterbezirksparteitag meist die Ortsvereine, während auf einem Bundesparteitag bei den mitgliederstarken Parteien für gewöhnlich die Landesverbände oder Bezirke Delegierte entsenden, bei mitgliederschwächeren Parteien dagegen die Kreisverbände. Die Informationen für die Delegierten kommen somit weniger über die regionalen politischen Organisationen, sondern über die Medien und die speziellen Interessen der Delegierten. Da die Medien überwiegend neoliberal berichten, werden auch von hier die Ziele der Politiker in diesem Sinne beeinflusst.

So ist es verständlich, dass die Kluft zwischen der politischen Macht im Bund und in den Ländern zur Bevölkerung eine große Distanz aufweist, wobei es scheint, dass es keine Mittel gibt, diese Kluft zu überbrücken.

Wie also soll der Unmut der Bevölkerung aufgefangen und kanalisiert werden, wenn die dafür vorgesehene Stelle diese Aufgaben nicht erfüllt?

Der Anteil der Nichtwähler bei den Landtagswahlen liegt zwischen 40 und 55 % in ist ein Zeichen für die geringe Umsetzung der individuellen Ziele der Bevölkerung. Aber auch bei den Bundestagswahlen hat der Anteil der Nichtwähler rapide zugenommen. Von 1972 bis 2017 stieg er von 8,9 % auf 29,2 %.¹⁰³

Die Nichtwähler hatten den größten Anteil bei den Europawahlen in 2004 mit 57 %. Erst in 2019 mit dem Brexit entstand mehr Verständnis für Europa, speziell bei den Grünen und der Anteil der Nichtwähler sank auf 38,6.

Eine Analyse der Bundestagswahl von 2017 weist einen Anteil von Nichtwählern in Höhe von 23,9 % auf. Der Anteil der Protestpartei AfD beträgt 12,6 %. Zusammen sind es 36,5 %, die entweder protestieren oder aufgegeben haben, Einfluss auf die Politik zu nehmen, weil ihre Stimme nicht gehört wird. Dieser Anteil entspricht dem Anteil der Bevölkerung, die über keinerlei Vermögen verfügen, sondern überwiegend verschuldet sind.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist voller Misstrauen, wenn jahrzehntelang ein Wohlstand versprochen wird, der nicht in der unteren Hälfte der Bevölkerung ankommt, sich aber in der oberen Hälfte der Gesellschaft mit einer Sparschwemme von ca. 2 Billionen Euro äußert.

»21« Das Volk

Griechische Definition: Demos = Das Volk, Demokratie = Herrschaft des Volkes

»Eine ›richtige‹ Demokratie gab es noch nie. [...]. [Sie] charakterisiert sich durch die Anwesenheit aller formalen Elemente eines demokratischen Systems – Wahlen, Parlament, Regierung, Bundespräsident, Verfassungsgerichtshof –, jedoch fallen die politischen Entscheidungen aufgrund hoher Machtkonzentration in der Wirtschaft, der Kontrolle der Medien, aufgrund von Lobbying und Elitenbildung zugunsten

¹⁰³ Wikipedia, Nichtwähler

einflussreicher Minderheiten aus: faktische Plutokratie. In [...] [unserer aktuellen Demokratie] ist der Souverän weitgehend impotent, seine Macht beschränkt sich auf das Recht, alle vier [...] Jahre ein Kreuzchen vor eine Partei zu setzen. Das ist formal betrachtet eine Form von Demokratie, aber die wirkungsloseste, die [...] vorstellbar ist. Souveränität kommt vom lateinischen »superanus« und bedeutet »über allem stehend«. In der Monarchie war der König oder die Königin die souveräne Instanz, die über allem stand; in der Demokratie sind es die StaatsbürgerInnen. Stehen diese über allem, so sind ihnen alle anderen Ordnungselemente der Demokratie untergeordnet«¹⁰⁴

»21-1« Die obere Hälfte der Bevölkerung

Vermögenskonzentration

Nach Mitteilungen der Deutschen Bundesbank in 2016, sei Aktienbesitz nach wie vor nicht weit verbreitet. In 2014 wiesen nur knapp 10 % der Haushalte direkten Aktienbesitz auf. Derzeitig wird der Anteil auf 15 % geschätzt. Der Vermögensgewinn aus Aktien kommt damit nur diesen 15 % der Gesellschaft zugute. Aktienbesitz ist zwar nur ein Teil des Geldvermögens, doch einer, der am schnellsten wächst. Der Gewinn kann ausgeschüttet werden, dann muss der Aktienbesitzer dies mit nicht mehr als 25 % versteuern.

Der Gewinn kann aber auch in der Firma bleiben und erhöht deren Wert. Der Börsenwert steigt so lange, bis die zu erwartende Rendite der Firma dem allgemeinen Zinssatz entspricht. Bis 2009 galt die Regel, dass für Gewinne aus Kurssteigerungen bei Aktien, die länger als ein Jahr gehalten wurden, keine Steuer zu zahlen war. Dafür darf man bei einem Arbeitseinkommen ab 2017 von 60.000 Euro schon den Spitzensteuersatz von 42 % hinlegen.

Bei den Personengesellschaften ist die Konzentration noch höher. Siehe auch: »Abbildung 12: Das reichste 1 % besitzt 90 % des Betriebsvermögens 2015«, womit auch hier die Gewinne an diese 1 % gehen.

Ab einer bestimmten Größe des Einkommens aus Vermögen, kann dieses nicht mehr für den Konsum ausgegeben werden. Nach neoliberaler Theorie würde es dann investiert werden, und zwar so, dass es bestmöglich zum Wohlstand der Gesellschaft beiträgt. Sieht man sich die realen Auswirkungen an, stimmt sie mit dieser Theorie nicht überein. Die Überschüsse aus dem Einkommen werden wieder angelegt in Vermögen und treiben die Vermögenspreise nach oben. Die Mittel fließen einerseits den Schattenbanken wie BlackRock zu, und andererseits liegen sie als Geldschwemme (Bargeld und Sichtguthaben) ungenutzt bei den Banken. Die Zinsen sind deshalb so niedrig, weil gerade keine Investitionen vorgenommen werden. Bei einer Kreditnachfrage würden die Zinsen sofort steigen. Das übersteigerte Einkommen dieser Gruppe erzielt mit jedem Vermögenszuwachs weiteres Einkommen, welches sofort in Vermögenszuwachs angelegt wird.

Ohne eine Vermögenssteuer, gleichgültig welcher Art, nimmt die Konzentration exponentiell zu und kann damit nur in einem gesellschaftlichen Desaster enden.

¹⁰⁴ (Felber, 2017), S. 162

Elitenbildung

Hartman glaubt daher, dass Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus nur erfolgreich begegnet werden kann, wenn man sich zunächst Klarheit darüber verschafft, was Elite tatsächlich bedeutet. Dazu untersucht er vier zentrale Punkte und meint ¹⁰⁵:

- Die Eliten in den großen westlichen Industriestaaten sind überwiegend sozial exklusiv und homogen.
- Soziale Exklusivität und Homogenität der Eliten waren und sind eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung der neoliberalen Politik.
- Die Haltung der Eliten zu sozialer Ungleichheit und neoliberaler Politik wird entscheidend durch ihre soziale Herkunft geprägt.
- Die Antwort auf Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus kann nur in einer grundlegenden Abwendung von der herrschenden neoliberalen Politik liegen. Notwendig dafür sind eine von der Basis ausgehende, durchgreifende Erneuerung der Parteien des linken Spektrums und eine daraus resultierende massive soziale Öffnung der politischen Elite.

»Über drei Viertel der tausend reichsten Menschen der Welt sind wie Warren Buffett, Mark Zuckerberg, Bernard Arnault oder Georg Schaeffler als Vorstands- oder Aufsichtsratsvorsitzende großer Konzerne noch ganz direkt in die Unternehmenspolitik eingebunden und damit ohne Zweifel Mitglied der jeweiligen nationalen Wirtschaftselite; denn sie lenken in dieser Funktion durch ihre Entscheidungen über Investitionen, Fusionen, Verlagerungen von Unternehmensteilen etc. die weitere Entwicklung der Konzerne, was dann aufgrund von deren Größe auch gravierende Auswirkungen auf Bevölkerung und Gesellschaft in den jeweiligen Regionen und Ländern hat. [...].

Bei den Politikern muss man ebenfalls unterscheiden zwischen denen, die wirklich Macht haben, und denen, auf die das nicht zutrifft [...]. Zur Elite gehören nur Regierungsmitglieder, parlamentarische Staatssekretäre, Fraktions- und Ausschussvorsitzende in den Parlamenten sowie deren Stellvertreter, parlamentarische Geschäftsführer, Generalsekretäre, Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder der wichtigen Parteien sowie Politiker in ähnlichen Positionen. [...].

Die zentralen, weil einflussreichsten Eliten kommen in allen modernen Industrieländern stets aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Justiz.«¹⁰⁶

»Zwischen Oktober 2011 und Oktober 2012 wurden die Angehörigen der deutschen Kernelite, das heißt die Inhaber der tausend wichtigsten Machtpositionen in diesem Land, interviewt und dabei auch zu ihren Ansichten zu Steuern, Staatsverschuldung und Finanzkrise befragt. Von den 958 für die Befragung ausgewählten Elitenmitgliedern kamen jeweils gut 40 Prozent aus der Wirtschaft (die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden der 212 größten deutschen Unternehmen sowie die Spitzen der größten Wirtschaftsverbände) und aus dem staatlichen Sektor (134 Spitzenpolitiker wie Regierungsmitglieder und parlamentarische Staatssekretäre auf Bundesebene und Ministerpräsidenten und Finanzminister auf Länderebene, die 163 beamteten Staatssekretäre und Abteilungsleiter in den Bundesministerien für die Verwaltung, die 77

¹⁰⁵ Vgl. (Hartmann, 2018) S. 28f.

¹⁰⁶ (Hartmann, 2018), S.37-38

Präsidenten, Vizepräsidenten und vorsitzenden Richter der Bundesgerichte für die Justiz und die zwanzig höchsten Bundeswehrgeneräle und -admiräle). Die restlichen Elitenangehörigen stammten zu etwa gleichen Teilen aus den Medien (die Intendanten und Programmdirektoren der zwei öffentlich-rechtlichen und der zwei größten privaten Fernsehsender sowie die Herausgeber und Chefredakteure der wichtigsten Printmedien), aus der Wissenschaft (die Präsidiumsmitglieder der großen Wissenschaftsorganisationen) und aus zivilgesellschaftlichen Organisationen (die Spitzenvertreter von Sport, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften).

Was die Haltung dieser Elitenangehörigen zu den in Deutschland existierenden sozialen Unterschieden angeht, so beurteilen sie deren Gründe und Rechtmäßigkeit völlig anders als die übrige Bevölkerung. Während je nach Umfrage 70 bis über 80 Prozent der Bevölkerung die Unterschiede nicht als gerechtfertigt ansehen – umso häufiger, je weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie man sich selbst befindet –, sieht das bei den Eliten ganz anders aus. Nur gut 43 Prozent der Eliteangehörigen teilen in dieser Frage die Einschätzung der Bevölkerung. Allerdings gibt es innerhalb der Eliten große Differenzen je nach sozialer Herkunft. Jene Elitenangehörigen, die selbst schon in Reichtum oder zumindest Wohlstand aufgewachsen sind, stehen den sozialen Unterschieden weit weniger kritisch gegenüber als jene, die aus den Mittelschichten oder (noch stärker) aus der Arbeiterschaft stammen. Besonders deutlich wird das an den beiden Polen des Herkunftsspektrums. Während die Großbürgerkinder, also jene, deren Familien zu den oberen 5 Promille der Gesellschaft zählen, mit einer eindeutigen Mehrheit von gut zwei zu eins die Unterschiede für gerecht halten, ist es bei den Arbeiterkindern genau umgekehrt. Sie, deren Eltern in der Herkunftsgeneration noch die Hälfte der Bevölkerung stellten, empfinden die Unterschiede mit einer noch klareren Mehrheit von fast zweieinhalb zu eins als ungerecht [..].«¹⁰⁷

»So stilisierte sich der Erbe, langjährige Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende des Otto-Konzerns, Michael Otto, in einem vom manager magazin im November 2011 geführten gemeinsamen Gespräch mit dem Schauspieler Kevin Costner zum Selfmademan, der »ein mittelständisches Unternehmen zu einer großen Unternehmensgruppe weiterentwickelt« habe. Das »mittelständische Unternehmen«, dessen Leitung er 1981 als Vorstandschef übernahm, hatte aber schon Ende der 1970er-Jahre einen Umsatz von deutlich über 3 Milliarden Euro und mehr als 11 000 Beschäftigte. Damit zählte es zu den hundert größten Konzernen Deutschlands. Diese Aussage, so seltsam sie auch wirkt, zeigt, wie tief verwurzelt der Glaube an die eigene Leistung als Grundlage des verfügbaren familiären Reichtums ist. Selbst Milliardenvermögen werden als Resultat eigener Leistung begriffen.«¹⁰⁸

»Der Verweis auf die eigene Leistung ist stets zentrales Element aller Argumentationen, sei es zur Legitimität von Steuervermeidungsstrategien, sei es zur Berechtigung sozialer Unterschiede, sei es zur Begründung von hohen Einkommen und Vermögen.«¹⁰⁹

»Die wenigen Milliardäre, die sich wie Michael Otto oder Dietmar Hopp nicht grundsätzlich gegen eine Anhebung des Spitzensteuersatzes wehren, sondern ihn für überdenkenswert halten, sprechen sich gleichzeitig ganz dezidiert gegen höhere Erbschaftsteuern und eine Vermögensteuer aus. In dieses Bild passt auch die folgende Antwort von Susanne Klatten in einem Interview mit der Zeit im Juli 2016. Auf eine höhere Kapitalertragsteuer angesprochen, entgegnete sie: »Wir müssen aufpassen, dass wir nicht

¹⁰⁷ (Hartmann, 2018), S. 177-179

¹⁰⁸ (Hartmann, 2018), S. 179-180

¹⁰⁹ (Hartmann, 2018), S. 181

zu viele Dinge doppelt besteuern und damit diejenigen frustrieren, die durch ihre Arbeit diese Kapitalerträge erwirtschaftet haben.«¹¹⁰ Zur stärkeren eigenen Betroffenheit kommt vor allem bei in wirtschaftsnahen Kreisen aufgewachsenen Bürger- und Großbürgerkindern noch die dort traditionell weit verbreitete Einstellung zu ›staatlichen Zwangsabgaben‹ hinzu. Personen, die in diesem Milieu groß werden, wird sie von Kindesbeinen an bewusst und vor allem unbewusst als selbstverständlich vermittelt. Diese Einstellung lässt sich kurz und knapp so charakterisieren: Der Fiskus kassiert vom durch eigene Leistung erwirtschafteten Geld stets einen zu großen Anteil, und er kann mit diesem Geld auch nicht richtig umgehen, schlechter jedenfalls, als man es in der Wirtschaft selbst vermag. Deshalb sollte man dem Staat nicht mehr Geld zukommen lassen als unbedingt nötig. Diese Haltung dient auch vielen Steuerhinterziehern als Rechtfertigung.«¹¹¹

Die ganzen Querverbindungen zwischen MPS, Kronsberger Kreis, Unternehmen, Universitäten, Medien und Politikern unterstützen sich gegenseitig in der Aufrechterhaltung der herrschenden Ideologie. Das Unbehagen macht sich nur in der unteren Hälfte der Gesellschaft breit und wächst ständig.

»21-2« *Die untere Hälfte der Bevölkerung*

Die Bevölkerung, sofern sie überhaupt an Politik interessiert ist, bekommt ihre Information über die Medien. Die drei zentralen Themen für den Wohlstandsverzicht der unteren Hälfte der Gesellschaft werden von den Medien nicht thematisiert. Diese sind seit 1982:

1. Die Verlagerung der Steuern von der oberen Bevölkerungshälfte auf die untere.¹¹²
2. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen mit Verlagerung der Gewinne dieser Unternehmen vom Staat zu den Privaten.¹¹³
3. Die Deindustrialisierung Deutschlands inklusive aller westlichen Hochpreisländer durch die WTO. Siehe auch Abschnitt: *»Deindustrialisierung durch die WTO«*.

Deshalb werden andere Erklärungen für die schlechte wirtschaftliche Situation der unteren Gesellschaftshälfte gesucht. Diese werden dann in einer Konkurrenzsituation durch Neuankömmlinge auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt gesehen, verstärken den Fremdenhass und tragen damit indirekt zum Demokratieabbau bei.¹¹⁴

Gerade der wichtigste Grund der Misere, die Deindustrialisierung über die WTO, dürfte bei den Meisten in der Bevölkerung unbekannt sein. Wenn schon für die Politik keine Begeisterung empfunden werden kann, dann für die Organisation der Weltpolitik noch weniger. Der Mechanismus, wie über Organisationen wie die WTO und die EU Gesetze geschaffen werden, die den nicht vorhandenen Wohlstand der unteren Hälfte der Gesellschaft ganz entscheidend prägen, erschließt sich nur, wenn man sich mit der WTO beschäftigt. Doch wer weiß schon, was die WTO macht?

¹¹⁰ (Lobenstein, 2016) zit. In (Hartmann, 2018), S. 197-198

¹¹¹ (Hartmann, 2018), S. 197-198

¹¹² Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 103ff.

¹¹³ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 90ff.

¹¹⁴ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 90ff, Vom Wohlstandsausschluss zum Protestwähler

Einflusslosigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus

»Wirtschaftliches Zurückbleiben wird also von politischer Einflusslosigkeit begleitet – eine doppelte Misere. Vor diesem Hintergrund ist es schon weniger überraschend, dass die Wahlbeteiligung dieser Bevölkerungsgruppen zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt lag. Sie haben schlicht resigniert. Sie spüren, dass der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel zu ihren Lasten geht, und sie spüren auch, dass die Politik nicht dagegenhält, sondern auf der Seite der Gewinner steht. Das Gefühl, zurückgelassen zu werden, ist real und realistisch. Die rechtspopulistischen Parteien verstehen sich als das politische Sprachrohr dieses Gefühls. Das fällt nicht nur bei jenen auf fruchtbaren Boden, die Verlierer in diesem Prozess sind, sondern auch bei jenen, die fürchten zu Verlierern zu werden. Rechtspopulisten werden als Gegenmacht wahrgenommen, akzeptiert und gewählt. Sie schwingen sich dabei zum Anwalt der Opfer der Moderne auf, deren Probleme sie als einzige zur Sprache brächten. Ansonsten werde im öffentlichen Diskurs darüber geschwiegen.«¹¹⁵

»Der Rechtspopulismus hat seine Erfolge zum größten Teil der neoliberalen Politik der in den letzten Jahrzehnten herrschenden Eliten zu verdanken sowie der schier unendlichen Zahl von Skandalen in deren Kreisen.«¹¹⁶

Sinkende Reallöhne durch Deindustrialisierung der WTO

Mit der Deindustrialisierung durch die WTO verloren Millionen ihren Arbeitsplatz. Lange Zeit versuchte der Staat mit Verschuldung und Investitionsprogrammen dagegen zu halten. Die deutsche Einheit führte zu einer weiteren Deindustrialisierung.

Unter der Sozialliberalen Koalition stiegen die Reallöhne von 1970 bis 1980 um ca. 20 %. Mit Beginn der Regierung Kohl und dem Neoliberalismus sind die Reallöhne trotz leichter Reallohnsteigerung in der Summe und im Durchschnitt seit 1982 im Trend leicht gesunken. Grund war eine Abkoppelung der Löhne von der Produktivität und mit der Agenda 2010, der Einführung eines Niedriglohnsektors, wurde der Lohn weiter abgesenkt. Die SPD geführte Regierung sah keine andere Möglichkeit, der Deindustrialisierung zu begegnen, da staatliche Investitionen durch die Staatsverschuldung begrenzt waren. Siehe auch Abschnitt: »*Deindustrialisierung durch die WTO*«.

Fehlende Arbeitsplätze durch Finanznot des Staates

Die extreme Verschuldung des Staates in Höhe von 2.2 Billionen Euro und die Begrenzung dieser Schulden durch den Maastricht-Vertrag erlaubten keine weiteren Investitionen über Staatsverschuldung. Eine Besteuerung der Reichen wurde nicht in Betracht gezogen,

¹¹⁵ (Horn, 2020), Pos. 480

¹¹⁶ (Hartmann, 2018), S. 28

obwohl sich, auch durch die Corona-Krise, eine ungenutzte Geldschwemme (Bargeld und Sichtguthaben) der oberen Gesellschaftshälfte von ca. 2 Billionen Euro gebildet haben.

»Die ständige Finanznot der öffentlichen Hand betrifft seit langem viele Menschen. Sie ist zudem keineswegs regional gleich verteilt. Prosperierende Regionen leiden darunter, wenn überhaupt, deutlich weniger als solche, die wirtschaftlich zurückbleiben. Öffentliche Finanznot heißt, dass Ausgaben für die Infrastruktur, für Soziales und für eine funktionierende Verwaltung mit ihren Dienstleistungen unterbleiben oder nur unzureichend getätigt werden. Schulen, Straßen, Schienen, öffentliche Schwimmbäder zerfallen. Auf Ämtern bilden sich lange Schlangen und die sozialen Dienstleistungen sind von minderer Qualität. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wird nicht nur der soziale Schutz löchriger, sondern auch der Schutz vor wirtschaftlichen Einbrüchen, was ja auch Unternehmer oder Unternehmen trifft, die nicht mit üppigen Finanzrücklagen dienen können. Unter alledem haben vor allem Menschen zu leiden, die materiell nicht so gesichert sind, dass sie vieles durch eigenes Geld und Beziehungen ausgleichen können. Staatliche Finanznot trifft die breite Masse der Gesellschaft.«¹¹⁷

»22« Gewerkschaften, NGO's, Sozialverbände

Gewerkschaften

Mit dem Ansteigen der Erwerbslosigkeit wurden die Gewerkschaften geschwächt. Dies ist im Sinne der Unternehmen, da sie dann die Arbeitnehmer gegenseitig ausspielen können. Man muss aber auch berücksichtigen, dass die Gewerkschaften lediglich die Arbeitnehmer vertreten, die einen Arbeitsplatz haben, an dem Gewerkschaften zugelassen sind. Gewerkschaften sprechen somit nicht für alle Arbeitnehmer, sondern nur für einen begrenzten Kreis, in dem sie allerdings absolut notwendig sind.

Auch wenn sich die Gewerkschaften nicht nur über die Medien informieren, sondern auch Informationen an die Medien liefern, so werden sie doch in diesem System eher als Spielverderber wahrgenommen.

Sozialverbände

Je weiter Bevölkerungsschichten in die Armut abrutschen, desto weniger interessiert sich der Staat für sie. Dies wird schon bei den Statistiken deutlich. Weder zur Wohnungslosigkeit noch zur Obdachlosigkeit gibt es staatliche Statistiken. Diese werden allein durch die BAG Wohnungslosenhilfe e. V. erstellt.

Nicht anders sieht es bei den »foodbanks« in Deutschland den Tafeln aus. Die erste deutsche Tafel wurde von der Initiativgruppe Berliner Frauen e.V. 1993 in Berlin gegründet. Mittlerweile geben 60.000 Engagierte in über 940 Tafeln gespendete Lebensmittel an über 1,5 Millionen Bedürftige aus.

Auch wenn diese Meldungen in den Medien erscheinen, so werden sie doch meist nur als selbst verschuldet war genommen.

¹¹⁷ (Horn, 2020), Pos. 926

Sozialverbände wie VDK und Arbeiterwohlfahrt erreichen die Politik aufgrund ihrer Größe über die Medien schon eher. Doch der Einfluss ist eher gering. Das liegt auch eher an den Zielsetzungen der Talkrunden, die z. B. eher herausfinden möchte, wer der nächste Bundeskanzler wird und auch hier die sozialen Bedingungen der unteren Gesellschaftshälfte als nebensächlich empfinden.

»Aufgrund der langjährigen Untersuchungen über ›Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‹ des Soziologen und Erziehungswissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer samt Mitarbeitern kann man aber sagen, dass die Bezieher von höheren Einkommen Arbeitslosen und Armen deutlich weniger Verständnis entgegenbringen als andere Einkommensgruppen. Die Abwertung Langzeitarbeitsloser ist bei ihnen verbreiteter als bei den anderen. Außerdem sind sie zu fast 70 Prozent der Ansicht, sozial Schwache müssten ›lernen, sich selbst zu helfen‹, während die Armen selbst das nur zu gut 46 Prozent so sehen.¹¹⁸ Dem entspricht, dass sie die strikte Anwendung des Leistungsprinzips deutlich häufiger als gerecht ansehen, das Bedarfsprinzip dagegen, dem zufolge der Staat die Sicherung der Grundbedürfnisse unabhängig von der individuellen Leistung garantieren solle, deutlich stärker ablehnen.¹¹⁹ Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns stößt, wie Steffen Mau und Jan-Ocko Heuer feststellen, bei den Angehörigen von oberer Mittel- und Oberschicht dann konsequenterweise auch auf erheblich weniger Zustimmung als bei Angehörigen.«¹²⁰

Nichtregierungsorganisationen (wie Attac, Greenpeace)

NGOs sind eine Untergruppe von Organisationen, die von Bürgern gegründet wurden, darunter Clubs und Verbände, die Dienstleistungen für ihre Mitglieder und andere erbringen. NGOs sind in der Regel gemeinnützige Organisationen, und viele von ihnen sind im humanitären Bereich oder in den Sozialwissenschaften aktiv. Umfragen zeigen, dass NGOs ein hohes Maß an öffentlichem Vertrauen haben, was sie zu einem nützlichen Stellvertreter für die Anliegen der Gesellschaft und der Interessengruppen machen kann.

Zu den globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation gehören Attac und auch Greenpeace. Im 2001 gegründeten wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland arbeiten circa 100 Professoren, Wissenschaftler und Experten mit. Sie werden hier auch im Buch zitiert, doch sie finden weniger direkte Aufmerksamkeit in den Medien als vielmehr durch bestimmte Aktionen. Meist finden sich bei Demonstrationen auch Organisationen anderer Gruppen mit nicht so friedlichen Zielen.

Ein gutes Beispiel sind die Proteste 1999 gegen die WTO in Seattle. Den jeweiligen Mitgliederkonferenzen wurde in der Öffentlichkeit höchstens Beachtung von den Unternehmen geschenkt.

Die Verhandlungen in Seattle wurden schnell von massiven und kontroversen Straßenprotesten vor den Hotels und dem Washington State Convention und Trade Center mit rund 40.000 Demonstranten überschattet. Einige Gruppen konzentrierten sich auf die Opposition gegen die WTO-Politik (insbesondere im Zusammenhang mit dem Freihandel), andere waren auf antikapitalistische oder umweltpolitische Agenden ausgerichtet.

¹¹⁸ (Groß, 2010) S. 144ff. zit. In (Hartmann, 2018), S. 209

¹¹⁹ (Klein, 2010) S. 120-137 zit. In (Hartmann, 2018), S. 209

¹²⁰ (Hartmann, 2018), S.209

Obwohl die Berichterstattung der Medien über die Schlacht in Seattle die Gewalt vieler Demonstranten verurteilte, wurden die WTO-Unruhen, Proteste und Demonstrationen in Seattle als Erfolg angesehen.

Bei der »Schlacht von Seattle« wurde in den US-Medien fast keine »Antiglobalisierung« erwähnt, während die Proteste die Medien gezwungen hatten, darüber zu berichten, »warum« jemand gegen die WTO sein würde.

Die Argumente der Neoliberalisten

Mythos: Klage über die Gier des Steuerstaats – Kavaliersdelikt Steuerhinterziehung

»Am 10. Juni 2009 eröffnete Peter Sloterdijk in der Reihe ›Die Zukunft des Kapitalismus‹ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung publikumswirksam eine Debatte, die dann monatelang die Feuilletons beherrschte. Sein unter dem Titel ›Die Revolution der gebenden Hand‹ veröffentlichter Beitrag richtete sich [...] in erster Linie gegen die von ihm diagnostizierte Enteignung der Leistungsträger durch das Einkommensteuersystem des modernen Steuerstaats, die ›Staatskleptokratie‹, wie er sie nennt. Die Steuerstaaten reklamierten inzwischen ›die Hälfte aller Wirtschaftserfolge ihrer produktiven Schichten für den Fiskus‹, so seine Worte. Man habe sich ›an Zustände gewöhnt, in denen eine Handvoll Leistungsträger gelassen mehr als die Hälfte des nationalen Einkommensteuerbudgets bestreitet‹. Konsequenterweise nennt Sloterdijk den ›fiskalischen Bürgerkrieg‹ dann auch die ›plausibelste Reaktion.¹²¹ Sätze wie diese erwecken den Eindruck, als belaste der Staat die Wohlhabenden und Reichen des Landes in vollkommen unangemessener Art und Weise, plündere sie regelrecht aus. Es ist zwar zutreffend, was die Kritiker des ›Steuerstaats‹ immer wieder als zentrales Argument vorbringen, dass die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher gut die Hälfte der Einkommensteuer zahlen. Sie erhalten aber, und das wird dann nicht erwähnt, auch 40 Prozent der Markteinkommen¹²², während die untere Hälfte der Bevölkerung gerade noch 17 Prozent für sich beanspruchen kann.¹²³

»In dasselbe Horn wie Peter Sloterdijk stieß einige Jahre später der Bruder von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Donatus Albrecht. Er kommentierte in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung Anfang April 2014 die Steueraffäre von Uli Hoeneß. Schon der Titel zeigt die Richtung der Argumentation an. Er lautet: ›Die groteske Gier des Staates‹. [...]. Bei Hoeneß ist die Gier angeblich, beim Staat für ihn dagegen offensichtlich bewiesen. Zum anderen kritisiert er die deutschen Finanzämter, die nicht ›die korrekte Besteuerung ermitteln‹ wollten, sondern sich wie ›Profitcenter des Staates‹ verhielten, ›auf egoistische Profitmaximierung‹ aus seien. Am Ende des Beitrags zieht er aus der Äußerung von Wolfgang Schäuble, es sei die Aufgabe der Steuerpolitik, die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu gewährleisten, den abenteuerlichen Schluss,

¹²¹ (Sloterdijk, 2009) zit. In (Hartmann, 2018)

¹²² Die Markteinkommen umfassen alle Einkommen aus Erwerbsarbeit und alle Einkommen aus Kapital- und Vermögen vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben und ohne staatliche Transfers wie Kindergeld oder Renten. .

¹²³ (Hartmann, 2018), S. 164-165

ein ›gerechtes und faires Steuersystem ist nicht das Ziel dieser Regierung‹. So spreche ›kein dienender Staat‹, sondern ein ›selbstgerechter Staat, der nur auf den eigenen Geldbeutel‹ achte. Diese im wahrsten Sinne groteske Argumentation bei jemandem, dessen Vater EU-Generaldirektor und Ministerpräsident war und dessen Schwester seit Jahren im Bundeskabinett sitzt, [...] lässt erahnen, wie tief die Abneigung gegen Steuern in wohlhabenden und reichen Bevölkerungskreisen sitzt. Nach der Veröffentlichung der ›Paradise Papers‹ hat Olaf Gersemann, Leiter des Wirtschaftsressorts der Welt-Gruppe, diese Haltung am 6. November 2017 in einem Videokommentar für die Online-Version der Welt noch einmal bekräftigt. Er spricht dort davon, dass ›Steueroasen einen Schutz vor der Gier der Finanzminister bieten‹. Wenn es diese Oasen nicht schon gäbe, müssten sie daher ›erfunden werden‹.¹²⁴

»Diese Einstellung lässt sich kurz und knapp so charakterisieren: Der Fiskus kassiert vom durch eigene Leistung erwirtschafteten Geld stets einen zu großen Anteil, und er kann mit diesem Geld auch nicht richtig umgehen, schlechter jedenfalls, als man es in der Wirtschaft selbst vermag. Deshalb sollte man dem Staat nicht mehr Geld zukommen lassen als unbedingt nötig. Diese Haltung dient auch vielen Steuerhinterziehern als Rechtfertigung.«¹²⁵

In seinem Abschnitt über »Die Akzeptanz der Steuervermeidung« fasst Thurnhofer weitere Bestandteile in einer guten Übersicht zusammen. Dazu gehören auch die schlimmsten Steueroasen in der EU, die nun glücklicherweise aus der EU ausgeschiedenen Steueroasen des Vereinigten Königreiches und der Queen, die Big-Four-Wirtschaftsprüfer als ein integraler Bestandteil der Steuerflucht und das Bankensystem.¹²⁶

Ein Blick auf die reale Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland von 1950 bis heute zeigt jedoch den Widerspruch zu dem Mythos, der Staat bekomme immer mehr und würde nie genug an Steuern einnehmen. Tatsache ist, dass das Staatsvermögen überwiegen privatisiert wurde (nach Corona beträgt das Nettovermögen ca. 300 Milliarden Euro, das private Nettovermögen beträgt mehr als 16 Billionen Euro) und die Gewinne nicht mehr dem Staatshaushalt zur Verfügung stehen, sondern überwiegend den Reichen 10 % der Gesellschaft. Mit der Privatisierung der Unternehmen wurden auch die Gewinne privatisiert. Unternehmenssteuersenkungen von 60 auf 30 % spülen Milliarden in die privaten Kassen der Unternehmer und die Senkung der Einkommenssteuern für passive Einkommen, wie Dividenden werden nur noch zur Hälfte besteuert, Spekulationsgewinne und Vermögenssteuern werden genauso nur eingeschränkt erhoben. Das Ergebnis ist eine riesige Geldschwemme bei den oberen 10 % der Gesellschaft, die weder von den Privaten für Investitionen genutzt wird und vom Staat nicht genutzt werden kann. Steuern sind Ausgaben für Löhne und Investitionen. Der Staat benutzt keine Steueroasen. Mit den Staatsausgaben werden Arbeitsplätze und Nachfrage geschaffen, und damit neue Arbeitsplätze. Der Investitionsstau bei Staatsinvestitionen in Höhe von ca. 1 Billion Euro für Ersatz- und Neuinvestitionen spricht Bände. Er ist ein deutliches Zeichen, dass dem Staat die Mittel fehlen, die sich im Überfluss als Geldschwemme bei den Privaten angesammelt haben.¹²⁷

¹²⁴ (Hartmann, 2018), S.164-165

¹²⁵ (Hartmann, 2018), S. 197-198

¹²⁶ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 124ff.

¹²⁷ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), die neoliberale Politik ab 1982, S. 83ff.

Mythos: Soziale Unterschiede entstehen aus Leistungsgerechtigkeit

»Jene Elitenangehörigen, die schon ihre Kindheit und Jugend unter privilegierten Bedingungen verbracht haben, die Bürger- und vor allem die Großbürgerkinder, sind mit großer Mehrheit fest davon überzeugt, dass die sozialen Unterschiede hierzulande gerechtfertigt sind; ihrer Meinung nach beruhen diese Unterschiede im Wesentlichen auf unterschiedlichen Leistungen. Schon als Kinder haben sie erlebt, dass ihre Väter hart gearbeitet haben und die Zeit für die Familie bei vielen eher knapp bemessen war. Diese Erfahrung hat sich dann in ihrer eigenen Berufskarriere bruchlos fortgesetzt. Auch sie arbeiten viel und ziehen aus alldem den Schluss, dass ihre harte Arbeit den entscheidenden Grund für den eigenen Erfolg und Wohlstand wie schon für den ihrer Väter und teilweise auch Großväter darstellt. Diese Einstellung führt manchmal zu etwas kuriosen Aussagen. So stilisierte sich der Erbe, langjährige Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende des Otto-Konzerns, Michael Otto, in einem vom manager magazin im November 2011 geführten gemeinsamen Gespräch mit dem Schauspieler Kevin Costner zum Selfmademan, der »ein mittelständisches Unternehmen zu einer großen Unternehmensgruppe weiterentwickelt« habe. Das »mittelständische Unternehmen«, dessen Leitung er 1981 als Vorstandschef übernahm, hatte aber schon Ende der 1970er-Jahre einen Umsatz von deutlich über 3 Milliarden Euro und mehr als 11 000 Beschäftigte. Damit zählte es zu den hundert größten Konzernen Deutschlands. Diese Aussage, so seltsam sie auch wirkt, zeigt, wie tief verwurzelt der Glaube an die eigene Leistung als Grundlage des verfügbaren familiären Reichtums ist. Selbst Milliardenvermögen werden als Resultat eigener Leistung begriffen. [...]. Der Verweis auf die eigene Leistung ist stets zentrales Element aller Argumentationen, sei es zur Legitimität von Steuervermeidungsstrategien, sei es zur Berechtigung sozialer Unterschiede, sei es zur Begründung von hohem Einkommen und Vermögen.«¹²⁸

Mythos: Liberalisierter Devisen- und Kapitalverkehr dient dem Wohlstand

Die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen ermöglichte ein neues lukratives Geschäft mit Währungen. Dabei ging es nicht um Warenhandel, sondern um Spekulation, die Größenordnungen annahm, die ganze Staaten in Schwierigkeiten bringen konnten, wie z. B. die Spekulation von Georg Soros gegen den Pfundkurs.

» [Auch die Wechselkursveränderungen von der DM zum Dollar 1985 waren] [...] nach weltweiter Auffassung allein Folge der Kapitalbewegungen zwischen Europa und den USA; hohe Zinsen in den Vereinigten Staaten, gekoppelt mit großen Wachstumserwartungen für die USA und der Vermutung weiterer Dollaraufwertungen, führten zu dem gewaltigen Kapitalzustrom, der den Dollarkurs weit über die Grenze hinaustrieb, die die »fundamentalen« Daten, also die güterwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften, darstellten. Das Ergebnis war, dass sich deutsche Waren in den USA immer besser,¹²⁹ amerikanische in der Bundesrepublik immer schlechter verkaufen ließen. Der Fehlbetrag der amerikanischen Handelsbilanz

¹²⁸ (Hartmann, 2018), S. 179-181

¹²⁹ Aus: Börsenzeitung, Frankfurt/M., 16. 2.1988

nahm nahezu unkontrollierbare Dimensionen an. Bei den Notenbanken, so auch bei der Deutschen Bundesbank, wurde die Sorge geäußert, dass sich ›die Entwicklung des Außenwerts wichtiger Währungen zeitweise in unerwartet starkem Maße von den dafür auf lange Sicht ausschlaggebenden Bestimmungsfaktoren entfernt hat. Solches ›Überschießen‹ der Wechselkurse erscheint vor allem deshalb problematisch, weil wechselkursbedingte Nachteile eines Landes häufig dem Protektionismus Vorschub leisten, während andere Länder, deren Währungen zu niedrig bewertet sind, sich der Gefahr importierter Preissteigerungen aussetzen ... ‹¹³⁰ Mit anderen Worten: Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit eines internationalen Währungssystems, das auf der Grundlage flexibler Wechselkurse ›automatisch‹ Ordnung in die Währungsbeziehungen bringen sollte, war erschüttert. Die Hoffnung, dass allein die fundamentalen Außenwirtschaftsdaten die Wechselkurse bestimmen und eine ständige, allmähliche Anpassung der Kurse nach Maßgabe der Veränderungen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Volkswirtschaften bewirken, galt nicht mehr. Die gewaltigen Kapitalströme, die ein Mehrfaches der gesamten handelsbedingten Zahlungen ausmachten, ließen Wechselkurse entstehen, die keinen Bezug zur industriellen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften mehr hatten: In der Gruppe der fünf Größten entstanden daher erhebliche Unterschiede in den Leistungsbilanzen; die Überschussländer Japan und Deutschland standen den hochdefizitären USA gegenüber.«¹³¹

»In der Praxis können die Weltmärkte niemals einen perfekten Ausgleich zwischen Währungsbereichen herstellen. Zahlreiche wichtige Bestandteile der normalen Inlandsausgaben (z. B. Grundnahrungsmittel) werden nicht in großem Maße gehandelt, daher ist es möglich, dass einzelne Regionen des gleichen Währungsbereichs unterschiedliche Inflationsraten aufweisen. Zweitens müssen die Transportkosten berücksichtigt werden. Drittens sind die Verzögerungen zu beachten, mit denen Produktions- und Handelsvolumen auf exogene Störungen reagieren: Wechselkurse und Zinsen können sich schnell ändern, Produktions- und Investitionspläne, Verträge usw. nicht unbedingt. Viertens besteht die Möglichkeit, dass die Auswirkungen des Handels mit Waren und Dienstleistungen von Ereignissen auf den Kapitalmärkten in den Hintergrund gedrängt werden [...], die zur Determination der Wechselkurse wichtiger als die Anpassungen an Handelsströme werden.«¹³²

Ein weiterer Effekt der Liberalisierung des Kapitalverkehrs war die Inanspruchnahme von Steueroasen und die Entwicklung eines umfangreichen Unterstützerkreises von Steuerberatungsfirmen. Das Ergebnis ist eine Steuervermeidung, weil weltweit vermögende Personen einen großen Teil ihres Vermögens in Steueroasen unterbringen.¹³³

Mit der Einrichtung des freien Kapitalverkehrs, ist das mächtigste Erpressungsinstrument der Konzerne entstanden.

Wir lernen daraus, dass der Wechselkurs kein geeignetes Instrument ist, die Importpreise als wichtigsten Teil eines Marktes anzusehen. Er muss dringend ergänzt werden, durch Maßnahmen, die Importsteuern ähneln oder entsprechen.

¹³⁰ Deutsche Bundesbank. Geschäftsbericht für das Jahr 1985. S. 89 f.

¹³¹ (Tolksdorf, 1988)

¹³² https://www.europarl.europa.eu/workingpapers/econ/pdf/120_de.pdf

¹³³ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Akzeptanz von Steueroasen, S. 124ff.

Mythos: Globaler Freihandel fördert Wohlstand in allen beteiligten Ländern

Der komparative Kostenvorteil von Ricardo

Am Anfang für diesen Mythos stand die Lehre von Adam Smith über den absoluten Kostenvorteil. Sie besagt, dass internationaler Handel und Arbeitsteilung allen beteiligten Ländern Vorteile bringen. Jedes Land sollte sich nur auf die Produktion derjenigen Güter spezialisieren, die es kostengünstiger produzieren kann als andere Länder.

David Ricardo korrigierte diesen Mythos mit der Begründung des komparativen (vergleichenden) Kostenvorteils, dass der internationale Handel auch dann Kostenvorteile für ein Land bringen kann, wenn diese Nation bei der Herstellung sämtlicher Produkte über absolute Kostennachteile verfügt.

Es gibt zwei wesentliche Gründe, weshalb Länder Außenhandel betreibt. Beide tragen zu ihrem Wohlfahrtsgewinn bei. Erstens handeln Länder miteinander, wenn im Rahmen einer Übereinkunft jeder das tut, was er verhältnismäßig gut kann. Zweitens handeln Länder miteinander, um die Kostenvorteile der Massenproduktion zu nutzen. Wenn jedes Land nur eine beschränkte Anzahl an Gütern herstellt, dann kann es diese jeweils in einem größeren Maßstab und folglich effizienter produzieren, als wenn es versucht wird, alles selbst herzustellen.¹³⁴

Dieses Theorem wird von vielen Ökonomen geteilt und daraus folgt die Forderung der Neoliberalen nach einem unbedingten Freihandel. Was hier so einfach, logisch und überzeugend aussieht, kann jedoch in Bezug auf das wahre Handelsgeschehen zu einem Desaster werden.

Freihandel ist eine Extremposition, wie auch der Protektionismus eine Extremposition ist. Warum ein Kompromiss die einzige mögliche Wahl ist, machen die folgenden Abschnitte deutlich.

»Zölle sind ein wirksamer Hebel, um verschiedene Politikziele feinzusteuern. Auf einem Mittelweg zwischen Freihandel und Abschottung werden Zölle auch in Zukunft eine Rolle spielen – als Mittel der [...] Handelspolitik und als nicht zu vernachlässigende Ressourcen im Staatshaushalt.«¹³⁵

Die Nebenbedingungen des komparativen Kostenvorteils

Das Ricardo-Modell basiert es auf Tauschhandel, wobei unterschiedliche Löhne, verschiedene Produktionsfaktoren und ein Wechselkurs nicht mit einbezogen werden. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die freigesetzten Arbeitsstunden (in der Volkswirtschaft sind das Arbeitslose) mit anderen Arbeitsstunden ausgeglichen werden können.

¹³⁴ (Krugman, 2006), S. 54

¹³⁵ (Felber, 2017), S. 15-16

Wenn wir uns ein Beispiel ansehen, bei dem die Produktionsfaktoren gleich sind und auch die Arbeitsstunden gleich sind, dann kann man annehmen, dass der Preis des Produktes im gleichen Land auch annäherungsweise gleich ist. Liegen die Hersteller dieser Produkte in unterschiedlichen Ländern und haben eigene Währungen, dann ist der Vergleich der Preise in den beiden Ländern nur über den Wechselkurs möglich. Es gibt aber keine Garantie, dass der Wechselkurs genau im jeweiligen Land zu einer Gleichheit der Preise führt. Es ist sogar eher selten, dass dieser Zustand eintritt.

Der Wechselkurs ist nicht nur von den Warenlieferungen abhängig, sondern auch von den Kapitalbewegungen, die durch von den Neoliberalen geförderten freien Kapitalverkehr ein Vielfaches des Warenhandels ausmacht. Aber das ist nicht der einzige Einfluss, unterschiedliche Zinssätze, Außenhandelsüberschüsse und -defizite und ausgegebene Geldmenge sind genauso verantwortlich. Der Wechselkurs liegt nicht da, wo er sein sollte.

»Dass die globale Aufteilung der Produktion nach komparativen Vorteilen nicht funktioniert – oder gar kein realpolitisches Ziel ist –, beweist schon die einfache Tatsache, dass mehr als die Hälfte des Welthandels Redundanz-Handel ist: Export und Import von Autos von und nach Japan, Deutschland, Frankreich und den USA sind nur ein Beispiel der nicht erfolgenden Organisation des internationalen Handels nach komparativen Vorteilen.«¹³⁶

Aufgrund der von den Neoliberalen eingeführten Kapitalverkehrsfreiheit, ist auch nicht sichergestellt, dass die Unternehmer das Land verlassen, um die Produktion im Ausland aufzunehmen. Genauso steht es den Arbeitnehmern frei, sich einen Arbeitsplatz zu suchen. Das alles wird im Theorem des komparativen Kostenvorteils von Ricardo nicht berücksichtigt, dem wir uns alle über die WTO unterwerfen müssen.

Das Verschwinden ganzer Industriezweige schränkt die wirtschaftliche Vielfalt und Robustheit ein, Wissen und Fähigkeiten gehen unwiderruflich verloren. Langzeitarbeitslosigkeit gefährdet den sozialen Frieden und in den multilateralen WTO-Verhandlungen nimmt die Erpressbarkeit zu.¹³⁷

»Der indirekte Wettbewerb um komparative Vorteile wird durch einen direkten Wettbewerb um absolute Vorteile, genauer gesagt: um absolute Weltmarktpreise sowie zunehmend auch um absolute Weltmarktlöhne ersetzt«, schreibt Gerd Zeitler. Konzerne fragen nicht: »In welchem Land kann ich am relativ billigsten produzieren?«, sondern: »In welchem Land kann ich am billigsten produzieren?« »Das Theorem [Ricardos] wird nichtssagend, wenn nicht nur Waren gehandelt werden, sondern auch Kapital transferiert wird«, folgern auch Altvater und Mahnkopf [...].«¹³⁸

Außerdem wird unterstellt, dass die freigesetzten Arbeitskräfte einen anderen Arbeitsplatz in dem Land finden, in dem die Produktion verloren geht und genauso effizient ein anderes Produkt erzeugen, mit dem sie die abgewanderte Produktion ersetzen können.

Was aber, wenn es nur ein Land gibt, welches alle Produkte effizient erzeugt, und dieses Land nicht das eigene Land ist? In diesem Fall wird der Geldumlauf gestört. Eigene Produktion ist mit Arbeitsplätzen verbunden. Die Einkommen aus dieser Produktion werden wieder ausgegeben und erzeugen eine Nachfrage nach Gütern. Die Abwanderung

¹³⁶ (Felber, 2017), S. 27-28

¹³⁷ Vgl. (Zeitler, 2006), S.105

¹³⁸ (Felber, 2017), S. 31

der Produktion ist daher mit einer Reduzierung der Arbeitskräfte (oder auch Senkung der Löhne) und einer Verringerung der Güternachfrage verbunden.

»Unternehmen und Regierungen bilden gezwungenermaßen eine Interessengemeinschaft, deren einziges Ziel es ist, Preise je nach Lage der globalen Märkte, immer weiter von den produktionsbedingten Kosten zu entkoppeln. Sobald ein Akteur die Preisdrückerei verstärkt und niedrige Weltmarktpreise vorgibt, setzt sich die Spirale fort, weil der neue Standard alle Marktteilnehmer zwingt, ihre Preise anzupassen und sich dementsprechend von den weiteren Kosten zu entlasten. Länder, denen es nicht gelingt, ihre Sozial- und Umweltstandards schnell genug abzusenken oder kompensierende Standortvorteile ins Spiel zu bringen, zahlen ihre Unbeweglichkeit mit der Abwanderung von Produktionskapital und Arbeitsvermögen. Der Wettbewerb, der ein wesentliches Element der Marktwirtschaft ist, kann unter diesen Bedingungen seine zuge dachte Rolle nicht ausfüllen. [...].

Dabei geraten zynischer Weise diejenigen Unternehmen unter Druck, die in sozial und ökologischen Volkswirtschaften ansässig sind und daher ihre Kosten relativ weitgehend in ihre Preise einkalkulieren müssen. [...].

Zugleich werden die außenwirtschaftlichen Aktivitäten unter dem Druck der globalen Märkte überbewertet und die binnenwirtschaftlichen Kreisläufe vernachlässigt. [...].

Weltweit entsteht ein Teufelskreis aus sinkendem Realeinkommen, Angstsparen, rückläufigem Konsum, nachlassendem Steueraufkommen, unternehmerischen Rationalisierungen, Kapitalkonzentrationen, struktureller Deindustrialisierung und immer neuem Arbeitsplatzabbau. Wer aus diesem System herausfällt, dem drohen Dauerarbeitslosigkeit und Armut.«¹³⁹

Damit wird deutlich, wie der Freihandel, die grünen Ziele bedroht und eine Umsetzung verhindert.

Jeder Abbau von Arbeitsplätzen und Verlagerung in das Ausland bedingt auch einen Verlust an Kreativität (Erfindungen, Patente) für weitere Entwicklungen an dem verschwundenen Produkt. Der unbegrenzte Freihandel ist ein Marktversagen, da der inländische Markt keine Chancen hat, gegenüber dem ausländischen Markt in Konkurrenz treten zu können. Genau den Markt aber hatten die Neoliberalen über alles gestellt.

Der westliche Wohlstandsabbau in der sozial schwachen Hälfte der Gesellschaft

Von 1950 bis 1973 hatte Deutschland Vollbeschäftigung, verbunden einer wirtschaftlichen Entwicklung, die noch heute als Goldenes Zeitalter beschrieben wird. Das Ende der Vollbeschäftigung hängt mit einem außenwirtschaftlichen Ereignis zusammen. Die USA beendete Mitte 1971 die Bindung der Währung an den Goldstandard von Bretton-Woods. 1973 endete auch das Bretton-Woods Abkommen formal.

An dessen Stelle wurde nun über den starken Einfluss der neoliberalen MPS mit den Forderungen zum Freihandel auch der flexible Wechselkurs und die Kapitalverkehrsfreiheit eingeführt. Die Auswirkungen waren sofort sichtbar. Alle westlichen Länder wurden nun von Waren aus Fernost (vorerst Japan) mit Gütern zu

¹³⁹ (Zeitler, 2006), S. 20

niedrigen Preisen überschwemmt. Einen komparativen Kostenvorteil gab es, doch die Deindustrialisierung Deutschlands (und Europas) war auch nicht zu übersehen. Jeder konnte seine Kosten durch die niedrigen Einkaufspreise senken. Es entstand ein Wohlstandsgewinn, solange die Einkommen gleichblieben. Doch zur gleichen Zeit fielen auch Arbeitsplätze weg, die in Deutschland diese Produkte hergestellt hatten. Die Arbeitslosigkeit stieg, und der Staat versuchte mit Konjunkturprogrammen (Finanzierung über Staatsverschuldung) diese Arbeitslosigkeit zu verringern. Die vom Bund finanzierten Beschäftigungs- und Investitionsprogramme hatten durchaus einen deutlichen Beschäftigungsanstieg um fast 8.000.000 Erwerbstätige in der Zeit von 1977 bis 1980, doch sie führten nicht zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Für diejenigen, die nun arbeitslos waren und sich mit weniger Geld zufriedengeben mussten, gab es keinen Wohlstandsgewinn.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit lag an den Bedingungen der Unternehmen. Sie sahen sich nun einer Konkurrenz ausgesetzt, die Güter zu Preisen anbot, die nicht einmal die Einkaufskosten für das Material decken konnten. Das Grundprinzip einer Marktwirtschaft war zerstört. Marktwirtschaft konnte nur solange funktionieren, wie die Teilnehmer in der Lage waren, auf Preisänderungen mit Lohnsenkungen oder technischem Fortschritt zu reagieren. In diesem Fall war es aussichtslos. Es gab kein Entrinnen. Die Betriebe wurden geschlossen. So dauerte es nicht lange, bis ganze Branchen verschwanden: Radio, Fernsehen, Foto, Computer, Mobiltelefone, Telefone, Schmuck, Schuhe und Bekleidung. Es waren Branchen mit Massenfertigung und Fließbandtechniken des sekundären Sektors (Industrie).

»Freihandel in Kombination mit freiem Kapitalverkehr wird umgekehrt als Hebel verwendet, um Löhne, Arbeitsstandards, Sozialleistungen, Steuern oder Umweltstandards abzusenken, weil sonst die mobilen Konzerne an einen schöneren Ort abwandern würden oder die »Wettbewerbsfähigkeit« des eigenen Standorts verloren ginge: Der freie Kapitalverkehr macht Demokratien erpressbar und führt dazu, dass die einzelnen Staaten von den Konzernen gegeneinander ausgespielt werden. Genau das, was durch Globalisierung versprochen wird – Wohlstand, Arbeitsplätze, Überwindung der Armut –, wird durch Globalisierung in Form von freiem Kapitalverkehr und Freihandel bedroht und untergraben. Im Namen des Freihandels müssen wir auf menschliche Arbeitsbedingungen, gerechte Verteilung, sozialen Zusammenhalt, intakte Umwelt, Klimaschutz oder demokratische Regulierungen verzichten und uns permanent vorhalten lassen, dass wir, wenn wir diese Ansprüche stellten, den eigenen Wohlstand gefährdeten und ärmeren Ländern gleichen Wohlstand vorenthalten würden – während es als ganz selbstverständlich gilt, dass die Boni, Spitzengehälter, Unternehmensgewinne und großen Privatvermögen unaufhörlich wachsen. Diese Analyse ist seit der »Globalisierungsfalle« Common Sense: »In einer globalen Zangenbewegung hebt die neue Internationale des Kapitals ganze Staaten und deren bisherige gesellschaftliche Ordnungen aus den Angeln. An der einen Front droht sie mal hier, mal dort mit Kapitalflucht und erzwingt so drastische Steuerabschläge sowie milliardenschwere Subventionen oder kostenlose Infrastruktur.«¹⁴⁰

»Die Absurdität des globalen Wettbewerbs um absolute Preisvorteile wird noch deutlicher, wenn man die Möglichkeiten, die der Wettbewerb eröffnet, konsequent zu Ende denkt: So könnten beispielsweise alle Grundnahrungsmittel wesentlich billiger

¹⁴⁰ (Felber, 2017), S. 53-54

importiert¹⁴¹ werden, sodass bei folgerichtiger Nutzung der Preisvorteile die gesamte deutsche Landwirtschaft sofort aufgegeben werden müsste – zum zweifelhaften Wohle der Bauern, der Konsumenten und der ganzen Gesellschaft. Es gehört wenig Fantasie dazu, sich die anschließenden Verhältnisse vorzustellen, wenn es nach unumkehrbarer Stilllegung der Landwirtschaft mindestens eine Million mehr Arbeitslose gäbe [...].«¹⁴²

Das erste Prinzip des Neoliberalismus hatte nicht funktioniert, ein Markt funktioniert, wenn es Konkurrenz gibt. Das war keine Konkurrenz im Inland, sondern etwas, was man als Dumping oder als unfairen Wettbewerb betrachten konnte. Ziel des Dumpings ist es, den Marktanteil auf einem ausländischen Markt zu erhöhen, indem der Wettbewerb verdrängt wird, und dadurch eine Monopolsituation zu schaffen, in der der Exporteur einseitig den Preis und die Qualität des Produkts bestimmen kann. Dumping war den WTO-Regeln verboten. Jedes Land hätte dann die Möglichkeit, Ausgleichszölle zu erheben, um damit die Wettbewerbsbedingungen im Inland aufrecht zu erhalten. Warum aber geschah das nicht? Warum unterstützte die Politik nicht die sterbenden Unternehmen, die ja in keiner Weise schlechter arbeiteten als die ausländischen? Dazu ist es notwendig, einen Blick auf die WTO-Bedingungen zu werfen, die Dumping beschreiben.

Dumping und Ausgleichszölle in den WTO-Gesetzen

In den WTO-Gesetzen, Artikel VI GATT-Abkommen zu den Antidumping und Ausgleichszöllen heißt es:

»1. Die Vertragsstaaten anerkennen, dass ein Dumping, durch das Waren eines Landes zu einem geringeren als dem normalen Warenwert in den Handel eines anderen Landes gebracht werden, zu verurteilen ist, wenn es eine materielle Schädigung der auf dem Gebiete eines Vertragsstaates bestehenden Industrie oder eine bedeutende Verzögerung der Errichtung einer heimischen Industrie verursacht oder zu verursachen droht. [...].«¹⁴³

In den folgenden Paragraphen wird definiert, dass Dumping des exportierenden Staates nur dann gegeben ist, wenn von einer normalen Preisbildung im exportierenden Staat abgewichen wird oder das Produkt im exportierenden Staat subventioniert wird. Bei normaler Preisbildung des exportierenden Staates liegt Dumping nicht vor. Daher gilt auch nicht Punkt 6a.

»6. a) Eine Vertragspartei darf bei der Einfuhr einer Ware aus dem Gebiet einer anderen Vertragspartei Antidumping- oder Ausgleichszölle nur erheben, wenn sie feststellt, dass durch das Dumping oder die Subventionierung ein bestehender inländischer Wirtschaftszweig bedeutend geschädigt wird oder geschädigt zu werden droht, oder dass dadurch die Errichtung eines inländischen Wirtschaftszweiges erheblich verzögert wird.«¹⁴⁴

¹⁴¹ Dr. Holger Bingmann (Präsident, Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen) auf der Unilateralen Ministerkonferenz der WTO 13.5.2019, »Wir brauchen mehr Importe zum Ausgleich der positiven Außenhandelsbilanz«

¹⁴² (Zeitler, 2006), S. 111

¹⁴³ WTO Gesetze

¹⁴⁴ WTO Gesetze

Die in der Präambel des GATT aufgeführten obersten Ziele sind die Erhöhung des Lebensstandards, die Sicherung der Vollbeschäftigung und des Realeinkommens in den Volkswirtschaften der Vertragsparteien. Diese Ziele sollen durch eine weitgehende Liberalisierung des Welthandels und der Ausweitung der internationalen Handelsbeziehungen erreicht werden.

Mit ihrer Gesetzgebung legt sich die WTO über die Gesetzgebung aller Nationalstaaten und lässt damit keine Möglichkeiten im importierenden Staat zu, die Ziele zu erreichen, die in der Präambel des GATT ausdrücklich genannt sind, wie »Erhöhung der Lebensstandards und Sicherung der Vollbeschäftigung«.

Falls dies nicht der Grund für die Nichterhebung von Ausgleichszöllen war, stellt sich weiter die Frage, warum die Politik die Vernichtung eines wichtigen Teils der heimischen Wirtschaft zugelassen hat.

»Die Neoliberalen streben keinen partiellen, sondern einen vollständigen Schutz der privaten Kapitalrechte an und wollen supranationale Rechtsprechungsorgane wie den Europäischen Gerichtshof und die WTO in die Lage versetzen, nationale Gesetze aufzuheben, welche die Rechte des Kapitals beeinträchtigen könnten.«¹⁴⁵

Wohlstandsbildung des globalen Freihandels unter WTO

Unbestreitbar haben Länder wie: Japan, Südkorea, China, Indien, Bangladesch, Pakistan vom Freihandel profitiert. Armut ist in diesen Ländern sehr stark gesunken. Allerdings nicht so sehr, wie es möglich gewesen wäre. Da die Verkaufspreise in Europa sehr niedrig waren, hätte die Anhebung der Löhne in diesen Ländern größere Entwicklungen ermöglicht.

In Europa dagegen, ist über den langen zeitlichen Abbau von Industrien und Verlagerungen in Niedriglohnländer, die Arbeitslosenzahl relativ hoch geblieben und hat zugunsten der Unternehmen, zu niedrigeren Löhnen und flexiblen Arbeitszeiten geführt. Die Unsicherheit wurde von den Unternehmen auf die Arbeitskräfte verlagert. Die Gesellschaft ist nun in eine wohlstandslose untere Hälfte und in eine im Wohlstand lebende obere Hälfte gespalten.

Ein wesentliches Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft war die Verhinderung von Monopolen. Effizienzbedingte Monopolstellungen sollen durch ein unabhängiges Kartellamt verhindert werden. Allerdings waren diese nur auf nationaler Ebene etabliert. Auf globaler Ebene gibt es sie nicht.

Aus den Nachrichten der EU im Jahr 2017 über verschiedene global handelnde Unternehmen, wie Fiat, Starbucks, Google, Amazon, Apple usw., fällt besonders Apple auf.

Global agierende Unternehmen haben die Möglichkeit, sich die Länder auszusuchen:

- wo die niedrigsten Löhne bezahlt werden,
- die geringsten Steuern bezahlt werden und
- die höchsten Verkaufspreise erzielt werden können.

¹⁴⁵ (Slobodian, 2019), S. 388

Apple-Produkte werden in Asien gefertigt, aber weltweit verkauft. Im Verwaltungssitz von Apple in Dublin (Irland, Euro-Land) arbeiten ca. 5.000 Personen. Weltweit werden ca. 116.000 Mitarbeiter beschäftigt, in Deutschland 2.000. Weltweit beträgt der Umsatz 192,3 Milliarden Euro, in Deutschland 492 Millionen. Weltweit werden ca. 14 Milliarden Steuern gezahlt, in Deutschland 25 Millionen.

Aus der Verlagerung der Produktion in Niedrigpreisländer und Verkauf in den Hochpreisländern entsteht ein enormer Gewinn für die Firma Apple. Wenn also die Hochpreisländer die Verlagerung der Produktion hinnehmen, wo bleibt dann der Gewinn, den die Hochpreisländer haben sollten, damit sie die Globalisierung als Erfolg ansehen können? Wie entstehen Einkommen, womit Apple-Produkte bezahlt werden können?

Von dem riesigen Gewinn werden ein paar Arbeitsplätze bezahlt und eine geringfügige Steuerzahlung fällt ausschließlich in Irland an. Der Gewinn geht nahezu in voller Höhe an die Anleger bzw. Anteilseigner. Diese sind weltweit verstreut und suchen den besten Sitz für niedrige Steuerzahlungen. Im besten Fall werden keine Steuern gezahlt, weil Hochsteuerländer gemieden werden.

Deutlicher kann nicht dargestellt werden, dass die Vorteile, die jedes Land aus der Anwendung des komparativen Kostenvorteils von Ricardo erhält, ein Mythos ist.

Die WTO verhindert Wohlstand und die Umsetzung grüner Ziele

»Der Handel wächst schneller wächst als die Wirtschaft. 1950 bis 2002 hat sich das Weltwirtschaftsprodukt versiebenfacht, während der Welthandel um den Faktor 22 gestiegen ist. [...]. 2005 machte der Welthandel 20 Prozent des globalen BIP aus, 2014 waren es 30 Prozent! [...]. Aus größeren Strukturen (»economy of scale«), längeren Transportstrecken und einem Anstieg des Handelsvolumens ergeben sich klarerweise ökologische Belastungen. In der EU hat die Menge der transportierten Nahrungsmittel seit 1970 um 20 Prozent zugenommen, die zurückgelegten Kilometer hingegen um 125 Prozent. Die Inhaltsstoffe für ein einfaches Erdbeerjoghurt sind in Summe 9000 Kilometer auf Reisen. [...]. Der Transport eines Containers von Shanghai nach Nordeuropa kostete im März 2016 zeitweise 212 Euro. Damit war der Transport von 20 Tonnen Gütern über 20.000 Kilometer billiger als eine Ein-Personen-Bahnfahrt zweiter Klasse von München nach Göttingen und zurück, rechnet Harald Klimenta vor. [...]. Frachter pusten nicht nur Treibhausgase aus, sondern auch Schwefeldioxid. Auf den Weltmeeren verkehren über 9000 Containerschiffe und Zehntausende kleinerer Handelsschiffe.«¹⁴⁶

Die grünen Ziele sind auf die Umweltverbesserungen ausgerichtet, wie z. B. CO₂ zu senken, Energie aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft zu gewinnen und diese Energien zu speichern, da sie nicht jederzeit zur Verfügung stehen. Das bedeutet natürlich auch, dass viele Werktätige sich in neuen Arbeitsplätzen wiederfinden müssen. Ein Bereich neuer Arbeitsplätze ist die Photovoltaik (PV). Doch die neoliberale Ideologie der WTO verhindert die Schaffung von Arbeitsplätzen.

»Die Solarbranche boomt: Immer mehr Menschen legen sich eine Solaranlage zu, der Anteil von Sonnenenergie im Strommix wächst, und im Juni war Photovoltaik (PV) sogar

¹⁴⁶ (Felber, 2017), S. 44-45

erstmals die stärkste Energiequelle in einem einzelnen Monat, vor Braunkohle und Windkraft.«¹⁴⁷

Die installierte Nennleistung erreichte 2018 45,9 Gigawatt at peak.

Doch etwas läuft schief. Immer mehr Firmen für Sonnenkollektoren müssen schließen.

»Zur Hochzeit der heimischen Solarindustrie arbeiteten dort zeitweise 3000 Menschen bei Firmen wie CSG Solar, Q-Cells oder Sovello. Firmen, die es heute entweder nicht mehr gibt, oder die an ausländische, meist asiatische Konkurrenzunternehmen verkauft wurden. [...]. Die gestiegene Nachfrage auf dem deutschen Solarmarkt wird hauptsächlich mit PV-Modulen »Made in China« gedeckt. Seitdem die üppigen Subventionen für Solaranlagen in Deutschland massiv gekürzt wurden, herrscht auf dem Solarmarkt ein harter Preiskampf, von dem chinesische Unternehmen ganz besonders profitieren. [...]. Der Wegfall der von der EU verordneten Mindestpreise auf chinesische Solarmodule und -zellen im September vergangenen Jahres [2019] verschärfte die Situation zusätzlich. Nach der ersten Marktschwemme durch chinesische Solarmodule waren die Strafzölle 2013 eingeführt worden. Nach der Abschaffung müssen sich die verbliebenen deutschen Solarhersteller im freien Wettbewerb beweisen – und haben es dabei schwer.«¹⁴⁸

An diesem Beispiel sehen wir die Wirkungsweise der WTO. Subventionen sind von der WTO unerwünscht, aber zur Rettung der deutschen Unternehmen wurden sie trotzdem gegeben. Subventionen sind aus deutscher Sicht auch keine gute Wahl, da sie unnötigerweise den Kapitalbedarf des Staates erhöhen, im Gegensatz zu Straf- oder Ausgleichszöllen. Doch die Einführung von Straf- oder Ausgleichszöllen ist genauso untersagt, wenn keine Dumpingpreise der Exportfirmen in ihrem eigenen Land gibt.

Die in der Präambel des GATT aufgeführten obersten Ziel: Erhöhung des Lebensstandards und Sicherung der Vollbeschäftigung gelten nicht für Europa und Deutschland. Wie soll also die Beschäftigung in Deutschland aussehen, wenn die zukünftigen Arbeitsplätze schon jetzt durch unfaire Praktiken der WHO verhindert werden?

Aber auch für die Gesellschafter eines Unternehmens, welches von Chinesen übernommen wurde, gibt es ein Problem. »2008 gab es bei über 870.000 Unternehmen, die sich vom Markt zurückzogen, ganze 3.139 Insolvenzanträge. Die große Mehrzahl der chinesischen Unternehmen verschwindet also ohne Insolvenzverfahren vom Markt.«¹⁴⁹

Der zweite für Grüne wichtige Komplex ist die Energiespeicherung. Auch diesem Bereich droht das gleiche Schicksal, wie der der Solarmodule.

»Die konsequente finale Umsetzung von Ricardos Idee würde dazu führen, dass jedes Produkt und jede Dienstleistung auf dem Weltmarkt in nur einem Land oder allenfalls einer Handvoll Ländern hergestellt würde – genau daraus ergäbe sich die mathematische Effizienz der komparativen Kostenvorteile. Alle anderen müssten von diesem oder diesen wenigen Ländern importieren und wären von ihm abhängig. [...]. Unstrittig ist, dass in sämtlichen Importbranchen, in denen die Eigenproduktion eines Landes zugunsten von Ländern mit komparativen Vorteilen aufgegeben wurde, Innovation und Entwicklung gänzlich zum Erliegen kämen [...]. Damit geht dem Land auch wertvolles Know-how

¹⁴⁷ (Witsch, 2019)

¹⁴⁸ (Witsch, 2019)

¹⁴⁹ <https://www.schultze-braun.de/,Newsroom>Archiv 2010-2018>Suntech-Insolvenz>

verloren, und im Fall des Falles kann dadurch ein Neustart misslingen oder verzögert werden. «¹⁵⁰

»Die beabsichtigten Verlagerungen von Produktionskapital erfüllen auch den Tatbestand des Außerlandesschaffung von Volksvermögen und Enteignung von Mitarbeitern. Kurz gesagt: Es handelt sich um Akte der Kapitalflucht und der Missachtung der Sozialpflichtigkeit von Eigentum und Kapital. Dass diese Vergehen nicht strafbar sind, dass sie sogar als wirtschaftlich notwendig erachtet werden, ist der eigentliche Skandal. [...]. Denn die von Unternehmen und Beschäftigten gemeinsam unter einheitlichen nationalen Bedingungen erzeugte Produktivität wird künstlich aufgespalten und mit dem Winkelzug das gemeinsam erzeugte Sach- und Geldkapital der angeblich produktiveren, nämlich der unternehmerischen Seite zugeschlagen. «¹⁵¹

Wie wichtig es ist, auf die Zielsetzung der WTO Einfluss zu nehmen, wird unter dem Abschnitt: » Anforderungen an die WTO« ausführlicher erläutert.

Wohlstandsabbau in den Entwicklungsländern

Im Rahmen dieses Buches möchte ich nicht so ausführlich auf den Wohlstandsabbau in den Entwicklungsländern eingehen. Er ist genauso umfangreich wie in den westlichen Industrieländern, doch in einer anderen Art. Daher führe ich hier drei Beispiele an, die uns zu denken geben sollten. Aber erst wenn man die Filme gesehen hat, versteht man wirklich, worum es geht.

Das erste Beispiel führt auf, wie es um die Eierproduktion und deren Qualitätsverlust für uns mit den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Afrika bestellt ist, mit der MDR Film-Dokumentation »Armes Huhn - armer Mensch.«

»Der Film zeigt mit exklusiven Bildern aus der größten Eierproduktionsstätte Nordeuropas: Käfighaltung ist in vielen Ländern der EU noch Alltag und auch wir in Deutschland profitieren davon. Er macht deutlich, was das für Tiere, die Umwelt und letztlich auch für unsere Gesundheit bedeutet.

Aber nicht allein die Eierproduktion, auch die stetig steigende Nachfrage nach Hähnchenbrust & Co. fördert die Massentierhaltung - mit Auswirkungen bis nach Afrika. So stößt das Filmteam in Ghana auf tiefgefrorene Billighühner aus Europa, leere Hühnerställe und große Armut. »Unsere Agrarpolitik in Europa erzeugt auf der anderen Seite der Welt Flucht.«, sagt die SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl.

Mithilfe von Pionieren für artgerechte Tierhaltung zeigt »Armes Huhn - Armer Mensch« aber auch Alternativen zur Massentierhaltung, lässt Politiker, Hühnerbarone, Landwirte, Tierschützer und Verbraucher zu Wort kommen und zeichnet so ein vielschichtiges Bild vom komplexen »System Eier- und Hühnerfleischproduktion« mit seinen Auswirkungen, Widersprüchen und seinen gesellschaftlichen und finanziellen Herausforderungen.«¹⁵²

Im zweiten Beispiel geht es um die Tomatenproduktion mit Arbeitsplatzabbau in Afrika mit den Folgen des Zustroms von Afrikanern in Europa. Auch hier gibt es einen

¹⁵⁰ (Felber, 2017), S. 60

¹⁵¹ (Zeitler, 2006), S. 157

¹⁵² Simone Bogner und Jens Niehuss, Armes Huhn - armer Mensch Vom Frühstücksei zur Wirtschaftsflucht <https://www.youtube.com/watch?v=DnJ9FWJN3-0>

Dokumentarfilm, den man gesehen haben muss, um zu verstehen, dass die Ziele der WTO etwas anderes bewirken, als es von der WTO angegeben ist.

»Edward erntet Tomaten. Nicht auf seinen Feldern in Ghana, sondern unter prekären Umständen auf den Plantagen in Süditalien. Seine Tomaten werden verarbeitet, in Dosen verpackt, in Container gestapelt und verschifft - unter anderem nach Ghana, wo sie der gebeutelten ghanaischen Tomatenindustrie Konkurrenz machen. Die Flut der importierten Billigimporte aus China, den USA und der EU hat die ghanaische Tomatenproduktion in den Ruin getrieben. Bauern ohne Perspektiven suchen nach Auswegen - zum Beispiel in Europa. Sie machen sich auf den einzigen ihnen zugänglichen Weg - durch die Wüste und über das Mittelmeer - und riskieren dabei ihr Leben. Ghana gilt als afrikanisches Musterland: Frieden, freie Wahlen, wirtschaftliche Entwicklung. Und trotzdem kommt die Tomatenbäuerin Benedicta nur über die Runden, weil ihr Mann regelmäßig Geld aus Italien schickt.

Einen Grund dafür kann man in Pwalugu besichtigen: In den gespenstig-leeren Hallen der ehemaligen Tomatenfabrik sieht der einstige Angestellte Vincent noch immer nach dem Rechten. Er kann nicht glauben, dass die Fabrik, die einst die Region am Leben hielt, stillgelegt ist. Tomaten baut rund um die ehemalige Fabrik niemand mehr an, denn der Markt ist zusammengebrochen. Ein Landwirtschaftsberater versucht den Bauern Tipps zu geben, wo jeder Rat eigentlich verloren ist. Und einer der Bauern packt seine Sachen. Er will sich auf den Weg machen, nach Europa. In Italien leben Edward und andere afrikanische Migranten in improvisierten Behausungen inmitten der Tomatenplantagen und ernten Tomaten als Tagelöhner zu Dumpinglöhnen - und baut dort ausgerechnet jene Tomaten an, die in seiner Heimat Ghana noch mehr Menschen die Existenz kosten. Auf dem Markt in Accra sortieren währenddessen die Händlerinnen Tomatendosen aus China, Italien, Spanien. »Freier Handel«, sagt der Ökonom Kwabena Otoo, »sollte Perspektiven ermöglichen und nicht das Leben von Menschen zerstören.«¹⁵³

Mit dem Brexit hat sich UK Möglichkeit zur Subventionierung ihrer Produkte geschaffen. Das Streitbeilegungsverfahren der WTO ist durch die Nichtbesetzung der Richter außer Kraft gesetzt. Die Ersatzstrafen durch den EUgH sind nicht mehr zu fürchten. Die Absichten werden deutlich, wenn das Freihandelsabkommen mit Kenia betrachtet, welches mit dem Vereinigten Königreich geschlossen wurde:

»Kenia sieht nach der Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit dem Vereinigten Königreich massive Einnahmeverluste.

Die Nationalversammlung hat [...] den lokalen Markt für etwa 1.934 Produkte aus Großbritannien geöffnet, deren Einfuhrzoll entweder gesenkt oder mit Null bewertet wird. Der Pakt, der in 25 Jahren ausläuft, wurde zu einem Zeitpunkt verabschiedet, an dem das Land bei der Finanzierung seiner Verpflichtungen vor Herausforderungen steht. [...]

Econews Afrika, eine Denkfabrik, die Regierungen in Wirtschaftsfragen berät, sagt, dass die erwarteten Einnahmeverluste für das Land, das sich bereits in einer wirtschaftlichen Flaute befindet, tragisch sein werden. [...]

Großbritannien bietet seinen Herstellern Subventionen an, die es ihnen erleichtern, zu geringeren Kosten zu produzieren.

»Sobald diese billig hergestellten Produkte auf den kenianischen Markt kommen, werden

¹⁵³ DW, Displaced: Tomaten und Profitgier - Ghanas Bauern auf der Flucht, <https://www.youtube.com/watch?v=KPn2vCZ9hWg>

die lokalen Hersteller ihre hochpreisigen Produkte nirgendwo mehr verkaufen können«, sagte Osotsi.«¹⁵⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Ricardo Theorem der WTO mit dem Verbot von Importsteuern den Arbeitsplatzabbau in Europa und auch in Afrika begünstigt, bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensbedingungen auf beiden Kontinenten.

Mythos: Steuersenkungen für Unternehmen erhöhen die Investitionen

Wie hat sich die Steuerlandschaft verändert?

1. Senkung der Unternehmenssteuern (Körperschafts- und Gewerbesteuer) zwischen 1989 und 2009 von 60 % auf 30 %.

Diese 50%ige Reduzierung musste durch sukzessive Steuererhöhungen der Allgemeinheit ausgeglichen werden. Doch es konnte nicht festgestellt werden, dass diese Maßnahme die Investitionskrise in Deutschland beseitigt hätte. 2018 lag die Körperschaftssteuer bei 33,4 Milliarden Euro. Bei einem annäherungsweise gleichen Betrag der Gewerbesteuer entspräche der Betrag aus der Unternehmensbesteuerung ca. 70 Milliarden Euro. Durch die neoliberale Unternehmenssteuersenkung von 50 % ergibt sich eine geschätzte Umverteilung aus dem Staatshaushalt in die Taschen der Privaten von ca. 70 Milliarden Euro jährlich.¹⁵⁵

2. Erhöhung der Umsatzsteuern zwischen 1982 und 2006 von 12 % auf 19 % um mehr als 50 %.

Bei den unteren 5 % der Gesellschaft macht diese Erhöhung einen Betrag von 12,1 % und bei den oberen 1 % nur einen Betrag von 3,5 % nach Verdi. Sie belastet die unteren Schichten Bevölkerung stärker. Zugleich ist es die höchste Einnahmequelle des Staates.

3. Erhöhung der Lohnsteuer und Senkung der Einkommensteuer.

Die Senkung der Spitzensteuersätze von 52 % in 1996 auf 42 % in 2005 (identisch mit Tarif 2017) zeigt den politischen Willen, Reiche zu entlasten, bei gleichzeitiger Belastung der unteren Schichten durch den steilen Anstieg der Progression. Mit der Inflation sank bei den unteren Schichten der Reallohn, da sie mit dem Lohnanstieg in eine höhere Progression kamen. Dies ist unter dem Stichwort »Kalte Progression« bekannt. Die Lohnsteuer stieg dabei von 1982 bis 2016 um das 3-fache von ca. 6 Milliarden Euro auf über 18 Milliarden Euro, während sich die Einkommensteuern bis 2016 nur auf maximal 2 Milliarden erhöhten.¹⁵⁶

¹⁵⁴ Theeastafrican, 11.3.2021, Kenia steht vor Einnahmen und Arbeitsplatzverlusten, als House das britische Handelsabkommen ratifiziert

¹⁵⁵ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Seite 116ff

¹⁵⁶ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Seite 106ff

4. Senkung oder Aussetzung von Vermögenssteuern.

Die Vermögenssteuer 1996 wurde 1996 beendet. Zwischen den 1950er und 1960er-Jahren erzielte sie knapp 2 % des Steueraufkommens. Sie entspräche heute einem Aufkommen von etwa 15 Milliarden Euro pro Jahr.

»1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass eine unterschiedliche steuerliche Belastung von Grundbesitz und sonstigem Vermögen mit Vermögensteuer nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) vereinbar sei. In den Beratungen zum Jahressteuergesetz 1997 stellte die damalige Bundesregierung zwar fest, dass es keinen verfassungsrechtlichen Zwang zur Abschaffung der Vermögensteuer gebe, trotzdem wird seither die Vermögensteuer mit Wirkung ab 1997 nicht mehr erhoben, obwohl das Vermögensteuergesetz weiterhin in Kraft ist.«¹⁵⁷

»Die über Generationen hinweg erfolgende familiäre Weitergabe von Vermögen spielt die zentrale Rolle für dessen enorme Konzentration und hat auch gravierende Konsequenzen für die soziale Mobilität in Deutschland. Am obersten Ende herrscht, wie gesehen, große Stabilität. Wer reich ist, dessen Eltern waren es zumeist auch schon, und seine Kinder werden es wohl auch sein. Dieser Effekt bleibt aber nicht auf die Reichen beschränkt. Auch in der restlichen Bevölkerung hält sich die Mobilität von Vermögen und Einkommen in Grenzen. Die familiäre Herkunft erklärt nach einer Studie des DIW hierzulande bei Berücksichtigung aller anderen wichtigen Variablen das Familieneinkommen von Männern zu fast 50 Prozent.«¹⁵⁸

Die Erbschaftssteuern stiegen zwischen 1982 und 2016 lediglich von ca. 800 Millionen auf 7 Milliarden Euro. Bei Erbschaften von 400 Milliarden pro Jahr liegt der Steuersatz unter 2 %. Nicht umsonst hat Deutschland viele reiche Personengesellschaften, da diese weitgehend von der Erbschaftsteuer befreit werden. Diese Steuerbefreiung ist auch ein Grund für die zunehmende soziale Ungleichheit.¹⁵⁹

5. Einführung einer Abgeltungssteuer von 25 % auf Dividenden und Zinsen in 2009, anstatt des persönlichen Einkommensteuersatzes.

Wohin das geführt hat, macht ein Beispiel des BMW-Hauptaktionärs deutlich. Der persönliche Steuersatz von $45+3=48$ % wurde somit auf 25 % gesenkt und das entspricht einer Steuerersparnis von 48 %. Real beträgt diese pro Jahr zwischen 300 und 400 Millionen Euro. Allein dieser Fehlbetrag im Staatshaushalt (andere Reiche sind hier nicht berücksichtigt) muss somit durch die Steuerzahlungen aller Bürger ausgeglichen werden und Sie wundern sich, warum immer weniger von Ihrem Einkommen übrig bleibt.

»Betrugen die Dividendenzahlungen der dreißig DAX-Konzerne 2002 noch 10,3 Milliarden Euro, so waren es 2017 mit 31,6 Milliarden bereits mehr als dreimal so viel. 2018 sind es sogar über 36 Milliarden.«¹⁶⁰

»Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung sind die Gewinne der Unternehmen seit 1991

¹⁵⁷ Wikipedia, Vermögenssteuern

¹⁵⁸ (Hartmann, 2018), S. 128

¹⁵⁹ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Seite 111ff

¹⁶⁰ (Hartmann, 2018), S. 133-134

von 173 auf 543 Milliarden Euro gestiegen, die Nettoinvestitionen dagegen im gleichen Zeitraum von 85 auf nur noch 20 Milliarden gesunken.«¹⁶¹

Mythos: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer

Nach Ansicht der Neoliberalisten ist nur derjenige ein guter Unternehmer, der Gewinne erzielt. Aus jedem Unternehmen kann man ein Gewinn erzielendes Unternehmen machen. Dazu genügen zwei Voraussetzungen, man muss die Kosten senken und die Erträge aus dem Produkt erhöhen. Aber was sind Kosten? Das Material gibt es auf der Erde umsonst. Erst wenn es bearbeitet wird, entsteht ein Preis. Wenn man diesen Preis bezahlen muss, dann sind das Kosten, die also immer Arbeitskosten sind.

Eine Senkung der Arbeitskosten ist genau das, was im Liberalismus geschehen ist, und zwar bis zur extremen Armut derjenigen, die diese Arbeit vollbracht haben. Solange es genügend Arbeitskräfte gibt, die bereit sind, die Arbeit anzunehmen, solange kann man auch Kosten senken. Der zweite Aspekt, Kosten zu senken, besteht darin, Bedürfnisse nicht zu befriedigen, wenn es keine Gewinne gibt.

Weiterhing gibt es Investitionen, die keine Erträge erwirtschaften oder die Erhebung von Erträgen absurd machen würde. Wir brauchen Z. B. Schulen und Universitäten. Wenn wir das individuell bezahlt werden müsste, dann könnten das viele Personen derzeit nicht aufbringen. Jede nicht ausgebildete Person senkt das Sozialprodukt und erhöht die Sozialkosten.

Da die Privaten nicht in Bereiche investieren, in denen keine Gewinne anfallen, brauchen wir staatliche Investitionen und diese können nicht immer nur durch steigende staatliche Verschuldung aufgebracht werden.

Das unternehmerische Handeln des kann sehr verschiedene Formen annehmen.

»In vielen Fällen waren staatliche Investitionen wie Geschenke an die Unternehmen, sie machten einzelne Personen und ihre Unternehmen reich, brachten aber der Volkswirtschaft insgesamt und dem Staat selbst wenig (direkten und indirekten) Gewinn. Das beste Beispiel dafür ist die Pharmabranche, deren mit staatlichen Geldern entwickelte Medikamente letztendlich oft so teuer sind, dass die Steuerzahler (die ihre Entwicklung finanziert haben) sie sich nicht leisten können. Dasselbe trifft für die IT-Branche zu, wo wagemutige staatliche Investitionen die privaten Gewinne haben sprudeln lassen. Das Geld wurde dann in Sicherheit gebracht und floss nicht etwa in Form von Steuern an den Staat zurück. [...].

Überall auf der Welt hören wir, der Staat müsse schlanker werden, damit die Wirtschaft sich von der Krise erholen könne. Dahinter steht die Annahme, wenn der Staat sich nur zurückhält, würde das neue Kräfte im Unternehmertum und Innovationen im privaten Sektor freisetzen. Medien, Unternehmen und liberale Politiker bauen auf diese bequeme Gegenüberstellung und pflegen die Dichotomie eines dynamischen, innovativen und wettbewerbsfähigen ›revolutionäre‹ privaten Sektors auf der einen Seite und eines langsamen, bürokratischen, untätigen und ›sich in alles einmischenden‹ öffentlichen

¹⁶¹ (Hoffmann, 2017) zit. In (Hartmann, 2018), S.134

Sektors auf der anderen Seite. Die Botschaft wird so oft wiederholt, bis man sie schließlich für eine selbstverständliche Wahrheit hält.«¹⁶²

Daraus wird abgeleitet, dass die Wirtschaft besser funktionieren würde, je weniger staatliche Unternehmen es gibt. Der Beweis wird dann meist mit den planwirtschaftlichen Unternehmen des Ostblocks, insbesondere der DDR geführt, die gerade deswegen untergegangen seien.

Die Investitionskrise - Geldschwemme und fehlende Investitionen

In der Wirtschaftswissenschaft wird postuliert, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften durch Investoren zustande kommt, die sich das Geld indirekt über Banken von den Sparern leihen. Weiterhin wird unterstellt, die Größe der Investitionen (bei der Nachfrage nach Arbeit) wäre gleich groß wie die Ersparnisse. Die Formel dafür lautet $I=S$ (Investitionen = Sparen). Doch seit mehreren Jahren stimmt diese Gleichung nicht mehr. Es gibt eine Geldschwemme bei niedrigsten Zinsen, die eindeutig eine Investitionskrise aufzeigt.

Wie die Deutsche Bundesbank am 16.7.2019 mitteilte, sei das Geldvermögen Deutschlands auf den Rekordwert von rund 6.170 Milliarden Euro gestiegen. Ende März steckten davon insgesamt 2.494 Milliarden Euro in Bargeld und Einlagen.

Laut Bankenverband erreichte das Kreditneugeschäft mit inländischen Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen) im 3. Quartal 2018 nur ein Volumen von 930,33 Milliarden Euro.

Selbst wenn von der Differenz in der Größenordnung von (2.494 - 930) 1.564 Milliarden Euro noch Kredite für Wohnungsbau und Finanzierungsinstitutionen abgezogen werden müssen, ist die Geldschwemme deutlich sichtbar. Das Geld wird nicht in die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert.

Diese Geldschwemme von ca. 1 Billion Euro wird täglich größer, da durch die Europäische Zentralbank Verschuldungspapiere der Staaten angekauft werden und dabei Bargeld ausgegeben wird. Als Ziel der Zentralbank wird die Vermeidung einer Deflation angegeben, doch ist es aber auch eine Entschuldung der Staaten.

Die Bedingungen für private Unternehmen sind somit hervorragend. Doch warum investieren sie nicht? Ist es die gesunkene Nachfrage durch die Ausweitung der Niedriglöhne? Sind es die Schattenbanken, die auf Ausschüttung von Gewinnen bestehen und damit Investitionen verhindern?

Notwendigkeit staatlicher Investitionen

Grundsätzlich investieren private Unternehmen nur, wenn sie Gewinne erzielen. Oder es werden dann noch Investitionen vorgenommen, wenn Kreise vom Bezug dieser Produkte ausgeschlossen werden können, die Kosten verursachen. Ein Beispiel ist das Internet. Ländliche Kreise werden nicht beliefert, weil sie keinen Gewinn bringen.

Doch es gibt sehr viele Investitionen, die vorrangig keinen finanziellen Gewinn, sondern

¹⁶² (Mazzucato, 2014), Pos. 255ff.

einen positiven oder sozialen Ertrag erbringen. Beispiele dafür sind Schulen und Universitäten mit dem Effekt späterer finanzieller Gewinne.

Der Staat hat einen riesigen Investitionsbedarf. Allein die Ersatzinvestitionen gehen schon in die Milliarden Euro. Die Corona-Krise erhöht den Bedarf an staatlichen Investitionen. Der Kern der Krise ist das Fehlen von Mitteln für staatliche Investitionen, mit denen Arbeitsangebote geschaffen werden, Arbeitseinkünfte und bessere Löhne erzielt werden können. Drei Faktoren haben dazu beigetragen, dass dem Staat diese Mittel fehlen:

- Mit der Privatisierung von staatlichen Unternehmen wurden Gewinne vom Staat in Richtung privater Investoren verschoben und damit fielen auch die Erträge aus, die vorher im Staatshaushalt für niedrigere Steuern der Allgemeinheit gesorgt hatten.
- Staatliche Investitionen wurden mit Staatsverschuldung finanziert, anstatt durch höhere Steuereinnahmen.
- Steuern für Reiche wurden gesenkt. Unternehmenssteuern wurden z. B. von 60 % auf 30 % gesenkt, in einer Größenordnung von jährlich 70 Milliarden Euro ab 2008.

Der Staat kann aufgrund der Begrenzung seiner Schulden durch die berechtigten Maastricht-Kriterien keine weiteren Kredite aufnehmen. Die Corona-Krise kann nur eine Ausnahme sein.

Denn es gibt ein weiteres Problem bei der Staatsverschuldung. Die Zinsen fließen ganz überwiegend in die Taschen der vermögenden Gläubiger, doch diese müssen über Steuern von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden. Es ist eine dauerhafte Umverteilung von unten nach oben. Außerdem kann die zunehmende Zinsbelastung bis zur finanzpolitischen Handlungsunfähigkeit des Staates führen.

Eine Ausnahme der Kreditaufnahme des Staates bildet die Beleihung von Vermögen. Mit der Bildung von Vermögen des Staates (also von uns allen) ist es möglich, einen Teil des Vermögens zu beleihen. Erträge aus dem Vermögen entstehen jedes Jahr und können für Investitionen verwendet werden.

Die beste Möglichkeit ist es daher, diese Mittel einer bestehenden oder noch zu gründenden Staatsbank (ERP, KfW) zu überlassen, die wiederum diese Mittel dazu benutzt, Vermögenstitel (Aktien, Immobilien) aufzukaufen und aus deren Erträgen die staatlichen Investitionen vornimmt. Gleichzeitig hätte das Kaufen von Vermögenstiteln einen stabilisierenden Effekt auf die Vermögensmärkte wie Börsen und Immobilienmarkt.

Das Ergebnis staatlicher Investitionen führt dann zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu einer stärkeren Konsumnachfrage, von der auch wiederum die privaten Unternehmer profitieren.

Ein sehr gutes Beispiel ist die zur Verfügungstellung des Internets für die Haushalte und die Industrie. Heute ist das Internet so wichtig wie Strom und Wasser, doch mit der Versorgung hapert es gerade deshalb, weil das Streben der privatisierten Telekom-Unternehmen auf Gewinn ausgerichtet ist. Die Corona-Krise macht noch deutlicher, dass diese Aufgaben von privaten Firmen nicht bewältigt werden können: Heimarbeit, Schulunterricht, Heimstudium und Firmen in abgelegenen Gebieten werden nicht versorgt, und das behindert die Entwicklung der gesamten Nation.

Das Internet wurde am 29.10.1969 als Arpanet von der Darpa (Defense Advances Research Projects Agency, USA) erstmals zur Verfügung gestellt. 1973 und 1974 wurde das TCP entwickelt um andersartige Netze zu verbinden. 1981 erreichte das TCP den Stand, den es noch heute besitzt. Die wichtigste Anwendung war die E-Mail aus dem Jahre 1971. ES war somit keine private, sondern eine staatliche Entwicklung von enormer Bedeutung. Im Jahr 1990 wurde das »www« (World Wide Web) auch der Öffentlichkeit nutzbar gemacht.¹⁶³

»Die sozialliberale Koalition unter SPD-Kanzler Helmut Schmidt hatte 1981 bereits den Glasfaserausbau beschlossen, wie die Wirtschaftswoche aus bisher unveröffentlichten Dokumenten einer Kabinettsitzung vom 8. April 1981 erfahren hat: Altkanzler Schmidt wollte Glasfaser-Spitzenreiter werden.

»Sobald die technischen Voraussetzungen vorliegen, wird die Deutsche Bundespost aufgrund eines langfristigen Investitions- und Finanzierungsplanes den zügigen Aufbau eines integrierten Breitbandglasfasernetzes vornehmen«, heißt es in einem Sitzungsprotokoll, das unter dem Aktenzeichen B 136/51074 im Bundesarchiv liegt. Wäre der Plan durchgezogen worden, könnte die Bundesrepublik heute das beste Glasfasernetz der Welt haben.«

Der 30-Jahres-Plan des damaligen Bundespostministers Kurt Gscheidle (SPD) sah Investitionen von drei Milliarden DM pro Jahr vor, um ab 1985 bis 2015 komplett Westdeutschland mit Glasfaser auszustatten. Doch dazu kam es nicht. 1982 wurde Helmut Kohl Kanzler einer schwarz-liberalen Koalition und der hatte andere Pläne.«¹⁶⁴

Wie sieht nun der Breitbandausbau fast 40 Jahre später unter Marktbedingungen aus? Unter den Gewinnbedingungen der privaten Anbieter lohnt sich der Ausbau nur in Städten.

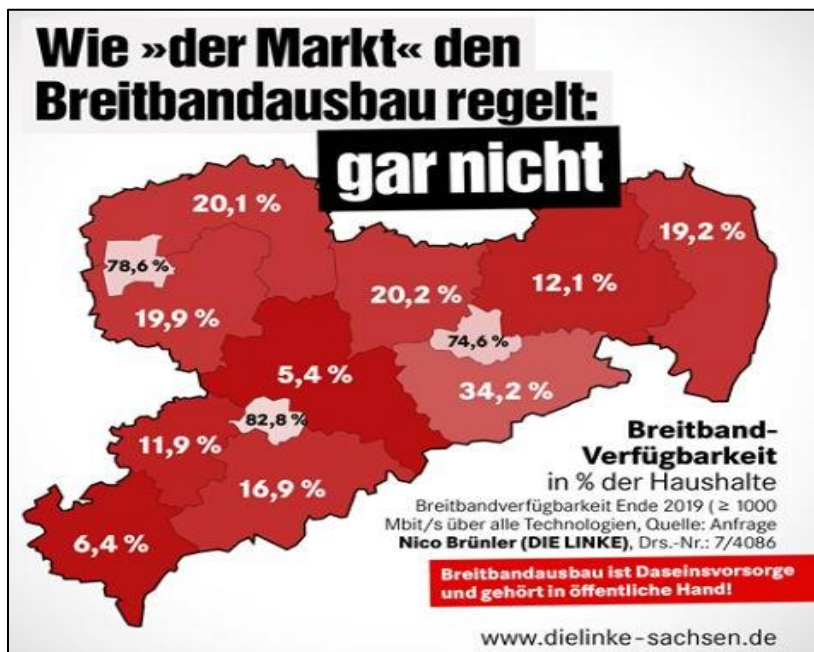


Abbildung 7: Wie der Markt den Breitbandausbau regelt

Quelle: twitter.de, @linke_sachsen ¹⁶⁵

¹⁶³ Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Internet

¹⁶⁴ (Beckedahl, 2018)

¹⁶⁵ (Brünler, 2020)

Die Privatisierung der Deutschen Bahn ist trotz Streckenstilllegungen gescheitert. Der Grund dürften die hohen Investitionskosten für das Unternehmen sein. Darüber sollten wir froh sein. Denn Netze sollten staatlich bleiben. Als staatliches Unternehmen trägt die Deutsche Bahn somit zur Verbreitung des Internets bei:

»Die Deutsche Bahn hat nun erste Schritte für die weitere Vernetzung ihres Streckennetzes mit Glasfaserkabeln eingeleitet. Sie sucht nun per Vergabeverfahren europaweit nach geeigneten Unternehmen für das Vorhaben, die noch ausstehenden 13.400 km zu verkabeln. Das soll in sieben Jahren abgeschlossen sein.

Bisher sind nach Angaben der Bahn rund 20.000 km Glasfaserkabel entlang ihrer Strecken verlegt. Davon nutzt sie bisher nur einen kleinen Teil selbst, nicht genutzte Kapazitäten vermietet sie.«¹⁶⁶

In der Regel ist gar nicht bekannt, wie viel der Staat investiert.

Wichtigkeit von Grundlagenforschung

»Der Staat als ‚tollkühner‘ Initiator von Innovationen? Ja, bei den meisten radikalen, revolutionären Innovationen, die den Kapitalismus vorangetrieben haben – von Eisenbahnen über das Internet bis aktuell zur Nanotechnologie und Pharmaforschung –, kamen die frühesten, mutigsten und kapitalintensivsten ‚unternehmerischen‘ Investitionen vom Staat. [Z. B.] wurden all die Technologien, die Jobs’ iPhone so ‚smart‘ machten, vom Staat finanziert (Internet, GPS, Touchscreen-Displays und neuerdings SIRI, die sprachgesteuerte persönliche Assistentin). Solche radikalen Investitionen – zu denen extreme Unsicherheit gehört – wurden weder durch Wagniskapitalgeber noch ‚Garagenbastler‘ getätigt, sondern durch die sichtbare Hand des Staates, der damit Innovationen ermöglichte. Es hätte sie also nicht gegeben, wenn wir allein auf den Markt und die Unternehmen vertraut hätten – während der Staat einfach daneben steht und sich auf die Schaffung der Rahmenbedingungen beschränkt. [...].

Viele Probleme, vor denen die Regierung [...] steht, rühren daher, dass die [...] Steuerzahler praktisch keine Vorstellung davon haben, wie ihre Steuern zu Innovationen und Wirtschaftswachstum [...] beitragen. Sie wissen nicht, dass Privatunternehmen mit Innovationen Geld verdienen, die mit ihren Steuern unterstützt wurden. Unterdessen geben die Unternehmen, die auf diese Weise von Steuergeldern profitieren, weder einen erklecklichen Teil ihrer Gewinne an den Staat zurück, noch investieren sie in neue Innovationen (Mazzucato 2010). Den Steuerzahlern erzählt man, Innovationen und Wirtschaftswachstum seien dem Genie Einzelner zu verdanken, den Unternehmern im Silicon Valley, den Wagniskapitalgebern oder kleinen Unternehmen, vorausgesetzt, die Vorschriften sind lasch genug (oder inexistent) und die Steuern niedrig – vor allem im Vergleich zum ‚Big State‘ in den meisten europäischen Ländern. Solche Geschichten erzählt man sich auch in Großbritannien. Dort heißt es, der einzige Weg zu Wirtschaftswachstum sei, dass man den Unternehmen die Führung überlasse und der Staat sich auf die Minimalaufgabe zurückziehe, die Herrschaft des Gesetzes zu sichern.«¹⁶⁷

¹⁶⁶ (Wilkens, 2020)

¹⁶⁷ (Mazzucato, 2014), Pos. 3138ff.

»Private Unternehmen sind möglicherweise nicht bereit, in Bereiche wie Grundlagenforschung zu investieren, aus denen sie – da Forschungsergebnisse ›öffentliche Güter‹ sind – keine privaten Gewinne erzielen können. Oder sie berücksichtigen in ihrer Preiskalkulation die Kosten der durch sie verursachten Umweltverschmutzung nicht. Oder das Risiko bestimmter Investitionen ist so hoch, dass eine Firma allein sie nicht übernehmen kann. Angesichts dieser unterschiedlichen Formen von Marktversagen erwartet man vom Staat die Finanzierung von Grundlagenforschung, Strafsteuern für Firmen, die die Umwelt verschmutzen, sowie die Finanzierung von Infrastrukturprojekten. [...].

Ein Unternehmerstaat investiert in Bereiche, in die der private Sektor nie investieren würde, selbst wenn er die Mittel dazu hätte. Und eben diese Rolle – der Staat als risikobereiter Visionär – wird ignoriert.«¹⁶⁸

»In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete das Pentagon eng mit anderen nationalen Sicherheitsbehörden wie der Atomenergiekommission und der Raumfahrtbehörde (NASA) zusammen. Aus dieser Zusammenarbeit entstanden neue Technologien wie Computer, Düsenjets, die zivile Nutzung der Atomenergie, Laser und Biotechnologie (Block 2008). Bei all dem übernahm die Advanced Research Projects Agency (ARPA), eine 1958 vom Pentagon gegründete Behörde, eine Vorreiterrolle. Inzwischen heißt sie DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) [...].«¹⁶⁹ [...] man könne nicht erwarten, dass der private Sektor in Anwendungen von Nanotechnologie investiere, die noch zehn oder zwanzig Jahre von der Marktreife entfernt seien (Motoyama, Appelbaum und Parker 2011, S. 113): »Die Industrie investiert in der Regel nur in Produkte, die in einem Zeitrahmen von drei bis fünf Jahren wettbewerbsfähig sind. Für Manager ist es schwierig, gegenüber ihren Anteilseignern große Investitionen in die langfristige Grundlagenforschung zu rechtfertigen, die nötig ist, damit Nanotechnologie-Produkte entwickelt werden können. Außerdem ist die dafür erforderliche interdisziplinäre Forschung mit den meisten gegenwärtigen Unternehmensstrukturen nicht vereinbar.« [...].

Dieses Zitat ist so interessant, weil es deutlich macht, wie sehr der private Sektor auf kurzfristige Zeiträume fixiert ist (vor allem, aber nicht nur, eine Auswirkung der Shareholder-Revolution der 1980er-Jahre auf langfristige Strategien) und dass seine rigiden Strukturen die erforderliche Forschung und Entwicklung eher behindern. Der Staat ist keineswegs weniger innovativ als der private Sektor; vielmehr hat er sich als flexibler und dynamischer erwiesen, wenn es darum geht, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Disziplinen zu verstehen, die bei der Nanotechnologie-Revolution ins Spiel kommen (Physik, Chemie, Materialwissenschaft, Biologie, Medizin, Ingenieurwissenschaft und Computersimulation). Wie Block und Keller (2011a) darlegen, blieb der Einsatz des Staates für modernste neue Technologien oft hinter dem Schleier einer verkappten Industriepolitik verborgen.«¹⁷⁰

¹⁶⁸ (Mazzucato, 2014), Pos. 435ff.

¹⁶⁹ (Mazzucato, 2014), Pos. 1372ff.

¹⁷⁰ (Mazzucato, 2014), Pos. 1580ff.

Mythos: »Shareholder Value« und Ziele einer Volkswirtschaft wären vereinbar

Unter Shareholder Value versteht man, dass der Wert der Aktien, die durch einen Aktionär gehalten werden, gesteigert werden soll. Diese Ansicht, Aktionäre als Wirtschaftsmotor der Organisation und als einzige Gruppe, der das Unternehmen sozial verantwortlich ist, zu sehen, übersieht die Erfordernisse einer Volkswirtschaft und nimmt von den sozialen Bedingungen der Beschäftigten keine Kenntnis. Ziel des Unternehmens ist es einzig und allein, die Rendite für die Aktionäre zu maximieren.

Die ursprüngliche Konstruktion der wirtschaftspolitischen Zielsetzung sah als gewinnreduzierende Eigenschaft das Bestehen einer Konkurrenz vor. Große Gewinne kann man allerdings nur machen:

- Wenn Investitionen unterlassen werden, die nicht genügend Erträge bringen, auch wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen. Dies geschieht auch durch Aktienrückkäufe und die Ausschüttung der Gewinne an eine verminderte Anzahl von Aktionären;
- Wenn die Beschäftigten immer geringere Löhne erhalten. Beispielsweise auch durch Verlagerung in Länder mit kleinen Löhnen (Globalisierung);
- Möglichst hohe Verkaufspreise erzielt werden. Global gibt es keine Gesetze gegen Monopole;
- Andere Kosten, wie Steuern vermieden werden, wofür genügend Steueroasen zur Verfügung stehen und Transparenz vermieden wird.

Kapitalsammelstellen waren lange Zeit Banken und Versicherungen. Doch inzwischen hat sich durch den Shareholder Value eine neue Gruppe etabliert, die als Schattenbanken bezeichnet wird.

»Dabei fängt das Problem mit Schattenbanken schon damit an, dass es viele unterschiedliche Auffassungen gibt, wer dazugehört. Das Financial Stability Board, jenes internationale Gremium, das von den G20-Staaten nach der Katastrophe 2008 kreiert wurde, definiert Schattenbanken als »Kreditvermittlung, die außerhalb des regulären Bankensystems stattfindet.«

[...].

Weltweit erreichte die dunkle Seite der Finanzen laut dem Jahresbericht 2014 des Financial Stability Board rund 75 Billionen Dollar. Das entspricht 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das in den von der FSB-Statistik erfassten Ländern und Regionen erwirtschaftet wird.«¹⁷¹

»Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben Deutschlands wichtigste Unternehmen einen neuen Großesigntümer bekommen. Längst sind die Dax-Unternehmen fest in ausländischer Hand. Der Anteil der ausländischen Investoren liegt inzwischen bei über 85 Prozent des Streubesitzes, ... Über ein Drittel des Streubesitzes halten dabei nordamerikanische Fonds. Deutschen Anlegern – privaten und institutionellen – gehören gerade noch 15 Prozent.«¹⁷²

¹⁷¹ (Buchter, 2015), S. 110

¹⁷² (Buchter, 2015), S. 18

»Inzwischen ist die Fixierung von Managern auf Gewinnmaximierung und endlose Kostenreduzierung, auf Wettbewerbsvorteile und Marktanteile derartig verbreitet und verinnerlicht, dass es scheint, als habe es nie etwas anderes gegeben, als seien sie ursprüngliche Bestandteile des Kapitalismus. Doch dies ist Ergebnis einer Revolution, die vor mehr als 40 Jahren begann: die Shareholder-Value-Revolution. [...].

Es ist die unerbittliche Anwendung des Shareholder-Value-Gedankens in allen Bereichen. Das einzige Ziel von Private Equity ist die Steigerung des Gewinns der Eigentümer – ob dadurch Jobs geschaffen oder gestrichen werden, ist lediglich eine Nebenwirkung. Die Praktiken von Private Equity hatten einen weitreichenden Einfluss, weit über die Betriebe hinaus, die von den Private-Equity-Firmen tatsächlich übernommen wurden. Manager von Konkurrenten kopierten die Methoden. Aktionäre stellten ihnen hohe Erfolgsprämien in Form von Aktien in Aussicht. So sollten die Interessen von Eigentümern und Managern deckungsgleich werden: Manager sollten nicht nur Angestellte sein, die ihren Lohn bekamen, selbst wenn sie das Unternehmen in die roten Zahlen führten – das Shareholder-Value-Argument galt nun auch für die Chefetage. [...].

Es ist die Idee des Shareholder Values, der zufolge der Zweck eines Unternehmens zuoberst und nahezu ausschließlich ist, dem jeweiligen Eigentümer oder Aktionär wachsende Profite zu bescheren. Es ist das Primat des Kapitals.«¹⁷³

»Die neuen Aktionäre, die sich stattdessen in die Dax-Werte eingekauft haben, kommen mehrheitlich aus Nordamerika, Großbritannien und Skandinavien (Norges Bank Investment Management, der staatliche norwegische Pensionsfonds, ist einer der größten institutionellen Investoren in Deutschland.) Unter den Top 10 der Mittelstandsinvestoren finden sich mit der DWS, dem Vermögensverwaltungsarm der Deutschen Bank, und Allianz Global Investors nur noch zwei deutsche Finanzunternehmen. BlackRock war zum Zeitpunkt der Studie in Unternehmen des MDax mit rund 1,2 Milliarden Euro investiert – fast doppelt so viel wie noch ein Jahr zuvor. Und diese Summe bezieht sich allein auf die Fonds, die BlackRocks Fondsmanager aktiv betreuen. Insgesamt dürfte der Anteil noch höher ausfallen, denn 14 Prozent der MDax-Werte werden von Indexfonds, also passiven Investoren, gehalten. Und BlackRock verwaltet im Schnitt fast 80 Prozent seiner Gelder als passiver Investor. Damit gehören die New Yorker zu den führenden Finanziers des deutschen Mittelstands, zumindest der börsennotierten Unternehmen. [...].

Eine ganze Branche ist entstanden, um den deutschen Bossen den richtigen Umgang mit ihren neuen, amerikanischen Eignern nahezubringen. So trifft sich eine Gruppe von Beratern in Düsseldorf regelmäßig, um über die richtige Interpretation der neuesten Schriften von Lucian Bebchuck zu brüten. Bebchuck, ein Harvard-Professor, gilt als Guru der Corporate Governance, der richtigen Unternehmensführung. [...].

BlackRock etwa wünsche, so berichtet der IR [Investor Relations] eines Dax-Unternehmens, den Vorstandschef oder zumindest den Finanzchef zweimal jährlich in London, zweimal in New York und zweimal in Edinburgh zum Rapport zu sehen. (In der schottischen Hauptstadt sitzen Analysten und Fondsmanager, die BlackRocks Engagements in Europa managen.).«¹⁷⁴

¹⁷³ (Buchter, 2015), S. 163-166

¹⁷⁴ (Buchter, 2015), S. 175-180

Mythos: Arbeitsmärkte und Produktmärkte sind überreguliert

»Auch an die Europäische Union und insbesondere an die Bundesregierung richten BlackRock & Co. regelmäßig ihre Forderungen und Begehrlichkeiten. »Europa hat auch ein Strukturproblem. Arbeits- und Produktmärkte sind überreguliert. Investitionen lohnen sich zu wenig [...]. Da braucht es die Bereitschaft der Politik, bestehende Strukturen aufzubrechen«, so BlackRock-Vize Hildebrand.«¹⁷⁵

Wie die Deutsche Bundesbank am 16.7.2019 mitteilte, sei das Geldvermögen Deutschlands auf den Rekordwert von rund 6.170 Milliarden Euro gestiegen. Ende März steckten insgesamt 2.494 Milliarden Euro in Bargeld und Einlagen.

Obwohl sich laut Bankenverband das Kreditneugeschäft mit inländischen Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen) im 3. Quartal 2018 erneut belebt hat, erreichte es nur ein Volumen von 930,33 Milliarden Euro.

Selbst wenn von der Differenz in der Größenordnung von (2.494 - 930) 1.564 Milliarden Euro noch Kredite für Wohnungsbau und Finanzierungsinstitutionen abgezogen werden müssen, ist die Geldschwemme deutlich sichtbar. Das Geld wird nicht in die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert.¹⁷⁶

Gleichzeitig sind die Zinsen auf einem seltenen und extremen niedrigen Niveau. Sie können nicht weiter gesenkt werden. Die neoliberale Politik hatte immer versprochen, dass sie es richten werde. Trotzdem werden keine Investitionen getätigt, stattdessen werden Aktienrückkäufe getätigt, die die Ausschüttungen erhöhen und weiter zur Geldschwemme beitragen. Das Argument der Überregulierung ist daher eine sehr fadenscheinige Begründung. Deutlich wird das am Verhalten der Autoindustrie. Mit der Fabrik von Tesla in Berlin wird ein Werk innerhalb eines Jahres gebaut. Schneller geht es nicht und die notwendigen Regulierungen werden auch bewältigt. Warum waren die bisher bestehenden Betriebe nicht in der Lage, sich rechtzeitig an die Anforderungen anzupassen? Liegt es daran, dass sie den Regeln von BlackRock folgen mussten?

Mythos: Es ist kein Geld da – es kann nichts umverteilt werden

Die Geldschwemme von über zwei Billionen Euro allein in Deutschland in Form von Bargeld und Sichteinlagen bei den Banken machen deutlich, dass bereits die Aussage, es wäre kein Geld da, neudeutsch als »Fake News« bezeichnet werden kann. Zudem zeigen auch die Einlagen für Vermögensbildung bei BlackRock in Höhe von 6 Billionen USD, dass es noch viel mehr Geld für Investitionen gäbe. Die Frage stellt sich eigentlich nur, ob oder wie es umverteilt werden kann. Trotz Zinsen bei Null investieren die privaten Unternehmen zu wenig. Nicht nur hier zeigt sich, dass das Versprechen der Neoliberalen, die Zinsen müssen sinken, um zu investieren, nicht stimmig ist.

Der Staat steckt jedoch in einer Investitionskrise. Die 2,2 Billionen Schulden, die allein der deutsche Staat hat, sind ein Hindernis bei weiterer Kreditaufnahme. Denn alle Befürworter weiterer Schuldenaufnahme übersehen die Zinsen und den Schuldendienst.

¹⁷⁵ (Rügemer, Blackrock-Kapitalismus - Das neue transatlantische Finanzkartell, 2016)

¹⁷⁶ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 187ff.

Die Schuldenpapiere haben eine Laufzeit. Die erlaubte Schuldenaufnahme für Investitionen stellt sich daher als Mogelpackung heraus. Nach Ablauf dieser Zeit müssen sie zurückgezahlt werden oder durch neue Schuldenaufnahme ersetzt werden. Wenn diese Aufnahme für Kredite kleiner ist als die Rückzahlung, werden keinerlei Investitionen ausgeführt, sondern die Altkredite werden nur ersetzt.

Die Zinsen sind zwar im Moment bei Null, doch das bleibt nicht immer so. Erinnern wir uns an das Jahr 2006. Die Zinsen erreichten ein neues Hoch von 40,2 Milliarden Euro bei einem Schuldenstand von rund einer Billion Euro, die damit zu vielen Einschränkungen im normalen Staatshaushalt führten.¹⁷⁷

Wollen wir uns wirklich ein Beispiel an Japan nehmen, das die bisher höchste Staatsverschuldung hat und mit 23,8 % den höchsten Anteil von Schuldendienst und Zinsen am Staatshaushalt?

Über die Aufnahme von Krediten geht es nicht, doch es gibt Möglichkeiten, die keinen Schaden in der Bevölkerung anrichten und trotzdem zu einem guten Ergebnis führen. Ausführlicher siehe: »Kapitel 4:

Das Finanzierungsmodell

Die Kapitalbildung des Staates ohne Verschuldung«.

Mythos: Der Sozialstaat ist nicht mehr zu bezahlen

Die neoliberale Ansicht lautet so:

»Wo ist die Grenze der sozialstaatlichen Absicherung? Im Prinzip ist das gewählte Ausmaß an Absicherung eine politische Entscheidung. Die wirtschaftlichen Folgen und Lasten dieser Entscheidungen müssen aber tragbar sein. Sozialstaatliche Absicherung kann an finanzielle Grenzen stoßen. Zur Finanzierung von Sozialleistungen müssen Steuern und Abgaben erhoben werden. Steuern zu erheben geht mit Kosten einher, die mit zunehmender Höhe der Besteuerung überproportional wachsen. Das sind nicht nur die Kosten der Ermittlung fälliger Steuern und ihrer Durchsetzung. Steuern führen zu Ausweichreaktionen, ökonomische Entscheidungen werden verzerrt. Die Bereitschaft, zu arbeiten oder zu investieren, sinkt mit wachsenden Steuerlasten. Unternehmen und Menschen mit hohem Einkommen oder Vermögen sind international zunehmend mobil und wandern ab, wenn die Steuerlasten in einem Land relativ zu anderen zu hoch werden. [...].

Bereits heute wird zu Recht kritisiert, dass die Steuer- und Abgabenlasten in Deutschland und anderen europäischen Staaten im internationalen Vergleich hoch sind und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit Europas beeinträchtigen.«¹⁷⁸

Dabei wird gerne übersehen, dass der sogenannte Sozialstaat an seine Grenzen kommt, je weniger Arbeitsplätze entstehen und je schlechter sie bezahlt werden. Arbeitslosengeld, Harz IV, Grundrente, Kindergeld sind Folgen aus schlecht bezahlter Arbeit. Im Gegensatz zur Gesellschaftspolitik von 1950 bis 1973, bei der es genügte, dass ein Familienmitglied

¹⁷⁷ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 73

¹⁷⁸ Clemens Fuest, 12.7.2020, Ifo Institut, Der Staat kann nicht alle retten

Arbeit hatte, reicht es heute nicht einmal, wenn alle Familienmitglieder arbeiten. Die Differenzbeträge wie in Krisenzeiten, die Beschäftigungssicherungszuschüsse (BSZ) oder Zuschüsse zur Einstellung, werden von den Unternehmen aber gerne in Anspruch genommen.

Das Problem ist jedoch nicht die Soziallast. Es ist der zu niedrige Lohn, der es dem unteren Teil der Bevölkerung nicht erlaubt, in einem begrenzten Wohlstand zu leben und darüber hinaus Rücklagen zu bilden, mit denen das Alter abgesichert werden kann. Hier spielen die Regelungen der WTO, die zu einer Deindustrialisierung geführt haben, die weitaus größere Rolle. Siehe auch: »Phase 1 - Beginn der Deindustrialisierung«.

Wenn die Soziallasten des Staates gesenkt werden sollen, dann geht das nicht über eine individuelle Senkungen einer Bevölkerungsgruppe, sondern nur in einer Umkehr der neoliberalen Politik bei den Regeln der WTO.

Mythos: Deregulierung schafft Arbeitsplätze und Wohlstand

»Im Leitartikel der Süddeutschen Zeitung vom 15.3.2004 veranschaulicht Heribert Prantl aus arbeitsrechtlicher Sicht und anhand der Agenda 2010-Politik der damaligen rot-grünen Bundesregierung, wohin Politik führt, die sich nicht mehr den eigenen Bürgern, sondern undurchsichtigen äußeren Zwängen verpflichtet fühlt: ›... Die Agenda hat einen Überbietungswettbewerb zum Abbau rechtlicher Standards ausgelöst. Im Rahmen dessen hat die Union jüngst vorgeschlagen, den Kündigungsschutz radikal einzuschränken. Sie folgt damit der Deregulierungslehre, wonach die geltenden Regularien des Arbeitsrechts die unternehmerische Freiheit unzumutbar behindern und folgt der idealistischen Vorstellung, dass eine wiederhergestellte unternehmerische Freiheit genutzt wird, um Arbeitsplätze zu schaffen. [...]. Die Agenda fördert die Spaltung des Arbeitsrechts: Für wertvolle Arbeitskräfte bleiben relativ ordentliche Standards erhalten, daneben entwickelt sich ein Arme-Leute-Arbeitsrecht ohne tariflichen Schutz und mit bescheidener sozialer Sicherung. Die psychologischen Auswirkungen dieser Entwicklung sind womöglich schlimmer als die juristischen; es wird eine Stimmung befördert, wonach alles noch schlimmer wird. ... Die Agenda-Politik hat daher keine neuen Kräfte geweckt, sondern einen gefährlichen Fatalismus befördert. Mit einem Volk von Fatalisten ist aber kein Staat zu machen.«¹⁷⁹

Die Folgen werden heute schon sichtbarer. Die Unzufriedenheit äußert sich nicht mehr nur in der politischen Verweigerung an Wahlen teilzunehmen, sondern auch in der Entstehung populistischer Parteien, die an einer Demokratie nicht interessiert sind und versuchen diese zu zerstören.

¹⁷⁹ (Zeitler, 2006), S. 32

Mythos: Flexible Beschäftigungsverhältnisse schaffen Arbeit und Wohlstand

Umsetzung der flexiblen Beschäftigungsverhältnisse

»Provozierte der Neoliberalismus anfangs durch Versuche eines passiven Abbaus der Sozialausgaben und der Arbeitnehmerrechte noch einen Konflikt mit sozialdemokratischer Politik, so wurden entsprechende Ideen später in deren Programme, die den Wohlfahrtsstaat bewusst nutzten, um die Markteffizienz durch eine ‚aktive Arbeitsmarktpolitik‘ zu erhöhen, integriert.«¹⁸⁰

»Die strategische Ausrichtung der sozialdemokratischen Politik ist [...] zunächst durch eine grundsätzliche Akzeptanz der neoliberalen Konstellation geprägt. Dies zeigt sich darin, dass die Abkehr von einer expansiven Struktur-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik und Hinwendung zu Strategien einer Angebots- und Austeritätspolitik mittlerweile auch in allen sozialdemokratisch regierten Ländern vollzogen ist.«¹⁸¹

Kalmbach erwähnt dazu auch, dass von der herrschenden [neoliberalen] Theorie genährte Verdacht, dass sich durch nachfrageseitige Maßnahmen allenfalls kurzfristig eine Verbesserung der Beschäftigungssituation erreichen lasse (»Strohfeuereffekt«), während man längerfristig mit einem stärkeren Preisauftrieb zu rechnen habe.¹⁸²

Das Ziel der Regierung, die Arbeitslosigkeit zu senken, konnte wegen der Verschuldung von rund 2 Billionen Euro und der hohen Zinszahlungen nicht mehr mit Konjunkturprogrammen und weiterer Verschuldung finanziert werden. So schwankte der Anteil der Zinsen für die Verschuldung im Jahr 2000 bis 2009 am Gesamthaushalt zwischen 13 und 16 % mit Beträgen zwischen 37,4 und 40,2 Milliarden Euro. Daher entschloss sich die Regierung den Forderungen der Unternehmer zur Einrichtung eines Niedriglohnsektors zu folgen.

»Per internationaler Definition sind Niedriglöhner Arbeitnehmer, die brutto weniger als 60 Prozent des mittleren Stundenlohns verdienen. [...]. Die zweite große Agenda-Reform für den Arbeitsmarkt zielte auf die geringfügige Beschäftigung – besser bekannt als Minijob. [...]. Eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt: Im November 2016 gab es 4,7 Millionen Minijobber in Deutschland. Und eine aktuelle Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte von ihnen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn verdiene, weil die Arbeitgeber sie einfach zusätzliche Stunden ohne Bezahlung arbeiten ließen.«¹⁸³

»Die üblichen Forderungen für mehr Beschäftigung zielen folglich darauf ab, die angebliche zu hohen Arbeits- und Lohnstückkosten als Wachstumshemmnis und Nachteil im globalen Wettbewerb darzustellen, und für Arbeitsplatzverluste verantwortlich zu machen. Reallohnsenkungen und Sozialabbau sind jedes Mal die bevorzugten Wachstumsimpulse gegen rückläufige Beschäftigung, die jedoch, sobald sie durchgesetzt

¹⁸⁰ (Schmidt, 2013)

¹⁸¹ (Bieling, 2000)

¹⁸² Vgl. (Kalmbach, 2000), S. 111ff.

¹⁸³ (Thurnhofer, 2019), *Niedriglohnsektor, Leiharbeit und Minijobs (Agenda 2010)*, S. 58

sind, Kaufkraftverluste nach sich ziehen und vorwiegend die Umsätze lokal und regional tätiger Unternehmen schmälern und die flächendeckende Deindustrialisierung beschleunigen.«¹⁸⁴

»Der Nutzen der Agenda 2010 zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist jedoch sehr zweifelhaft und allenfalls begrenzt. Die Agenda hat soziale Leistungen gekürzt, den Arbeitsmarkt dereguliert und die Flexibilität am Arbeitsmarkt zu Lasten der Beschäftigten erhöht. Sie führte zu einer Ausweitung des Niedriglohnssektors mit negativen Folgen für die Verfassung unserer Wirtschaft. Sie hat die Spaltung und die Erpressbarkeit am Arbeitsmarkt verstärkt. Sie hat Schutzlücken in die Arbeitslosenversicherung gerissen und das Versprechen, insbesondere ältere Langzeitarbeitslose durch Hartz IV besser in den Arbeitsmarkt zu bringen, nicht gehalten.«¹⁸⁵

Die neoliberale Presse und die Arbeitgeber feierten jedoch den Rückgang der Arbeitslosigkeit als großen Erfolg, ohne auf die parallelen Ereignisse hinzuweisen.

Keine Ausweitung der Arbeitsstunden trotz sinkender Löhne

Die Auswirkungen der flexiblen Beschäftigungsverhältnisse lassen sich so beschreiben. Die Agenda 2010 begann 2003 und endete mit Hartz IV 2005. Die Arbeitslosenquote lag 2003 bei ca. 10,5 %, stieg bis 2005 auf 11,7 % an und fiel dann kontinuierlich bis 2019 auf ca. 5 % ab.¹⁸⁶

Im Zeitraum von 1992 bis 2007 entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland von Null auf 20 % und trug damit zur Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland bei.¹⁸⁷ Sie äußert sich in der Delle der Beschäftigten bis zum Jahr 2000 »(Abbildung 8: Arbeitsvolumen und Zahl der Erwerbstätigen)«.

Die Rekordentwicklung bei der Erwerbstätigkeit seit dem Jahr 2006 ist überwiegend auf den »Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit« zurückzuführen, wobei die Teilzeitquote 2015 mit 26,8 % ihren bisherigen Höchststand erreichte. Die Zahl der »Normalarbeitnehmer« hat dabei seit 1991 abgenommen. Teilzeitarbeit ist überdurchschnittlich mit einem niedrigen Lohnniveau verbunden. Sozialpolitisch besonders brisant ist die Tatsache, dass die Rentenversicherung, auf dem Modell der möglichst ohne Unterbrechungen praktizierten Vollzeit-Erwerbsarbeit mit einer (mindestens) durchschnittlichen Vergütung basiert.¹⁸⁸

Zusätzlich sind 1,1 Mio. abhängig Beschäftigte (Aufstocker) auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen, weil die Löhne nicht zum Leben reichen. Diese zusätzlichen Ausgaben aus dem Staatshaushalt für Soziales werden nicht weiter erwähnt.

¹⁸⁴ (Zeitler, 2006), S. 123

¹⁸⁵ (DGB, 2017)

¹⁸⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/198946/umfrage/erwerbslosenquote-im-jahr-2010-in-deutschland-und-der-europaeischen-union/>

¹⁸⁷ (Thurnhofer, 2019), Arbeitslosigkeit im Vergleich der Systeme, S.82

¹⁸⁸ (Sell, 2018)

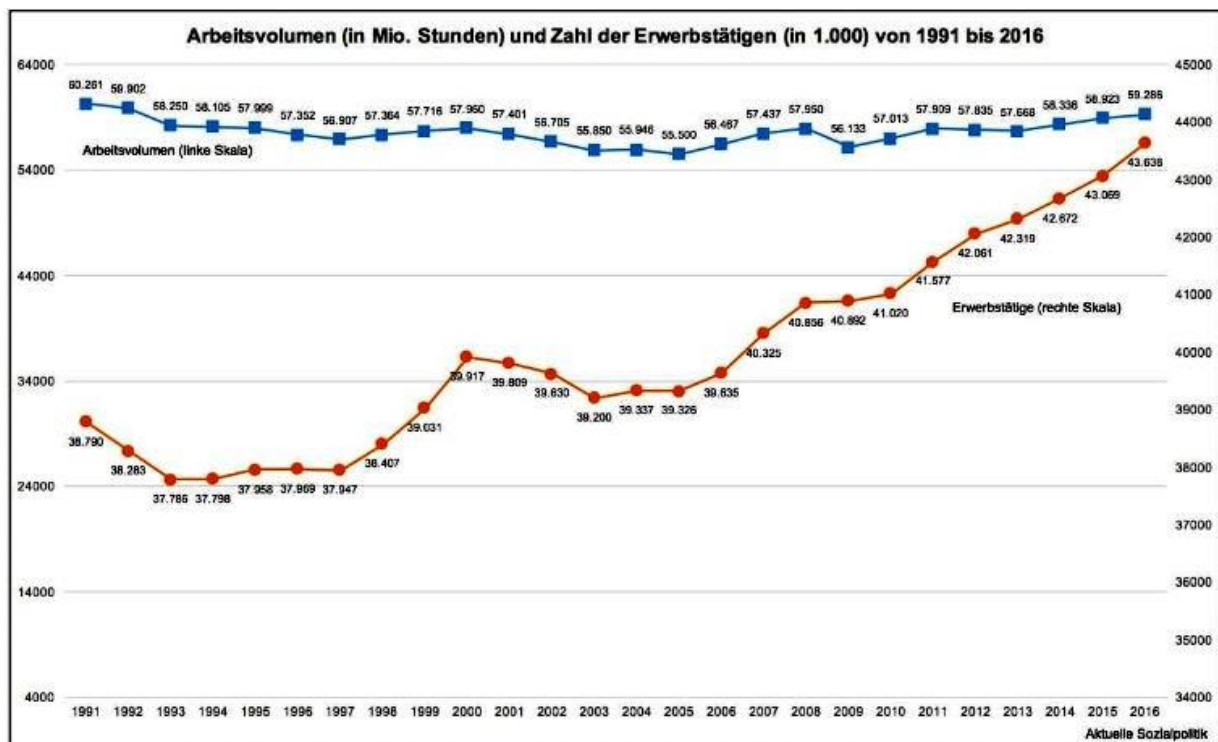


Abbildung 8: Arbeitsvolumen und Zahl der Erwerbstätigen

Aus der »Abbildung 8« ergibt sich, dass das Arbeitsvolumen in Millionen Stunden pro Jahr nahezu konstant von 1991 bis 2016 verlaufen ist. Eine Ausweitung der Arbeit ist, wie das als Ergebnis der Flexibilisierung versprochen wurde, ist nicht zustande gekommen. Lediglich mehrere Personen (Minijobber und Teilzeitkräfte) haben sich unter Einkommenseinbußen einen Arbeitsplatz geteilt.

Diese Einkommenseinbußen sind als Entwicklung der Nettolöhne von 1991 bis 2018 in »Abbildung 9« deutlich sichtbar.

Unter der Sozialliberalen Koalition 1970 bis 1982 stiegen die Reallöhne noch um ca. 20 %. Seit 1991 sind trotz steigender Reallöhne (rot) sind die Durchschnittslöhne (blau) aufgrund von Lohnsenkungen und Absenkung der Arbeitsstunden gesunken.

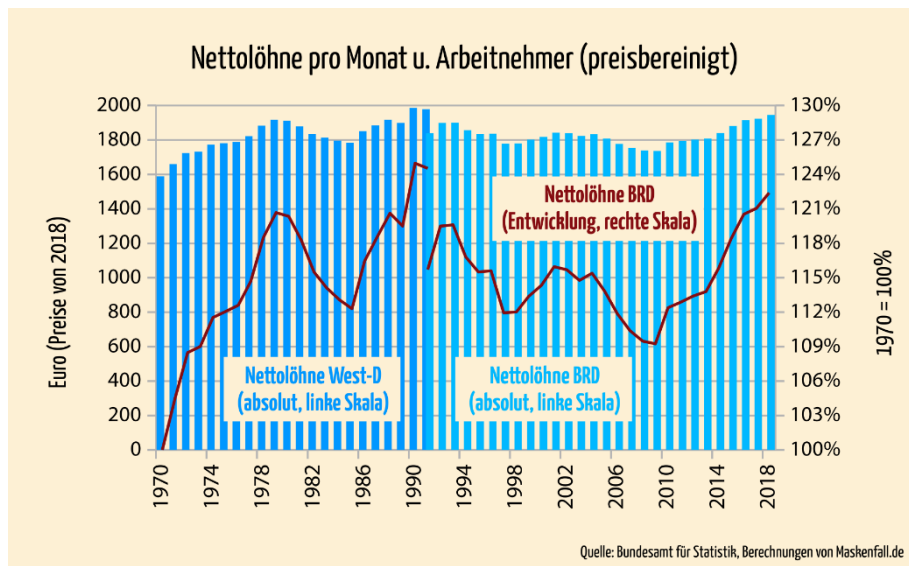


Abbildung 9: Nettolöhne pro Monat und Arbeitnehmer 1970 bis 2018

Quelle: Bundesamt für Statistik, <http://www.maskenfall.de>

Unter der Sozialliberalen Koalition 1970 bis 1982 stiegen die Reallöhne noch um ca. 20 %. Seit 1991 sind trotz steigender Reallöhne (rot) sind die Durchschnittslöhne (blau) aufgrund von Lohnsenkungen und Absenkung der Arbeitsstunden gesunken.

Kein Blick für die zusätzlich entstandene Armut

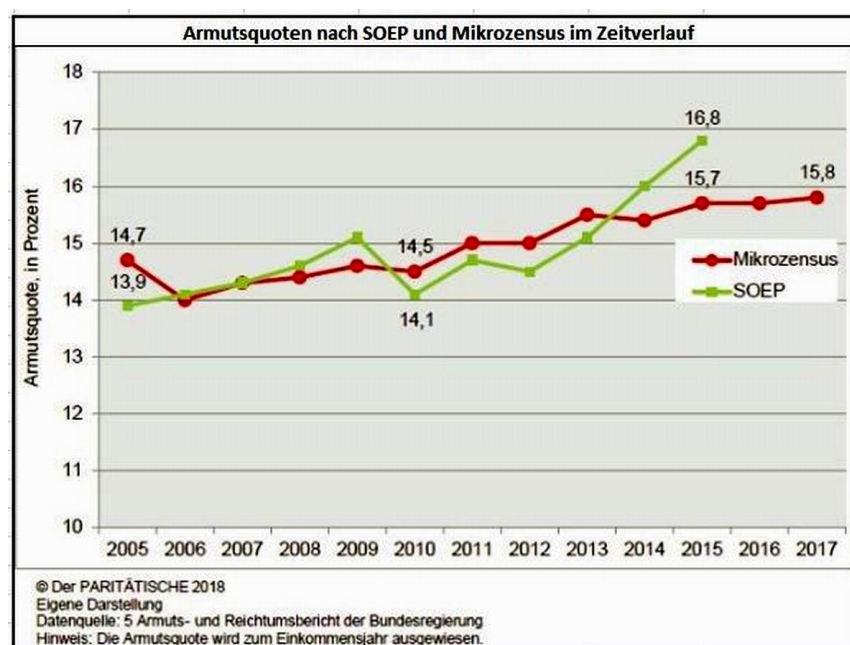


Abbildung 10: Armutsquoten nach SOEP und Mikrozensus im Zeitablauf

Quelle: Der Paritätische Gesamtverband 2018, <https://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/>

Da das Arbeitsvolumen von 1991 bis 2018 nahezu konstant geblieben ist, kann man davon ausgehen, dass sich mehrere Arbeitnehmer den gleichen Job teilen mussten. Die durchschnittlich geleistete Stundenanzahl pro Jahr und Arbeitnehmer sank damit von

1554 in 1991 auf 1386 in 2019. Das impliziert sinkende Löhne und Ausgleichszahlungen des Staates (Aufstocker).

Dabei verteilt sich die Armut jeweils auf ein Drittel bei Erwerbstätigen, Rentnern und Nichterwerbstätigen.¹⁸⁹

»Das alles schlägt sich in der seit Ende der 1990er-Jahre fast kontinuierlich gestiegenen Armutsquote nieder. Lag sie 1999 noch unter 11 Prozent, waren es 2015, dem letzten Jahr, für das entsprechende Daten existieren, schon fast 16 Prozent. Das sind 3 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor, obwohl sich die offizielle Arbeitslosenrate in demselben Zeitraum von 11,7 auf 6,4 Prozent fast halbiert hat. Spitzenreiter unter den Bundesländern sind dabei Bremen mit 24,8 und Berlin mit 22,4 Prozent. Den stärksten Anstieg der Armutsquote hat Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen, um mehr als ein Fünftel von 14,4 auf 17,5 Prozent. Im Ruhrgebiet gab es sogar eine Zunahme um ein Viertel, von 16,2 auf 20,2 Prozent.«¹⁹⁰

»Auch wenn es um Armut, Arbeitslosigkeit und die sogenannte Unterschicht geht, zeigt sich in vielen Äußerungen von Elitenmitgliedern, wie wenig sie die Realität kennen oder zur Kenntnis nehmen wollen. Typisch in dieser Beziehung ist die berühmte Aussage des damaligen Wirtschafts- und Arbeitsministers Wolfgang Clement in der Talkshow von Sabine Christiansen im Sommer 2005. Er nannte in der Sendung hinsichtlich des Missbrauchs von Leistungen nach Hartz IV um das Zehnfache überhöhte Zahlen und bezeichnete die Empfänger von Hartz IV indirekt als Parasiten. Seine Ehefrau Karin schlug etwas später in dieselbe Kerbe, als sie der Welt am Sonntag sagte: »Wer einen Job wirklich will, der bekommt ihn auch.« Kanzler Gerhard Schröder äußerte damals, niemand habe ein »Recht auf Faulheit«, und Außenminister Guido Westerwelle sprach in Bezug auf den Sozialstaat sogar von »staatlich bezahlter Faulheit« und »spätromischer Dekadenz«. Es gab in dieser Zeit zahllose ähnliche Zitate von Politikern.«¹⁹¹

Kein Blick für die Abkoppelung der Löhne von der Arbeitsproduktivität

Die sinkenden Löhne und sinkendes Arbeitsvolumen haben dazu geführt, dass trotz Reallohnsteigerung der durchschnittliche Reallohn sank. Die 1991 erfolgte Abkoppelung von der Arbeitsproduktivität wurde durch die Flexibilität des Arbeitsmarktes noch verstärkt.

¹⁸⁹ (Paritätischer, 2020)

¹⁹⁰ (Hartmann, 2018), S. 119

¹⁹¹ (Hartmann, 2018), S.205



Abbildung 11: Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD 1970 bis 2017

Quelle: Johannes Stremme, Wohlstandsabbau: Lohnzurückhaltung und seine »Erfolgsbeispiele«, Maskenfall, 13.8.2013, <https://www.maskenfall.de/?p=3074>

Wie bereits erwähnt, lebten bis vor der Corona-Krise ca. 18,5 Millionen, also knapp ein Viertel der Bevölkerung, in gefährdeten oder unsicheren Verhältnissen und haben keinen Anteil am Wachstum und Wohlstand des Landes. Von Teilhabe zu sprechen, ist ein Hohn.

Die Gesellschaft ist nun gesplittet in eine untere Hälfte, die keinerlei Vermögen (auch keine Rücklagen für die Altersvorsorge) bilden kann, während die obere Gesellschaftshälfte im Wohlstand lebt. Das neoliberale Konzept ist hier krachend gescheitert und eine Neuausrichtung ist erforderlich.

Im Bereich der unteren Lohngruppen sind die Reallöhne sogar gesunken.¹⁹²

»Eine kräftige Expansion der Konsumausgaben bei mäßigen Lohnerhöhungen - wie soll das zugehen? Dahinter stecken im Wesentlichen die folgenden Entwicklungen. Zunächst muss man festhalten, dass nicht nur die starke Erhöhung der Konsumausgaben die Beschäftigungsentwicklung günstig beeinflusst hat, sondern dass man es auch mit der umgekehrten Wirkungsrichtung zu tun hat: Eine steigende Beschäftigung schafft zusätzliche Konsumnachfrage.«¹⁹³

»Einerseits sagen Standard-Wettbewerbsmodelle voraus, dass strikte Beschäftigungsschutz-Bestimmungen die Arbeitslosigkeit erhöhen. Die Logik dahinter: ArbeitgeberInnen zögern, ArbeitnehmerInnen einzustellen, wenn sie befürchten, dass sie diese nicht leicht wieder entlassen können. Auf der anderen Seite können strikte Beschäftigungsschutz-Bestimmungen den Erhalt von Arbeitsplätzen vereinfachen, da Unternehmen angesichts hoher Abfindungszahlungen und Verfahrenskosten bei Entlassungen insbesondere in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs weniger MitarbeiterInnen entlassen. [...].

Nach wie vor gilt vielmehr, dass die notwendige Bedingung für ein hohes Produktions- und Beschäftigungsniveau das Vorliegen einer entsprechenden Nachfrage ist. [...].

Und schließlich erweist sich auch der Anteil von konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit durchaus nicht als gegeben. So hat sich z. B. in der Vergangenheit gezeigt,

¹⁹² Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Rückgang der durchschnittlichen Realeinkommen für Arbeitnehmer, S. 142ff.

¹⁹³ (Kalmbach, 2000)

dass in Phasen mit hoher Nachfrage viele Firmen plötzlich Arbeitskräfte rekrutierten, die zuvor ihren Qualifikationsanforderungen nicht entsprachen. [...]. Nachfrage nach Arbeitskräften ist eine entsprechende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Richtig gesetzte Anreize, die Flexibilität von Märkten (keineswegs nur des Arbeitsmarkts, sondern gleichermaßen des Güter- und Kapitalmarkts) entscheiden dann darüber, in welchem Umfang sich verstärkte Nachfrage in Beschäftigungs-, Produktivitäts- oder (am wenigsten erfreulich) in Preiseffekten niederschlägt.«¹⁹⁴

Wo der versprochene Wohlstand geblieben ist

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank beträgt das Netto-Privatvermögen (inklusive Gebrauchsvermögen 4.563 Milliarden Euro in 1991, 8.532 Milliarden Euro in 2005 und 14.103 Milliarden Euro in 2018.¹⁹⁵ Der Anstieg des Privatvermögens nach 1991 beruhte im Wesentlichen auf der Privatisierung des Gesellschaftsvermögens Ostdeutschlands, wobei die Übernahme durch 85 % der Westdeutschen und nur 6 % der Ostdeutschen erfolgte.

Der Anstieg des Privatvermögens von 2005 bis 2018 in Höhe von 5.571 Milliarden Euro war jedoch bedingt durch die Abkoppelung der Löhne aufgrund der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Nun wissen wir aus »Abbildung 12: Das reichste 1 % besitzt 90 % des Betriebsvermögens 2015«, dass der größte Teil dieses neuen Privatvermögens auch nur dieser Bevölkerungsgruppe angefallen ist. Der verbleibende Teil dürfte sich dann auf die restliche obere Gesellschaftshälfte verteilen. Die untere Hälfte der Bevölkerung hat nur Gebrauchsvermögen und kein Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen.

Finanzmarktkrise und staatliche Maßnahmen zur Beschäftigung

Die Finanzmarktkrise von 2006 bis 2009 hat viele Regierungen der westlichen Welt angeregt, finanzielle Maßnahmen zu treffen, um diese Krise zu überwinden. Die Liste dieser Maßnahmen ist lang und zieht sich über mehrere Jahre hin. Staatliche Finanzierung von Beschäftigung (von den Neoliberalen als Strohfeuer bezeichnet) haben in der Regel einen Multiplikatoreffekt. Jeder Arbeitsplatz, der erhalten bleibt, erzeugt eine weitere Nachfrage und stützt damit die Konjunktur.

Hier sind die Maßnahmen¹⁹⁶ mit Auswirkungen auf Deutschland:

Juli / August 2007: Bund, Bankenwirtschaft und die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) springen mit einem finanziellen Rettungspaket ein.

September 2007: Die US-Notenbank Federal Reserve senkt die Leitzinsen, auch die Europäische Zentralbank (EZB) pumpt zusätzliche Mittel in den Geldmarkt, damit den Banken kurzfristig Geld zur Verfügung steht.

Februar 2008: Der amerikanische Kongress verabschiedet ein Konjunkturprogramm in Höhe von 150 Milliarden Dollar.

¹⁹⁴ (Heimberger, 2020)

¹⁹⁵ Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt: Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen

¹⁹⁶ Vgl. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/-Internationales_Finanzmarkt/Finanzmarktpolitik/076_Entwicklung_Finanzmarktkrise.html

September 2008: Die US-Notenbank rettet AIG mit einem Kredit von 85 Mrd. Dollar.

26. September 2008: Die US-Regierung kündigt ein Rettungspaket in Höhe von 700 Milliarden Dollar an.

29. September 2008: Die Regierungen von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden übernehmen für elf Milliarden Euro große Teile des strauchelnden Konzerns Fortis. Nach langen nächtlichen Verhandlungen steht fest: Bund, Banken und Finanzaufsicht schnüren ein milliardenschweres Finanzierungspaket für den angeschlagenen Münchner Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate und beschließen, mit 35 Milliarden Euro zu bürden.

Oktober 2008: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück garantiert allen Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Spareinlagen sicher sind. Das Rettungspaket für die angeschlagene HRE platzt. Die Bundesregierung erhöht daraufhin ihre Bürgschaft auf 50 Milliarden Euro und kann die HRE so vor dem Konkurs bewahren.

13. Oktober 2008: Die Bundesregierung beschließt ein Rettungspaket für die angeschlagene Finanzbranche. Das Paket umfasst insgesamt bis zu 500 Milliarden Euro.

5. November 2008: Die Bundesregierung beschließt ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur raschen Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

27. Januar 2009: Die Bundesregierung beschließt das Konjunkturpaket 2. Es soll das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik werden. Zusammen mit dem ersten Konjunkturpaket erhält Deutschland damit einen Impuls mit einem Gesamtvolumen von 80 Mrd. Euro. Zur Finanzierung beschließt die Bundesregierung den (ersten) Nachtragshaushalt 2009. Die antizyklische Finanzpolitik erfordert eine höhere Neuverschuldung, um in der Krise handlungsfähig zu sein.

20. Februar 2009: 50 Mrd. Euro zur Abfederung der Finanz- und Wirtschaftskrise: Der Bundesrat stimmt dem zweiten Konjunkturpaket zu, das bereits von Bundesregierung und Bundestag beschlossen wurde. Das Paket umfasst ein Bündel von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in den Zukunftsbereichen Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz, wie die Umweltprämie – auch bekannt als Abwrackprämie – oder das Zukunftsinvestitionsgesetz für Kommunen.

März 2009: Im Rahmen des Konjunkturpakets 2 wird der »Wirtschaftsfonds Deutschland« eingerichtet. Der Fonds soll Bürgschaften und Kredite an Unternehmen vergeben, die durch Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine finanzielle Schieflage geraten sind. Insgesamt werden für den Fonds 115 Milliarden Euro bereitgestellt.

27. Mai 2009: Die Bundesregierung ist gezwungen, einen zweiten Nachtragshaushalt zu verabschieden. Die Neuverschuldung steigt für 2009 auf rund 47,6 Milliarden Euro und übersteigt die veranschlagten Investitionen.

Juni 2009: Bund, Länder und die Kreditanstalt für Wiederaufbau sichern eine Brückenfinanzierung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für Opel.

24. Juni 2009: Der von der Bundesregierung beschlossene Haushalt 2010 beinhaltet eine Rekordneuverschuldung von rund 86 Milliarden Euro, lediglich 6 Milliarden Euro waren vor Ausbruch der Krise vorgesehen. Zu dieser Neuverschuldung kommen noch 2010 die Kredite vom Investitions- und Tilgungsfonds sowie vom SoFFin hinzu. Deren Höhe lässt sich heute noch nicht beziffern.

Juli 2009: Die starken Auswirkungen der Krise zwingen die Bundesregierung dazu, nochmals einen Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen, der eine höhere Neuverschuldung beinhaltet. Der Bundestag stimmt dem zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 zu. Der Bund muss rund 49,08 Mrd. Euro neue Schulden aufnehmen, 12,2 Mrd. Euro mehr als im 1. Nachtragshaushalt 2009 vorgesehen.

18. Dezember 2009: Der Bundesrat stimmt am 18. Dezember einem Gesetzesentwurf zu, der Familien und Unternehmen in Deutschland ab 1. Januar 2010 deutlich entlastet. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz regelt die Anhebung der Kinderfreibeträge, die Erhöhung des Kindergeldes und mehrere Verbesserungen, die Wachstumshemmnisse in der Krise abbauen sollen.

Es ist daher eher anzunehmen, dass die staatlichen konjunkturellen Maßnahmen zu dem gewünschten Erfolg der Senkung der Arbeitslosigkeit geführt haben, als die Absenkung der Löhne durch die Flexibilisierung. Denn auch hier wirkt sich der volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekt aus. Mit den sinkenden Löhnen sinkt auch die Nachfrage.

Einfluss vom quantitativen Easing (QE) der Europäischen Zentralbank

Am 22. Januar 2015 kündigte die EZB an, sie wolle zwischen März 2015 und September 2016 Anleihen – Staatsanleihen und Anleihen von privaten Schuldern – mit einem Kaufpreis von über 1100 Milliarden Euro auf dem Sekundärmarkt kaufen. Seitdem ist das Ankaufprogramm auf einen Betrag von 2,6 Billionen Euro gestiegen. Der Ankauf bewirkte einen Entzug von Vermögenswerten (Schuldverschreibungen) gegen die Ausgabe von Bargeld. Damit sanken auch die Zinsen und liegen nun schon seit einigen Jahren bei 0 %. Die günstigen Konditionen zur Kreditaufnahme für Unternehmen für Investitionen haben allerdings keine großen Auswirkungen gehabt. Stattdessen hat sich eine riesige Geldschwemme (Bargeld und Sichtguthaben) gebildet und die gewünschte Inflation von 2 % ist ausgeblieben. Ein Teil dieser Beträge ist in andere Vermögenspositionen (Immobilien und börsennotierte Unternehmen) und hat dort die Preise erhöht.

Dieses Kapital steht für Investitionen zur Verfügung und wird, wie am Arbeitsvolumen deutlich wird, von den privaten Unternehmen nicht genügend zur Arbeitsplatzschaffung genutzt (siehe *Abbildung 8: Arbeitsvolumen und Zahl der Erwerbstätigen*). Doch zweifellos hat der niedrige Zins auch einen Einfluss auf die sinkende Arbeitslosigkeit gehabt.

Der finanzielle Einfluss des Staates ist jedoch durch den Neoliberalismus auf verschiedenen Ebenen zurückgedrängt worden. Die Privatisierung staatlicher Betriebe hat die Zuweisung der Gewinne früherer staatlicher Unternehmen zum Staatshaushalt vermindert. Sie wurden ersetzt durch eine höhere Steuerlast aller Bürger, außer den Reichen, da deren Steuern gesenkt wurden. Staatliche Investitionen waren daher immer nur durch eine staatliche Verschuldung möglich, wobei die Zinslasten und die Tilgung eine große Rolle spielen. Die keynesianische Strategie des »deficit-spending« hat genauso versagt, denn die Verschuldung konnte niemals zurückgeführt werden. Die Verschuldung eröffnet sofort ein neues Problem, wenn die Zinsen steigen, platzt der Haushalt. Daher sind die Maastricht-Kriterien gerechtfertigt. Eine Sondersituation nimmt die Corona-Krise ein. In Krisenzeiten sind die privaten Unternehmer generell nicht in der Lage zu reagieren. Gerade hier macht sich bemerkbar, wie sehr das neoliberale System versagt hat.

Es muss also eine Lösung geben, die dem Staat die Möglichkeit verschafft, Investitionen vorzunehmen, ohne sich zu verschulden. Diese werden unter dem Abschnitt »Kapitel 3:

Ablauf und Auswirkungen der neoliberalen Ideologie in Deutschland

»Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich in einer widersprüchlichen Entwicklung, die von den meisten Menschen als hoffnungslos und zugleich unabänderlich empfunden wird. Während produktive lokale Arbeit durch scheinproduktive zentralisierte Arbeit ersetzt wird, die Nachfrage am Arbeitsmarkt zurückgeht, das Arbeitsvolumen und die Einkommen immer ungleicher verteilt werden, die regionalen Strukturen und Kreisläufe sich auflösen und das nationale Steueraufkommen zusammenschrumpft, bleiben zahllose Aufgaben von hohem sozialen und ökologischen Wert unerledigt, weil sie ausschließlich aus öffentlichen Kassen nicht mehr zu finanzieren und privatwirtschaftlich nicht mehr rentabel durchzuführen sind.«¹⁹⁷

Der massenhafte Anstieg erzwungener politischer Untätigkeit und unerledigter wirtschaftlicher Aufgaben ist ein untrügliches Anzeichen für grundsätzliche Mängel im wirtschaftlichen und politischen System. Der stabile Trend des Abbaus von Arbeitsplätzen wird weiter fortgesetzt, die Daseinsfürsorge des Staates wird unbezahlbar, die Massenarmut als Folge der Massenarmut wird zunehmen, die sozialen Sicherungssysteme werden zu Almosenverteilern verkommen und die Demokratie wird im Chaos versinken.¹⁹⁸

Eine Umsteuerung in den wichtigen Bereichen: Privatisierung nur unter Beteiligung des Staates an Unternehmen, Vermögensbesteuerung zum Zwecke der Milderung der Ungleichheit und die weitere Verhinderung der Deindustrialisierung durch die WTO wären die wichtigsten Ziele für die politische Führung.

Phase 1 - Beginn der Deindustrialisierung

Floatender Wechselkurs, Kapitalverkehrsfreigabe

Mit dem formalen Ende der Goldpreisbindung des Bretton-Wood-Abkommens 1973 endete das noch heute als »goldenes Zeitalter« beschriebene Wirtschaftswunderzeit. Die MPS hatte sich bezüglich der floatenden Wechselkurse und der Kapitalverkehrsfreigabe durchgesetzt und damit begann etwas Unvorstellbares.

Der Prozess der Liberalisierung und Deregulierung wurde von den Mitgliedern der MPS als zwangsläufig und alternativlos dargestellt. Die Nationalstaaten beugten sich dem Druck des Wettbewerbs und verzichteten auf die Ausübung wirtschaftspolitischer Vollmachten und übertrugen sie an die EU und die WTO. Verloren gingen das

¹⁹⁷ (Zeitler, 2006), S. 147

¹⁹⁸ (Zeitler, 2006), S. 147

gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, auf die Wohlfahrt ausgerichtete Funktionen und die demokratische Legitimation. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gerät insofern aus den Fugen, weil sich die Wirtschaft an den niedrigsten Preisen der Auslandslöhne angleichen muss, wenn sie noch konkurrenzfähig sein will. Aber wo endet das?

Die hohen Importe müssen durch entsprechende Exporte ausgeglichen werden. Mit der Deindustrialisierung der Massenfertigung und den damit verbunden Arbeitsplatzverlusten kann der Ausgleich nur noch mit Nischenprodukten gelingen.

Die Marktliberalisierung setzt dabei eine Kettenreaktion in Gang, aus der drei folgenreiche Fehlentwicklungen herausragen:

- Erstens der Prozess der wirtschaftlichen Kapitalkonzentration,
- zweitens die Unsitte beliebigen Preisdumpings, die beide eine Folge des um niedrigste Kosten und absolute Preisvorteile geführten Verdrängungswettbewerbs sind.
- Drittens der Prozess der Entdemokratisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen, der in der doktrinen Vorstellung wurzelt, eine liberalisierte Weltwirtschaft reguliere sich von selbst, solange die Liberalisierung nicht durch Mehrheitsentscheidungen verfälscht, sondern durch ökonomische Fachkompetenz vorgegeben werde.¹⁹⁹

Das Ziel einer Marktwirtschaft und auch der MPS war es, Konkurrenz zu schaffen, die zur Anregung von Preissenkungen führen sollte. Dies konnte durch technischen Fortschritt oder durch sinkende Arbeitslöhne geschehen. Ausländische Waren wurden im Land angeboten, zu Preisen, die unter den Herstellungskosten der inländischen Produzenten lagen. Dies war nicht im Sinne einer Marktwirtschaft. Eine konkurrierende Marktsituation, bei der auch unter allen Anstrengungen kein Wettbewerb stattfinden kann, ist ein Verdrängungswettbewerb. Normalerweise würde man erwarten, dass sich der Wechselkurs anpasst und es zu echten Konkurrenzverhältnissen kommen würde. Doch das konnte nicht geschehen, weil die Kapitalverkehrsfreigabe den Wechselkurs verfälschte. Über die WTO (GATT) hatte die MPS Einfluss auf die Bedingungen für den Welthandel durch multilaterale Abkommen sichergestellt, dass Zölle, Subventionen oder Mengenbegrenzungen verboten waren.

Die Deindustrialisierung begann und wurde im Laufe der Zeit immer heftiger. Fast sämtliche Branchen mit Fließbandfertigung verschwanden. Viele verloren ihren Arbeitsplatz.

Für die Bevölkerung mit sicheren Arbeitsplätzen erhöhte sich der Wohlstand durch sinkende Importpreise, für den Staat entstanden höhere Sozialkosten und für die andere Hälfte der Gesellschaft, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, trat der Wohlstand, den die Neoliberalen versprochen hatten, nicht ein, sondern im Gegenteil sie verloren etwas Wohlstand.

Deindustrialisierung durch die WTO

Mitte der 70er-Jahre gewann der Monetarismus von Friedman an Bedeutung.

»Die Entwicklung sei darin begründet, dass der Monetarismus ein Teil der umfassenderen konservativen Ideologie wurde, zu der als weitere Elemente die

¹⁹⁹ Vgl. (Zeitler, 2006), S. 226-235

Opposition gegen Staatsbetriebe, gegen die Regulierung von privaten Unternehmen, gegen die staatlichen Anreize für größere Verteilungsgerechtigkeit, gegen kollektiven Konsum und gegen Haushaltsdefizite gehören. Die aktuelle Ideologie [Neoliberalismus] der Neuen Rechten kann daher besser und umfassender als ›supply side Ökonomie‹ (Angebotsökonomie) beschrieben werden, die Steuersenkung und Deregulierung zur Schaffung von Arbeit, Ersparnissen, Unternehmen und Effizienz fordert« (Plehwe 2000, 161).«²⁰⁰

Eine sehr wichtige Rolle in der Deindustrialisierung spielte dabei die WTO und der Mechanismus der EU, der die Umsetzung der WTO-Regeln indirekt noch stärker durchsetzte.

Siehe auch: »Mythos: Globaler Freihandel fördert in Wohlstand in allen beteiligten Ländern«.

Der Verdrängungswettbewerb über die WTO hat zu Millionen an Verlusten von Arbeitsplätzen geführt, die immer mit der Senkung von Preisen begründet wurden. Doch nur der Teil der Gesellschaft, der einen Arbeitsplatz hatte, der genügend einbrachte, konnte diese Preisvorteile nutzen.

Der wahre Preis der niedrigen Preise durch die WTO ist die Absenkung des Wohlstands der unteren Gesellschaftshälfte. Nach dem Verschwinden ganzer Branchen mit Massenfertigung durch die WTO-Regeln wie:

Radio, Fernsehen, Foto, Computer, Mobiltelefone, Telefone, Motorräder, Schmuck, Schuhe und Bekleidung, geht die Deindustrialisierung der Hochpreisländer weiter. Letzte Ergebnisse, die besonders die grünen Ziele betrifft, war die Solarindustrie, siehe Abschnitt »Die WTO verhindert Wohlstand und die Umsetzung grüner Ziele«. Doch wie sieht es mit den nächsten wichtigen grünen Zielen aus, den Speichermedien für die Energiepufferung? Auch hier bahnt sich eine Beherrschung der Produktion durch China an.

Das alles ist mit einer Freisetzung von Arbeitskräften verbunden, die den Wirtschaftskreislauf und Geldkreislauf empfindlich stört.

Beispiel der Deindustrialisierung einer Branche durch die WTO

Das Produktivitätswachstum geht in Deutschland seit mehreren Jahrzehnten zurück. Zwischen 1990 und 2005 erlebte die Globalisierung einen Höhepunkt. Der internationale Handel wuchs doppelt so schnell wie das globale BIP. Gestützt wurde diese Entwicklung durch die Öffnung der Wirtschaft in China, Indien und Europa, die Gründung der WTO und die Förderung regionaler Handelsabkommen.

Nach dem Verschwinden ganzer Branchen mit Massenfertigung und Millionen von Arbeitsplätzen durch den Verdrängungswettbewerb der WTO-Regeln wie:

Radio, Fernsehen, Foto, Computer, Mobiltelefone, Telefone, Motorräder, Schmuck, Schuhe und Bekleidung, geht die Deindustrialisierung der Hochpreisländer weiter. Doch wie sieht es mit den nächsten wichtigen grünen Zielen aus, den Speichermedien für die Energiepufferung und Strom aus Sonnenenergie? Auch hier bahnt sich eine Beherrschung der Produktion und der technologischen Entwicklung durch China an.

²⁰⁰ (Walpen, 2004), S. 166

Konsequenzen des Verschwindens des Batteriemarktes

Das chinesische Unternehmen ATL, später CATL, begann vor 10 Jahren mit der Produktion Lithium-Ionen-Batterien für Handy- und Computerhersteller. Ein Jahrzehnt später beschäftigt die Firma knapp 30.000 Menschen und ist der weltweit größte Batteriehersteller für E-Fahrzeuge geworden. Deutsche Auto-Konzerne mussten sich dem Druck von China beugen, wenn sie E-Autos in China liefern wollten, Batterien von CATL zu beziehen.

Inzwischen investiert CATL jährlich eine halbe Milliarde Dollar und jedes Jahr entstünden ca. 2000 Patente. Dabei entwickelte sich CATL zum größten Batteriehersteller der Welt. Die Top Ten der Batteriefabriken kommen aus China, Japan und Südkorea.

Da die Batterie bis zu 40 % des gesamten Wertes eines E-Fahrzeugs ausmachen kann, bedeutet diese Entwicklung weitere Einschränkungen des industriellen Standortes in Deutschland.²⁰¹

Nur VW mit ihrem staatlichen Gesellschafter Niedersachsen mit 20 % des Stammkapitals ist der einzige Hersteller, der sich an die Batterieproduktion mit einer Pilotanlage wagt. So sei eigene Know-how aus der Zellfertigung sei schon heute »Gold wert für Volkswagen«. Der Automobilsektor stehe an der Schwelle zu einem »historischen Umbruch«. In den kommenden Jahren entstünden weltweit neue Märkte für Produkte und Technologien, »die den Alltag der Verbraucher heute bislang nur am Rande berühren«.

Phase 2 - Privatisierung staatlicher Unternehmen und Immobilien

Während in der Zeit von 1950 bis 1982 noch die Vorstellung herrschte, dass eine Privatisierung von der Managerseite durch Private geführt wird und das Vermögen der Gesellschaft vom Staat auf die Bevölkerung zum Zwecke der allgemeinen Vermögensbildung (Volksaktien) verteilt wird, änderte sich diese Vorstellung ab 1982. Das Vermögen der privatisierten Gesellschaft wurde nunmehr allein von wenigen Vermögenden übernommen. Die beabsichtigte allgemeine Teilhabe war beendet, mit der neoliberalen Begründung »Der Staat sei nicht der bessere Unternehmer«.

Nach 13 Jahren Opposition übernahm die CDU/CSU 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum wieder das Kanzleramt. Die Uneinigkeit zwischen SPD und FDP darüber, wie man der Wirtschaftskrise, der Staatsverschuldung und der steigenden Arbeitslosigkeit Herr werden könne, hatte den Wechsel der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse herbeigeführt.²⁰²

»Bis heute sind Unternehmen in Europa mehrheitlich bankenfinanziert. [...]. Der Finanzkapitalismus aus Morgans Goldenem Zeitalter erlebt eine Wiedergeburt. Nur die Dimensionen sind gewaltiger geworden. Statt Banker sind es nun die Vermögensverwalter, die das System beherrschen. »Finanzkapitalismus 2.0«, nennt es Gerald Davis von der University of Michigan in einem Thesenpapier, das er 2012

²⁰¹ Vgl. Stefan Menzel, 26.12.2020, Handelsblatt, Elektromobilität - Wie CATL zur globalen Nummer eins bei Batterien wurde – mit deutscher Hilfe

²⁰² Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 32-34

vorstellte. Oder: ›Wie BlackRock der neue J. P. Morgan wurde‹. Sowohl die Protestierer von Occupy als auch die Mitglieder der Tea Party sind sich sicher: Die Schuld an der derzeitigen sozialen Ungleichheit und der wirtschaftlichen Unsicherheit, unter der Normalverdiener leiden, ist bei Big Business zu suchen. Das Gegenteil ist der Fall, sagt Davis. Die Macht der Großkonzerne sei gebrochen. Finanzkapitalisten regierten wieder. «²⁰³

Der Neoliberalismus (Grüne: Ungeregelter Kapitalismus) hat auf der einen Seite einen riesigen Wohlstand geschaffen, der jedoch nur Wenigen zugutekommt, weil sich das Produktivkapital auch nur in wenigen Händen befindet.

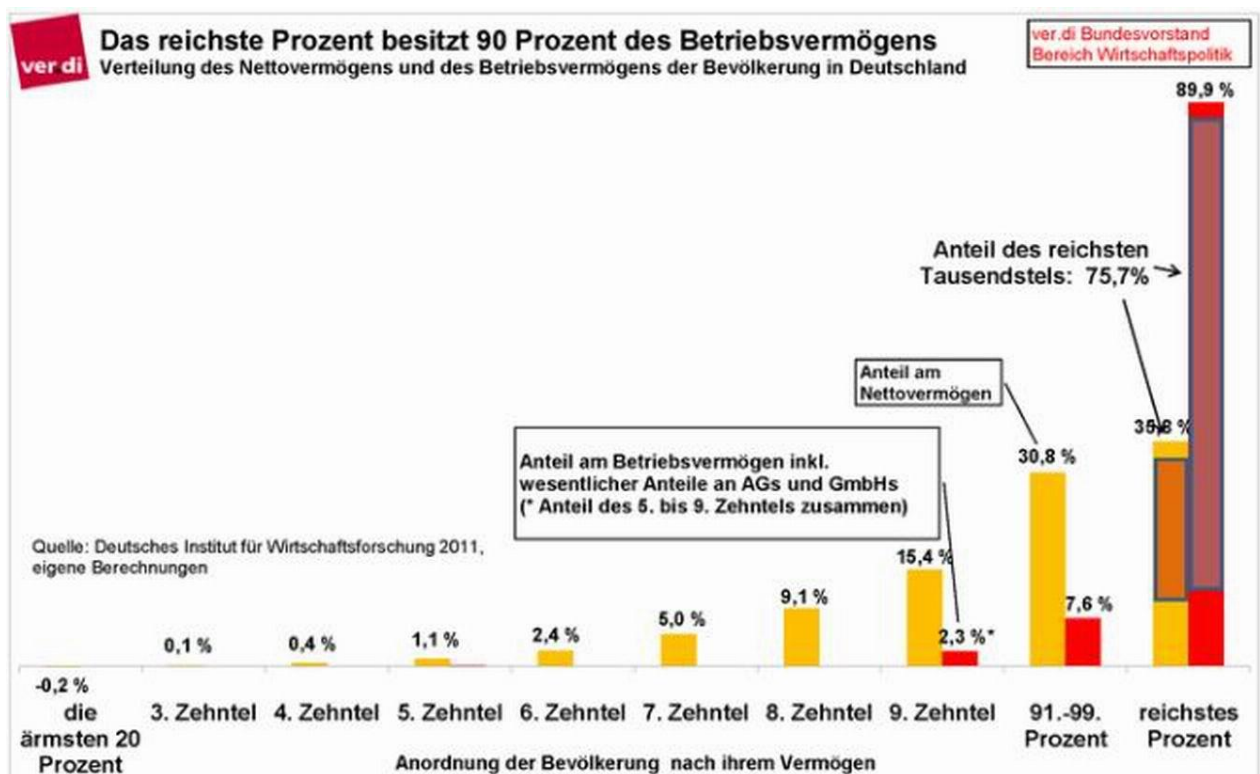


Abbildung 12: Das reichste 1 % besitzt 90 % des Betriebsvermögens 2015

Quelle: Verdi Wirtschaftspolitik, Antworten auf Argumente gegen eine gerechte Erbschaftsteuer, <https://wipo.verdi.de/publikationen/argumente/++co++483e5708-6b3b-11e5-b6fb-525400ed87ba>

Da das Betriebsvermögen 5,075 Billionen Euro in 2017 entsprach, besitzt das reichste 1 % davon 4,75 Billionen Euro. Das reichste 10 % besitzt 4,97 Billionen Euro und der Rest besitzt 0,33 Billionen Euro.

Nicht anders sieht es mit dem gesamten privaten Vermögen aus. Das private Vermögen stieg von 1950 bis 2017 von 50 Milliarden Euro auf 16.000 Milliarden Euro. Nach neusten Untersuchungen verfügen 10 % der Bevölkerung über 56 % des Vermögens.²⁰⁴ Das bedeutet, nur 10 % der Bevölkerung besitzen 8,96 Billionen Euro Vermögen. Die Vermögenssteuer für die gesamte Bevölkerung beträgt maximal 7 Milliarden jährlich.

²⁰³ (Buchter, 2015), S. 161

²⁰⁴ DIW, Wochenbericht 40 / 2019, S. 735-745

Private Monopole als auch privatwirtschaftlicher Wettbewerb sorgen innerhalb kurzer Zeit dafür, dass Unternehmen ihre Aktivitäten auf gewinnbringende Einzelsegmente fokussieren und die flächendeckende Versorgung vernachlässigen, dass sie Kosten auslagern - auch indem sie Arbeitsplätze abbauen -, sich für die Senkung von Umwelt und Sicherheitsstandards stark machen, Gebietskartelle bilden und schließlich die Preise über das ursprüngliche Niveau hinaus erhöhen. Die weltweiten Erfahrungen zeigen, dass Privatisierungen vor allem öffentlicher Güter ohne unerbittliche staatliche Kontrolle in die öffentliche Verarmung führen, die zulasten besonders der unteren Einkommensgruppe geht.

Gerade hier fehlt es in der WTO [auch] an einer Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Gütern. Ein öffentliches Gut ist dadurch gekennzeichnet, dass es jeder Bürger frei und ohne Rivalität konsumieren kann – andere Bürger also durch den Konsum keinen Nachteil erleiden-, andererseits dadurch, dass niemand vom Konsum ausgeschlossen werden kann, wie z. B. bei sauberer Luft und Trinkwasser.²⁰⁵

Privatisierung sollte daher nicht in den Bereichen durchgeführt werden, die der allgemeinen Versorgung dienen und gleichzeitig Monopolstellungen hervorrufen. Dies ist besonders in Versorgungsnetzen jeglicher Art gegeben.

Phase 3 - Verlagerung der Steuerzahlungen von den Reichen auf den Mittelstand

Während die öffentlichen Betriebe ihre Gewinne an den Staatshaushalt abführten, verringerten sie damit auch die Steuerzahlungen aller Bürger. Mit der Privatisierung der öffentlichen Betriebe wurden nun die Gewinne den Bürgern zugeführt, die über das Kapital zum Kauf dieser Betriebe verfügten. Die fehlenden Staatseinnahmen mussten nun durch Steuerzahlungen ausgeglichen werden. Doch mit der Befreiung oder Senkung der Steuern für Personen mit hohem Einkommen oder Vermögen wurde die Steuerlast auf den Mittelstand verlagert.

Im Kontrollratsgesetz Nr. 3 vom 20. Oktober 1945 sowie dem Kontrollratsgesetz Nr. 12 vom 11. Februar 1946 wurden durch die alliierten Besatzungsmächte starke Anhebungen der Steuertarife verfügt, bis hin zu einem Spitzensteuersatz von 95 %. 1958 bis 1974 betrug der Spitzensteuersatz 53 % und stieg 1974 auf 56 %. 1990 wurde wieder auf 53 % gesenkt und heute liegt er bei 45 %.²⁰⁶

²⁰⁵ Vgl. (Zeitler, 2006), S 185

²⁰⁶ Wikipedia, Einkommenssteuern

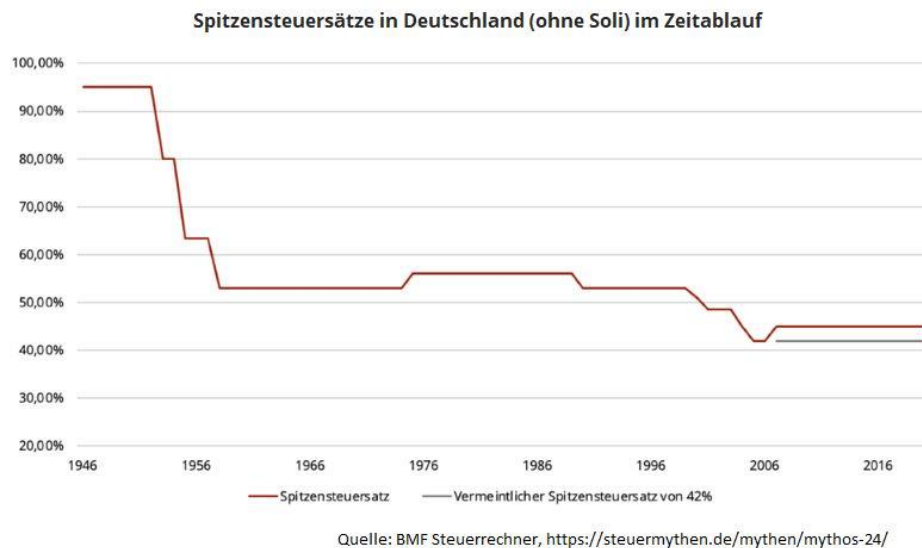


Abbildung 13: Spitzensteuersätze in Deutschland (ohne Soli) im Zeitablauf

Doch das ist noch nicht alles. Auf passive Einkommen (Einkommen ohne Arbeitseinsatz), wie Dividenden und Zinsen, wurden die Steuern weiter gesenkt. Die neue Steuer heißt Abgeltungssteuer und beträgt 25 %. Das bedeutet, dass ein Quandt-Erbe bei einem monatlichen passiven Einkommen von 60 Millionen Euro, 20 % gegenüber einer Besteuerung nach Einkommen spart, also 12 Millionen Euro.

Für die unteren Bevölkerungsschichten wurde jedoch der Freibetrag nicht mit der Inflation erhöht, sodass Lohnerhöhungen häufig ein realer Verlust wurden. Dieser Fakt ist bekannt durch den Begriff »Kalte Progression«.

Auch bei den Vermögenssteuern ergibt sich ein ähnliches Bild.

Der Lastenausgleich zum finanziellen Ausgleich der Kriegslasten wurde 1980 eingestellt. Die Vermögenssteuer wurde 1996, trotz Anmahnung durch das Verfassungsgericht, eingestellt.

Die Vermögensabgabe wurde 1973 eingestellt. Nur die Erbschaftssteuer wurde beibehalten, doch auch sie richtet sich stärker gegen den Mittelstand, weil Unternehmen vielfachbefreit werden. Die Einnahme aus der Erbschaftssteuer liegen derzeit bei ca. 7 Milliarden Euro bei einem jährlichen Erbvolument von ca. 400 Milliarden pro Jahr. Sie erreichen damit nicht einmal 2 % dieses Volumens.²⁰⁷

Die Erhöhung der Mehrwertsteuern von 12 % auf 19 % trifft die untere Bevölkerungshälfte wesentlich härter, da der Konsumentanteil sehr hoch ist.

Phase 4 - Die deutsche Einheit – Enteignung einer ganzen Bevölkerungsgruppe

Die deutsche Einheit war eines der erfolgreichsten neoliberalen Projekte. Auf der einen Seite (Westen) gab es ein großes Privatvermögen mit Kreditaufnahmemöglichkeiten im Hintergrund. Auf der anderen Seite (Osten) gab es ein Gemeinschaftsvermögen in den

²⁰⁷ Sieh auch (Thurnhofer, 2019),

Händen des Staates und ein geringes Vermögen an Grundbesitz (unterbewertet, wegen Verschleppung von Renovierungen), ein geringes Sparguthaben (zum Kauf der schwer lieferbaren Autos) und ein Gebrauchsvermögen. Für DDR-Bürger gab es kaum Kreditmöglichkeiten, dass die sich die unterbewerteten Immobilien nicht dafür eigneten. So ist es auch kein Wunder, auch wenn andere Alternativen diskutiert wurden und zur Verfügung standen, dass eine neoliberale Regierung sich dagegen entschied.

Der Ausgang ist bekannt. 80 % der Käufer von DDR-Vermögen kamen aus der Bundesrepublik, 14 % waren Ausländer und nur 6 % kamen aus der DDR. Mit anderen Worten, DDR-Bürger, die vorher ein gemeinschaftliches staatliches Vermögen hatten, waren nun vermögenslos.

In einer Stichprobe von 2020 untersucht Wiley Online Library ²⁰⁸ wo sich in Deutschland Aktienbesitzer befinden und stellt dies in einer sehr anschaulichen Grafik dar. Wir wissen aus den Untersuchungen der Bundesbank, dass nur zwischen 10 bis 20 % Bürger einen Aktienbesitz in Deutschland haben. Aktienbesitz bedeutet, soviel Geld zu haben, um auch Krisenzeiten überstehen zu können. Das Ergebnis zeigt einen leeren Raum im Bereich der alten DDR.

Phase 5 - Die Staatsverschuldung

Während Privatisierung (VW, VEBA) von Unternehmen in den 70er-Jahren noch als Teilhabe für die Bevölkerung durchgeführt wurden, änderte sich das mit der Kohlregierung ab 1982. Die Mittel für diese Privatisierungen kamen vom Staat häufig selbst, denn statt Steuern für staatliche Investitionen zu erheben, ließ der sich Staat das Geld von denen, die zu wenig Steuern zahlten. Statt zum gemeinsamen Aufkommen beizutragen, bekamen sie nun auch noch Zinsen. Ermöglicht wurde dieses Vorgehen durch das keynesianische »Deficit Spending« welches es dem Staat erlaubt, in schlechten Zeiten Kredite aufzunehmen, um sie dann in guten Zeiten zurückzuführen. Allerdings gab es diese guten Zeiten nicht oder sie wurden nicht als solche wahrgenommen. Das Defizit des Staates stieg und stieg. So war dann 2006 das Ende der Fahnenstange erreicht. Es wurden nur noch Kredite aufgenommen, um die Zinsen zu bezahlen. So stiegen die Zinsausgaben im Zeitraum von 2000 bis 2008 auf nahezu jährlich 40 Milliarden Euro. Die Staatsschulden näherten sich dem Höchststand von 2,2 Billionen Euro. Insgesamt machten die gezahlten Zinsen noch einmal rund 1 Billion Euro aus. Da wir alle der Staat sind, sind das unsere persönlichen Schulden.

Bei einer Bevölkerung von 83 Millionen ist somit jeder vom Neugeborenen bis Pflegebedürftigen mit durchschnittlich mit rund 26.000 Euro verschuldet. Rückzahlung?

Von der Bevölkerung konnte steuerrechtlich nicht mehr geholt werden. So besannen sich die Kommunen zusätzlich auf die verbliebenen staatlichen Immobilienvermögenswerte, die sie zur Deckung der Schuldenzahlungen an die Privatwirtschaft verkauften. So sank der Bestand von 4 Millionen auf 1,3 Millionen und stellt daher im Bereich der Sozialwohnungen heute ein großes Problem dar.

²⁰⁸ <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/roiw.12452>

Phase 6 - Finanzielle Ungleichheit - Geldschwemme und Armut

Wenn der Staat Schulden an Private hat und zwar in einer Größe von 2,2 Billionen Euro, dann sind das auf der anderen Seite Guthaben der Privaten. Es handelt sich hier um Geldvermögen der Privaten, die frei handelbar jederzeit in Bargeld umgetauscht werden können. Wenn wir uns jedoch die Vermögensverteilung in Deutschland ansehen (*Abbildung 18: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren*), dann hat die untere Hälfte der Gesellschaft kein Vermögen, und das heißt explizit auch kein Geldvermögen.

Das Privatvermögen beträgt insgesamt mehr als 16 Billionen Euro, auch davon hat die untere Hälfte der Gesellschaft, außer eines bescheidenen Gebrauchsvermögens, nichts.

Der Rückkauf der Papiere durch die Zentralbank aus der Staatsverschuldung zur Rettung der Staatsfinanzen (Maastricht-Kriterium) verringert die privaten Vermögenswerte und erhöht die private Bargeld- und Sichtguthabenmenge. Geld, welches jederzeit ausgegeben werden könnte, was zum Teil ja auch in andere Vermögenswerte geschieht und deren Preise erhöht, wie man das an den Immobilienmärkten und Wertpapiermärkten zur Kenntnis nehmen kann. Zu einer Inflation kommt es nicht, weil die obere Gesellschaftshälfte nicht auf dem Gütermarkt auftritt und die untere Gesellschaftshälfte nicht über das erforderliche Geld verfügt.

Die untere Hälfte der Gesellschaft erlebt dabei eine ganz andere Sicht auf die »Wohlstandsgesellschaft«, wie der Paritätische Gesamtverband beschreibt:

»Die Befunde des diesjährigen Armutsberichts sind alarmierend: Bei allen ohnehin seit Jahren besonders armutsbetroffenen Gruppen (wie bspw. Alleinerziehenden, Arbeitslosen und kinderreichen Familien) hat die Armut von 2018 auf 2019 noch einmal zugenommen. Betrachtet man die Zusammensetzung der Gruppe erwachsener Armer, ist der ganz überwiegende Teil erwerbstätig (33,0 Prozent) oder in Rente (29,6 Prozent). Regional betrachtet wuchs die Armut 2019 im Vergleich zum Vorjahr praktisch flächendeckend. Positive Entwicklungen, die zuletzt in den ostdeutschen Bundesländern zu beobachten waren, sind gestoppt.«²⁰⁹

Phase 7 - Schattenbanken Geldschwemme, Vermögensinflation und Investitionskrise

Während noch in den 70er und 80er-Jahren Banken das Sparkapital einsammelten und es an Kreditnehmer verliehen, wurde durch das Auftreten der Fondsgesellschaften die Aufnahme des Geldes auf diese verlagert. Allein BlackRock (gegründet 1988) verwaltet 6,12 Billionen USD (Stand 2017)²¹⁰, wovon es 50 Milliarden Euro in Deutschland hält. Über die Mitbewerber von BlackRock, Vanguard, AXA State Street Fidelity, JP Morgan

²⁰⁹ Gwendolyn Stilling, 20.11.2020, Der Paritätische Gesamtverband, Paritätischer Armutsbericht 2020: Armut in Deutschland auf Rekordhoch

²¹⁰

Chase, Capital Group, der französischen Bankengruppe BPCE, der Société Générale und der britischen Legal & General Group liegen keine Daten vor. Doch die gesamte Summe angelegter Beträge zum Zwecke der Vermögensmaximierung dürfte erheblich noch über gesammelten Kapitalvermögen von BlackRock liegen.

Da diese Beträge zum Zwecke der Vermögensmaximierung in Unternehmen investiert werden und nicht für Kredite zur Verfügung stehen, treiben sie den Wert bestehender Unternehmen oder Immobilien nach oben. Für Bürger, die nicht die Mittel zur Verfügung haben und später eine Vermögensbildung beabsichtigen, sinkt der Reallohn gemessen an der Preisentwicklung der Vermögenswerte. Ein weiterer Aspekt dieser Verlagerung des Sparkapitals von den Banken auf die Schattenbanken ist die Anonymität der Sparer. Hier etabliert sich bereits die nächste Steueroase.

Wie die Deutsche Bundesbank am 16.7.2019 mitteilte, sei das Geldvermögen Deutschlands auf den Rekordwert von rund 6.170 Milliarden Euro gestiegen. Außer Zwangssparmaßnahmen wie Rentenversicherung, Krankenkasse gibt es kein nennenswertes Geldvermögen in der unteren Gesellschaftshälfte. Gäbe es dieses, so würde es für Konsum ausgegeben werden. Ende November 2020 steckten insgesamt 2.734,90 Milliarden Euro in Bargeld und Einlagen.²¹¹ Gleichzeitig liegt der Zinssatz nahe Null, für staatliche Kreditnachfrager sogar unter Null. Dieser niedrige Zinssatz und auch das extrem hohe Volumen dieser Geldschwemme besagen, dass es keine Kreditnachfrage gibt. Warum ist das so?

Die Unternehmen haben sich durch die steuerlichen Entlastungen von Defiziteinheiten zu Überschusseinheiten verändert. Sie haben soviel Kapital, dass sie ihren eigenen Aktien zurückkaufen, um die Dividendenzahlungen zu erhöhen. Möglicherweise auch um die Vorgaben von BlackRock und Co. zu erfüllen.

Andererseits ist der Staat soweit zurückgedrängt und verschuldet worden, dass es nicht möglich ist, weitere Schulden aufzunehmen, um die lange ausstehenden Ersatz- und Neuinvestitionen auszuführen.

Wir haben nun ein Problem, welches sich in einer Geldumlaufsstörung äußert. Aus volkswirtschaftlicher Sicht gibt es eine Gleichung, die immer erfüllt sein sollte. Danach sollte die Investitionsnachfrage (I) immer gleich der Höhe des Sparaufkommens (S) sein. Die Gleichung lautet » $I = S$ «. Ohne Zugriff auf die Geldschwemme hat sie die gleiche Wirkung wie eine Hortung des Geldes unter der Matratze.

Die Lösung des Problems besteht in der Zuführung dieses ungenutzten Geldes zu staatlichen Investitionszwecken. Davon gibt es genug und sie können nicht durch privatwirtschaftliche Unternehmen getätigt werden, weil sie entweder nicht die gewünschten Gewinne erzielen oder einen zu langen Planungshorizont haben. Mit dem Einsatz dieser Gelder für staatliche Investitionen würde die Gesellschaft enorm belohnt, denn über die Schaffung von permanenten Arbeitsplätzen und die dadurch gestiegenen Nachfrage würden auch die Unternehmen profitieren.

Es stellt sich also die Frage, wie kann der Staat zu diesem Geld kommen, ohne sich zu verschulden und ohne diejenigen zu verprellen, die dieses Geldvermögen jetzt besitzen. Eine weitere Frage ist zu beantworten, wie kann die Ausrichtung einer Vermeidung von Investitionen in den Unternehmen zum Zwecke der Ausschüttung von erhöhten

²¹¹ Jörg Bernhard, 25.1.2021, Gold.de, Rekordhohe Geldvermögen deutscher Privathaushalte gemeldet

Dividenden begegnet werden. Die Antwort findet sich unter dem Abschnitt: »Ergänzungen zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft«.

Phase 8 – staatliche und private Investitionsschwäche

Wie ntv²¹² mitteilte, haben sich die Bargeld- und Sichtguthabenbestände in 2020 um weitere 100 Milliarden Euro durch die Corona-Krise auf ca. 2 Billionen Euro erhöht. Die Zinsen liegen bei Null. Das sind Aussichten für private Unternehmen, wie es sie noch nie gab. Der niedrige Zins signalisiert jedoch auch, dass es keine Kreditnachfrage gibt bzw. diejenigen, die Kredite benötigen, sie aufgrund fehlender Kreditsicherheiten, diese nicht bekommen.

Für große Unternehmen ist die Shareholder-Strategie durch die Beteiligung von Fondsgesellschaften wie BlackRock Pflicht. Hohe Gewinnausschüttungen, Aktienrückkauf, Vermeidung von Investitionen und Senkung von Löhnen.

Auf der anderen Seite hat sich bei staatlichen Investitionsprojekten ein Stau bei Ersatz und Neuinvestitionen gebildet, die nicht durchgeführt werden können, weil für diese Projekte nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Verschuldung des Staats ist so hoch, dass er auch nicht in der Lage ist, sich diese Mittel vom Kapitalmarkt zu leihen.

Diese Mittel der Geldschwemme eingesetzt für staatliche Investitionen, würde Millionen von Arbeitsplätzen schaffen, deren Einkommen als Nachfrage auf den Gütermärkten zu weiterem Wachstum führen würde. Im Gegensatz zu den staatlichen Investitionsprogrammen über Verschuldung wäre das keine einmalige Aktion (Strohfeuer effekt) sondern sehr nachhaltiger, da die Güternachfrage auf dem Gütermarkt allein schon Beschäftigungseffekte (siehe auch volkswirtschaftlicher Multiplikatoreffekt) hat.

Es geht daher auch darum, wie die Geldschwemme für staatliche Investitionen genutzt werden kann. Siehe auch weiter unten: »Offenlegung aller Parteispenden

»Parteispenden sind neben staatlichen Mitteln, Mitgliedsbeiträgen, Sponsoring und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit eine bedeutende Finanzierungsquelle deutscher Parteien. Durch hohe Parteispenden können einzelne Lobbygruppen oder reiche Privatpersonen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Deshalb sind klare Regelungen für Parteispenden wichtig für eine Demokratie. Dazu gehören insbesondere Offenlegungspflichten und die Begrenzung der zulässigen Spendenhöhe.«

»Die deutsche Parteienfinanzierung steht auch nach den großen Parteispendenskandalen der 1990er-Jahre und der anschließenden Reform des Parteiengesetzes von 2002 in der Kritik. So fordert die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) seit 2009 Änderungen am deutschen System und leitete 2011 sogar ein Mahnverfahren ein.

Offenlegungspflicht: Laut GRECO-Bericht ist die Grenze von 50.000, ab der eine unverzügliche Veröffentlichungspflicht besteht, »übertrieben hoch« und nicht geeignet, um »ein ausreichendes Maß an Transparenz der Parteienfinanzierung auf kommunaler Ebene zu erreichen, wo sich Politik und Wirtschaft näher sind und Handlungen mit Summen unter den erwähnten 50.000 Euro beeinflusst werden können.« Die meisten

²¹² Ntv, 2.1.2021, Deutsche sparen Rekordsumme an

anderen europäischen Länder haben viel niedrigere Grenzwerte für die Offenlegung von Spenden festgelegt.

Wahlkampffinanzierung: Die langen Verzögerungen bei der Veröffentlichung von Parteispenden führe laut GRECO-Bericht dazu, »dass die breite Öffentlichkeit keine wirkliche Möglichkeit hat, irgendeine Form von sozialer Kontrolle auszuüben.« Die Staatengruppe ist daher der Auffassung, »dass die derzeitigen Regelungen eindeutig nicht geeignet sind, einen zufriedenstellenden Grad an Transparenz der Wahlkampffinanzierung entsprechend der Empfehlung aus dem Jahr 2003 zu gewährleisten.« GRECO empfiehlt daher, »ein Verfahren für die Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten für den Wahlkampf auf Bundesebene einzuführen, dass die Informationen kurz nach den Wahlkämpfen verfügbar macht.«

Umgehung von Offenlegungspflichten durch Sponsoring: Da Parteisponsoring im Parteiengesetz nicht geregelt ist, bietet diese Form der Parteienfinanzierung die Möglichkeit, sämtliche Offenlegungspflichten zu umgehen. Auch hier mahnte der GRECO-Bericht Reformen an.

Stückelung von Parteispenden: Spender können durch Stückelung von Großspenden in kleinere Beträge leicht die Offenlegungspflichten unterlaufen. Dazu gehört zum einen die Praxis, innerhalb eines Jahres mehrere Beträge unter der Grenze von 50.000 zu überweisen oder Großspenden so auf Familienmitglieder oder Tochterfirmen aufzuteilen, dass ebenfalls jede einzelne Spende unter 50.000 Euro liegt. Dies verhindert die sofortige Offenlegung der Großspende. Auch die Veröffentlichung in den Rechenschaftsberichten kann auf ähnliche Weise umgangen werden.«

Einrichtung eines verpflichtendes Lobbyregisters

»Lobbying ist eine Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse, vor allem durch Information im Rahmen einer Strategie. Es wird häufig durch vier Merkmale umschrieben:

- Informationsbeschaffung,
- Informationsaustausch,
- Einflussnahme,
- strategische Ausrichtung der Tätigkeit.«

Eine sehr gute Übersicht über die Lobbyarbeit gibt die ZDFinfo-Doku »Die unsichtbare Macht – Lobby-Republik Deutschland.

In Deutschland existiert kein verpflichtendes Lobbyregister.

»Für das Europäische Parlament und die EU-Kommission gilt seit Juni 2011 ein gemeinsames freiwilliges Register (»Transparenz-Register«) für Lobbyisten, welches auch die Angabe finanzieller Daten vorsieht. «

Es wurde vom Europäischen Parlament 2011 geplant, den Anhängen legislativer Berichte zu Gesetzestexten sogenannte legislative Fußabdrücke hinzuzufügen. Darin sollen alle Lobbyisten aufgeführt werden, mit denen ein Abgeordneter im Rahmen seiner Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatte.

Die Einflussnahme findet jedoch auch außerhalb der eigentlichen Lobby statt. Im Jahr 2006 führten Thomas Leif und Rudolf Speth in Analogie zur Bezeichnung »Vierte Gewalt« für die Medien den Begriff »Fünfte Gewalt für den Lobbyismus« ein, was jedoch von anderen Autoren als übertrieben angesehen wird:

»Die Verlagerung wichtiger politischer Vorentscheidungen in außerparlamentarische Gremien etwa ist ein Politikstil, den ein Parlament hinnehmen, der ihm aber nicht aufgezwungen werden kann. Auch zur kritiklosen Übernahme von Argumentationsmustern oder gar Papieren ambitionierter Lobbyisten wird kein Abgeordneter gezwungen. Wenn deshalb von Macht- oder Bedeutungseinbußen der Parlamente gesprochen wird, so handelt es sich, jedenfalls in Teilen, auch um selbst verursachte. Und wenn eine Stärkung und Erneuerung des Parlamentarismus gefordert wird, so muss diese nicht zuletzt von den Parlamenten und den Parlamentariern selbst ausgehen.«

Über die Entwicklung eines Lobbyregisters berichtet Merkur:

»»Noch heute Morgen hätte ich Ihnen gesagt, ich sehe große Chancen auf Bewegung«, berichtete der SPD-Obmann im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Mit Freude habe man bei den Sozialdemokraten zur Kenntnis genommen, dass die Union laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung auch beim Lobby-Register noch einmal nachbessern wolle. In der Sitzung habe es dann eine Enttäuschung gegeben: Man sei »von der Presse falsch verstanden« worden, habe es von CDU und CSU geheißt, auch von einem »Missverständnis« sei die Rede gewesen. Weder zu Verschärfungen der Regeln noch der Bußgelder sei die [CDU] Partei bereit gewesen. Laut Bartke einigten sich Union und SPD schließlich, den bereits vor den Fällen Löbel und Nüßlein beschlossenen Kompromiss weiterzuverfolgen. Damit bleibe unter anderem ein von den Genossen lange geforderter »Exekutiver Fußabdruck« bei Gesetzesvorhaben aus - ebenso wie weitere Regelungen als Lehren aus den mutmaßlichen Mausecheln bei der Masken-Beschaffung. Gerade den exekutiven Fußabdruck hätte die SPD »gerne jetzt gehabt«, erklärte Bartke. Allerdings sei der Partei auch an ihrem Wahlversprechen eines Lobby-Registers gelegen - deshalb habe man sich mit dem Kompromiss zufrieden gegeben.«

Das Gewerbeaufsichtsamt als zentrale Sanktionsorganisation

Die Gewerbeaufsicht beginnt mit der für viele Gewerbearten erforderlichen behördlichen Erlaubnis.

Den Gewerbeaufsichtsbehörden stehen nach § 139b Abs. 1 GewO bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Besichtigung und Prüfung der Anlagen zu. Sie können im Rahmen der Eingriffsverwaltung Anordnungen und Zwangsmaßnahmen gegen Gewerbebetriebe durchführen, die bis zur Gewerbeuntersagung nach § 35 Abs. 1 GewO reichen.

Gewerbeaufsichtsrecht ist Landesrecht:

Die Funktion der Gewerbeaufsicht wird durch *Gewerbeaufsichtsämter* (oder regional auch Amt für Arbeitsschutz oder Umweltamt) wahrgenommen, die als Teil der

staatlichen Wirtschaftsüberwachung die Einhaltung gewerberechtlicher und anderer Vorschriften kontrollieren.

Aufgaben der Gewerbeaufsicht

Folgende Aufgaben fallen in den Aufgabenbereich der Gewerbeaufsicht, die von verschiedenen Behörden wahrgenommen werden kann:

- Das Gewerbeaufsichtsamt berät und überwacht Betriebe in Bezug auf Vorschriften des *Arbeits- und Umweltschutzes*.
- Die Gewerbeaufsicht sorgt für den Schutz und die Aufklärung von Mitarbeitern eines Unternehmens in Fragen von Gesundheitsgefahren. Dazu zählt neben dem technischen Arbeitsschutz wie Unfälle auch der soziale Arbeitsschutz, bei dem sich die Gewerbeaufsicht um die Einhaltung von Bestimmungen beispielsweise des *Mutter- oder Jugendarbeitsschutzes* kümmert.
- Außerdem sorgt die Gewerbeaufsicht für den Schutz des betrieblichen Umfelds vor *schädlichen Umwelteinflüssen*.
- Zu den Aufgaben vom Gewerbeaufsichtsamt gehören ebenso die Überwachung der *Produktsicherheit*. Zudem berät die Gewerbeaufsicht bei gewerblichen *Bauvorhaben*.
- Letztlich bearbeitet die Gewerbeaufsicht spezifische Anträge auf Genehmigungen, Anzeigen, Anfragen oder auch Beschwerden.

Mögliche Erweiterung der Aufgaben

Verstoß gegen Umweltbedingungen und Menschenrechte

Lieferkettengesetz

»Deutsche Unternehmen sollen von 2023 an verpflichtet werden, gegen *Menschenrechtsverletzungen und Umweltsünden* bei ihren ausländischen Zulieferern vorzugehen. Die zuständigen Minister der Bundesregierung hatten dazu vergangenen Freitag nach monatelangen Verhandlungen erste Details vorgestellt. Bis Mitte März soll ein Gesetzentwurf ins Kabinett kommen. [...].

Doch auch hier zeichnete sich zuletzt ein Kompromiss ab: Jener nämlich, dass ein Lieferkettengesetz in der Anfangsphase nur für größere Unternehmen ab 3000 Mitarbeitern greift und dann schrittweise ausgeweitet wird. [...].

Sollen deutsche Firmen nur für ihren direkten Zulieferer, für das erste Glied, verantwortlich sein, so wie es CDU-Minister Altmaier will?

Nein, meint dessen CSU-Kollege Müller: »Bei Kaffee ist das ganz klar: Millionen von Kindern arbeiten auf den Plantagen für unsere Tasse Kaffee in der Früh. Da kann ich nicht sagen: Das beschränke ich auf den Einkäufer aus Hamburg.« Kinderarbeit auf Kaffeeplantagen in Südamerika oder brutale Ausbeutung von Näherinnen in Asien zu verhindern - darum geht es beim Lieferkettengesetz. Die Frage ist nur: Wie erreicht man das am sinnvollsten?«

»Freiwilligkeit allein reicht nicht aus«, sagte Minister Heil [SPD]. [...].

Es soll keine zivilrechtliche Haftung der Unternehmen geben. Das hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier [CDU] abgelehnt. [...]. In diesem Falle drohe die Gefahr, dass sich deutsche Firmen wegen zu hoher Risiken aus vielen Ländern der Welt zurückziehen. [...]. [Was ja durchaus begrüßenswert erscheint, da damit neue Arbeitsplätze in Deutschland verbunden wären].

In der Regierung sorgte das Thema monatelang für Streit. Minister Altmaier [CDU] befürchtete zu große Belastungen für Unternehmen. [...].

Das Regelwerk geht zurück auf die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten von 2011. Daraufhin hat Deutschland 2016 den »Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte« (NAP) beschlossen, der auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD bekräftigt wird. Dieser sah vor: Wenn sich bis 2020 herausstellt, dass weniger als die Hälfte der großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen, sollen »weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen« geprüft werden. Es stellte sich heraus, dass noch nicht einmal ein Fünftel der rund 7400 Unternehmen die Anforderungen hinreichend erfüllt.«

Bezüglich der zivilrechtlichen Haftung bemerkt die Welt:

»In ihren eigenen Fabriken im In- und Ausland müssen die deutschen Unternehmen garantieren, dass Menschenrechte wie Gewerkschaftsvertretung, angemessene Löhne oder Arbeitsschutz vollständig gewährleistet werden. Volle Verantwortung tragen die hiesigen Firmen zudem dafür, dass alle ihre direkten Zulieferer die in internationalen Abkommen vereinbarten Sozial- und Umweltstandards einhalten. [...].

Schließlich können schon heute Geschädigte nach dem internationalen Zivilrecht bei Verstößen gegen Menschenrechte gegen Unternehmen klagen. Neu ist aber, dass in Zukunft auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften stellvertretend vor deutschen Gerichten für die Opfer Klage erheben können.

Gerade die NGOs hätten schließlich oft gute Kenntnisse von Missständen vor Ort, sagte Altmaier. Und weil eine Näherin in Bangladesch kaum in der Lage sei, vor einem deutschen Gericht Schadensersatz zu erstreiten, könnten das künftig mit ihrem Einverständnis Menschenrechtsorganisationen oder Gewerkschaften übernehmen.«

Gedanken zum Lieferkettengesetz

Deutlich wird, dass die CDU auf der Bremse steht. Das Lieferkettengesetz soll erst ab 2023 gelten und wurde für den Gültigkeitsbereich der Firmen von 500 Mitarbeitern auf 3000 Mitarbeitern abgeschwächt. Zudem sollen die Bestimmungen nur für das erste Glied der Kette gelten.

Die Frage lautet jedoch, ist das Lieferkettengesetz nur wegen der Umsetzung der Menschenrechte entstanden oder kann dahinter auch noch etwas anderes vermutet werden. Nach der Präambel der WTO besteht das Ziel der internationalen Freihandelsabkommen darin, die Löhne in jedem Land zu erhöhen. Sieht man sich die Realität an, dann ist das nicht geschehen. Kinderarbeit (Südamerika, Afrika), Arbeiten unter unwürdigen Bedingungen (Asien) und Zwangsarbeit (Uiguren, China) sind gerade das Paradebeispiel, dass die WTO auch hier auf ganzer Linie versagt hat.

Höhere Preise bei den Importen der Hochpreisländer (EU und USA) würden zu höheren Preisen in den Exportländern und zu höheren Löhnen bei den Beschäftigten und statt

Verdrängungswettbewerb in den Hochpreisländern zu einem echten Wettbewerb führen, der nur durch technischen Fortschritt zu gewinnen ist. Doch die Regeln der WTO, die inzwischen zu europäischem Recht geworden sind, behindern diese Möglichkeiten.

Unfares Verhalten von Unternehmen sanktionieren

Die finanzwirtschaftlichen Ziele der privaten Unternehmen sind einfach zu beschreiben: Kosten müssen gesenkt, Verkaufspreise müssen erhöht und ein Gewinn muss erzielt werden, damit ein Unternehmen bestehen bleibt. Zu den Kosten gehören Steuern, Löhne und Materialkosten, die wiederum durch Löhne bedingt sind. Folglich werden die Löhne solange gesenkt, wie derjenige, der diese Arbeit verrichtet, noch am Leben bleibt. Der Verkauf findet in den Ländern statt, in denen die höchsten Verkaufspreise erzielt werden können. Es sind die Länder, die selbst höhere Lohnkosten und damit höhere Einkommen haben und sich einen höheren Konsum leisten können. Die Steuern auf Gewinne werden dann in den Ländern »gezahlt«, die keine Gewinnsteuern erheben.

Apple als Musterbeispiel von Unternehmen dieser Art

Das Grundkapital für Apple im Jahr 2017 beträgt 35,867 Milliarden USD. Der Gewinn liegt 2017 bei 51,880 Milliarden USD.

Das bedeutet, die jährliche Rendite auf das Grundkapital für die Gründer beträgt 164,65 %. Nun ist das aber noch nicht alles, da sich der Kurs bei börsengehandelten Werten so lange erhöht, und Apple ist ein börsengehandelter Wert, bis die Rendite den am Markt üblichen Zinssätzen entspricht. Die Marktkapitalisierung im Februar 2018 betrug 881 Milliarden USD. Das bedeutet, dass sich der Wert des Grundkapitals um sagenhafte 2456 % erhöht hat. Apple wurde am 1. April 1976 gegründet. Bis 2017 sind das 41 Jahre. 2456 % geteilt durch die Anzahl der 41 Jahre ergibt eine durchschnittliche Rendite von 59,9 % pro Jahr.

Das ist aber nicht ein Verdienst von Apple. Der Verdienst von Apple besteht lediglich darin, zwölf wichtige Technologien aus der staatlichen Grundlagenforschung verwendet zu haben, die zudem noch China zugänglich gemacht wurden:

»Genau wie das Wagniskapital in der Biotechnologie erst ins Spiel kam, nachdem der Staat die schwierigen Vorarbeiten geleistet hatte, brachten auch die Genialität und »Tollkühnheit« von Steve Jobs vor allem deshalb Erfolg und hohe Gewinne, weil Apple von den massiven staatlichen Investitionen in die »revolutionären« Technologien profitierte, die das iPhone und das iPad überhaupt erst möglich machten: das Internet, GPS, Touchscreen-Displays und Kommunikationstechnologie. Ohne diese staatlich finanzierten Technologien hätte es keine Welle gegeben, auf der Apple tollkühn reiten konnte.«

Globalisierung wurde immer als Erfolgsgeschichte beschrieben, da sie allen Ländern, zwischen denen ein Geschäft zustande kam, einen Gewinn versprach. Wie dieser Gewinn für die hochpreisigen Länder in Westeuropa im Falle Apple aussieht, soll hier beschrieben werden.

Apple-Produkte werden in Asien gefertigt, aber weltweit verkauft. Die Technologie ist eine westliche, intelligente und führende. Im Verwaltungssitz von Apple in Dublin (Irland, Euro-Land) arbeiten ca. 5.000 Personen. Weltweit werden ca. 116.000 Mitarbeiter beschäftigt, in Deutschland 2000. Weltweit beträgt der Umsatz 192,3 Milliarden Euro, in Deutschland 492 Millionen. 62 Milliarden Dollar Gewinn hat Apple im vergangenen Jahr [2016] weltweit gemacht, in Deutschland 25 Millionen. Gleichzeitig schätzten Ökonomen, dass die Regierungen weltweit durch die Steuertricks zwischen 100 und 240 Milliarden Dollar verlören.

Der offizielle Körperschaftssteuersatz für Gewinne des Unternehmens in Irland beträgt 12,5 %. Die Gesellschaft erzielte 2011 einen Gewinn in Höhe von 16 Milliarden Euro, versteuerte aber laut EU-Kommission bloß Einnahmen von 50 Millionen Euro. Der effektive Steuersatz soll bei 0,05 Prozent gelegen sein, bis 2014 sank er sogar auf 0,005 Prozent.

Nach einem Verfahren der EU gegen Apple in Irland zog Apple mit seinem Steuersitz nach Jersey (private Steueroase der Queen mit einem Steuersatz von 0 %).

Wo liegt der versprochene globale Gewinn? Arbeitsplätze entstehen nicht, Steuereinnahmen aus Gewinnen auch nicht. Im Gegenteil, der Umsatz von Apple in Deutschland von 492 Millionen Euro ist ein Kapitalabfluss ins Ausland, der von anderen Unternehmen über Arbeitsplätze und deren Einkommen kompensiert werden muss.

Sanktionen des Gewerbeaufsichtsamtes

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Doch wenn die Gesetze nicht mehr in parlamentarischen Verfahren gemacht werden, wie sie durch die Oligopolstruktur der WTO entstanden sind, werden damit auch Möglichkeit von Sanktionen des Staates gegen Vergehen begrenzt. Die MPS hat mit der Einführung der Kapitalverkehrsfreiheit für die Globalisierung neue Möglichkeiten für Kapitalbesitzer geschaffen, Steuerzahlungen zu umgehen, indem die Gewinne in Steueroasen verlagert werden können. Mit der etablierten Intransparenz ist auch die Nachverfolgung dieser Steuervermeidung erschwert worden. Doch über die Gewerbeaufsicht mit Unterstützung des Finanzministeriums bestünde die Möglichkeit, diese Schwachstelle unseres Gesellschaftssystems zu beseitigen. Besonders, nachdem durch den Brexit 17 englische Steueroasen aus der EU ausgeschieden sind, bei denen der englische Premierminister eine Transparenz regelmäßig verweigert hatte. Es geht also nur noch um die eigenen Steueroasen der EU (z. B. Luxemburg, Niederlande, Malta). Mit der Schaffung eines europäischen Clearingsystems (Interbanken-Zahlungssystem für das Clearing von Überweisungsaufträgen zwischen seinen Teilnehmern) werden auch die Transaktionen transparenter. Doch solange dieses System nicht etabliert ist, bedarf es auch anderen Sanktionen.

Bestehende Sanktionen

Die bisherigen Sanktionen bestehen aus:

- *Verbot*
Gegen den Betrieb kann ein Verbot erteilt werden, wenn von ihm eine unmittelbare

und erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiter oder von anderen ausgeht. Ein Verbot bedeutet, dass die Arbeit unverzüglich abgebrochen werden muss.

- *Administrative Strafe*

Eine administrative Strafe ist ein Angebot an den Betrieb, dass er das Verfahren durch Zahlung einer Geldbuße innerhalb einer Frist beenden kann. Der Betrieb hat also das Recht, die Zahlung der Geldbuße zu verweigern, doch in diesem Fall wird das Gewerbeaufsichtsamt nach Ablauf der Frist ein rechtliches Verfahren gegen den Betrieb einleiten.

- *Strafanzeige*

Eine Strafanzeige wird gestellt, wenn es sich um einen groben Verstoß gegen das Arbeitsschutzgesetz handelt, der Betrieb sich einer Anordnung des Gewerbeaufsichtsamts widersetzt oder gegen die Meldepflicht beim Register für ausländische Dienstleister (RUT) verstößt.

Die Polizei kann daraufhin ein Verfahren gegen den Betrieb einleiten. Die Staatsanwaltschaft legt schließlich fest, ob der Betrieb angeklagt werden soll. Die Beweislast liegt dabei bei der Staatsanwaltschaft.

Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz werden normalerweise mit Geldbußen geahndet, doch in besonders schweren Fällen kann eine Freiheitsstrafe verhängt werden. Verstöße gegen die Meldepflicht beim RUT werden normalerweise mit Geldbußen belegt.

Mögliche Erweiterungen

Das unter »Bestehende Sanktionen« angeführte Verbot bezieht sich bisher nur auf die Gefahr und Gesundheit von Mitarbeitern. Das Verbot oder ein Teilverbot könnten aber auch auf steuerrechtliche Vergehen ausgedehnt werden.

Beispiele dafür wären Verlagerung des Betriebes ins Ausland, zur Vermeidung von Erbschaftssteuer oder Gewinnsteuern oder die generelle Vermeidung von Steuern, wie im Beispiel von Apple.

Da eine weltweite Gesetzgebung vorerst nicht zu erwarten ist, muss die staatliche Gesetzgebung auf ein System abstellen, welches Auswirkungen auf diese Unternehmen hat, ohne dass von diesen Unternehmen etwas dagegen unternommen werden kann. Das wichtigste Ziel diesen Unternehmen ist es, Waren oder Dienstleistungen in einem Staat zu verkaufen. Es sollen Umsatz und Gewinn erzielt werden. Die härteste Strafe für diese Unternehmen wäre ein Verbot oder Teilverbot des Verkaufs. Kein Unternehmen kann es sich leisten, nichts zu verkaufen, den dann hat es auch keinen Gewinn.

Europa und die Nationalstaaten der EU haben eine Monopolkommission. Diese sorgt dafür, dass es auch konkurrierende Betriebe gibt. Das Verbot oder Teilverbot eines Unternehmens, seine Produkte im Lande zu verkaufen, betrifft die Arbeitnehmer dieses Unternehmens gleichfalls. Doch der Umsatz geht nicht verloren, er verlagert sich nur auf andere Konkurrenten. Die zusätzlichen Steuerzahlungen aus den Unternehmen, die ihren Umsatz steigern können, schaffen über staatliche Investitionen neue Arbeitsplätze. Das Verbot steigert den Wohlstand der Gesellschaft, ist aber mit vorübergehenden Veränderungen verbunden.

Der Gewinn, der durch diese Maßnahmen entsteht, sollte nicht als Einnahme für den Staatshaushalt angesehen werden. Er ist auf dem Verlust von Arbeitsplätzen begründet und sollte zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Daher ist er als Vermögensposition dem Sondervermögensfonds hinzuzurechnen.

So gesehen ist es auch möglich, ein Verkaufsverbot gegen Apple zu verhängen. Doch hier spielen die WTO-Regeln eine Rolle. Das beste Verkaufsverbot für Apple, solange sie nicht ihr Steuern zahlen, wäre eine Mengenbeschränkung. Doch dies ist nach den multilateralen Regeln der WTO-Oligarchen nicht erlaubt.

Kein Unternehmen sollte zu groß und mächtig sein, um unsere Gesetze und Vorschriften zu verletzen, ohne ernsthafte Konsequenzen zu haben, doch die WTO Oligarchie machte es möglich, dass die Unternehmen die Macht übernommen haben.

Schaffung einer individuellen Wohlstandsentwicklung«.

Phase 9 - Inflation der Vermögenswerte Aktien und Immobilien

Die Umschichtung von staatlichen Verschuldungspapieren (Vermögenswerte) in Bargeld durch die EZB verringert die Gesamtsumme der Vermögenswerte und erhöht damit die Preise für die verbliebenen Vermögenswerte wie Aktien und Immobilien.

»BlackRock hat nicht nur in deutsche Aktien und Firmenanteile investiert. Zum Portfolio gehören auch Immobilien. Wenn man so will, ist BlackRock inzwischen, wenn auch indirekt, einer der größten Vermieter Deutschlands. Der größte Teil der 24 Millionen Mietwohnungen, die das Statistische Bundesamt 2013 in Deutschland zählte, gehören nach wie vor kleineren und lokalen privaten Hausbesitzern. Das hat es lange für Großinvestoren schwierig gemacht, in deutsche Immobilien zu investieren – zu kleinteilig und aufwendig wäre das Engagement ausgefallen. Doch Anfang der 2000er-Jahre begannen Kommunen, Länder und Konzerne ihre bis dahin gemeinnützigen Wohnungsbestände abzustößen. [...]. Die Bestände aus der einstigen skandalverstrickten Gewerkschaftsgruppe Neue Heimat – später Baubekon – und die städtische GSW in Berlin wurden von der Beteiligungsgesellschaft Blackstone unter dem Dach der Deutsche Wohnen AG zusammengeführt. Die Deutsche Annington baute die Londoner »Heuschrecke« Terra Firma unter anderem aus ehemaligen Eisenbahner-Wohnungen und einstigen Werkswohnungen der Energieversorger E.on und RWE zusammen. Fortress, die Konkurrenz aus New York, bediente sich derweil bei den Beständen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, der kommunalen Wohnbaugesellschaft Nileg in Hannover und der Woba in Dresden, die sie zur Gagfah zusammenführte. Ende 2014 fusionierten Gagfah und Deutsche Annington zu einem Koloss: 350 000 Wohnungen besitzt die neue Gesellschaft in über 600 Städten, mehr als eine Million Mieter leben unter ihren Dächern. Einen Vermieter dieser Größenordnung hat es in Deutschland nie gegeben. Doch das Konzept der privaten Wohnungskonzerne bekam schnell einen schlechten Ruf. Die neuen Eigentümer wie Fortress, Terra und die Beteiligungsgesellschaft Blackstone »pfl egten die Bilanzen und ließen die Häuser verkommen«, wie es die Wirtschaftswoche in einem Bericht bissig zusammenfasste. Nach dem Eigentümerwechsel stiegen die Beschwerden der Mieter an. [...].

Die Deutsche Wohnen etwa übernahm Anfang 2014 die Berliner GSW, die zu diesem Zeitpunkt 60 000 Wohnungen in ihrem Portfolio hatte, in denen rund 120 000 Menschen wohnten. Nach der Übernahme baute der neue Eigentümer fast die Hälfte der 320 Arbeitsplätze ab. Die Übernahme zahle sich für den Wohnimmobilienkonzern aus, befand das Handelsblatt im Mai 2014. Der für Immobiliengesellschaften maßgebliche operative Gewinn aus der Vermietung hatte sich im ersten Geschäftsquartal auf 59,1 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Geholfen bei dem satten Gewinnsprung hatten unter anderem Mietsteigerungen von 4,2 Prozent. Für die Mieter ist diese Methode der Renditesteigerung sicher weniger erfreulich.«²¹³

Phase 10 - Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus

»Kritik wie Verteidigung der Eliten bleiben an der Oberfläche. Der inhaltliche Kern des Ganzen, die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte, wird nicht thematisiert. Da die große Mehrheit der herrschenden Eliten an dieser Politik festhält, wird eine Änderung auch nicht durch die in der klassischen Politikwissenschaft immer wieder als Lösung gepriesene Konkurrenz der Teileliten untereinander erfolgen. Diese Konkurrenz und die damit verknüpfte gegenseitige Kontrolle gibt es zwar. So hat beispielsweise das Bundesverfassungsgericht auf eine Korrektur der Erbschaftsteuerregelung gedrungen oder den Datenschutz gestärkt, und einzelne Medien haben durch die Veröffentlichung der ›Panama‹ und der ›Paradise Papers‹ den Druck auf die Regierungen erhöht, diesen Praktiken einen Riegel vorzuschieben. Es bleibt aber letztlich doch so gut wie alles im Rahmen der bisherigen Politik.²¹⁴ Die Gemeinsamkeiten in der sozialen Rekrutierung, das Leben in einer zunehmend vom Rest der Bevölkerung getrennten, eigenen Welt und die daraus resultierende grundsätzliche Übereinstimmung in der politischen Grundausrichtung sorgen dafür.«²¹⁵

»Die unverkennbare soziale Schieflage politischer Entscheidungen schlägt sich in der Einstellung dem Staat gegenüber, im Wahlverhalten und im politischen Engagement nieder. So kommt eine Allensbach-Umfrage im Herbst 2017 zu dem Ergebnis, dass in der Altersgruppe der 30- bis 59-Jährigen das Vertrauen darauf, dass die Politik ihre Interessen ausreichend berücksichtigt, je nach sozialer Position sehr unterschiedlich ausfällt. Während das Vertrauen bei Personen mit niedrigem ökonomischem Status sehr gering ist – nur 23 Prozent haben Vertrauen, 54 Prozent dagegen nicht –, sieht es bei denen mit hohem Status genau entgegengesetzt aus. Sie vertrauen zu 44 Prozent und misstrauen nur zu 27 Prozent. Würde man die Bevölkerung nicht nur in drei Statusgruppen unterteilen, sondern stärker differenzieren, wären die Unterschiede mit Sicherheit noch weit größer. Die Reaktion im unteren Drittel der Bevölkerung ist dementsprechend. Das Motto dort lautet Rückzug. Die Wahlbeteiligung zeigt das unmissverständlich. Schaut man sich zum Beispiel Köln an, so zeigen die offiziellen Zahlen

²¹³ (Buchter, 2015), S. 25-26

²¹⁴ Außerdem zeigen gerade die USA, wie das so hoch gelobte System der Gewaltenteilung, unter dem Begriff »Checks and Balances« bekannt, immer stärker ausgehebelt wird. Zwar hat es den starken Einfluss der Reichen auf die Wahlkämpfe und die Besetzung des höchsten Gerichts, des Supreme Court, nach politischen Mehrheitsverhältnissen schon immer gegeben, doch das Verhalten der Republikaner bei der letzten Besetzung eines Richterpostens am Supreme Court und die faktische Befreiung der politischen Spenden von allen rechtlichen Restriktionen haben das Problem enorm verschärft.

Hartmann, Michael. Die Abgehobenen (German Edition) (S.263). Campus Verlag. Kindle-Version.

²¹⁵ (Hartmann, 2018), S. 232-233

der Stadtverwaltung für die Bundestagswahl 2017 wieder dasselbe Bild wie schon für die Bundestagswahl 2013 und die Landtagswahl 2017. Die niedrigsten Wahlbeteiligungen gab es jeweils in den Stadtteilen mit den niedrigsten Einkommen und den höchsten Arbeitslosenquoten und umgekehrt. [...].

Die Parteien verlieren durch den massiven Mitgliederverlust – seit 1990 über 45 Prozent bei der CDU und sogar fast 55 Prozent bei der SPD – und die gleichzeitig zunehmende soziale Schieflage in der Mitgliedschaft vermehrt den Kontakt zu weiten Teilen der Bevölkerung. Das Problem, die gesellschaftliche Wirklichkeit unterschiedlich wahrzunehmen, verschärft sich dadurch noch weiter. Wenn fast neun von zehn Bundestagsabgeordneten studiert haben, aber nicht einmal jeder sechste in der gleichaltrigen Bevölkerung, wenn sich die politische Elite in Berlin zu mehr als der Hälfte aus den oberen 4 Prozent der Bevölkerung rekrutiert, dann wird dieses Problem offensichtlich. Hier zeigt sich der Teufelskreis, von dem im ursprünglichen Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts die Rede war.«²¹⁶

Die Bedeutung des Neoliberalismus erschöpft sich nicht in einzelnen politischen Maßnahmen, wie die Änderung der Steuergesetze zu Gunsten der Reichen und die Verabschiedung der Agenda 2010 in Deutschland, sondern im Hinscheiden des Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Leitbild, welches das Ende einer Politik bedeutete, die versuchte, eine stabile und dynamische Wirtschaftsentwicklung über eine Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu erzeugen.²¹⁷

»Öffentliche Finanznot heißt, dass Ausgaben für die Infrastruktur, für Soziales und für eine funktionierende Verwaltung mit ihren Dienstleistungen unterbleiben oder nur unzureichend getätigt werden. Schulen, Straßen, Schienen, öffentliche Schwimmbäder zerfallen. Auf Ämtern bilden sich lange Schlangen und die sozialen Dienstleistungen sind von minderer Qualität. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wird nicht nur der soziale Schutz löchriger, sondern auch der Schutz vor wirtschaftlichen Einbrüchen, was ja auch Unternehmer oder Unternehmen trifft, die nicht mit üppigen Finanzrücklagen dienen können. [...].

So ist die Botschaft der Neoliberalen überall die gleiche: Soziale Sicherung hemmt den Wettbewerb und damit den wirtschaftlichen Fortschritt. Deshalb muss sie eingeschränkt werden.«²¹⁸

»Ausgerechnet die größte Volkswirtschaft der Währungsunion, Deutschland, begann mit ihren Sozialreformen Anfang des Jahrtausends den Wettlauf bei den Löhnen. Sie setzte damit die neoliberale Anpassungsspirale in Gang, die Millionen von Beschäftigten immer wieder zu Zugeständnissen bei der Entlohnung oder der sozialen Absicherung zwang. Dass man in beiden Fragen zurückhaltend sein müsse, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, ist mittlerweile wirtschaftspolitisches Allgemeingut.«²¹⁹

»Seit anderthalb Jahrzehnten wird eine Schwäche der Wirtschaft – nicht nur in Deutschland – zunehmend erkennbar: die ungleiche Teilhabe am Wertschöpfungszuwachs. Die hohe Ungleichheit der Einkommen und vor allem der Vermögen bedroht mittlerweile die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie gehört zu den Quellen der

²¹⁶ (Hartmann, 2018), 217-219

²¹⁷ (Horn, 2020), Pos. 592

²¹⁸ (Horn, 2020), Pos. 926

²¹⁹ (Horn, 2020), Pos 1162

Polarisierung. Zudem nimmt die soziale Mobilität ab und trägt so nachvollziehbar zur Verfestigung des Eindrucks bei, es gehe in unserer Gesellschaft ungerecht zu.«²²⁰

»Der Erfolg der AfD beruht nicht zuletzt darauf, dass viele Menschen einerseits nicht mehr an stabile Märkte als wirtschaftspolitisches Allheilmittel glauben und andererseits von den Parteien enttäuscht sind, die die Risiken des sozialen Wandels abzufedern versprochen. In der Konsequenz haben sich die Wähler vielfach von den etablierten Parteien abgewendet und sich, manchmal über den Umweg politischer Resignation in Form von Wahlenthaltung, der AfD als der vermeintlichen Anti-Establishment-Partei zugewendet. Aber hat die Partei überhaupt überzeugende wirtschaftspolitische Konzepte im Programm? Schaut man auf ihrer Homepage nach, ergibt sich Erstaunliches. Die einzelnen Vorschläge der AfD sind alle bereits von anderen Parteien gemacht worden.«²²¹

»Rechtspopulismus ist keine rationale Kraft, sondern er verwandelt die Emotion Angst über eine Erzählung der Gegenwart in Form von zumeist nationalistischen Ressentiments in Zorn und partiell Hass. Dieser wendet sich gegen alle etablierten Parteien gleichermaßen, ja gegen das Ganze von ihm so definierte Establishment. Dadurch sind die politischen Praktiken liberaler Demokratien zur gesellschaftlichen Konsensbildung in eine tiefe Krise geraten. Das zeigen auch die teilweise schwierigen Regierungsbildungen auf Länderebene in Deutschland.«²²²

Internationale Auswirkungen und Reaktion auf die WTO-Politik

»Die Summe aller Handelsbilanzen weltweit ist null. Jeder Handelsbilanz-Überschuss eines Landes verursacht zwingend ein Defizit in einem anderen Land. Vorübergehend und in geringem Ausmaß stellt das kein Problem dar, genauso wenig wie zwischen zwei »Menschen«, wenn der eine dem anderen einmal mehr verkauft, als er ihm abkauft. Wenn aber ein Mensch dem anderen beständig mehr oder sogar deutlich mehr verkauft, als er ihm abkauft, dann verschuldet sich der andere Mensch immer tiefer beim ersten und ist früher oder später bankrott.«²²³

Die Tabelle zeigt die Länder mit dem größten Handelsbilanzüberschuss und dem größten Handelsbilanzdefizit (jeweils nominale Warenexporte und -importe) in Millionen US-Dollar 2016. Die Außenhandelsbilanzen weisen die USA und das Vereinigte Königreich als Länder mit den größten Defiziten aus. So ist es nicht verwunderlich, dass beide Länder einen eigenen Weg gehen.

²²⁰ (Horn, 2020), Pos. 2752

²²¹ (Horn, 2020), Pos. 2428

²²² (Horn, 2020), Pos. 2964

²²³ (Felber, 2017), S. 37

Handelsbilanzüberschuss und -defizit 2016 in Mrd US-Dollar			
China	510,73	USA	796,74-
Deutschland	284,76	Großbritannien	226,37-
Quelle: WTO/Statista 2016			

Abbildung 14: Handelsbilanzüberschuss und -defizit 2016

Boykott der WTO durch die USA

Mit dem Boykott der Besetzung der Richterstellen in der WTO hat bedauernswerterweise Donald Trump das Streitbeilegungsgremium der WTO arbeitsunfähig gemacht. Die WTO muss reformiert oder ersetzt werden, doch eine positive aktive Rolle fiel ihm nicht ein.

Doch die Schattenseiten des neoliberalen Freihandels hat Donald Trump durchaus richtig erkannt und benannt: Handelsdefizite, ausgedünnte Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsplatzverluste, prekäre Löhne. Nicht verstanden hat er allerdings die Mechanismen des Freihandels.

Sein Chefstrategie Bannon lieferte die Gründungsdogmen für die gemeinsame Politik: Isolationismus und Nichteinmischung sowie Protektionismus, beides gedacht als ein Zurück zu verloren geglaubter Eigenständigkeit und Großartigkeit der Nation.

Trump hatte im Wahlkampf das Außenhandelsdefizit der USA als hauptsächliche Ursache der sozialen Schieflage bezeichnet und dem Ausland populistisch den Schwarzen Peter zugespielt. Entsprechend aggressiv war seine Rhetorik: »Der Diebstahl amerikanischen Wohlstands wird enden, tausende Fabriken sind unserem Land gestohlen worden.« 2016 betrug das Defizit der USA bei Gütern tatsächlich 750 Mrd., während mit Dienstleistungen ein Überschuss von 248 Mrd. erzielt wurde, in Summe also 502 Mrd. Dollar. Das Missverhältnis war eine Folge der um die Jahrtausendwende entstandenen Illusion, die Zukunft gehöre der Dienstleistungsgesellschaft und entwickelte Länder sollten ihre Güterproduktion in weniger entwickelte Länder auslagern.

Sollte Trump Strafzölle tatsächlich einführen, würde er damit internationale Wertschöpfungsketten zerstören, in die auch US-Unternehmen eingebunden sind – mit unabsehbaren Folgen. Er ignorierte die Tatsache, dass sich die USA wie alle anderen 163 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO verpflichtet haben, über die multilateralen Vereinbarungen uneingeschränkten Handel und Kapitalverkehr über ihre Grenzen zuzulassen. Der entstehende Verdrängungswettbewerb sowie die spekulationsbedingten Unwägbarkeiten infolge schwankender Wechselkurse zwingen Unternehmen zu fortwährendem Sozial- und Öko-Dumping. Folglich setzen sie Regierungen unter Druck, ihre sozialen und ökologischen Standards zu senken. Es entsteht eine teuflische Dumping-Spirale.

Nur wenige Staaten erwirtschaften Handelsüberschüsse, viele rutschen dagegen in Handelsdefizite ab – und alle erleiden soziale und ökologische Verheerungen. Trump kann oder will nicht verstehen, dass die Probleme seines Landes unter der Freihandelsdoktrin überwiegend hausgemacht sind, deshalb versucht er, die Mechanismen des Freihandels zugunsten der USA zu verändern. Doch im Freihandel ist eines unmöglich: die nützliche Anwendung von Zöllen. Denn das setzt eine regulierte internationale Wirtschaft voraus.

Das zentrale Instrument dazu sind die Wechselkurse, die bilateral so kalkuliert werden müssen, dass sie die unvermeidlichen Unterschiede bei Produktivitäten und folglich Preisen im Schnitt neutralisieren.²²⁴

Der Brexit als Loslösung vom europäischen Subventionsverbots-gesetz der WTO

In der Europäischen Union wird der Brexit noch immer als eine dumme Aktion verstanden. Sicher gibt es wie auch in den USA einen harten Kern, der den Trumpschen Idealen nacheiferte. Doch der Brexit wäre ohne die Bereitschaft der Labour-Party nicht denkbar gewesen. Um zu verstehen, warum Corbyn, der Führer der Labour-Party, auch für den Brexit war, genügt ein Blick in sein Manifest vom August 2017. Allen politischen Kräften in UK war klar, dass die nationalen Wirtschaftsverhältnisse durch die multilateralen Abkommen der WTO zu erheblichen Problemen geführt hatten. Während die Tories noch immer den Freihandel bevorzugten, sah Corbyn neben sozialen Verbesserungen auch in der Wiederverstaatlichung ehemaliger staatlicher Unternehmen wie Eisenbahn, Stahlwerke, Wasserwerke, Internet etc. die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu gewinnen. So heißt es:

Unser Land und seine Leute wurden durch einen Mangel zurückgehalten bei Investition als Rückgrat einer modernen Wirtschaft - die Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation und Energie Systeme. Wir werden die nahezu rekordverdächtigen niedrigen Zinssätze nutzen, um ein Nationalen Transformationsfonds mit 250 Milliarden Pfund zu schaffen, mit dem über die nächsten zehn Jahre ein Aufschwung unserer Wirtschaft vorgenommen wird.²²⁵

Dieses Konzept ist nun von den konservativen Tories übernommen worden, um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden und der Labour-Party das Wasser abzugraben.

Verhinderung staatlicher Unterstützung von Unternehmen

Im Zuge der Corona-Krise hatten die Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaft den stillgelegten Unternehmen großzügige wirtschaftliche Hilfen zugesagt.

Demnach wurden die Bedingungen für coronabedingte Unternehmenshilfen im Rahmen der Überbrückungshilfen II geändert, bei denen es anders als bei den November- oder Dezemberhilfen nicht um Umsatzausfälle, sondern um die Erstattung betrieblicher Fixkosten geht. Diese laufenden Ausgaben werden nun nur erstattet, wenn das Unternehmen tatsächlich einen Verlust nachweisen kann. Darauf hatte die EU-Kommission gedrungen. Jetzt erklärte das Finanz-Ministerium, die Hilfebedürftigen hätten doch wissen müssen, dass die europäischen Beihilferegeln das einschränken.²²⁶

Der Nachweis eines Verlustes kann nicht sofort erbracht werden. Er wird erst jeweils am Abschluss eines Jahres ermittelt, und dann kann es für das Unternehmen zu spät sein. Von

²²⁴ Vgl. ÖkologiePolitik, 14.7.2017, IST TRUMPS WIRTSCHAFTLICHER NATIONALISMUS ZUKUNTSFÄHIG?

²²⁵ Vgl. <https://labour.org.uk/wp-content/uploads/2017/10/labour-manifesto-2017.pdf>, S. 11-12

²²⁶ Vgl. Karsten Seibel, 13.1.2021, Welt, »Unfassbare Arroganz« – Die Nothilfen-Ausrede offenbart, wie blank die Nerven liegen

der EU, die die Regelungen der WTO übernommen hat, werden die Hilfen als Subventionen angesehen, die nach WTO-Regelung verboten sind. Leider geht die Welt nicht auf negativen Regelungen der WTO ein, sondern beschuldigt das Finanzministerium.

Beunruhigender Ausverkauf der Daseinsvorsorge im GATS der WTO

Besonders beunruhigend ist, dass die klassifizierte Liste des GATS der WTO bereits heute alle sensiblen Sektoren der öffentlichen Daseinsvorsorge enthält, insbesondere die Sektoren Wasserversorgung, Abwasser- Müllentsorgung, Energieversorgung, Gesundheit, Bildung, Soziales, Kranken- und Rentenversicherung, Umwelt, Städteplanung, Kultur, Rundfunk, Fernsehen sowie Nahverkehr. Es ist abzusehen, dass diese Sektoren sehr selektiv nach Gesichtspunkten schneller und hoher Rendite durch private Angebotsmonopole oder -oligopole auch multinationaler Konzerne besetzt werden. Den Kommunen wird dabei nicht nur die Erbringung sensibler, für den Wettbewerb nicht geeignete Leistungen entzogen, sondern auch sukzessive auch die demokratische Kontrolle der Daseinsvorsorge. Das im deutschen Grundgesetz verankerte Modell der kommunalen Selbstverwaltung, das demokratisch gewählte Gemeindevertretungen vorsieht, wird durch das GATS-Engagement von Bundesregierung und EU zum Auslaufmodell erklärt.

Die öffentliche Daseinsvorsorge beruht auf dem Solidarprinzip und ist für die soziale Gerechtigkeit und Wohlfahrt sowie für den inneren Frieden moderner Gesellschaften unverzichtbar. Es ist absehbar, dass die Privatisierung der Daseinsvorsorge in demokratische Entmündigung und öffentliche Verarmung führen wird.²²⁷

²²⁷ Vgl. (Zeitler, 2006), S.170-172

Kapitel 3:

Ergänzungen zur
sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Zielsetzung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Der höchste in einer Gesellschaft erzielbare Gesamtnutzen, das sogenannte Wohlfahrtsoptimum, kann durch nichts anderes als die aktive Teilnahme der höchstmöglichen Zahl Erwerbsfähiger am Wirtschaftsleben erreicht werden – selbstverständlich verbunden mit deren leistungsgerechter Teilhabe am Volkseinkommen. Das Optimum ist gegeben, wenn jeder, der arbeiten will, angemessene monetäre und nicht-monetäre Anreize vorfindet und sich selbst bestimmt verwirklichen und seine Leistung einbringen kann.

Das Grundrecht auf selbstbestimmte Teilnahme und existenzsichernde Teilhabe am Wirtschaftsleben ist Teil der Menschenwürde und kann anderen Rechten nicht ungeordnet werden. Diesem Recht, das sich in Vollbeschäftigung konkretisiert, muss in einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung absoluter Vorrang eingeräumt werden.

Für ein auf Vollbeschäftigung zu gründendes Gleichgewicht bieten sich vier wirtschafts-politische Zielsetzungen an:

- (1) Die Dezentralisierung / Subsidiarisierung der wirtschaftlichen Strukturen;
- (2) Das qualitative Wachstum;
- (3) Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und
- (4) Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht.

Nur wenn alle dazu fähigen Bürger ihre Doppelrolle als Produzenten und Konsumenten wirtschaftlicher Wertschöpfung wahrnehmen, lassen sich Wirtschaftskreisläufe aufbauen und aufrechterhalten. Und weil wirtschaftliches Handeln nur in Kreisläufen gedacht werden kann, und weil Kreisläufe nur funktionieren, wenn sie von unten bis oben über alle Ebenen im Austausch stehen, lässt sich Wirtschaft nicht auf höhere Ebenen delegieren und von höheren Ebenen allein auch kein warmer Wohlstandsregen erwarten. ²²⁸

»So lässt sich das fadenscheinige Effizienz- und Produktivitätsprinzip des Neoliberalismus, das zum Zwecke höchster Kapitaleffizienz auf die Maximierung der Produktionsmengen gerichtet ist, durch ein Ordnungsprinzip ersetzen, das die natürlichen Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten menschlichen Wirtschaftens wiederherstellt und bewährt. Dabei gilt: Je erfolgreicher es der wirtschaftspolitischen Steuerung gelingt, die Subsidiarität²²⁹ der wirtschaftlichen Strukturen fortwährend zeitgemäß zu optimieren, desto höher wird die Effizienz des Einsatzes menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen sowie die darauf aufbauende Produktivität wirtschaftlicher Prozesse ausfallen. Vereinfacht ausgedrückt wird die wirtschaftliche Effizienz und Produktivität nicht mehr durch die Produktionsmenge, sondern durch die Produktionsstruktur bestimmt und: Sie ist damit automatisch sozial und ökologisch definiert. Das heißt, als effizient und produktiv gilt, was der Gemeinschaft nützt, das Volksvermögen mehrt und die lebenserhaltenden Funktionen der Biosphäre, der Troposphäre und der Lithosphäre bewahrt.

Der Prozess der Subsidiarisierung der Wirtschaft ist das Gegenteil des neoliberalen Konzentrationsprozesses. Statt eine weltweite Zentralisierung unter dem Diktat eines

²²⁸ Vgl. (Zeitler, 2006), S. 163-166

²²⁹ Anstrengung einer größtmöglichen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums, der Familie oder der Gemeinde, soweit dies möglich und sinnvoll ist.

konstruierten Kostendrucks zu betreiben, werden Produktionen und Wirtschaftskreisläufe bewusst dezentralisiert.«²³⁰

Das bedeutet nicht, dass dabei der Welthandel aufgegeben wird, sondern, die Bedingungen müssen angepasst werden. Einen Welthandel und eine Welthandelsorganisation muss es geben, doch diese Funktion wurde durch die WTO nicht unseren Wünschen entsprechend wahrgenommen.

»Mit Sicherheit hat es niemals in der Wirtschaftsgeschichte eine Fehlentwicklung vom Ausmaß der neoliberalen Globalisierung gegeben, und sicher war niemals zuvor ein Wechsel des wirtschaftlichen Paradigmas notwendiger als heute. Die Herausforderungen, vor der wir stehen, können wir in drei an uns selbst gerichtete Forderungen formulieren:

- (1) Wir müssen allen Menschen eine selbstbestimmte Teilnahme und existenzsichernde Teilhabe am Wirtschaftsleben ermöglichen,
- (2) Den wirtschaftlichen Akteuren vor Ort die unmittelbare Verantwortung für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Handelns und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen auferlegen,
- (3) und einen Prozess des weltweiten Wissensaustausches, Voneinanderlernens und der praktischen Entwicklungshilfe in Gang setzen. [...].

Die Politische Agenda zur Überwindung der neoliberalen Globalisierung lässt sich in zwei Begriffen zusammenfassen: Marktwirtschaft und Demokratie. Das eine als eine ein wirtschaftliches. Das andere ein politisches Ordnungsprinzip, die sich beide auf rechtsstaatlicher Grundlage zu einer zukunftssträchtigen gesellschaftlichen Ordnung ergänzen. Beider größter Feinde sind das ungezügelte Machtstreben und der ungezügelte Eigennutz. «²³¹

Entwicklung eines Wohlstandsziels

Mit Beginn der Bundesrepublik wurde ein wirtschaftspolitisches Konzept entwickelt, welches als Globalsteuerung bekannt wurde und die theoretischen Ideen von John Maynard Keynes aufgriff. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurde es 1967 gesetzlich festgeschrieben. Als oberstes Ziel wurde das »Gemeinwohl – Wohlstand für alle« definiert. Zur Erreichung des Gemeinwohls wurden gleichrangig vier Unterziele definiert, die als magisches Viereck bekannt wurden. Diese vier Ziele erhielten Grenzwerte, an denen sich die jeweiligen Regierungen auszurichten hatten:

- Stabilität des Preisniveaus (Inflationsrate)
- Hoher Beschäftigungsstand (Arbeitslosenquote)
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum (Zuwachs des Sozialprodukts).

²³⁰ (Zeitler, 2006), S. 40

²³¹ (Zeitler, 2006), s. 44-45

Indikator Wachstum

»Eine Berechnungsmethode, wie das BIP, mit der die tatsächlich anfallenden Kosten der Produktionsfaktoren Arbeit und Naturressourcen zugunsten der einer auf diese Weise künstlich erhöhten Kapitaleffizienz unterschlagen werden, ergibt nur ein Zerrbild des tatsächlichen Sozialprodukts und seines Wachstums. [...].

Die verbreitete Wachstumsbesessenheit, die einseitig auf hohe Kapitaleffizienz zielt, hat ihre Wurzeln [...] im politisch ungezügelter Expansions- und Gewinnstreben von Industriellen und Investoren. Deren Ziele decken sich mit den Wachstumsillusionen neoklassischer und neoliberaler Ökonomen, was den politischen Parteien und ihren Vertretern als Rechtfertigung oder Vorwand dient, die Vorstellungen als Expertenurteil aufzugreifen und Wirtschaftswachstum als vorrangiges Ziel zu stilisieren. Diese Verfilzung erklärt, weshalb unter neoliberalen Protagonisten kein anderes wirtschaftspolitisches Ziel größere Einmütigkeit zu erzeugen vermag als der Zuwachs des Sozialprodukts.«²³²

Aus diesem Grund eignet sich das BIP nicht als Indikator für eine Gesellschaft, um den Wohlstand oder die Wohlstandsveränderung abzubilden.

Indikator Arbeitslosenquote

Von diesen Zielen wurde allein der Arbeitslosenquote (Erwerbslosenquote) als Maßstab des Wohlstands genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

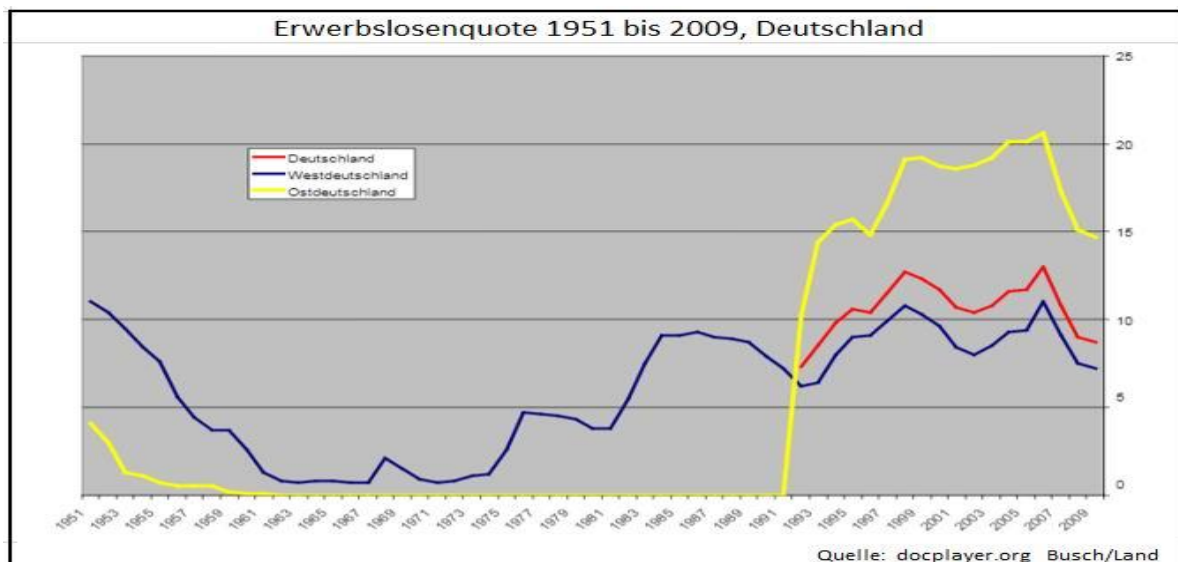


Abbildung 15: Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland 1951 bis 2009

Quelle: <http://docplayer.org/13891914-Teilhabekapitalismus-ulrich-busch-rainer-land-aufstieg-und-niedergang-eines-regimes-wirtschaftlicher-entwicklung-am-fall-deutschland-1950-bis-2010.html>, Abb. 17

²³² (Zeitler, 2006), S. 122

Obwohl die Erwerbslosigkeit im September 2019 auf 3 %²³³ gesunken war, kann nicht davon gesprochen werden, dass dieser Indikator geeignet ist, den Wohlstand der Gesellschaft zu repräsentieren. Denn 50 % der Gesellschaft hatten keinen Anteil an der Vermögensentwicklung von 50 Milliarden Euro in 1950 auf 6.000 Milliarden Euro in 2017.

Und doch wird dieser Indikator immer wieder für Wohlstandsdiskussionen missbraucht. Eine geringe Erwerbslosigkeit zeigt nicht auf, dass eine größere Arbeitslosigkeit nur verdeckt wird, indem die Löhne gesunken sind oder sogar durch Manipulation der Statistik verdeckt wurde. Z. B. indem mehr Personen Arbeitslosengeld bekommen als Arbeitslose ausgewiesen sind.

Neuer Wohlstandsindikator

Der Begriff Wohlstand wird in der Presse immer nur für die gesamte Nation verwendet, jedoch nicht für den einzelnen Bürger.

Ein großes politisches Ziel muss es daher sein, einen Indikator zu erschaffen, der den wirklichen Wohlstandscharakter einer Gesellschaft widerspiegelt. Jede politische Regierung kann dann leicht daran gemessen werden, wie sie gearbeitet hat. Hier tun sich die wissenschaftlichen Institute jedoch schwer.

Wie hoch muss das Einkommen sein, um im Wohlstand zu leben? Um welches Einkommen handelt es sich? Ist es ein Einkommen aus Arbeit oder aus Vermögen? Bei einem Einkommen aus Vermögen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit eine große Sicherheit bezüglich der Dauer des Einkommens verbunden, bei einem Einkommen aus Arbeit ist das nicht gegeben. Das setzt voraus, dass bei Einkommen aus Arbeit jederzeit zusätzlich eine Sparleistung erbracht werden muss, die zu Vermögen führt und die das fehlende Einkommen in einer Zeit ohne Arbeit oder von Krankheit ersetzt.

Zusätzlich spielen die Argumente von Martha Nussbaum eine wichtige Rolle.²³⁴

Als Grundlage kann einerseits das Netto-Arbeitseinkommen (Abbildung 9: Nettolöhne pro Monat und Arbeitnehmer 1970 bis 2018) und das Netto-Kapital- und Netto-Arbeits-einkommen (Abbildung 16: Mittelwerte von Netto-Kapital- und Netto-Arbeits-einkommen 2010) dienen.

Die Daten der »Abbildung 16« basieren dagegen auf den Steuerdaten des TPP (Taxpayer Panels), womit eine deutlich umfassendere Abbildung der Kapitaleinkommen ermöglicht wird. Besonders die Ränder der Verteilung sind stärker von ökonomischen Schocks oder konjunkturellen Schwankungen betroffen, da diese auf eine Veränderung der Arbeitslosigkeit oder der Unternehmensgewinne bewirken. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Verteilung nach TPP die Vermögenseinkommen der Unternehmen richtig widerspiegelt, denn realisierte Gewinne können in den Unternehmen zurückgehalten werden.²³⁵

²³³ Destatis, Pressemitteilung

²³⁴ (Brune)

²³⁵ (Drechsel-Grau, Peichl, & Kai Daniel Schmid, 2015)

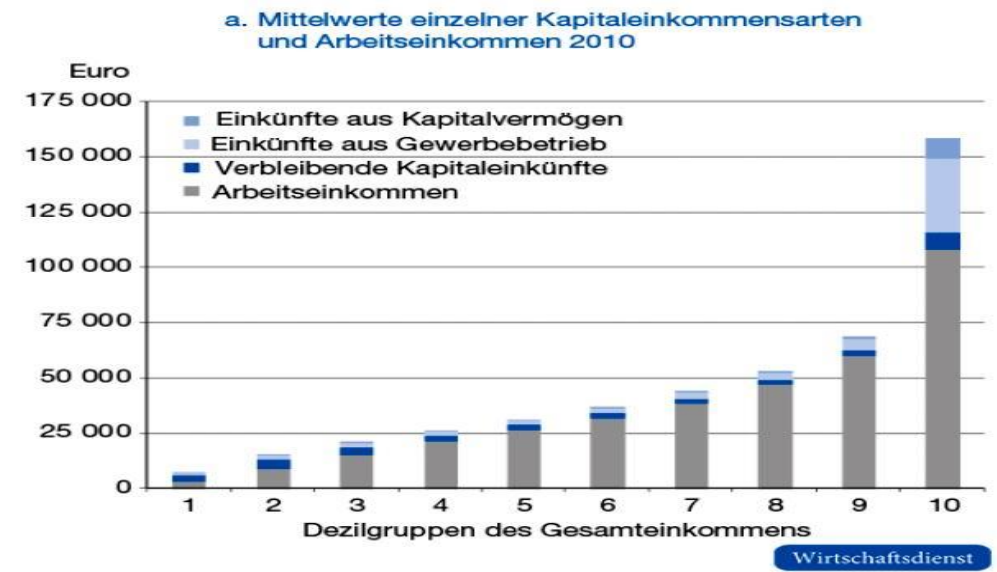


Abbildung 16: Mittelwerte von Netto-Kapital- und Netto-Arbeitseinkommen 2010

Quelle: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2015/heft/10/beitrag/einkommensverteilung-und-gesamtwirtschaftliche-entwicklung-in-deutschland-spitzen-einkommen-ein-missi.html>

Doch die Mitte der Verteilung ist stabil und kann für die Konstruktion eines Indikators zur Wohlstandsbestimmung genutzt werden.

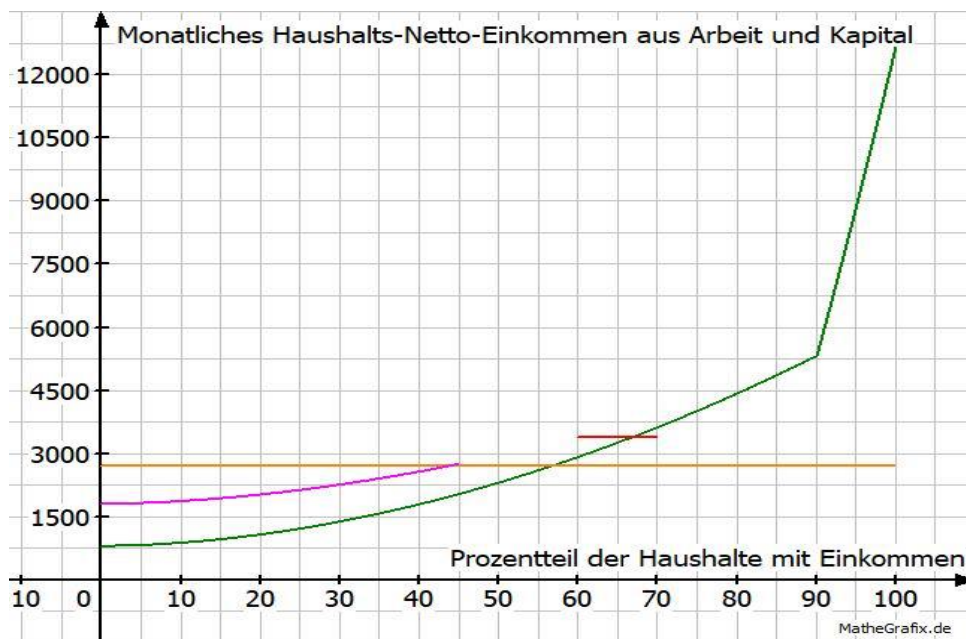


Abbildung 17: Bildung eines einfachen Wohlstandsindikators

Die grüne Linie »Abbildung 17« stellt einen näherungsweisen Verlauf des monatlichen Nettohaushaltseinkommen der »Abbildung 16« von den geringsten bis zu den höchsten Einkommen in Prozent der Einkommenshaushalte dar.

Auch wenn es keine genaue Statistik über die gesamten aktiven und passiven Nettoeinkünfte gibt, (Arbeit, Zinsen, Renten, Mieten, Dividenden Veräußerungs- und

Spekulationsgewinne), so ergeben sich Anhaltspunkte, wie die Verteilung aussehen könnte.

Eine derartige Statistik könnte mit Leichtigkeit vom Finanzministerium geliefert werden, da die Ergebnisse der Steuererklärungen anonymisiert an das statistische Bundesamt zur Verarbeitung gesendet werden könnten.

Das ärmste Einkommen beginnt bei ca. 300 Euro mit Transfereinkommen (linker Teil) siehe auch »Abbildung 27: Verteilung der Versichertenrenten, alte Bundesländer 2017«.

Das reichste Einkommen dürfte bei mindestens ca. 40.000.000 Euro pro Monat liegen (rechter Teil) und kann daher auf dieser Grafik nicht dargestellt werden. Es ergibt sich aus dem Nettoeinkommen aus den Dividenden von BMW an die Familie Klatten. Siehe auch Abschnitt: »Erhöhung der Löhne, die nicht am Wohlstand teilnehmen«.

Es spielt hier aber keine Rolle, wie hoch das Haushaltseinkommen von den Reichen in Wirklichkeit ist, da nicht der Durchschnitt herangezogen wird, der um ein Vielfaches höher wäre, sondern der Median.

Der Median des Haushaltseinkommens (das ist genau das Einkommen, welches die Mitte aller Haushalte erhält. Es gibt genauso viele Haushalte unterhalb des Medians, wie über dem Median). Diese kennen wir aus der Statistik »Abbildung 19: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 2013 nach Dezilen« und er lag bei 2473 Euro $((2806+2341)/2)$ in 2013. In »Abbildung 17: Bildung eines einfachen Wohlstandsindikators« wird nun angenommen, dass er heute bei einem Betrag von 2700 Euro liegt (grüne Linie bei 55 %). Wir wissen nun aus »Abbildung 5: Vermögensverteilung 2002 und 2007«, dass der Median in dieser Abbildung nur eine geringfügige Vermögensentwicklung enthält. Diese muss aber mindestens jedem Bürger zugestanden werden.

Daraus lässt sich ableiten, dass eine Wohlstandsgesellschaft für alle Bürger nur dann entsteht, wenn das Haushaltseinkommen für die untere Hälfte der Gesellschaft die gelbe Linie erreicht. Die Anhebung der Einkommen der unteren Hälfte der Gesellschaft (lila Linie) lässt sich ganz einfach messen. Im Ursprungszustand befanden sich 45 % der Gesellschaft im Wohlstand (Markierung 55). Nach Anhebung der Löhne in der unteren Hälfte der Gesellschaft beträgt der Wohlstand der Gesellschaft 55 % (Markierung 45).

Als Ausgangspunkt für eine Wertbildung könnte somit die Markierung von 65 % (rot) sein, die mit einem Abschlag die Marke von 55 % bildet, die ja überschritten werden soll und nicht den Ausgangspunkt verändern sollte. Die Veränderung des Ausgangspunktes käme somit nur zustande, wenn es zu generellen Wohlstandsveränderungen oder höheren Inflationsraten käme.

Natürlich stellt sich für die Leser die Frage, wie diese Erhöhung der Löhne bezahlt werden kann.

Für Anhänger einer Umverteilung ergibt sich folgende Betrachtung:

Die Fläche in der unteren Gesellschaftshälfte (0 bis 50 %) zwischen der momentanen Einkommenserteilung (grüne Linie) und der gewünschten Einkommensverteilung (gelbe Linie) stellt die Einkommen dar, die erhöht werden müssen.

Die Fläche der Fläche in der oberen Gesellschaftshälfte (50-100 %) zwischen der gelben Linie und der grünen Linie ist erheblich größer. Eine Umverteilung der Einkommen ist also ohne Probleme möglich. Diese Lösung ist aber wahrscheinlich kaum durchsetzbar.

Die bessere Lösung ist, erstens über Staatsinvestitionen Arbeitsplätze zu schaffen, die zusätzlich Nachfrage erzeugen und damit auch in anderen Bereichen der Wirtschaft weitere Arbeitsplätze erzeugen. Vergessen wir nicht, dass es den volkswirtschaftlichen Multiplikatoreffekt gibt, der über die zusätzliche Nachfrage weitere Nachfrage auslöst.

Zweitens gibt es eine Möglichkeit die Bildung von Vermögen zu verändern, womit die Ursache der Einkommensungleichheit gemildert wird, ohne dabei jemanden zu schaden. Beide Möglichkeiten werden weiter unten ausführlicher erörtert.

Repräsentanten und Repräsentierte zusammenbringen

Der Weg zu Bundeszielen über die Parteien funktioniert nicht

Gleich mit welcher Partei man es zu tun hat, sie sind zersplittert in regionaler Betroffenheit. Eine Regionalpartei beschäftigt sich mit örtlichen Gegebenheiten und sucht nach Lösungen. Auch bei den Landesparteien ist es ähnlich. Die Parteien erreichen selten die Bürger oder auch anders herum, die Bürger sehen sich, sobald es um Bundespolitik geht, in von den Parteien nicht wahrgenommen. Der Grundsatz »Parteien helfen bei der Willensbildung mit« kommt somit nicht oder nur selten zum Tragen.

Daher ist es ein wichtiges Ziel, diese Kommunikationsmauer zu durchbrechen und mit neuen Ideen dafür zu sorgen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung auch die parlamentarische Ebene erreichen, gleichgewichtig zu den bereits von oben kommenden vorhandenen Einflüssen. Die Bürgerbeteiligung ist dabei ein wichtiger Schritt. Ich bezweifle jedoch, dass dies ausreichend ist und sehe eher eine Ergänzung in der Einführung einer allgemeinen Anregungsstelle der Bevölkerung. Sortiert nach örtlich-, landes- und staatspolitischen Belangen, könnten auch dementsprechend die Bürgerbeteiligungen organisiert werden.

Mehr direkte Demokratie wagen

Wir haben eine als repräsentative Demokratie noch immer eine der besten der Welt. Unser föderales Zweikammersystem (Bundestag und Bundesrat) und Verhältniswahlrecht bewahrt uns vor Sessionen wie in Spanien (Katalanien), England (Schottland), Jugoslawien und Frankreich (Korsika).

Auch die Parlamente des Bundes und der Länder sind fachlich gut besetzt.

Nach unserem Demokratieprinzip geht alle Staatsgewalt vom Volke aus (Art. 20 II 1 GG). Parteien helfen bei der Willensbildung mit. Die Einwirkung des Volkes auf staatliche Willensbildung außerhalb von Wahlen kann unmittelbar durch Abstimmungen (Art. 20 II 2 Fall 2 GG): Volksbegehren, Volksentscheid, Volksbefragung und Referendum in einem öffentlichen Willensbildungsprozess (Art. 5 I, Art. 8, Art. 9 I, Art. 21 I 1 GG) vorgenommen werden.²³⁶

Doch hier hat Vieles nicht funktioniert. Der Bevölkerung ist es weitgehend unbekannt, dass die WTO mit ihrer neoliberalen Politik für die Deindustrialisierung der Hochpreisländer gesorgt und damit Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet hat. Sie hat genauso zu schweren Verwerfungen in der Arbeitswelt der Entwicklungsländer gesorgt. Die WTO agiert mit ihren 164 Mitgliedern wie eine Oligarchie (Herrschaft der Wenigen)

²³⁶ Demokratieprinzip, Prof. Dr. Christoph Gröpl, Staatsrecht in Universität des Saarlandes

über die Staaten, die Mitglieder in der WTO sind. Die gesamte Weltbevölkerung besteht aus ca. 195 Staaten. Die WTO herrscht somit über 85 % der Staaten und damit über fast die gesamte Weltbevölkerung, wobei die restlichen 15 % der Staaten nicht einmal bedeutungsvoll sind. Keine dieser Regelungen, die später in Gesetze gegossen wurden, hat jemals ein Parlament gesehen.

Es ist kaum zu verstehen, wie es möglich war, dass sich der Neoliberalismus von oben auf die Politik absenkte und sich ohne Berücksichtigung der realen Verhältnisse im Leben der Bevölkerung ausbreitete. Es ist eine Aufgabe der Medien, auf Gefahren für die nationalstaatliche Entwicklung aufmerksam zu machen. Doch hier haben die Medien zweifellos versagt. Wenn es keine Aufklärung gibt, kann auch kein Volkswille entstehen. Es gilt auch festzustellen, dass es ein riesiges Kommunikationsproblem zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten gibt, welches unbedingt beseitigt werden muss.

»Eine auf soziale Gerechtigkeit und parteiinterne Demokratisierung setzende Politik ist der einzig erfolgversprechende Weg zu einer sozialen Öffnung der politischen Elite. Nur so kann sie sich der breiten Bevölkerung sozialstrukturell wieder annähern und ein Gegengewicht zu den vorwiegend neoliberalen Denk- und Handlungsweisen der meisten anderen Eliten bilden. Über ihre Erneuerung kann dann auf Dauer auch Einfluss auf die Eliten der anderen öffentlichen Institutionen wie vor allem der Verwaltung und der öffentlich-rechtlichen Medien genommen werden.«²³⁷

Direkte Demokratie hat zwei Bedeutungen. Sie bezeichnet einerseits eine Herrschaftsform, bei der die Macht direkt vom Volk ausgeübt wird und andererseits ein Entscheidungsverfahren, bei dem das Volk in einer repräsentativen Demokratie unmittelbar über Sachfragen abstimmt. Wir haben eine repräsentative Demokratie und somit wäre es angebracht, den Einfluss durch neue Entscheidungsverfahren zu erhöhen.

Wahlen und Abstimmungen bilden zusammen mit der Gewaltenteilung laut Grundgesetz Artikel 20 in Deutschland die wesentliche Grundlage zur Ausübung der souveränen Staatsgewalt durch das Volk.

Als Alternativen werden laut Wikipedia folgende Möglichkeiten genannt:

- Referenden
Da dieses Instrument der direkten Demokratie – je nach konkreter Ausgestaltung – von Exekutive oder Legislative unter Umständen genutzt werden kann, um die bestehende Gewaltenteilung eines Landes zu umgehen, besteht in schwachen Demokratien eine erhöhte Gefahr des Missbrauchs.
- Initiativverfahren
Initiativverfahren sind diejenigen direktdemokratischen Instrumente, bei denen das Volk in die gewählte Vertretung ein Anliegen oder eine Vorlage (eine Initiative) zur zwingenden Beratung einbringen kann. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der Vorlage obliegt aber einzig der gewählten Vertretung, das Volk stimmt nicht selbst ab. Nach der Behandlung der Initiative in der gewählten Vertretung ist das Verfahren – unabhängig vom Ausgang – beendet. Dazu gehören auch Petitionen, die jedoch in der Praxis der Bundesrepublik leicht abgewehrt werden können.

²³⁷ (Hartmann, 2018), S. 242

- Volksabstimmungen

Volksabstimmungsverfahren sind all jene direktdemokratischen Instrumente, bei denen aus dem Volk selbst eine Vorlage erarbeitet wird, die schließlich auch vom Volk selbst in einer direkten Abstimmung entschieden wird. Da in solchen Verfahren sowohl die Initiative als auch das letzte Entscheidungsrecht beim Volk selbst liegen, kommen diese dem demokratischen Ideal vom Volk als Souverän am nächsten, obwohl das Volk seine souveräne Herrschaft nur punktuell zu einer einzigen Frage ausübt. Eine Volksabstimmung wird als Gesamtheit der dreistufigen Volksgesetzgebung bezeichnet, welches somit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid zusammen umfasst.

»Die bis in die 1990er-Jahre hinein in der Staatsrechtslehre vorherrschende Auffassung, dass bundesweite Volksentscheide aufgrund von Initiativverfahren zu anderen Themen als einer Gebietsneugliederung dem Geist des Grundgesetzes entgegenstünden, hat sich gewandelt. Die hierfür vorgebrachten Begründungen, insbesondere dass aufgrund der ›Weimarer Erfahrungen‹ der Parlamentarische Rat diese ausdrücklich verhindern wollte, gelten als historisch widerlegt. Als herrschende Meinung (h. M.) gilt mittlerweile, dass eine solche Aufnahme direktdemokratischer Initiativrechte aufgrund des Art. 20 (2) (Staatsgewalt) ausdrücklich möglich ist, hierfür aber aufgrund des Art. 20 (3) zwingend eine Anpassung des Grundgesetzes, insbesondere der Art. 76 (1) (Gesetzgebung des Bundes), Art. 77 (Mitwirkung der Länder) und Art. 82 (Ausfertigung von Gesetzen), notwendig sei.

Seit dem Beginn des Jahrtausends machten außer der CDU alle im Bundestag vertretenen Parteien Vorschläge zur Anpassung des Grundgesetzes, um den Geltungsbereich von Volksbegehren und Volksentscheid über die enge Themenbegrenzung auf Gebietsneugliederungen zu erweitern.«²³⁸

Eine Partei, die beabsichtigt, die absolute Mehrheit im Bundestag zu erringen, kommt nicht an einer Volksabstimmung über die Gültigkeit der WTO-Regelungen vorbei, allerdings erst, nachdem die Bevölkerung über die Auswirkungen dieser Regelungen aufgeklärt wurde. Die WTO-Regelungen haben keine Legitimation und wegen der schwerwiegenden Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung ist eine Legitimierung dringend erforderlich.

Würde man die Bevölkerung in einer Volksabstimmung befragen, ob sie einen sicheren Arbeitsplatz mit einem Einkommen haben wolle, von dem sie gut leben könnte und auch für das Alter bezüglich Rente, Krankheit und Pflege gut abgesichert wäre, dafür aber einen höheren Preis bei den Gütern des täglichen Bedarfs akzeptieren müsste, dann wäre sicher die Mehrheit der Bevölkerung dafür. Das Problem mit der Deindustrialisierung über die WTO wäre dann im Bewusstsein angekommen und eine Aufgabe für die Politik.

Aber wer fragt schon die Bevölkerung, was sie will? Von direkter Demokratie sind wir noch weit entfernt. Doch es gibt auch noch zusätzlich andere politische Einflussmöglichkeiten. Zu Änderungen beim WTO-Oligopol siehe auch Kapitel: »*Notwendige Reorganisation des globalen Außenhandels (WTO)*«.

²³⁸ Wikipedia, Volksentscheid

Bürgerbeteiligung

»Der Deutsche Städtetag hat Ende 2013 ein Arbeitspapier mit ›Thesen zur Weiterentwicklung der lokalen Demokratie‹ (PDF) vorgelegt. Darin spricht sich der kommunale Spitzenverband, dem rund 3.400 Städte und Gemeinden angehören, dafür aus, Bürgerbeteiligung vor Ort als kommunale Querschnittsaufgabe zu stärken. Die Aufgabe der Verwaltungen wird vor diesem Hintergrund ›zukünftig immer stärker darin bestehen, vorhandene Bürgerpotenziale zu fördern, Prozesse zu moderieren, demokratische Spielregeln zu vereinbaren, Informationen adressatengerecht zu vermitteln sowie beteiligungsferne Schichten zu aktivieren‹.«²³⁹

Obwohl es in vielen Kommunen bereits heute große und kleine Beteiligungsprojekte mit beeindruckenden Ergebnissen gibt, tritt das Interesse und Engagement vielfach erst bei späterer persönlicher Betroffenheit auf. Die Entscheidungsprozesse haben dann schon ein Stadium erreicht, in dem die Möglichkeiten zur Einflussnahme nur noch begrenzt sind. Bürgerbeteiligung sollte also frühzeitiger entstehen.²⁴⁰

Dies liegt natürlich auch daran, dass neue Projekte in der Regel sich von oben herab auf die Beteiligten senken. Selten sind Projekte initiiert durch Basisbewegungen wie »friday for future«, die dann die Politik vor sich hertreiben.

»Dazu muss sich aber auch das Selbstverständnis von Politiker/innen hin zu ›Managern der Vielfalt demokratischer Strömungen‹ (Thomas Leif) ändern: ›Das heißt, sie werden nicht mehr dafür belohnt, wenn sie Patriarchen ihrer Parteien sind und die Macht unter sich verteilen. Sondern sie werden Anerkennung kriegen und auch Machtressourcen, wenn sie das, was in der Bevölkerung, in der Bürgerschaft ist, bündeln, integrieren, zusammenführen und zu guten Lösungen bringen‹.«²⁴¹

Die Kreativität in der Bevölkerung sollte nicht unterschätzt werden. Wer jedoch einmal versucht hat, seine Ideen in der Politik unterzubringen, dürfte mit Sicherheit gescheitert sein. Das Entstehen einer Organisation, die sich der Interessen der Bürger annimmt, ist auf jeden Fall zu begrüßen und sollte auf die Entgegennahme von kreativen Ideen erweitert werden. Ein Vorschlag dazu findet sich im nächsten Abschnitt.

Aufbau einer einfachen Anregungsstelle

Unternehmen oder vermögende Personen wirken oft direkt auf das Parlament mit einer Lobby. Häufig werden hier Gesetze bereits vorformuliert. Lobbyarbeit ist der Einflusskasten der Großen, doch wie sieht es bei den Kleinen aus.

Für Banken und Versicherungsgesellschaften gibt es gesetzlich vorgeschriebene Beschwerdestellen. Warum nicht auch für den größten Betrieb, unseren Staat?

Wie wäre es, wenn hier eine kleinteilig organisierte Bürgerbeteiligung zwischengeschaltet wird, mit folgenden Schritten:

²³⁹ (Stiftung-Mitarbeit,)

²⁴⁰ Vgl. (Stiftung-Mitarbeit,)

²⁴¹ (Stiftung-Mitarbeit,)

- Entgegennahme von Verbesserungsvorschlägen über das Internet.
- Einstellung in ein öffentliches Register unter Bearbeitung und Ordnung nach Sachgebieten. Jeder hat Einsicht und kann wie bei einer Petition zustimmen oder ablehnen.
- Auswertung und endgültige Formulierung dieses Begehrens durch diese Institution bei gleichzeitiger öffentlicher Sichtbarkeit und Vorlage bei den entsprechenden Ministerien. Möglicherweise unter Absprache mit dem Antragsteller zur Vermeidung von Fehlinterpretationen.
- Nach Bearbeitung durch die Bürgerbeteiligung: Öffentliche Einstellung der Begründung des entsprechenden Ministeriums und Vorlage vor dem Bundestag, wenn der Umfang eine Größenordnung annimmt, die eine Notwendigkeit für eine Lösung erfordert.

Für Personen, die noch über kein Internet verfügen (das trifft besonders für die Armen der Gesellschaft zu), könnte es bei jeder Post ein kostenloses Formular geben, welches handschriftlich ausgefüllt wird und in jedem Briefkasten in einem besonders farbigen Umschlag kostenlos an die Institution verschickt wird. Der Text wird von der Institution dann in die elektronische Datenbank eingefügt. Das müsste nicht einmal mit viel Aufwand gemacht werden, denn es gibt schon sehr lange Handschriftlesegeräte.

Auch wenn sich niemand weiter sonst für das Thema des Absenders interessiert, so ist es für den Absender jederzeit möglich zu überprüfen, ob sein Begehren angekommen ist und welche Reaktion es darauf gegeben hat. Wenn er sich dafür sehr interessiert, wird er vielleicht auch daran mitarbeiten.

Sich mit seinem Begehren, ernst genommen zu fühlen, dürfte damit erreicht werden und könnte die Demokratiemüdigkeit abbauen. Ein weiterer Aspekt ist die Unterschätzung der Kreativität der Bevölkerung. Es besteht eine Ignoranz der Politik, die zur Verfügung stehende Kreativität des Volkes nicht zu nutzen. Die zur Verfügungstellung wichtiger Informationen aus diesem Bereich an die Presseämter des Bundes und der Länder könnte dann einen möglichen Widerhall finden.

Intransparenz verhindern

»Für das außerordentlich zurückhaltende Vorgehen des Bundesfinanzministeriums im Falle von Steuerhinterziehungen und Steuerschlupflöchern dürften zwei Faktoren eine große Rolle spielen: Bei den Staatssekretären waren und sind die Verbindungen zur Wirtschaft [...] sehr eng. Das sorgt für das Verständnis Ersterer gegenüber den Wünschen Letzterer. Dazu kommt dann noch die bürgerliche Herkunft vieler dieser Spitzenbeamten. Sie dürfte auch bei den drei zwischen 1999 und 2017 amtierenden Ministern prägend gewesen sein.«²⁴²

Transparenz bei Eigentumsverhältnissen der Unternehmen

»Um die Eigentumsverhältnisse [an deutschen Unternehmen] transparenter zu machen, schreibt die deutsche Finanzaufsicht Bafin vor, dass Großinvestoren, deren Anteil an den Stimmrechten gewisse Schwellen überschreitet, dieses öffentlich melden müssen. Diese Pflichtmeldungen sind aber nur eine Momentaufnahme – unter Insidern ist es ein offenes

²⁴² (Hartmann, 2018), S. 175

Geheimnis, dass Investoren oft weit höhere Anteile halten. »Gemeldet wird zum Beispiel das Überschreiten der Fünf-Prozent-Schwelle, danach kann der Investor bis zu 10 Prozent noch weiter zukaufen«, berichtet ein Fachmann eines Dienstleisters, der solche Daten analysiert. Erst beim Überschreiten der Zehn-Prozent-Grenze muss der Investor dieses wieder an die Bafin melden.«²⁴³

Größer ist jedoch die fehlende Transparenz bei Anlagen in Steueroasen. Durch den Brexit sind nun 14 Steueroasen der englischen Kronkolonien und drei weitere weggefallen, die Eigentum der englischen Queen sind. Doch auch in der EU gibt es noch viel zu tun. Jedes Unternehmen im Dax unterhält auch Ableger in Steueroasen.

»Weil es an Transparenz fehlt, sind exakte Zahlen zur Steuervermeidung rar. Dafür haben wir nur die durch Skandale offengelegten Fallbeispiele. Wissenschaftliche Schätzungen gehen noch recht weit auseinander. Oft wird für die EU eine Obergrenze von 1 Billion Euro (also 1.000 Milliarden Euro) jährlich genannt. Dies umfasst neben legaler Steuervermeidung auch die illegale Steuerhinterziehung von Privatpersonen sowie die sogenannte Schattenwirtschaft (Murphy 2012). Eine konservative Schätzung allein der legalen Steuervermeidung durch Konzerne geht von 70 bis 200 Milliarden Euro jährlich in der EU aus (Dover et al. 2015). Dies entspricht mehr als dem jährlichen Haushalt der EU. Die Ausfälle durch verschachtelte Briefkastenfirmen von Superreichen, wie in den Panama Papers aufgedeckt, belaufen sich nach Schätzungen auf 100 bis 240 Milliarden Euro jährlich in der EU (Blomeyer et al. 2017). Hinsichtlich der insgesamt in Steueroasen versteckten Vermögen von Unternehmen und Privatleuten gehen Experten des Netzwerks Steuergerechtigkeit von weltweit 20 bis 30 Billionen Euro aus, andere Forscher von ca. 7,6 Billionen Euro (Henry 2012, Zucman 2015).«²⁴⁴

Einrichtung eines Vermögenskatasters und Bewertung

Die Quantifizierung des Ziels der sozialen Ungleichheit erfordert die Kenntnis über die Höhe des Volksvermögens und die jährlichen Veränderungen.

In einer Untersuchung der Vermögensverteilung stellte er Ökonom Richard Hauser 2003 fest, dass die Ermittlung der grundlegenden Faktoren nur unzureichend erfolgte.

»Die personelle Verteilung von [...] Vermögen in Deutschland ist ein seit vielen Jahren vernachlässigtes Forschungsfeld. [...].

Bisher fehlt eine umfassende und detaillierte Volksvermögensrechnung, aus der das gesamte, dem Haushaltssektor zuzuordnende Vermögen zu entnehmen wäre.

Die vorhandenen Schätzungen [...] weichen weit voneinander ab. Die Statistiken über die personelle Verteilung des dem Haushaltssektor zuzuordnenden Vermögens sind noch unvollständiger als die Einkommensstatistiken.

Die [...] abgeleiteten Ergebnisse können daher nur ein unvollständiges Bild [...] liefern.«²⁴⁵

²⁴³ (Buchter, 2015), S. 20

²⁴⁴ (Murphy, 2012)

²⁴⁵ Richard Hauser: Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, ein Überblick (Memento vom 8. Februar 2012 im Internet Archive) Informationen zur Raumentwicklung Heft 2/4.2003, S. 111 und 119

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka und Richard Hauser äußerten sich 2010 wie folgt:
»Angesichts dieser vielfältigen Bedeutung von Vermögen ist es daher eher überraschend, dass der aktuelle Forschungsstand zur Vermögensverteilungsrechnung für Deutschland gekennzeichnet ist von einer bislang eher eingeschränkten Datengrundlage und einer [...] nur geringen Anzahl einschlägiger Analysen, die auf der Basis mikroökonomischer Daten über einen längeren Zeitraum vorliegen.«²⁴⁶

Verschiedene Vermögen sind schon bekannt: Aktienbesitz durch Depotauszüge, Immobilienbesitz durch Kataster und Bilanzen, Firmenbesitz durch Handelsregister und Bilanzen. Fast alles findet sich in den Steuererklärungen wieder. Mit etwas Staatswillen sollte es möglich sein, eine vernünftige Vermögensaufstellung vornehmen zu können und diese mit den jährlichen Steuererklärungen auf dem letzten Stand zu halten.

»Im Dezember [2020] bekam die Bundesregierung eine förmliche Rüge aus Straßburg – in Form eines Berichts eines Gremiums des Europarats, der in der französischen Stadt seinen Sitz hat. Ein Evaluierungsteam der europäischen Staatengruppe gegen die Korruption (Groupe d'Etats contre la corruption – Greco), der auch Deutschland angehört, bemängelte die geringe ›Transparenz‹ rund um die deutsche Regierung.

Die Prüfer beklagten zu wenig Offenheit ›bezüglich der finanziellen Interessen und Beteiligungen an Unternehmen‹ der Bundesminister. Die Transparenzpflichten, so der offizielle Bericht, müssten hier ›erheblich verbessert werden‹, etwa ›um mögliche Interessenkonflikte aufzudecken‹. Die Mitglieder der Bundesregierung sollten daher verpflichtet werden, ›in regelmäßigen Abständen‹ eine Erklärung über ihre Vermögenswerte und finanziellen Interessen zu veröffentlichen.«²⁴⁷

»Die Europäische Union will, dass Großkonzerne offenlegen, wo sie Umsatz und Gewinn machen – und wie sie Steuern sparen. Deutschland hat das Vorhaben bisher blockiert. [...]. Die Wirtschaft hält das Vorhaben ohnehin für einen schweren Fehler. Für Großkonzerne, die weltweit Gewinne und Umsätze verschieben, um Steuern zu sparen, könnte es in Europa künftig ungemütlich werden. Dann nämlich, wenn die EU-Mitgliedstaaten am Donnerstag darüber abstimmen, neue Regeln für große Unternehmen auf den Weg zu bringen. Die Einigung wäre auch eine Niederlage für Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), der sich lange gegen solche Regeln gewehrt hat.

Vorgesehen ist eine Art europäischer Steuerpranger: Künftig soll für alle Bürger einsehbar veröffentlicht werden, in welchem EU-Land internationale Konzerne mit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz ihre Gewinne machen und wie viele Steuern sie in den einzelnen EU-Ländern zahlen.«²⁴⁸

Da Steuern auf Vermögen bereits erhoben werden, muss es auch jetzt bereits eine funktionierende Vermögensbewertung geben. Andernfalls muss diese verbessert und erweitert werden. Da die Daten in der Finanzverwaltung anfallen, ist die Stelle für die Aufstellung des Volksvermögens das Finanzministerium.

²⁴⁶ Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Richard Hauser: Die Verteilung der Vermögen in Deutschland – Empirische Analysen für Personen und Haushalte, Vorwort von Sir Anthony Atkinson (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 118). Berlin 2010, S. 13

²⁴⁷ Hans-Martin Tillack, 24.2.2021, Stern, Der Europarat will mehr Transparenz beim Vermögen deutscher Minister – Jens Spahn offenbar weniger

²⁴⁸ Tobias Kaiser, 23.2.2021, Welt, Die EU bekommt ihren Steuerpranger – den Deutschland nie wollte

Einrichtung eines öffentlich einsehbaren kostenlosen Grundstückskatasters

Eines der besten Grundstückskataster hat Kroatien. Es ist öffentlich und ohne Kosten für jeden über das Internet unter der Internetadresse www.katastar.hr einsehbar.

In Deutschland dagegen muss jeder Katasterauszug angefordert werden und kostet ca. 35 Euro. Außerdem muss ein berechtigtes Interesse angegeben werden, welches einen der folgenden Punkte betreffen muss:

- Ich bin (wir sind) Eigentümer;
- Für mich (uns) ist ein Recht im Grundbuch eingetragen (z. B. Hypothek, Dienstbarkeit, Wegerecht, Auflassungsvormerkung);
- Unterschriebener Kaufvertrag;
- Erbschein oder Testament mit Sterbeurkunde;
- Vollstreckungsbescheid;
- Sonstiger Nachweis;
- Ich habe oder bekomme eine schriftliche Zustimmung des Eigentümers.

Wie die britische BBC berichtete, sind ein Viertel der Liegenschaften in England und Wales im Besitz von ausländischen Firmen, die auf den Britischen Jungferninseln (Steuer-oase) registriert sind, mit 97.000 Immobilien. Zusammen befinden sich 27.835 Immobilien in Steuer-oasen, deren letzte Verkaufspreise bei knapp über 55 Milliarden £ lagen. Die Gründe sind Spekulation mit Immobilien, Vermeidung von Steuern auf Einkommen und auch die Vermeidung von Erbschaftssteuern.²⁴⁹

Zahlen für Deutschland sind unbekannt. Warum ist das so? Es ist für Außenstehende in Deutschland unmöglich, sich einen Überblick über ähnliche Situationen bezüglich Steuer-Vermeidung und Grundstücksspekulation zu verschaffen.

So berichtete der Tagesspiegel über den Gesundheitsminister:

»Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat im vergangenen Jahr einen früheren Pharma-Manager und Lobbyisten zum Chef-Digitalisierer im Gesundheitswesen ernannt, mit dem ihn eine langjährige persönliche Bekanntschaft sowie ein gemeinsames Immobiliengeschäft verbindet. Beides war bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Wie das Amtsgericht Schöneberg (Grundbuchamt) dem Tagesspiegel auf Anfrage bestätigt hat, war der heutige Alleingeschäftsführer der Gematik GmbH, Markus Leyck Dicken vor Spahn Eigentümer von dessen Wohnung im Berliner Bezirk Schöneberg. Leyck Dicken habe die Wohnung ausweislich der Unterlagen für 980.000 Euro an Spahn verkauft.

Dieser sei im Grundbuch seit Anfang Januar 2018 als Eigentümer eingetragen.«²⁵⁰

Und wenig später folgte die nächste Information:

»Nach dem Willen von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sollen Grundbuchämter in Berlin recherchierenden Journalistinnen und Journalisten künftig nicht mehr ohne Weiteres, Auskünfte zu seinen privaten Immobiliengeschäften erteilen dürfen.

²⁴⁹ Vgl. <http://www.bbc.com/news/business-42666274>

²⁵⁰ Jost Müller-Neuhof, 22.12.2020, Der Tagesspiegel, Nach Wohnungskauf für 980.000 Euro - Wie Jens Spahn einen alten Freund in einen Top-Job holte

Das geht aus einer Beschwerde von Anwälten des Ministers an die Berliner Datenschutzbeauftragte Maja Smoltczyk hervor, die dem Tagesspiegel vorliegt.«²⁵¹

Offenlegung aller Parteispenden

»Parteispenden sind neben staatlichen Mitteln, Mitgliedsbeiträgen, Sponsoring und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit eine bedeutende Finanzierungsquelle deutscher Parteien. Durch hohe Parteispenden können einzelne Lobbygruppen oder reiche Privatpersonen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Deshalb sind klare Regelungen für Parteispenden wichtig für eine Demokratie. Dazu gehören insbesondere Offenlegungspflichten und die Begrenzung der zulässigen Spendenhöhe.«²⁵²

»Die deutsche Parteienfinanzierung steht auch nach den großen Parteispendenskandalen der 1990er-Jahre und der anschließenden Reform des Parteiengesetzes von 2002 in der Kritik. So fordert die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) seit 2009 Änderungen am deutschen System und leitete 2011 sogar ein Mahnverfahren ein.

Offenlegungspflicht: Laut GRECO-Bericht ist die Grenze von 50.000, ab der eine unverzügliche Veröffentlichungspflicht besteht, »übertrieben hoch« und nicht geeignet, um »ein ausreichendes Maß an Transparenz der Parteienfinanzierung auf kommunaler Ebene zu erreichen, wo sich Politik und Wirtschaft näher sind und Handlungen mit Summen unter den erwähnten 50.000 Euro beeinflusst werden können.« Die meisten anderen europäischen Länder haben viel niedrigere Grenzwerte für die Offenlegung von Spenden festgelegt.

Wahlkampffinanzierung: Die langen Verzögerungen bei der Veröffentlichung von Parteispenden führe laut GRECO-Bericht dazu, »dass die breite Öffentlichkeit keine wirkliche Möglichkeit hat, irgendeine Form von sozialer Kontrolle auszuüben.« Die Staatengruppe ist daher der Auffassung, »dass die derzeitigen Regelungen eindeutig nicht geeignet sind, einen zufriedenstellenden Grad an Transparenz der Wahlkampffinanzierung entsprechend der Empfehlung aus dem Jahr 2003 zu gewährleisten.« GRECO empfiehlt daher, »ein Verfahren für die Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten für den Wahlkampf auf Bundesebene einzuführen, dass die Informationen kurz nach den Wahlkämpfen verfügbar macht.«

Umgehung von Offenlegungspflichten durch Sponsoring: Da Parteisponsoring im Parteiengesetz nicht geregelt ist, bietet diese Form der Parteienfinanzierung die Möglichkeit, sämtliche Offenlegungspflichten zu umgehen. Auch hier mahnte der GRECO-Bericht Reformen an.

Stückelung von Parteispenden: Spender können durch Stückelung von Großspenden in kleinere Beträge leicht die Offenlegungspflichten unterlaufen. Dazu gehört zum einen die Praxis, innerhalb eines Jahres mehrere Beträge unter der Grenze von 50.000 zu überweisen oder Großspenden so auf Familienmitglieder oder Tochterfirmen aufzuteilen, dass ebenfalls jede einzelne Spende unter 50.000 Euro liegt. Dies verhindert die sofortige

²⁵¹ Jost Müller-Neuhof, 11.3.2021, Der Tagesspiegel, Umstrittene Immobiliendeals - Spahn will Presse-Auskünfte aus Berliner Grundbüchern einschränken lassen

²⁵² <https://lobbypedia.de/wiki/Parteispenden>

Offenlegung der Großspende. Auch die Veröffentlichung in den Rechenschaftsberichten kann auf ähnliche Weise umgangen werden.«²⁵³

Einrichtung eines ein verpflichtendes Lobbyregisters

»Lobbying ist eine Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse, vor allem durch Information im Rahmen einer Strategie. Es wird häufig durch vier Merkmale umschrieben:

- Informationsbeschaffung,
- Informationsaustausch,
- Einflussnahme,
- strategische Ausrichtung der Tätigkeit.«²⁵⁴

Eine sehr gute Übersicht über die Lobbyarbeit gibt die ZDFinfo-Doku »Die unsichtbare Macht – Lobby-Republik Deutschland.«²⁵⁵

In Deutschland existiert kein verpflichtendes Lobbyregister.

»Für das Europäische Parlament und die EU-Kommission gilt seit Juni 2011 ein gemeinsames freiwilliges Register (»Transparenz-Register«) für Lobbyisten, welches auch die Angabe finanzieller Daten vorsieht.«²⁵⁶

Es wurde vom Europäischen Parlament 2011 geplant, den Anhängen legislativer Berichte zu Gesetzestexten sogenannte legislative Fußabdrücke hinzuzufügen. Darin sollen alle Lobbyisten aufgeführt werden, mit denen ein Abgeordneter im Rahmen seiner Arbeit an einem Gesetz Kontakt hatte.

Die Einflussnahme findet jedoch auch außerhalb der eigentlichen Lobby statt. Im Jahr 2006 führten Thomas Leif und Rudolf Speth in Analogie zur Bezeichnung »Vierte Gewalt« für die Medien den Begriff »Fünfte Gewalt für den Lobbyismus« ein, was jedoch von anderen Autoren als übertrieben angesehen wird:

»Die Verlagerung wichtiger politischer Vorentscheidungen in außerparlamentarische Gremien etwa ist ein Politikstil, den ein Parlament hinnehmen, der ihm aber nicht aufgezwungen werden kann. Auch zur kritiklosen Übernahme von Argumentationsmustern oder gar Papieren ambitionierter Lobbyisten wird kein Abgeordneter gezwungen. Wenn deshalb von Macht- oder Bedeutungseinbußen der Parlamente gesprochen wird, so handelt es sich, jedenfalls in Teilen, auch um selbst verursachte. Und wenn eine Stärkung und Erneuerung des Parlamentarismus gefordert wird, so muss diese nicht zuletzt von den Parlamenten und den Parlamentariern selbst ausgehen.«²⁵⁷

Über die Entwicklung eines Lobbyregisters berichtet Merkur:

»»Noch heute Morgen hätte ich Ihnen gesagt, ich sehe große Chancen auf Bewegung«,

²⁵³ <https://www.lobbycontrol.de/2012/04/parteienfinanzierung-europarat-ermahnt-deutschland-bis-ende-juni-zu-handeln/>

²⁵⁴ Wikipedia, Lobbyismus

²⁵⁵ Hans-Jürgen Papier: Zum Spannungsverhältnis von Lobbyismus und parlamentarischer Demokratie (PDF-Datei). Vortrag anlässlich der Vorstellung des Buches »Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland« am 24. Februar 2006 im Berliner Reichstag.

²⁵⁶ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/063/1906329.pdf>

²⁵⁷ <https://docplayer.org/26159133-Zum-spannungsverhaeltnis-von-lobbyismus-und-parlamentarischer-demokratie.html>

berichtete der SPD-Obmann im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Mit Freude habe man bei den Sozialdemokraten zur Kenntnis genommen, dass die Union laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung auch beim Lobby-Register noch einmal nachbessern wolle. In der Sitzung habe es dann eine Enttäuschung gegeben: Man sei ›von der Presse falsch verstanden‹ worden, habe es von CDU und CSU geheißt, auch von einem ›Missverständnis‹ sei die Rede gewesen. Weder zu Verschärfungen der Regeln noch der Bußgelder sei die [CDU] Partei bereit gewesen. Laut Bartke einigten sich Union und SPD schließlich, den bereits vor den Fällen Löbel und Nüßlein beschlossenen Kompromiss weiterzuverfolgen. Damit bleibe unter anderem ein von den Genossen lange geforderter ›Exekutiver Fußabdruck‹ bei Gesetzesvorhaben aus - ebenso wie weitere Regelungen als Lehren aus den mutmaßlichen Mausecheln bei der Masken-Beschaffung. Gerade den exekutiven Fußabdruck hätte die SPD ›gerne jetzt gehabt‹, erklärte Bartke. Allerdings sei der Partei auch an ihrem Wahlversprechen eines Lobby-Registers gelegen - deshalb habe man sich mit dem Kompromiss zufrieden gegeben.«²⁵⁸

Das Gewerbeaufsichtsamt als zentrale Sanktionsorganisation

Die Gewerbeaufsicht beginnt mit der für viele Gewerbearten erforderlichen behördlichen Erlaubnis.

Den Gewerbeaufsichtsbehörden stehen nach § 139b Abs. 1 GewO bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Besichtigung und Prüfung der Anlagen zu. Sie können im Rahmen der Eingriffsverwaltung Anordnungen und Zwangsmaßnahmen gegen Gewerbebetriebe durchführen, die bis zur Gewerbeuntersagung nach § 35 Abs. 1 GewO reichen.

Gewerbeaufsichtsrecht ist Landesrecht:

Die Funktion der Gewerbeaufsicht wird durch *Gewerbeaufsichtsämter* (oder regional auch Amt für Arbeitsschutz oder Umweltamt) wahrgenommen, die als Teil der staatlichen Wirtschaftsüberwachung die Einhaltung gewerberechtlicher und anderer Vorschriften kontrollieren.²⁵⁹

Aufgaben der Gewerbeaufsicht

Folgende Aufgaben fallen in den Aufgabenbereich der Gewerbeaufsicht, die von verschiedenen Behörden wahrgenommen werden kann²⁶⁰:

²⁵⁸ Florian Naumann, 12.3.2021, Merkur, Exklusiv: Lobby-Verschärfung nur „Missverständnis“? Union lässt SPD auflaufen - trotz Masken-Eklat

²⁵⁹ Wikipedia, Gewerbeaufsicht

²⁶⁰ <https://www.fuer-gruender.de/wissen/unternehmen-gruenden/genuehmigungen/gewerbeaufsicht/>

- Das Gewerbeaufsichtsamt berät und überwacht Betriebe in Bezug auf Vorschriften des *Arbeits- und Umweltschutzes*.
- Die Gewerbeaufsicht sorgt für den Schutz und die Aufklärung von Mitarbeitern eines Unternehmens in Fragen von Gesundheitsgefahren. Dazu zählt neben dem technischen Arbeitsschutz wie Unfälle auch der soziale Arbeitsschutz, bei dem sich die Gewerbeaufsicht um die Einhaltung von Bestimmungen beispielsweise des *Mutter- oder Jugendarbeitsschutzes* kümmert.
- Außerdem sorgt die Gewerbeaufsicht für den Schutz des betrieblichen Umfelds vor *schädlichen Umwelteinflüssen*.
- Zu den Aufgaben vom Gewerbeaufsichtsamt gehören ebenso die Überwachung der *Produktsicherheit*. Zudem berät die Gewerbeaufsicht bei gewerblichen *Bauvorhaben*.
- Letztlich bearbeitet die Gewerbeaufsicht spezifische Anträge auf Genehmigungen, Anzeigen, Anfragen oder auch Beschwerden.

Mögliche Erweiterung der Aufgaben

Verstoß gegen Umweltbedingungen und Menschenrechte

Lieferkettengesetz

»Deutsche Unternehmen sollen von 2023 an verpflichtet werden, gegen *Menschenrechtsverletzungen und Umweltsünden* bei ihren ausländischen Zulieferern vorzugehen. Die zuständigen Minister der Bundesregierung hatten dazu vergangenen Freitag nach monatelangen Verhandlungen erste Details vorgestellt. Bis Mitte März soll ein Gesetzentwurf ins Kabinett kommen. [...].

Doch auch hier zeichnete sich zuletzt ein Kompromiss ab: Jener nämlich, dass ein Lieferkettengesetz in der Anfangsphase nur für größere Unternehmen ab 3000 Mitarbeitern greift und dann schrittweise ausgeweitet wird. [...].

Sollen deutsche Firmen nur für ihren direkten Zulieferer, für das erste Glied, verantwortlich sein, so wie es CDU-Minister Altmaier will?

Nein, meint dessen CSU-Kollege Müller: »Bei Kaffee ist das ganz klar: Millionen von Kindern arbeiten auf den Plantagen für unsere Tasse Kaffee in der Früh. Da kann ich nicht sagen: Das beschränke ich auf den Einkäufer aus Hamburg.« Kinderarbeit auf Kaffeeplantagen in Südamerika oder brutale Ausbeutung von Näherinnen in Asien zu verhindern - darum geht es beim Lieferkettengesetz. Die Frage ist nur: Wie erreicht man das am sinnvollsten?²⁶¹

»Freiwilligkeit allein reicht nicht aus«, sagte Minister Heil [SPD]. [...].

Es soll keine zivilrechtliche Haftung der Unternehmen geben. Das hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier [CDU] abgelehnt. [...]. In diesem Falle drohe die Gefahr, dass sich deutsche Firmen wegen zu hoher Risiken aus vielen Ländern der Welt zurückziehen. [...]. [Was ja durchaus begrüßenswert erscheint, da damit neue Arbeitsplätze in Deutschland verbunden wären].

In der Regierung sorgte das Thema monatelang für Streit. Minister Altmaier [CDU] befürchtete zu große Belastungen für Unternehmen. [...].

²⁶¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lieferkettengesetz-streit-101.html>

Das Regelwerk geht zurück auf die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten von 2011. Daraufhin hat Deutschland 2016 den ›Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte‹ (NAP) beschlossen, der auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD bekräftigt wird. Dieser sah vor: Wenn sich bis 2020 herausstellt, dass weniger als die Hälfte der großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen, sollen ›weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen‹ geprüft werden. Es stellte sich heraus, dass noch nicht einmal ein Fünftel der rund 7400 Unternehmen die Anforderungen hinreichend erfüllt.«²⁶²

Bezüglich der zivilrechtlichen Haftung bemerkt die Welt:

»In ihren eigenen Fabriken im In- und Ausland müssen die deutschen Unternehmen garantieren, dass Menschenrechte wie Gewerkschaftsvertretung, angemessene Löhne oder Arbeitsschutz vollständig gewährleistet werden. Volle Verantwortung tragen die hiesigen Firmen zudem dafür, dass alle ihre direkten Zulieferer die in internationalen Abkommen vereinbarten Sozial- und Umweltstandards einhalten. [...].

Schließlich können schon heute Geschädigte nach dem internationalen Zivilrecht bei Verstößen gegen Menschenrechte gegen Unternehmen klagen. Neu ist aber, dass in Zukunft auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften stellvertretend vor deutschen Gerichten für die Opfer Klage erheben können.

Gerade die NGOs hätten schließlich oft gute Kenntnisse von Missständen vor Ort, sagte Altmaier. Und weil eine Näherin in Bangladesch kaum in der Lage sei, vor einem deutschen Gericht Schadensersatz zu erstreiten, könnten das künftig mit ihrem Einverständnis Menschenrechtsorganisationen oder Gewerkschaften übernehmen.«²⁶³

Gedanken zum Lieferkettengesetz

Deutlich wird, dass die CDU auf der Bremse steht. Das Lieferkettengesetz soll erst ab 2023 gelten und wurde für den Gültigkeitsbereich der Firmen von 500 Mitarbeitern auf 3000 Mitarbeitern abgeschwächt. Zudem sollen die Bestimmungen nur für das erste Glied der Kette gelten.

Die Frage lautet jedoch, ist das Lieferkettengesetz nur wegen der Umsetzung der Menschenrechte entstanden oder kann dahinter auch noch etwas anderes vermutet werden. Nach der Präambel der WTO besteht das Ziel der internationalen Freihandelsabkommen darin, die Löhne in jedem Land zu erhöhen. Sieht man sich die Realität an, dann ist das nicht geschehen. Kinderarbeit (Südamerika, Afrika), Arbeiten unter unwürdigen Bedingungen (Asien) und Zwangsarbeit (Uiguren, China) sind gerade das Paradebeispiel, dass die WTO auch hier auf ganzer Linie versagt hat.

Höhere Preise bei den Importen der Hochpreisländer (EU und USA) würden zur höheren Preisen in den Exportländern und zu höheren Löhnen bei den Beschäftigten und statt Verdrängungswettbewerb in den Hochpreisländern zu einem echten Wettbewerb führen, der nur durch technischen Fortschritt zu gewinnen ist. Doch die Regeln der WTO, die inzwischen zu europäischem Recht geworden sind, behindern diese Möglichkeiten.

²⁶² <https://www.dw.com/de/durchbruch-beim-lieferkettengesetz/a-56547243>

²⁶³ <https://www.welt.de/wirtschaft/article226288635/Lieferkettengesetz-Heil-und-Altmaier-gegen-moderne-Sklaverei.html>

Unfares Verhalten von Unternehmen sanktionieren

Die finanzwirtschaftlichen Ziele der privaten Unternehmen sind einfach zu beschreiben: Kosten müssen gesenkt, Verkaufspreise müssen erhöht und ein Gewinn muss erzielt werden, damit ein Unternehmen bestehen bleibt. Zu den Kosten gehören Steuern, Löhne und Materialkosten, die wiederum durch Löhne bedingt sind. Folglich werden die Löhne solange gesenkt, wie derjenige, der diese Arbeit verrichtet, noch am Leben bleibt. Der Verkauf findet in den Ländern statt, in denen die höchsten Verkaufspreise erzielt werden können. Es sind die Länder, die selbst höhere Lohnkosten und damit höhere Einkommen haben und sich einen höheren Konsum leisten können. Die Steuern auf Gewinne werden dann in den Ländern »gezahlt«, die keine Gewinnsteuern erheben.

Apple als Musterbeispiel von Unternehmen dieser Art

Das Grundkapital für Apple im Jahr 2017 beträgt 35,867 Milliarden USD. Der Gewinn liegt 2017 bei 51,880 Milliarden USD.

Das bedeutet, die jährliche Rendite auf das Grundkapital für die Gründer beträgt 164,65 %. Nun ist das aber noch nicht alles, da sich der Kurs bei börsengehandelten Werten so lange erhöht, und Apple ist ein börsengehandelter Wert, bis die Rendite den am Markt üblichen Zinssätzen entspricht. Die Marktkapitalisierung im Februar 2018 betrug 881 Milliarden USD. Das bedeutet, dass sich der Wert des Grundkapitals um sagenhafte 2456 % erhöht hat. Apple wurde am 1. April 1976 gegründet. Bis 2017 sind das 41 Jahre. 2456 % geteilt durch die Anzahl der 41 Jahre ergibt eine durchschnittliche Rendite von 59,9 % pro Jahr.

Das ist aber nicht ein Verdienst von Apple. Der Verdienst von Apple besteht lediglich darin, zwölf wichtige Technologien aus der staatlichen Grundlagenforschung verwendet zu haben, die zudem noch China zugänglich gemacht wurden:

»Genau wie das Wagniskapital in der Biotechnologie erst ins Spiel kam, nachdem der Staat die schwierigen Vorarbeiten geleistet hatte, brachten auch die Genialität und ›Tollkühnheit‹ von Steve Jobs vor allem deshalb Erfolg und hohe Gewinne, weil Apple von den massiven staatlichen Investitionen in die ›revolutionären‹ Technologien profitierte, die das iPhone und das iPad überhaupt erst möglich machten: das Internet, GPS, Touchscreen-Displays und Kommunikationstechnologie. Ohne diese staatlich finanzierten Technologien hätte es keine Welle gegeben, auf der Apple tollkühn reiten konnte.«²⁶⁴

Globalisierung wurde immer als Erfolgsgeschichte beschrieben, da sie allen Ländern, zwischen denen ein Geschäft zustande kam, einen Gewinn versprach. Wie dieser Gewinn für die hochpreisigen Länder in Westeuropa im Falle Apple aussieht, soll hier beschrieben werden.

Apple-Produkte werden in Asien gefertigt, aber weltweit verkauft. Die Technologie ist eine westliche, intelligente und führende. Im Verwaltungssitz von Apple in Dublin (Irland, Euro-Land) arbeiten ca. 5.000 Personen. Weltweit werden ca. 116.000 Mitarbeiter beschäftigt, in Deutschland 2000. Weltweit beträgt der Umsatz 192,3 Milliarden Euro, in

²⁶⁴ (Mazzucato, 2014), Position 1639

Deutschland 492 Millionen. 62 Milliarden Dollar Gewinn hat Apple im vergangenen Jahr [2016] weltweit gemacht, in Deutschland 25 Millionen. Gleichzeitig schätzten Ökonomen, dass die Regierungen weltweit durch die Steuertricks zwischen 100 und 240 Milliarden Dollar verlören.

Der offizielle Körperschaftssteuersatz für Gewinne des Unternehmens in Irland beträgt 12,5 %. Die Gesellschaft erzielte 2011 einen Gewinn in Höhe von 16 Milliarden Euro, versteuerte aber laut EU-Kommission bloß Einnahmen von 50 Millionen Euro. Der effektive Steuersatz soll bei 0,05 Prozent gelegen sein, bis 2014 sank er sogar auf 0,005 Prozent.

Nach einem Verfahren der EU gegen Apple in Irland zog Apple mit seinem Steuersitz nach Jersey (private Steueroase der Queen mit einem Steuersatz von 0 %).²⁶⁵

Wo liegt der versprochene globale Gewinn? Arbeitsplätze entstehen nicht, Steuereinnahmen aus Gewinnen auch nicht. Im Gegenteil, der Umsatz von Apple in Deutschland von 492 Millionen Euro ist ein Kapitalabfluss ins Ausland, der von anderen Unternehmen über Arbeitsplätze und deren Einkommen kompensiert werden muss.

Sanktionen des Gewerbeaufsichtsamtes

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Doch wenn die Gesetze nicht mehr in parlamentarischen Verfahren gemacht werden, wie sie durch die Oligopolstruktur der WTO entstanden sind, werden damit auch Möglichkeit von Sanktionen des Staates gegen Vergehen begrenzt. Die MPS hat mit der Einführung der Kapitalverkehrsfreiheit für die Globalisierung neue Möglichkeiten für Kapitalbesitzer geschaffen, Steuerzahlungen zu umgehen, indem die Gewinne in Steueroasen verlagert werden können. Mit der etablierten Intransparenz ist auch die Nachverfolgung dieser Steuervermeidung erschwert worden. Doch über die Gewerbeaufsicht mit Unterstützung des Finanzministeriums bestünde die Möglichkeit, diese Schwachstelle unseres Gesellschaftssystems zu beseitigen. Besonders, nachdem durch den Brexit 17 englische Steueroasen aus der EU ausgeschieden sind, bei denen der englische Premierminister eine Transparenz regelmäßig verweigert hatte. Es geht also nur noch um die eigenen Steueroasen der EU (z. B. Luxemburg, Niederlande, Malta). Mit der Schaffung eines europäischen Clearingsystems (Interbanken-Zahlungssystem für das Clearing von Überweisungsaufträgen zwischen seinen Teilnehmern) werden auch die Transaktionen transparenter. Doch solange dieses System nicht etabliert ist, bedarf es auch anderen Sanktionen.

Bestehende Sanktionen

Die bisherigen Sanktionen bestehen aus:

- *Verbot*
Gegen den Betrieb kann ein Verbot erteilt werden, wenn von ihm eine unmittelbare und erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiter oder von anderen ausgeht. Ein Verbot bedeutet, dass die Arbeit unverzüglich abgebrochen

²⁶⁵ Patrik Bernau, 28.06.2017, FAZ, Warum zahlt Apple so wenig Steuern?

werden muss.

- *Administrative Strafe*

Eine administrative Strafe ist ein Angebot an den Betrieb, dass er das Verfahren durch Zahlung einer Geldbuße innerhalb einer Frist beenden kann. Der Betrieb hat also das Recht, die Zahlung der Geldbuße zu verweigern, doch in diesem Fall wird das Gewerbeaufsichtsamt nach Ablauf der Frist ein rechtliches Verfahren gegen den Betrieb einleiten.

- *Strafanzeige*

Eine Strafanzeige wird gestellt, wenn es sich um einen groben Verstoß gegen das Arbeitsschutzgesetz handelt, der Betrieb sich einer Anordnung des Gewerbeaufsichtsamts widersetzt oder gegen die Meldepflicht beim Register für ausländische Dienstleister (RUT) verstößt.

Die Polizei kann daraufhin ein Verfahren gegen den Betrieb einleiten. Die Staatsanwaltschaft legt schließlich fest, ob der Betrieb angeklagt werden soll. Die Beweislast liegt dabei bei der Staatsanwaltschaft.

Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz werden normalerweise mit Geldbußen geahndet, doch in besonders schweren Fällen kann eine Freiheitsstrafe verhängt werden. Verstöße gegen die Meldepflicht beim RUT werden normalerweise mit Geldbußen belegt.

Mögliche Erweiterungen

Das unter »Bestehende Sanktionen« angeführte Verbot bezieht sich bisher nur auf die Gefahr und Gesundheit von Mitarbeitern. Das Verbot oder ein Teilverbot könnten aber auch auf steuerrechtliche Vergehen ausgedehnt werden.

Beispiele dafür wären Verlagerung des Betriebes ins Ausland, zur Vermeidung von Erbschaftssteuer oder Gewinnsteuern oder die generelle Vermeidung von Steuern, wie im Beispiel von Apple.

Da eine weltweite Gesetzgebung vorerst nicht zu erwarten ist, muss die staatliche Gesetzgebung auf ein System abstellen, welches Auswirkungen auf diese Unternehmen hat, ohne dass von diesen Unternehmen etwas dagegen unternommen werden kann. Das wichtigste Ziel diesen Unternehmen ist es, Waren oder Dienstleistungen in einem Staat zu verkaufen. Es sollen Umsatz und Gewinn erzielt werden. Die härteste Strafe für diese Unternehmen wäre ein Verbot oder Teilverbot des Verkaufs. Kein Unternehmen kann es sich leisten, nichts zu verkaufen, den dann hat es auch keinen Gewinn.

Europa und die Nationalstaaten der EU haben eine Monopolkommission. Diese sorgt dafür, dass es auch konkurrierende Betriebe gibt. Das Verbot oder Teilverbot eines Unternehmens, seine Produkte im Lande zu verkaufen, betrifft die Arbeitnehmer dieses Unternehmens gleichfalls. Doch der Umsatz geht nicht verloren, er verlagert sich nur auf andere Konkurrenten. Die zusätzlichen Steuerzahlungen aus den Unternehmen, die ihren Umsatz steigern können, schaffen über staatliche Investitionen neue Arbeitsplätze. Das Verbot steigert den Wohlstand der Gesellschaft, ist aber mit vorübergehenden Veränderungen verbunden.

Der Gewinn, der durch diese Maßnahmen entsteht, sollte nicht als Einnahme für den Staatshaushalt angesehen werden. Er ist auf dem Verlust von Arbeitsplätzen begründet

und sollte zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Daher ist er als Vermögensposition dem Sondervermögensfonds hinzuzurechnen.

So gesehen ist es auch möglich, ein Verkaufsverbot gegen Apple zu verhängen. Doch hier spielen die WTO-Regeln eine Rolle. Das beste Verkaufsverbot für Apple, solange sie nicht ihr Steuern zahlen, wäre eine Mengenbeschränkung. Doch dies ist nach den multilateralen Regeln der WTO-Oligarchen nicht erlaubt.

Kein Unternehmen sollte zu groß und mächtig sein, um unsere Gesetze und Vorschriften zu verletzen, ohne ernsthafte Konsequenzen zu haben, doch die WTO Oligarchie machte es möglich, dass die Unternehmen die Macht übernommen haben.

Schaffung einer individuellen Wohlstandsentwicklung

Erhöhung der Löhne, die nicht am Wohlstand teilnehmen

Die Vermögensverteilung wird in Zehntelgruppen der Bevölkerung dargestellt, also die reichsten 10 %, die zweitreichsten 10 % usw. bis zu den ärmsten 10 %. Das ärmste Zehntel ist mit 1 bezeichnet, das reichste Zehntel mit dem 10. Dezil.

In der nachfolgenden Tabelle wird die Verteilung der Jahre 2002 und 2007 auf Datenbasis der SOEP gezeigt.



Abbildung 18: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Verm %C3 %B6gensverteilung_in_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland)

Aus der obigen Vermögensverteilung ergibt sich, dass Vermögen erst im 5. Dezil entstehen. Das bedeutet, dass 40 % der Bevölkerung keine Möglichkeit haben, Vermögen zu bilden. Will man jedoch die ursprünglichen Ziele einer Wohlstandsgesellschaft umsetzen, dann muss dieser Bevölkerungsgruppe die Vermögensbildung ermöglicht werden. Das bedeutet, dass man diese Gruppe dem 5. Dezil zuordnen muss, was dem Median dieser Tabelle entspricht.

In der nachfolgenden Tabelle können wir die Einkommen dem Vermögen gegenüberstellen. Auch wenn beide Tabellen nicht zeitlich übereinstimmen, so geben sie jedoch einen Anhaltspunkt für die Größe des notwendigen Einkommens.

In dieser Tabelle für Arbeitsverdienste werden die Daten nach dem Mittelwert (Median) und nicht nach dem Durchschnitt dargestellt. Der Mittelwert ist genau die Mitte der geordneten Zahlenreihe. Der Mittelwert der gesamten Tabelle liegt bei 2473 Euro $((2806 + 2341) / 2)$. Daraus lässt sich ableiten, dass dieser Mittelwert die untere Grenze für ein Leben in Wohlstand darstellt. Wenn das Einkommen nur durch eine Person erbracht wird, dann liegt der Stundenlohn bei einer 40 Stundenwoche mit 172 Stunden bei einem Netto-Stundenlohn von 14,38 Euro.

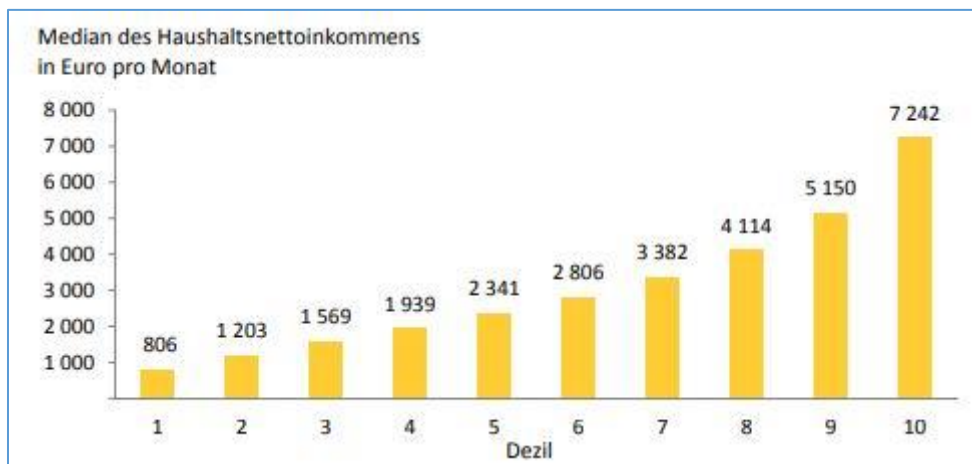


Abbildung 19: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 2013 nach Dezilen

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/_inhalt.html#sprg234820, Fachserie 15 Heft 6, Abbildung 3.

Oberflächlich sieht das nach einer leistungsbedingten Ungleichheit aus. Doch die Arbeit der unteren Hälfte der Gesellschaft ist genauso erforderlich und sollte dementsprechend entlohnt werden. Die Löhne der unteren Hälfte der Gesellschaft sprechen für ein Versagen der Politik, welche sich nicht dem Überangebot von billigen Arbeitskräften in den Weg stellt.

Deutlicher wird das Politikversagen, wenn Einkünfte aus Vermögen hinzugezogen werden. Einkommen aus Vermögen soll die Altersvorsorge für jede Person absichern. Deshalb ist auch die Vermögensbildung aus eigener Arbeitsleistung wichtig. Doch daneben gibt es auch leistungslose Einkommen aus Erbschaften.

Wie das DIW in einer Pressemitteilung berichtet, besitzen die oberen zehn Prozent gut zwei Drittel des Nettovermögens. Allein das reichste 1 Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 % des Vermögens auf sich.²⁶⁶

Legt man das in der »Abbildung 25: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland« dargestellte Netto Privatvermögens ohne Gebrauchsvermögen in Höhe von 12,5 Billionen Euro zugrunde, dann besaßen die oberen 10 % ein Nettovermögen von 8,2

²⁶⁶ Vgl. (DIW_Pressemitteilung, 2020)

Billionen Euro und die reichsten 1 % von 4,4 Billionen Euro Nettovermögen. Alle diese Vermögen sind nicht aus eigener Arbeitskraft, sondern fast ausschließlich durch Erbschaft entstanden. Aus diesen Nettovermögen entstehen Einkommen, die jedoch nicht in der Tabelle der Haushaltseinkommen erscheinen. Es hat sicher einen Grund, warum es keine Tabelle für Nettohaushaltseinkommen aus Vermögenseinkünften gibt. Die Ergänzung der »Abbildung 19: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 2013 nach Dezilen« um eine gedachte Tabelle von Einkommen aus Vermögen führt unmittelbar von einer leistungsbedingten Ungerechtigkeit zu einer systematischen Ungerechtigkeit, wie folgendes Beispiel anschaulich macht.

Susanne Klatten und Stefan Quandt sind die reichsten Erben Deutschlands mit einem Anteil von 42,9 % an BMW. Die Dividenden schwankten zwischen 2,30 und 4,00 Euro pro Aktie. Bei 659 Millionen Aktien liegt die ausgeschüttete Dividende zwischen 1,47 Milliarden und 2,636 Milliarden Euro. Daraus entsteht ein Einkommen aus der Dividende zwischen 630 Millionen und 1.130 Millionen. Bei einem Steuersatz von 25 % anstatt 45 % liegt das Nettoeinkommen zwischen 472,5 Millionen und 847,5 Millionen Euro und monatlich zwischen 39,4 Millionen und 70,63 Millionen Euro. Dieses leistungslose Einkommen wird ergänzt durch Tätigkeiten im Aufsichtsrat, die jedoch extra bezahlt werden und somit auch unter Arbeitseinkommen auftauchen.

»Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die Datenbasis, anhand deren all das errechnet wird, einen gravierenden Schwachpunkt aufweist. Die wirklich hohen Vermögen werden aber von keiner der Analysen erfasst, auf die sich die Studien zur Einkommensungleichheit immer stützen. Selbst beim Sozioökonomischen Panel (SOEP), der jedes Jahr durchgeführten Befragung von ungefähr 20 000 Haushalten, verfügt trotz einer seit 2002 zusätzlich durchgeführten Stichprobe für die sehr hohen Einkommen keiner der Befragten über ein Vermögen von mehr als 50 Millionen Euro.«²⁶⁷

Die drei Möglichkeiten, diese Löhne anzuheben, sind Mindestlöhne²⁶⁸, Umverteilung ohne Konflikte und staatliche Investitionen. Wenn die private Industrie bei nahezu Zinsen von Null investieren würde, hätten wir dieses Problem nicht.

Bei der Einführung in 2015 betrug der Mindestlohn 8,50. Zum 1.1.2020 soll er auf 9,35 Euro angehoben werden. Und eine aktuelle Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte von ihnen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn verdiene, weil die Arbeitgeber sie einfach zusätzliche Stunden ohne Bezahlung arbeiten ließen.

Die USA ist dagegen schon weiter.

»In den USA feiert eine neue soziale Bewegung gerade Erfolge. Ihr geht es um den »Fight for 15«, den Kampf für einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde. Das wäre einer der höchsten Mindestlöhne weltweit. [...].

Mehrere Bundesstaaten, darunter Kalifornien, haben mittlerweile das Ziel angepeilt, einen Mindestlohn von 15 Dollar schrittweise zu erreichen. In Kalifornien soll es 2022 soweit sein, im Bundesstaat Massachusetts könnte das schon früher geschehen.«²⁶⁹

Die Erfahrungen sind gut, denn sie regen auch die Güternachfrage an.

²⁶⁷ (Hartmann, 2018), S. 123

²⁶⁸ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Anhebung des Mindestlohns auf die untere Wohlstandsgrenze, Seite 211ff

²⁶⁹ (Daniels, 2017)

Aber auch über die Mindestlöhne hinaus, hängt die Entwicklung der Wirtschaft von einer Wertschätzung der geleisteten Arbeit ab, wie dieses Beispiel zeigt:

In Anbetracht des staatlichen Investitionsstaus von mehreren Hundert Milliarden, der nicht durchgeführt werden kann, weil der Staat verschuldet ist und zudem durch die Corona-Krise die Verschuldung um fast eine halbe Billion weiter steigt, ist es erforderlich, sich grundsätzliche Gedanken zur Finanzierung von staatlichen Investitionen zu machen. Die Verschuldung ist ein Problem, welche von der Öffentlichkeit nicht genügend wahrgenommen wird. Beispielsweise steigt der Zinssatz auf ein normales Maß von 5 %, dann wird der Haushalt allein mit Kosten von 125 Milliarden Euro belastet. Tilgungsleistungen nicht berücksichtigt. Bei einem Staatshaushalt von 360 Milliarden wären das rund 35 %. Welche Resorts sollten dann gestrichen werden? Vorschläge für eine Lösung finden sich unten.

Erhöhung der Löhne in der Landwirtschaft bei besserer Lebensmittelversorgung

Von allen Bereichen der Wirtschaft ist der primäre Bereich (Landwirtschaft) gegenüber dem sekundären Bereich (Industrie) und dem tertiären Bereich (Dienstleistung) anders aufgestellt. In der Landwirtschaft gibt es sehr viele selbstständige Bauern, die in Konkurrenz zu den Großbetrieben stehen. Die neoliberale Wirtschaft mit ihrer Ausrichtung auf Gewinne macht sich hier besonders bemerkbar, da die Qualität der Produkte unter dem Kostendruck dieser Politik leidet. Die mangelhafte Qualität hat somit auch eine Auswirkung auf die Volksgesundheit und erhöht die Kosten der Gesundheitsfürsorge.

»Die Zahl der bayerischen Höfe schrumpft unaufhaltsam: Ende 2020 gab es in Bayern über 15.000 Höfe weniger als noch vor zehn Jahren. Aufgegeben haben vor allem hauptberufliche Bauern. Das Problem laut Bauernverband: ›Supermarktketten drücken Preise.« [...].

Die Flächen werden an Großbauern verpachtet, die Ställe umfunktioniert oder abgerissen. Die Gefahr: Ist es erst einmal so weit, wird der Hof wohl nie wiederbelebt. Zumal die Aussichten nicht rosig sind. Sinkende Verbraucherpreise, Klimawandel, Wasserknappheit, die internationale Konkurrenz. [...].

Um das Höfesterben aufzuhalten, müsse es sich wieder lohnen, in der Landwirtschaft zu arbeiten.«²⁷⁰

Neuere Ansätze zeigen aber, dass auch hier mit einer neuen Strategie bessere Erfolge erzielt werden können. Diese bestehen in Zusammenschlüssen der selbstständigen Landwirte zu:

- Kooperationsgemeinschaften oder
- Gemeinschaften, die eine gemeinsame Vermarktung unter Qualitätsmerkmalen erlauben.

Ein sehr gelungenes Beispiel ist die Regionalwert AG. Die sich wie folgt darstellt:

²⁷⁰ br.de, 13.2.2021, Höfesterben in Bayern: 15.000 Bauern zum Aufgeben gezwungen

»Als Bürgeraktiengesellschaft bieten wir Bürgerinnen und Bürgern die praktische Gelegenheit, Verantwortung für eine nachhaltige und resiliente Land- und Ernährungswirtschaft zu übernehmen. Mit dem Kauf von Regionalwert-Aktien und -Genussrechten unterstützen Sie kleine und mittlere BIO-Betriebe in ihrer Region. Wir investieren ihr Geld in Gesellschafterkapital, Boden, Gebäude und Einrichtungen von Regionalwert-Partnerbetrieben entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Damit erhält unser Partnerverbund aus Bauernhöfen, Lebensmittelhandwerkern und -händlern, Gastronomen wie Dienstleistern eine Finanzierung, welche die Rendite anhand ökologisch, sozial und regionalökonomisch geschaffener Werte bemisst. Wir verbinden Landwirtschaft und Gesellschaft und helfen den Unternehmerinnen und Unternehmern raus aus dem anonymen Wettbewerb.

Unser erstrebenswertes Ziel ist es, eine regionale Ernährungssouveränität auf Basis eines Gesellschaftsvertrages zwischen Erzeuger und Verbraucher herzustellen.«²⁷¹

Eine weitere Möglichkeit ergibt sich aus staatlichen oder halbstaatlichen Sammelstellen, die die landwirtschaftlichen Produkte zu einem garantierten Preis anbieten. Dieses Modell wurde in Indien angewandt und sorgte bei den Bauern für eine finanzielle Sicherheit. Verbunden mit einer Kontrolle für ökologische Ausrichtung und einem Siegel könnte sich damit eine gesündere Lebensmittelproduktion in Deutschland erzielen lassen.

Doch gerade in Indien nimmt die neoliberale Ideologie Fahrt auf: »Nun sollen sie ihre Ernten ohne Mittelsperson direkt an private Unternehmen verkaufen dürfen, etwa an Agrarbetriebe oder Supermarktketten. Die Regierung meint: Das steigert den Wettbewerb und führt zu höheren Einnahmen für die Bauern. DIE dagegen glauben: Die Preise werden fallen und die großen Lebensmittelkonzerne noch übermächtiger.«²⁷²

Die Wettbewerbsfähigkeit bleibt dabei erhalten, weil alle Akteure in diesem Wettbewerb gezwungen sind, die von ihnen verursachten sozialen und ökologischen Schäden, die ökonomisch als externe Kosten bezeichnet werden, in ihre Preise einzukalkulieren. Daraus leitet sich die Notwendigkeit geregelter Informationen ab, die den Konsumenten zur Verfügung gestellt werden. Aber auch über eine zusätzliche Besteuerung können die sozialen und ökologischen Schäden den Wettbewerb dienlich sein.

Vernünftige Wohnungspolitik etablieren

»Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht der zweiten Generation. Seine Grundlage im internationalen Recht sind Art. 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), Art. 16 der Europäischen Sozialcharta vom 16. Dezember 1966 sowie Art. 31 der revidierten Europäischen Sozialcharta. Dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zufolge beinhalten Aspekte des Rechts auf Wohnen unter dem ICESCR auch: rechtlichen Schutz des Arbeitsplatzes; die Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Materialien, Anlagen und Infrastruktur; Erschwinglichkeit; Bewohnbarkeit; Zugänglichkeit, Lage und kulturelle Angemessenheit. In Deutschland formulierte die Weimarer Verfassung im Sommer 1919 in Art. 155 erstmals das staatliche Ziel, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zu sichern.«²⁷³

²⁷¹ (Regionalwert-AG,)

²⁷² Spiegel Politik, Bauernproteste in Indien »Wir bleiben bis zum Sieg«, 09.12.2020

²⁷³ Vgl. Wikipedia, Recht auf Wohnen

Mit der Wohnungsknappheit macht sich die Bundesrepublik derzeit der Menschenrechtsverletzung schuldig.

Deutschland ist ein Land der Mieter. In kaum einem europäischen Land gibt es so viele Mietwohnungen. Daher ist eine stabile Miete für die unteren Einkommensschichten und für die Mobilität sehr wichtig. Wer sucht sich einen weit entfernten Arbeitsplatz, wenn er davon ausgehen kann, dass er dort keine bezahlbare Wohnung findet? Durch die Verschuldungspolitik haben gerade die Kommunen Sozialwohnungen privatisiert, um den Zinslasten zu entgehen.

Der Bestandsabbau der staatlichen Wohnungen von ehemals 4 Millionen auf 1,5 Millionen Einheiten hat daher auf dem Wohnungsmarkt zu starken Verwerfungen geführt.²⁷⁴

Wohnungen für die untere Hälfte der Gesellschaft dürfen nicht privatwirtschaftlich organisiert sein. Ein sehr gutes Beispiel gibt die Entwicklung in Wien wieder.

»Die Stadt Wien hingegen besitzt heute 220 000 Wohnungen in 1749 Gemeindebauten - ein Viertel aller Wiener Wohnungen. Das städtische Unternehmen Wiener Wohnen gilt als größte Hausverwaltung Europas, 2015 hat es 394 Millionen Euro in Erhalt und Sanierung der Gemeindebauten investiert. Gut jede siebte Gemeindewohnung liegt in den beliebten Innenstadtbezirken, selbst im noblen ersten Bezirk gehört jede 23. Wohnung der Stadt. [...]. Die zweite, die Position der Stadt, lautet: Indem man Gemeindewohnungen nicht nur an die Ärmsten, sondern auch an die Mittelschicht vergibt, fördert man die soziale Durchmischung und verhindert Gettobildung.«²⁷⁵

So stellt die Welt fest, dass 3 Millionen Wohnungen fehlen:

»Deutschland hat ohnehin zu wenige Wohnungen. Eine neue Studie zeigt nun, dass nochmals jährlich 300.000 gebraucht werden – und zwar für ausländische Fachkräfte. Gelingt der Zubau nicht, ist ein zentraler deutscher Wettbewerbsfaktor in Gefahr.

Wer arbeitet, muss auch irgendwo wohnen. Diese simple Aussage könnte einen Bauboom auslösen, aber ob es so kommt, ist noch immer zweifelhaft. Das zum Essener RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung gehörende Beratungsunternehmen RWI Consult hat in einer Studie den Wohnungsbedarf in Deutschland bis zum Jahr 2035 errechnet.

Anders als bisherige Prognosen, die vor allem die demografische Entwicklung berücksichtigten, haben die Essener Forscher auch die künftige Zuwanderung als Folge der demografischen Entwicklung berücksichtigt. Demnach werden in den kommenden 14 Jahren pro Jahr zwischen 223.000 und 297.000 Wohnungen zusätzlich benötigt, um den prognostizierten Fachkräftezufluss aus dem Ausland unterzubringen.«²⁷⁶

Aber nicht nur für Zuwanderung werden Wohnungen benötigt. Von den Arbeitnehmern wird Mobilität verlangt, aber wer bewirbt sich auf einen Arbeitsplatz, der weiter entfernt ist, wenn er dort keine Wohnung findet. So lässt sich die ungenügende Besetzung von Stellen durch Tesla bei Berlin auch zum Teil auf den engen Berliner Wohnungsmarkt zurückführen.

²⁷⁴ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Privatisierung von Immobilien und Sozialwohnungen, Seite 98ff

²⁷⁵ (Eisenreich, 2016)

²⁷⁶ Stephan Maaß, 9.3.2021, Welt, Zuwanderung von Fachkräften - Existenzielle Frage – Plötzlich fehlen Deutschland drei Millionen Wohnungen

Eine Lösung für dieses Problem ist die Gestaltung in einer staatlichen Organisation. Dafür ist das Bundesamt für Immobilienaufgaben sehr geeignet.

»Die BImA ist der zentrale Immobiliendienstleisterin des Bundes und Eigentümerin von insgesamt 20.000 Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von rund 480.000 Hektar. Neben dienstlich genutzten Objekten zählen über 37.000 Wohnungen zu ihrem Eigentum. Die BImA nimmt ihre Aufgaben zur Verwaltung, Bewertung und zum Verkauf von Grundstücken in verschiedenen Sparten wahr, die sich insbesondere bei Konversionsprojekten eng abstimmen:

1. Verwaltungsaufgaben (VA) für die Betreuung der Immobilien, die von den Gaststreitkräften genutzt werden, und für Mietwohnungen, die durch Bundesdarlehen gefördert wurden.
2. Facility Management (FM) für den zur Verwaltung des Bundes in Deutschland benötigten flächen- und energieeffizienten Betrieb von bestehenden und die Errichtung von neuen baulichen Anlagen sowie für Gewerbe- und Wohngebäude.
3. Verkauf (VK) für den Vertrieb von nicht mehr benötigten Wohn- und Gewerbeimmobilien und von Spezialimmobilien wie Flughäfen, Seehäfen, Bunker und aller ehemals militärisch genutzter Anlagen (Konversion).
4. Portfolio Management (PM) für die gutachterliche Ermittlung des Wertes von Liegenschaften, für die Entwicklung von Flächen für Erneuerbare Energien und für das zentrale Altlastenmanagement.
5. Bundesforst (BF) für die forstliche Bewirtschaftung von rund 355.000 Hektar Wald und 230.000 Hektar Offenlandflächen im Eigentum der BImA und dritter Eigentümer und deren naturschutzfachliche Betreuung mit dem Schwerpunkt auf der Bewahrung des Nationalen Naturerbes.«²⁷⁷

Es gibt aber auch andere Konzepte, die erfolgversprechend sind.

»Bedroht von der Übernahme durch Investment-Firmen gründen Berliner Mieter eine Genossenschaft und erwerben ihren Wohnkomplex.«²⁷⁸

Für die Unterstützung der Finanzierung der Gründungen von Genossenschaften zur Übernahme persönlich genutzter Wohnung eignet sich auch der Vermögensfonds. Er kann das Kapital vorfinanzieren, welches dann von Genossenschaft über längere Zeiträume zurückgezahlt werden kann.

Schaffung einer gemeinschaftlichen und nachhaltigen Wohlstandsentwicklung

»Es geht um die Teilhabe der Zivilgesellschaft an diesem Wettbewerb, die gerade wegen der Digitalisierung heute so leicht möglich ist. Diese Reaktivierung des Staates hat auch eine finanzielle Seite, die unter den Bedingungen der Schuldenbremse alles andere als trivial ist. Es bedarf schließlich erheblicher Investitionen über einen langen Zeitraum. Es bleibt zunächst die Alternative, die notwendigen Mittel entweder durch eine höhere Verschuldung oder durch höhere Steuern aufzubringen. [...].

²⁷⁷ (BImA,)

²⁷⁸ Vgl. (Heidtmann, 2020)

Will man also die Investitionen über höhere Steuern finanzieren, führt der realistische Weg über Steuern auf Vermögen, Erbschaften oder Finanzmarkttransaktionen. Es wäre auch ein fairer Weg. Schließlich träfen diese Steuern fast ausschließlich Wohlhabende, jedenfalls wenn bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer Freibeträge für kleinere Vermögen und Erbschaften vorgesehen würden.«²⁷⁹

»Es ist so, wie Joseph Stiglitz schreibt: »Man muss die Regeln ändern.« Es geht also um die Spielanordnung, die Machtbalance oder das Narrativ, wie Piketty es in seinem Buch *Kapital und Ideologie* beschreibt. Die Volkswirtschaft muss durch eine neue Brille mit einer geschärften Optik für Ungleichheit gesehen werden. Wenn man aber durch die Machtverlagerung am Arbeitsmarkt nur einen begrenzten Effekt erzielen kann, ist gleichsam nachsorgend die Steuerpolitik gefordert. So könnte die umverteilende Wirkung der Einkommenssteuer durchaus verstärkt werden. Schließlich ist der Spitzensteuersatz in den vergangenen Jahrzehnten merklich reduziert worden und könnte wieder auf 50 Prozent heraufgesetzt werden. [...].

Wichtiger als eine veränderte Besteuerung der Einkommen ist eine veränderte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Schon um die Dynamik unserer Gesellschaft zu erhalten, muss es für jede Generation möglichst gerechte Startbedingungen geben. Wegen der sehr ungleichen Vermögensverhältnisse kann davon derzeit nicht einmal annähernd die Rede sein. Mit jeder Generation, die ihr Vermögen nicht verspielt, verschärfen sich die Diskrepanzen. Das fördert die Polarisierung der Gesellschaft und zudem die Resignation, insofern allzu viele glauben, sie hätten aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten ohnehin keine Chance auf einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg.«²⁸⁰

Korrektur der neoliberalen Investitions- und Privatisierungspolitik

Ein kapitalistisch geführtes Unternehmen hat sich jedoch bis jetzt immer bewiesen, weil es sehr flexibel und kreativ sein kann, im Gegensatz zu einer Planwirtschaft. Doch die neoliberale Variante der kapitalistischen Unternehmensführung bringt gesellschaftliche Verwerfungen mit sich, die im Wesentlichen zur Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen führen, mit ständiger Vergrößerung der sozialen Ungleichheit und Gefährdung der Demokratie. Das Ergebnis ist eine private Bargeldschwemme, die weder von den privaten Unternehmen genutzt wird, noch vom Staat genutzt werden kann.

Im Sinne einer volkswirtschaftlichen Standardgleichung, müssen die Investitionen den Ersparnissen entsprechen ($I=S$). Das ist seit Jahren nicht der Fall und stellt mit einer staatlichen Investitionskrise das größte Problem dieser Zeit dar. Denn enorm viele staatliche Investitionen warten auf ihre Finanzierung. Staatliche Investitionen sind nicht unbedingt gewinnorientiert, doch schaffen sie Arbeitsplätze und Güternachfrage. Über den Multiplikatoreffekt werden weitere Arbeitsplätze geschaffen und weitere Güternachfrage.

So äußern sich die Grünen:

²⁷⁹ (Horn, 2020), Pos. 2499

²⁸⁰ (Horn, 2020), Pos. 2823

»Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in Höhe von 600 Millionen Euro. Unser Programm «Faire Wärme» mit dem wir die energetische Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei Beispiele. Insgesamt plädieren wir für zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30 Milliarden pro Jahr.«²⁸¹

Der Finanzbedarf ist erheblich und die private Wirtschaft ist eher bestrebt, diese grünen Ziele nicht zu unterstützen, da sie mit Kosten verbunden sind, die die private Industrie nicht tragen möchte, weil diese Kosten die Gewinne schmälern.

Das Geld ist zwar in Form einer privaten Geldschwemme von 1,5 Billionen (Bar- und Sichtguthaben) vorhanden, doch die private Wirtschaft nimmt dieses Geld nicht auf. Dies hat zwei Ursachen. Einerseits erzielen die großen Firmen Gewinne, die sie nicht für Investitionen nutzen und an die Anteilseigner ausschütten. Ein großer Teil dieser Gewinne landet dann als Bar- oder Sichtguthaben auf den Konten der Banken, da die Anteilseigner selten Investoren sind. Andererseits gibt es genügend private Unternehmen, die Kapital benötigen, doch wer nicht die Möglichkeiten hat, diese Kredite abzusichern, erhält auch keine Kredite. Der niedrige Zins zeigt deutlich, dass eine Nachfrage der Privatwirtschaft nach Krediten nicht vorhanden ist.

Daher ist nur sehr wenig für die Umsetzung der Ziele der Grünen von der privaten Wirtschaft zu erwarten.

Der deutsche Staat ist jedoch mit 2 Billionen Euro verschuldet und überschreitet nun mit der Corona-Krise wieder die Maastricht-Kriterien. Wobei durch die Corona-Krise auch dieser Schuldenbetrag erheblich ausgeweitet wird. Wo soll also das Geld herkommen, mit dem die grünen Ziele finanziert werden können und wie kann der Staat das finanzieren?

Daraus ergibt sich die Forderung, den Staatsanteil zu vergrößern und zwar weniger durch die Erhebung von Finanzzuflüssen aus Steuern, sondern eher durch eine passive Beteiligung des Staates am Betriebskapital der Unternehmen, wenn sie eine bestimmte Größe überschritten haben. Die dem Staat zugeführten Mittel kommen aus den Gewinnen der Unternehmen und nicht aus einer Liquidierung der Vermögenswerte. Daher vermindert das weder die Liquidität des Unternehmens, noch führen sie zu Einschränkungen in den Unternehmen. Gewinne werden nur dann ausgeschüttet, wenn sie im Unternehmen nicht benötigt werden oder das Unternehmen keine Ideen für weitere Investitionen hat. Aktienrückkäufe zum Zwecke der Ausschüttung an die Anteilseigner weisen deutlich auf einen Ideenmangel für neue Produkte und damit auf Verhinderung von Investitionen hin.

Für Konservative wird die Beteiligung des Staates an privaten Unternehmen als Sozialismus, Kommunismus oder als Staatskapitalismus angesehen und meist auf das Ende der DDR verwiesen. Die neoliberale Presse versucht mit der negativen Darstellung von Staatsbeteiligung, einer Diskussion dieses Themas aus dem Wege zu gehen bzw. diese Idee als nicht verwirklicht darzustellen. Doch wenn wir uns die Unternehmen ansehen, bei denen der Bund beteiligt ist, dann kann festgestellt werden, dass diese Beteiligung keineswegs der Entwicklung in Deutschland in irgendeiner Weise geschadet hat.

²⁸¹ (Grünen B. d., WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen, 2019), Zeile 311 bis 317

Hier gibt es einige Beispiele:

Commerzbank (15 %, kein Gewinn, kein Verlust, aber viele Arbeitsplätze), Deutsche Bundesbahn (100 %, Privatisierung gescheitert, weil der Investitionsbedarf für Private zu hoch ist), Deutsche Post AG (21 %), Deutsche Telekom AG (31,9 %), VW (20 %), Airbus (12,4 % mit den europäischen Staaten 25 %), EnBW (<50 %), K+S (51 %), RWE (15 %), PBB (20 %). Gerade ein Unternehmen mit Staatsbeteiligung gehört zu den größten Unternehmen der Automobilindustrie. Diese Liste von Unternehmen mit staatlicher Beteiligung ist jedoch umfangreicher.²⁸² Niemand kann behaupten, wir hätten nun ein sozialistisches oder kommunistisches System.

Wir müssen uns aber klar machen, dass gegen eine passive Beteiligung des Staates an privaten Unternehmen nichts spricht, solange der Anteil nicht über 50 % steigt und es beherrschenden Einfluss nimmt. Im Prinzip soll das privat geführte Unternehmen seinen eignen Zielen folgen. Der passive Charakter des Staates kann in der Konstruktion der Aktiengesellschaft verstanden werden. Es ist völlig egal, wer die Aktien hält, solange nicht Mehrheitsverhältnisse erreicht werden, die dann über die Köpfe der Unternehmensführung andere Ziel setzen. Das bedeutet nicht, dass es keinerlei Einfluss gibt. Das Beispiel BlackRock macht deutlich, dass auch mit einer 5 % Beteiligung möglich ist, Einfluss auf Unternehmen zu nehmen. Wenn wir uns das Verhalten und den Einfluss von BlackRock ansehen Abschnitt: »BlackRock - ein Beispiel für das Verhalten eines privaten Vermögensfonds«, dann erscheint der Einfluss des Staates zusätzlich als eine bessere Alternative.

Der Staat sind wir, und daher bedeutet das für jeden Bürger auch eine Teilhabe an den Produktivmitteln. Etwas, was uns mit Gründung der Bundesrepublik versprochen, aber in den letzten 40 Jahren verhindert wurde. Allerdings tritt der Staat mit seiner Organisation somit als Vermögensverwalter der Bevölkerung auf. Eine persönliche Zuordnung der Teilhabe müsste daher in folgenden Bereichen erfolgen: Rente, Altersheim, Krankheit und Pflege. Also in den Bereichen der Vorsorge.

Staatsinvestitionen und Industriepolitik sind notwendig

»Wir brauchen einen zielgerichtet handelnden, aktiven, unternehmerischen Staat, der in der Lage ist, Risiken einzugehen und ein hochgradig vernetztes System von Akteuren zu schaffen, das aus dem privaten Sektor das herausholt, was mittel- und langfristig für das Allgemeinwohl das Beste ist. Der Staat muss in diesem Netzwerk als Hauptinvestor und Katalysator wirken und die Verbreitung von Wissen steuern. Er kann dabei selbst aktiv gestalten und muss sich nicht mit der Rolle des Förderers der Wissensökonomie zufriedengeben. Sich für einen unternehmerisch handelnden Staat einzusetzen ist im Grunde keine »neue« Industriepolitik, denn tatsächlich handelt der Staat bereits so. Wie Block und Keller (2011, S. 95) einleuchtend dargelegt haben, findet das steuernde Eingreifen des Staates in der Industrie hauptsächlich deshalb im Verborgenen statt, um Widerstände vonseiten der konservativen Rechten auszuschließen. Ob in der Computerbranche, beim Internet, in der pharmazeutischen Industrie, der Bio- und Nanotechnologie oder bei der grünen Revolution: Immer war es der Staat, der allen

²⁸² Auszug aus: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/-Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen-download.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Widrigkeiten zum Trotz wagte, über das scheinbar Unmögliche nachzudenken. Er schuf die neuen technologischen Chancen, finanzierte die großen Anfangsinvestitionen, ermöglichte einem dezentralen Netzwerk von Akteuren, risikoreiche Forschungen durchzuführen, und brachte schließlich dynamische Entwicklungs- und Kommerzialisierungsprozesse auf den Weg.«²⁸³

Nicht nur in Krisen wie Corona zeigt sich, dass der Staat die einzige Organisation ist, die mit Krisen fertig werden kann. Doch auch hier werden die Mittel von den Reichen geliehen, mit Problemen nach der Krise. Für eine stabile Volkswirtschaft braucht der Staat permanente nachhaltige Einkünfte.

Staatliche Investitionen, auch wenn sie keine Gewinne erwirtschaften, schaffen Arbeitsplätze und Güternachfrage. Der Gewinn äußert sich in einer Wohlstandsentwicklung und nicht im individuellen Gewinn des Unternehmens. Als Beispiel kann man die Einrichtung einer Schule sehen. Der Bau der Schule kostet Geld und es gibt keinen Gewinn, da Schulgeld nicht erhoben wird, doch der volkswirtschaftliche Gewinn ist die Ausbildung. Diese erworbenen Fähigkeiten werden von der privaten Industrie genutzt. Sie profitiert davon und als Ausgleich zahlt sie Steuern.

Generelle Lohnerhöhung - durch staatliche Investitionen zur Vollbeschäftigung

Mindestlöhne können nur eine vorübergehende Maßnahme für die Erzielung eines Wohlstandsniveaus sein. Auch wenn der abgeschlossenen Abwanderung von Massenverarbeitungsfirmen in das Ausland der Verlust von Arbeitsplätzen geringer ausfallen dürfte, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Verlust durch andere Maßnahmen aufgefangen werden muss. Ein »Wohlstandsniveau für alle« lässt sich nur erreichen, wenn es permanente staatliche Investitionen in Arbeitsplätze gibt und wieder ein Zustand der Vollbeschäftigung erreicht wird. Allerdings darf der Widerstand der Neoliberalen gegen Vollbeschäftigung nicht unterschätzt werden. Solange es ein Überangebot von Arbeitskräften am Arbeitsmarkt gibt, sind die Unternehmen nicht bereit, höhere Löhne zu zahlen, die einen Aufstieg der unteren Hälfte der Gesellschaft in den Wohlstand erlauben. Nur mit permanenten staatlichen Investitionen kann der Wohlstand der unteren Bevölkerungshälfte über eine Vollbeschäftigung gesichert werden. Dies kann am leichtesten durchgeführt werden, wenn sich der Staat an Unternehmen beteiligt, Investitionen unterstützt und gleichzeitig für Teilhabe der Bevölkerung sorgt.

²⁸³ (Mazzucato, 2014), Pos. 420

Notwendige Reorganisation des globalen Außenhandels (WTO)

Kritik an der WTO

Greenpeace sieht folgende schwere Fehler in der WTO:

1. »*Die Vorherrschaft der Wenigen*: Auf den ersten Blick wirkt die WTO sehr demokratisch: Ihre Entscheidungen werden prinzipiell im Konsens (einstimmig) gefasst. In der Praxis läuft es aber häufig darauf hinaus, dass die Beschlüsse der vier mächtigsten Mitglieder USA, EU, Japan und Kanada übernommen werden. [...]. Zum Erzwingen des Konsenses benutzen sie undemokratische Verfahren wie das inoffizielle Verhandeln im kleinen, von ihnen ausgewählten Kreis (sogenannte *Green Room Meetings*) oder notfalls auch den direkten Druck durch *Daumenschrauben* bei widerspenstigen Ländern. [...].
2. *Undemokratische interne Strukturen*: Die unklaren Entscheidungsstrukturen in der WTO führen immer wieder zu undemokratischen Entscheidungen während der Ministerkonferenzen [...].
3. *Fehlende Transparenz*: Die Organisationen der Zivilgesellschaft wie auch die Medien sind vom Alltagsgeschäft der WTO wie auch von ihren Ministerkonferenzen nahezu vollständig ausgeschlossen. Beteiligungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen, so wie sie bei den Vereinten Nationen üblich sind, kennt die WTO nicht.
4. *Übermacht durch eigene Gerichtsbarkeit*: Das im Vergleich mit anderen internationalen Strukturen einzigartige Streitfallverfahren der WTO gibt der Welthandelsorganisation Macht. So verfügt die WTO über Durchsetzungskraft gegenüber unwilligen Mitgliedern wie auch gegenüber anderen Rechtsregimen wie den Menschenrechten, den Kernarbeitsnormen oder multilateralen Umweltabkommen. Handelskonflikte zwischen Mitgliedern der WTO werden von der Schlichtungsstelle nach einem strikten Prozedere bearbeitet. Dem WTO-Richterspruch muss das unterlegene Land folgen oder ansonsten Strafmaßnahmen (in der Regel Strafzölle) erdulden. [...] auch das Streitschlichtungsverfahren dient vor allem den mächtigen Handelsnationen. [...].
5. *Kuhhandel in Handelsrunden*: Die derzeitigen WTO-Abkommen sind in der letzten großen Handelsrunde des GATT, der Uruguay-Runde (1986-1994), ausgehandelt worden. Sie sind im Rahmen einer sogenannten *Gesamtverpflichtung* (single undertaking) verabschiedet worden. [...]. Gesamtverpflichtung heißt: In der Handelsrunde werden parallel verschiedene Themen verhandelt, alle Verhandlungen werden jedoch an einem gemeinsamen Stichtag beendet. Dieses führt nach dem Prinzip »*Gibst du mir, so geb ich dir*« zu einem Kuhhandel [...].
6. *Blinde Flecken im WTO-Regelwerk*: Die WTO ist blind gegenüber der Umwelt, den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und den Menschenrechten. Aus Umweltsicht sind vor allem vier *blinde Flecken* zu nennen:
 - a. *Die Nichtberücksichtigung der Herstellungsverfahren im WTO-Regelwerk*: Ohne eine nachhaltige Konsum- und Produktionspolitik fördert der Freihandel zahlreiche unnötige, billige Produkte. Dies erfordert die sogenannte Gleichbehandlung von Produkten: Umweltfreundliche Produkte dürfen nicht bessergestellt werden als umweltschädliche. [...].

- b. *Kernprinzipien des Umweltschutzes fehlen:* [...]. Dazu zählen unter anderem die Haftung und Entschädigung für nachteilige Auswirkungen von Umweltschäden, das Vorsorgeprinzip, die Internationalisierung von Umweltkosten und die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen.
 - c. *Umweltschädliche Subventionen bestehen fort:* [...]. Internationale Handelsregeln [gehen] nicht oder nicht konsequent genug gegen umweltschädliche Subventionen [...] vor.
 - d. *Handelsrecht vor Umweltrecht:* [...]. Aufgrund der Tatsache, dass die WTO ihr Handelsrecht mittels des Streitfallverfahrens durchsetzen kann, dominiert das Handelsregime vor internationalem Umweltrecht, somit kann die WTO multilaterale Umweltabkommen aushebeln.
7. *Überschreiten der Kompetenz:* Selbst einige Befürworter der WTO räumen ein, dass es nicht ersichtlich ist, warum die WTO über den reinen Handel hinaus versucht, Bereiche wie etwa Investitionen in ihr Regelwerk zu integrieren. Ein anderes Beispiel: Die Handelsregeln zwingen die WTO-Mitglieder dazu, ein Patentsystem einzuführen, das Patente auf Pflanzen, Tiere, Menschen und deren Gene einschließt. Mikroorganismen müssen gar laut WTO patentiert werden. [...].
 8. *Nicht zeitgemäßes Regelwerk:* Die vom Vorgänger GATT übernommenen und seit 1947 gültigen Handelsprinzipien, wie etwa das Prinzip der Gleichbehandlung der Handelspartner (Meistbegünstigung) und das Prinzip der Gleichbehandlung der Waren (Inländerbehandlung), sind veraltet und verhindern dringend notwendige Entwicklungs- und Umweltmaßnahmen. [...].
 9. *Das WTO-System dient nicht allen, sondern vor allem den Konzernen:* Der jüngst im Oktober 2004 vor der WTO begonnene Streitfall um die Zulässigkeit von Subventionen für den Flugzeugbau verdeutlichen einmal mehr, für welche Interessen die WTO geschaffen wurde. Airbus (EU) wie Boing (USA) versuchen vor der WTO, dem Konkurrenten Wettbewerbsnachteile zuzufügen. Die EU wie auch die USA geben ihren Konzernen das verbriefte Recht, das Streitschlichtungsverfahren der WTO zur Durchsetzung von Konzerninteressen zu nutzen.
 10. *Die Sonderbehandlung von Entwicklungsländern (special and differential treatment) - eine Mogelpackung:* Den Entwicklungsländern wurden in den WTO-Abkommen eine ihren Entwicklungsmöglichkeiten entsprechende Sonderbehandlung garantiert. Im Jahre 2003 legten die Entwicklungsländer 88 Vorschläge vor, damit diese Sonderbehandlung endlich Realität würde. Die Industrieländer wollten davon nur 28 akzeptieren. Auch für diese kam eine endgültige Einigung nicht zustande. Somit bleibt die spezielle und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer im Handelssystem weiterhin ein Mythos.«²⁸⁴

Anforderungen an die WTO

Nachdem Greenpeace 10 kapitale Fehler bei der WTO entdeckt hat, sieht sie die Notwendigkeit einer Einflussnahme der Politik auf die WTO, damit die in der Präambel der WTO erklärten Ziel auch wirklich umgesetzt werden. Die Achtung von Menschenrechten, Kernarbeitsnormen und Umweltschutzmaßnahmen und das Versprechen, dass der Handel zum Wohlstand für alle führe, wurden einfach nicht

²⁸⁴ \$\$ (Greenpeace, 2004)

umgesetzt. Aus diesem Grund demonstrierten Zehntausende 1999 in Seattle und 2003 in Cancún gegen ungerechte Handelsstrukturen und die WTO.

»Klar ist, wie die WTO derzeit arbeitet, dient sie ausschließlich Liberalisierungsmaßnahmen und der Stärkung des freien Handels. Dies führt zur Verschärfung der Umwelt- und sozialen Probleme. Deshalb muss eine neue soziale und ökologische Welthandelsordnung nach folgenden Kriterien aufgestellt werden:

1. Die Handelsregeln müssen sich tatsächlich dem Prinzip der Nachhaltigkeit unterordnen.
2. Sie müssen zu Frieden und Armutsbekämpfung führen.
3. Sie müssen multilateral gestaltet, in dem System der Vereinten Nationen (UN) eingebettet und durch die UN kontrolliert werden.
4. Sie müssen demokratisch, kooperativ und gerecht sein.
5. Sie müssen auf gleichberechtigten Verhandlungen zwischen allen Handelspartnern basieren, bei denen kein Druck auf schwächere Handelspartner ausgeübt wird.
6. Eine soziale und ökologische Welthandelsordnung würde Handelskonflikte weitgehend vermeiden und im Falle von entstehenden Konflikten zu einer gerechten Streitschlichtung führen: Transparent und im System der Vereinten Nationen eingebettet. Im Streitfall müssen Umwelt, Menschenrechte und Kernarbeitsnormen respektiert und nicht ökonomischen Erwägungen unterordnet werden.
7. Sie muss die wirtschaftliche, soziale, biologische und kulturelle Vielfalt der einzelnen Handelsnationen, die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Entwicklungsländer sowie armer und schwacher Teile der Gesellschaft berücksichtigen und Maßnahmen zu deren Schutz erlauben.
8. Sie muss Umweltschutzmaßnahmen unterstützen und auch langfristig eine lebenswerte Umwelt erhalten. Insbesondere muss das neue Handelssystem sicherstellen, dass umweltfreundliche Produktions- und Konsummuster gefördert werden, dass die Kernprinzipien des Umweltschutzes eingehalten werden, dass die Ziele und die Umsetzung von Multilateralen Umweltschutzabkommen gefördert werden.«²⁸⁵

Alternative: Reformation der WTO-Bedingungen

Obwohl Zölle und andere Handelshemmnisse dank GATT und WTO erheblich gesenkt wurden, wurde das Versprechen, dass der Freihandel das Wirtschaftswachstum beschleunigen, die Armut verringern und das Einkommen der Menschen erhöhen wird, von vielen Kritikern in Frage gestellt.

Kritiker vertreten auch die Ansicht, dass die Vorteile der WTO für den Freihandel nicht gleichermaßen geteilt werden. Diese Kritik wird normalerweise durch historische Berichte über die Ergebnisse von Verhandlungen und / oder Daten gestützt, aus denen hervorgeht, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Die Spaltung der Gesellschaft in einen Teil, der am Wohlstand nicht teilnimmt und in einem anderen Teil, der mit dem Wohlstand nicht anzufangen weiß, ist in allen Hochpreisländern gleichermaßen vorhanden.

²⁸⁵ (Greenpeace, 2004)

»Zum Glück hat sich die WTO mit ihrem abwegigen Freihandelsansatz in eine politische Sackgasse manövriert – diese begann mit Massenprotesten bei der Ministerkonferenz 1999 in Seattle, welche ergebnislos zu Ende ging, weil die Entwicklungsländer der Abschlusserklärung, welche die ›Quads‹ (Kanada, USA, EU und Japan) in den sogenannten ›Green Rooms‹ unter sich ausgeschnapst und aus machtpolitischer Gewohnheit dem ›Rest‹ zum Absegnen vorgesetzt hatten, die Unterschrift verweigerten. Seither ist die WTO keinen entscheidenden Schritt mehr vorwärtsgekommen: Die Singapur-Themen (von der Konferenz 1996) sind ebenso gescheitert wie die ›Doha-Entwicklungsrunde‹ (2001 bis 2015). Faktisch steht die WTO seit ihrer Gründung 1995 still, wenn auch auf viel zu hohem und schädlichem Niveau eines festgezurrtten Zwangshandels. Dennoch: Das Argument der Ineffizienz gilt nun nicht mehr allein für die UNO. Anstatt aber nach dem Scheitern ›ihrer‹ WTO in den Hafen der UNO zurückzukehren und das Völkerrecht dort weiterzuentwickeln, setzten die Industrieländer auf bilaterale und plurilaterale (regionale) Handels- und Investitionsschutzabkommen. [...].

Der dritte Anlauf findet aktuell vorwiegend auf bilateraler Ebene statt. In ihrer Mitteilung 2006 ›Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt‹ geht die Kommission in die Offensive und schlägt bilaterale Freihandelsabkommen vor – im Bewusstsein, dass das Verlassen der multilateralen Ebene umstritten ist. [...].

Die bilateralen Abkommen sollen leisten, was in der WTO im Moment nicht möglich ist: noch freieren Handel, noch strengeren Schutz von Investitionen und geistigem Eigentum, noch strengere Regeln für öffentliche Beschaffung und Dienstleistungen (›WTO plus-Themen‹), noch mehr Fesseln für die öffentliche Hand im Einkauf, bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und in der Regulierung von Investitionen und Märkten. [...].

Sie genügen rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht: Die Verfahren finden nicht an ständigen Gerichtshöfen statt, sie werden nicht von staatlichen Richtern geleitet (sondern von Experten zumeist für Handelsrecht oder von teils profitorientierten Anwälten), sie sind nicht öffentlich, die Urteile müssen nicht veröffentlicht werden, und gegen sie kann auch nicht berufen werden – das Mittelalter lässt grüßen! «²⁸⁶

Wohlstandsmehrung beginnt im Lokalen und nicht im Globalen

»Das durch Ricardos Theorem direkt und indirekt aufgezeigte Potenzial an Wohlstandsmehrung im internationalen Handel liefert den erdrückenden Beweis, das neoliberale Protagonisten nicht den geringsten Grund haben, das anarchische und chaotische Treiben auf den globalen Märkten mit der Nutzung komparativer Vorteile in Verbindung zu bringen. Und die Protagonisten nähren unverantwortlich Illusionen, wenn sie dieses Treiben, das Ricardos Erkenntnissen so offensichtlich zuwiderläuft, mit der Aussicht auf Wohlstand, Wohlfahrt und Beschäftigung rechtfertigen. [...].

Konstruktiver Außenhandel auf der Grundlage komparativer Kostenvorteile und sinnvoller internationaler Spezialisierung beginnt im Lokalen, Regionalen und Nationalen. Nur wenn sich dort demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitiken durchsetzen, besteht die Chance, wirtschaftliche Produktivitäten und Spezialisierungen als einzig auf das Wohl von Gesellschaft und Umwelt gerichtet zu verstehen. [...].

Nur die autonome Regelung aller grenzüberschreitenden Transaktionen kann der

²⁸⁶ (Felber, 2017), S. 84-87

Forderung nach Zukunftsfähigkeit im Innern und nach außen gerecht wird. In diesem Bewusstsein gilt es, komparative Vorteile sehr differenziert zu nutzen: Für Importe sind mengenmäßige Begrenzungen zu vereinbaren, um die eigenen produktionstechnischen Fähigkeiten und die eigene wirtschaftliche Vielfalt zu erhalten. Die Preise importierter Produkte sind sowohl kalkulatorisch mit Zöllen zu belegen, um inländischen Produzenten realistische Chancen zum Lernfortschritt im Außenwettbewerb zu eröffnen. Mengenbegrenzung sind spiegelbildlich zum Zwecke einer ausgeglichenen Handelsbilanz auch auf Exportprodukte anzuwenden. Zugleich ist die Aufteilung der inländischen Wertschöpfung zwischen Export- und Eigenbedarf so auszubalancieren, dass binnenwirtschaftliche Strukturen nicht gefährdet und strukturbedingte Arbeitslosigkeit, ungleiche Einkommensverteilung und somit auch Wohlfahrtsverluste vermieden werden.«²⁸⁷

Preisausgleichssteuern und Mengenregulierung anstatt inländischer Subventionen.

Wie wir gesehen haben, ist der Grund für die Deindustrialisierung im Verdrängungswettbewerb über einen unrealen Wechselkurs zu suchen. Versuche über die Trade of Terms zu einem besseren Wechselkurs zu kommen, können als gescheitert angesehen werden. Zeitweilig wurde auch die Bildung von Warenkörben diskutiert, um das Problem des Wechselkurses in den Griff zu bekommen. Doch Ergebnisse gab es nicht und die Deindustrialisierung geht weiter.

Um einer heimischen Wirtschaft das Überleben zu sichern, sind daher zwei Maßnahmen erforderlich. Die Einführung eines Zolls für die Preisdifferenz, die sich aus dem niedrigen Preis des importierten Gutes und dem inländischen Preisniveau ergibt. Das WTO-Recht kennt auch das Instrument des Ausgleichszolls. Dieser Zoll ist kein Protektionismus im üblichen Sinne. Er hat nicht die Aufgabe, Importe abzuwehren, sondern die Industrie aufrecht zu erhalten, dazu anzuregen, über den technischen Fortschritt die Preise zu senken, anstatt über Löhne. Diese Aufgabe kann nur wahrgenommen werden, wenn es Importmengenbegrenzungen gibt. Für die importierten Mengen können Intervalle festgelegt werden, in denen sich die Importe bewegen dürfen. Übersteigen die in den Intervallen festgelegte Grenzen, so erhöhen sich die Zölle, sinken die Mengen unter die Intervallgrenzen, können die Zölle reduziert werden.

Der Vorteil eines derartigen Verfahrens ist, dass das exportierende Niedrigpreisland an den Zöllen erkennt, dass es zu billig liefert und dieser Vorteil dann diesem exportierenden Land und damit der Bevölkerung zukommt und zusätzlich für eine Lohnanpassung nach oben anstatt nach unten sorgt. Im importierenden Hochpreisland bleibt die Industrie und damit ihre Arbeitsplätze erhalten. Zur Aufrechterhaltung der Industrie geht auch nicht das technische Wissen verloren, welches über das Überleben des Landes gebraucht wird.

Geht man vom Kerngedanken der Marktwirtschaft aus, dann lässt sich das beste Ergebnis erzielen, wenn alle Unternehmen über den Preis in Konkurrenz stehen. Das bedeutet aber auch, dass es keinen Verdrängungswettbewerb aufgrund unfairer Preise geben darf, wie das über die WTO-Bedingungen befördert wird.

Die enorme Umstellung von fossilen auf CO₂-freie Energieträger verlangt enorme Einsätze an Kapital, die nicht immer gewinnträchtig sind. Wie ntv berichtet, wird die

²⁸⁷ (Zeitler, 2006), S. 96-99

europäische Batterieproduktion mit Milliarden Euro gefördert. Dabei würden im Rahmen des Vorhabens der IPCEI elf Unternehmen in Deutschland gefördert. Ein Drittel der Beträge davon müsste von den Bundesländern aufgebracht werden. Die Europäische Kommission habe das von Deutschland koordinierte zweite staatlich geförderte EU-Batterieprojekt genehmigt.²⁸⁸

Es beginnt wie immer mit staatlichen Subventionen, weil der fernöstliche Weltpreis bereits so niedrig ist, dass sich der Aufbau nationaler Unternehmen nicht lohnt. Die Förderung von allen Unternehmen mit staatlichen Subventionen schwächt den Staat, weil er sich das Geld wegen fehlender Einkünfte auf dem Kapitalmarkt leihen muss. Dafür muss er irgendwann Zinsen bezahlen, die möglicherweise nicht bezahlt werden können. Für mich ist es unverständlich, warum nicht andere Wege begangen werden.

Mit der Durchsetzung eines Zolls in Höhe der Preisdifferenz (hier wirken allerdings die WTO Abkommen dagegen) wird eine echte Konkurrenz im Nationalstaat ermöglicht. Gleichzeitig ist der Zoll eine Einnahmequelle, die er für weitere Investitionen oder Beteiligungen an Unternehmen verwenden kann. Das Problem der Staatsverschuldung gibt es nicht.

Am Beispiel der Industrie der Sonnenkollektoren lässt sich leicht aufzeigen, dass die Subventionen nur übergangsweise gewährt werden können. Danach werden durch die WTO-Bestimmungen mit Durchsetzung der EU weitere Subventionen verboten und der Verdrängungswettbewerb beginnt. Am Ende gibt es keine dieser Industrien mehr im Inland. Die Auswirkung auf die Arbeitswelt ist enorm. Sie auch Abschnitt: »*Die WTO verhindert Wohlstand und die Umsetzung grüner Ziele*«.

Alternative: Ausstieg aus der WTO und Integration des Welthandels in die UN

Ausstieg aus der WTO

»Der Ausstieg aus dem Vertragswerk der WTO ist für die Mitgliedsländer zwar prinzipiell möglich, setzt aber Ausstiegsverhandlungen mit allen betroffenen Handelspartnern voraus und erfordert eine hohe Wirtschaftsleistung, um die fälligen Kompensationen zu begleichen. Da ist für Länder, die sich auf einseitige Spezialisierungen eingelassen haben und deshalb keinen Güterausgleich oder wegen des Handelsdefizits keinen monetären Ausgleich anbieten können, so gut wie unmöglich. Insofern ist der Prozess der Marktliberalisierung für die meisten WTO-Mitglieder praktisch eine Einbahnstraße, aus der es kein Zurück gibt.«²⁸⁹

»Gedeihliche Außenhandel erfordert allerdings politisch autonome und wirtschaftliche eigenständige Volkswirtschaften, deren Souveränität sich auf vielfältige subsidiäre Binnenstrukturen gründet und sie sich mit gleichen Rechten und ohne Gefahr von Erpressung und Nötigung begegnen. Genau darin liegt die Chance einer post-neoliberalen Wirtschaftsordnung. Diese Voraussetzungen sind jedoch mit der bestehenden WTO nicht herzustellen. Jedem fortschrittlichen Nationalstaat ist deshalb zu empfehlen, einen

²⁸⁸ Vgl. ntv, 1.2.2021, Tesla bekommt Milliardenförderung

²⁸⁹ (Zeitler, 2006), S. 102-103

kontrollierten Ausstieg aus den WTO-Verträgen einzuleiten und sich für eine neue Welthandelsorganisation einzusetzen, die sich auf die Durchsetzung nutzbringender Verhaltensnormen im internationalen Handel beschränkt und nicht den Ehrgeiz entwickelt, nationalstaatliche Vollmachten an sich zu reißen.«²⁹⁰

Integration des Welthandels in die UN

»Harald Klimenta schreibt: »In einem ausgewogenen Welthandelssystem wird die WTO eine wesentlich geringere Bedeutung spielen und in das UN-System integriert sein.« [...]. Mander und Cavanough schreiben: »Handel ist Mittel und nicht Zweck (...). Die Verantwortung für die Vereinbarung und Durchsetzung von Handelsregeln sollte bei Organisationen liegen, denen dieser Unterschied klar ist. Folglich sind wir der Ansicht, dass die Zuständigkeit für Handelsfragen auf UN-Behörden verteilt werden sollte, die sich mit Themen wie Entwicklung, Gesundheit, Ernährung, Arbeit und Umwelt beschäftigen. Sie sollte bei denselben Behörden liegen, die auch für die Ziele verantwortlich sind, denen der Freihandel dienen soll.« [...]. Ich halte es auch mit Zeitler: »Jedem fortschrittlichen Nationalstaat ist deshalb zu empfehlen, einen kontrollierten Ausstieg aus den WTO-Verträgen einzuleiten und sich für eine neue Welthandelsorganisation einzusetzen« [...].«²⁹¹

»Der ursprüngliche Plan war allerdings ein anderer: Schon 1948 hätte eine Internationale Handelsorganisation ITO entstehen sollen, als dritte Schwester von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Aus den Bretton-Woods-Drillings wurden jedoch nur Zwillinge. Denn die ITO wäre einer UN-Organisation würdig gewesen. Sie hätte Arbeitsrechte durchsetzen, Zahlungsbilanzen stabilisieren und Rohstoffpreise regulieren können.«²⁹²

»Die UNCTAD informiert regelmäßig über die Entwicklung der Zahl und Größe der transnationalen Konzerne (TNC, Transnational Corporations): 1990 registrierte sie 35.000 solcher TNC mit gemeinsam 150.000 Tochterunternehmen, 2008 waren es bereits 82.000 mit 807.000 Tochterunternehmen. Zusammen dominierten sie zwei Drittel des Welthandels: Ein Drittel ist »Intrakonzernhandel«, ein weiteres Drittel Handel zwischen diesen Konzernen, nur bei einem Drittel des Welthandels mischen sie nicht unmittelbar mit. Zwischen 1990 und 2009 fanden 2200 Fusionen im Wert von mindestens einer Milliarde US-Dollar statt.«²⁹³

²⁹⁰ (Zeitler, 2006), S. 121

²⁹¹ (Felber, 2017), S. 92-93

²⁹² (Felber, 2017), S. 23

²⁹³ (Felber, 2017), S. 57

Alternative: Reindustrialisierung von Massenfertigung durch ausländische Unternehmen

Reindustrialisierung der Massenfertigung

Eine Reindustrialisierung wäre auch möglich über eine politische Aktivität, die ausländischen Unternehmen, die mit Verdrängungswettbewerb die Massenfertigung in Deutschland unterbunden haben, zu veranlassen, wieder Betriebe in Deutschland aufzubauen. Ein Beispiel dafür scheint die Entwicklung der Batteriefabriken zu sein. Doch dies kann auch nur ein kurzes Strohfeuer sein, wie sich das bei den Sonnenkollektoren gezeigt hat. Siehe auch Abschnitt: »Die WTO verhindert Wohlstand und die Umsetzung grüner Ziele«.

China wurde im Jahr 2001 als Entwicklungsland in die WTO aufgenommen. Doch inzwischen ist China dem Entwicklungslandstatus entwachsen. Es nimmt aber immer noch die günstigen Bedingungen für diesen Status in Anspruch und verstößt gegen viele Normen der internationalen Regeln. Dabei entwickelte sich China zum globalen Produktionszentrum und produzierte fast 30 % der weltweiten Produktionsleistung. Bedingungen die China an ausländische Investoren stellt, ist die Beteiligung entweder von privaten chinesischen Firmen oder des Staates an ausländischen Firmengründungen.

Eine reine ausländische Firmengründung ist nicht möglich. Damit hat China die Kontrolle über das Unternehmen und gleichzeitig fließen auch Gewinne des Unternehmens an den chinesischen Staat, womit sie auch der Bevölkerung zugutekommen.

Es ist ein Modell, welches auch in Deutschland angewandt werden sollte und zwar aus folgenden Gründen:

- Der Teilhabe der Bevölkerung am Gewinn des Unternehmens,
- Partizipation am technischen Fortschritt und
- Kontrolle bei Veränderung der Besitzverhältnisse, insbesondere Konkurs oder Verlagerung.

»In dieser Woche wurde bekannt, dass der chinesische Konzern SVolt im Saarland eine große Batteriefabrik bauen will. Fast gleichzeitig kündigte Tesla-Chef Elon Musk an, in Brandenburg nicht nur Autos bauen zu wollen. Er werde in Grünheide vor den Toren Berlins außerdem auch »die größte Batteriefabrik der Welt« errichten. [...].

So will das Bundesforschungsministerium die Batterieentwicklung mit einer Förderung im dreistelligen Millionenbereich unterstützen. [...].

Das Forschungs- und das Wirtschaftsministerium hatten bereits 2019 entschieden, dass das Zentrum der deutschen Batterieforschung in Münster entstehen soll. Dort soll bis 2022 mit einem Aufwand von 500 Millionen Euro die erste deutsche Batterieforschungsfabrik gebaut werden. [...].

Der Bund und das Land Brandenburg werden den Chemiekonzern BASF beim Bau seiner Fabrik für Batteriematerialien in der Lausitz mit rund 175 Millionen Euro unterstützen. [...].

In einem Interview mit der chinesischen Wirtschaftsförderungsagentur in Deutschland (CIIPA) erklärte SVolt-Vorstandschef Yang Hongxin am Mittwoch (25.11.2020) die Gründe für das Investment im Saarland: »Unser erster Kunde ist in Frankreich. Das

Saarland befindet sich im Herzen Europas und von hier aus kann man die Kernmärkte Deutschland und Frankreich sehr gut beliefern.«²⁹⁴

So berichtet efahrer.com über die neueste Akkuentwicklung:

»Es scheint als hätte Tesla mit seinen Akkus auf Lithium-Eisenphosphat-Basis (LFP) auf das richtige Pferd gesetzt. Ein chinesischer Batteriehersteller und Volkswagen-Partner hat mit einem neuartigen und ebenfalls LFP-basierten Akku einen Rekord bei der Energiedichte aufgestellt. [...].

Die Massenproduktion der neuen Zellen könnte bereits Ende 2021 oder Anfang 2022 beginnen, berichtet GG-LB.com. Auch Branchenpionier Tesla setzt in seinen Stromern aus der chinesischen Gigafactory inzwischen LFP-Akkus ein. Der Autobauer konnte so die Preise für seine Fahrzeuge senken. [...].

Guoxuan oder Gotion gehört zu den größten Akkuproduzenten in China. Der Wolfsburger Autobauer Volkswagen beteiligte sich im Juni vergangenen Jahres mit 1,1 Milliarden Euro an der Firma. Seither ist VW mit etwa 26 Prozent der Anteile der größte Einzelaktionär des Unternehmens.«²⁹⁵

Aber auch über die Akkuentwicklung bekommen die Elektroautobauer eine Konkurrenz, wie finanzen.net ausführt:

»Doch nicht nur an der Börse ist NIO zur ernsthaften Tesla-Konkurrenz geworden, auch den Fahrzeugmarkt wollen die Chinesen mit ihrem neuen Elektroauto kräftig aufmischen. Mit der Elektrolimousine NIO ET7, die der Autobauer kürzlich auf dem NIO Day in China vorgestellt hat, bläst man zum Frontalangriff auf den Elektroautomarkt. Und könnte damit durchaus auch hierzulande Erfolge feiern, denn das Fahrzeug bietet ein Feature, das viele potenzielle Elektroautokäufer bislang noch skeptisch beobachten: eine konkurrenzlos große Reichweite.«²⁹⁶

Das Problem liegt in der schnellen Entwicklung neuer Technologien der Akku-Fertigung. Die Produktion erfordert hohe Investitionen und die Technologie kann morgen schon überholt sein. Derartige Investitionen können nur mit staatlicher Hilfe (WTO-Jargon: verbotene Subventionen), wie sei auch im Bereich der Luftfahrttechnik mit Airbus stattfanden, durchgeführt werden.

Reindustrialisierung zur Vermeidung von Abhängigkeiten

Der Verband der Europäischen chemischen Industrie machte bereits im Jahr 2018 darauf aufmerksam, dass die Beschaffung von Medikamenten mit Problemen behaftet sei.

»Arzneimittel sind keine einfachen Waren des täglichen Bedarfs, sondern lebensrettende und lebenserhaltende, besondere Güter der Daseinsvorsorge«, mahnt Friedemann Schmidt, Präsident der Bundesvereinigung des deutschen Apothekerverbandes. Mit anderen Worten: Anders als Toilettenpapier sind Medikamente wirklich wichtig und sollten immer verfügbar sein.

Aber sind sie das auch? Nicht immer, sagt Ulrike Holzgrabe, die an der Universität

²⁹⁴ (Kaufman, 2020)

²⁹⁵ Tobias Stahl, 30.01.2021, efahrer.com, VW-Partner knackt Akku-Rekord: Doch die Technik hat einen gewaltigen Nachteil

²⁹⁶ Finanzen.net, 25.1.2021, 1.000 Kilometer Akku-Reichweite: NIO mit Frontalangriff auf Teslas Model 3 und Model S

Würzburg Pharmazie lehrt. »Lieferengpässe sind ein Thema, das jetzt schon seit Jahren gärt. Und es wird nicht besser, sondern immer schlimmer«. Nun hat die Corona-Pandemie die Angst vor Lieferengpässen noch einmal kräftig geschürt. Das Problem ist nämlich, dass viele Wirkstoffe, Vorprodukte und Medikamente aus dem asiatischen Raum kommen. »China und Indien stellen 80 bis 90 Prozent aller Wirkstoffe für Medikamente her«, so Holzgrabe gegenüber der DW.

Es gibt aber nicht nur eine große Abhängigkeit von Indien und China insgesamt, außerdem werden die Wirkstoffe häufig in einzelnen großen Fabriken hergestellt, anstatt in vielen kleinen Produktionsstätten, die regional verteilt sind.«²⁹⁷

Ein Ausfall dieser Lieferungen: Durch Brände, Aufstände, Unterbrechungen der Lieferketten dieser Produktionskonzentration mit Ausfall medizinischer Versorgung ist dann der wahre Preis, den wir für den Preiskampf auf dem Markt zahlen müssen. Die Produktion zurückzuholen, würde also bedeuten, dass im Endeffekt die Patienten bereit sein müssen, dafür auch zu bezahlen.

Notwendige eigene Industrialisierung bei digitalen Entwicklungen

Europa gerät immer mehr zwischen die Fronten. Der Kampf der USA um die digitale Vorherrschaft hat sich besonders bei dem Chip-Lieferungsverbot an China bemerkbar gemacht. China hat an vielen Stellen sich bereits von den USA abgekoppelt. Für Amazon gibt es Alibaba, für Google gibt es Baidu und die chinesischen Social Media Plattformen heißen: WeChat (für facebook), Sina Weibo (für Twitter, Tencent (Messenger)). Das westliche Internet ist abgekoppelt, inklusive aller Clouds.

Die Ansätze für eine eigene Entwicklung in Europa stecken in Kinderschuhen und laufen selbst bei den ersten Schritten nicht in die gewünschte Richtung.

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die europäische Cloud, die für die Entwicklung digitaler Entwicklungen zwischen den Firmen von großer Bedeutung ist.

Das Fehlen eines deutschen Vermögensfonds, der für Investitionszwecke eingesetzt werden kann, führt zur Inanspruchnahme von Vermögensfonds, die zu im Zusammenhang mit Steueroasen genannt werden. Der US-amerikanische Betreiber von Rechenzentren Equinix ist jetzt nämlich ein Joint Venture mit BIC eingegangen, einem Vermögensfonds aus Singapur. Zusammen ist eine Investition von mehr als einer Milliarde US-Dollar geplant, um sechs Hyperscale-Rechenzentren in Europa zu übernehmen und auszubauen.

Die Beherrschung von Clouds durch amerikanische Unternehmen soll nun doch etwas entgegengestellt werden: »Deutschland und Frankreich wollen mit einer gemeinsamen Cloud den USA und China Konkurrenz machen. In dem Speicherplatz sollten sensible Firmendaten gespeichert werden, sagte der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Donnerstag nach einer Tagung des deutsch-französischen Wirtschaftsrats in Paris.«²⁹⁸

²⁹⁷ [https://www.dw.com/de/engp %C3 %A4sse-bei-medikamenten-was-die-wirklichen-gr %C3 %BCnde-sind/a-55617307](https://www.dw.com/de/engp-%C3%A4sse-bei-medikamenten-was-die-wirklichen-gr-%C3%BCnde-sind/a-55617307)

²⁹⁸ Der Standard, 19.9.2019, Deutsch-französische Cloud für sensible Firmendaten geplant

Doch schon bei der eingesetzten Software begibt sich Europa bereits wieder in die Abhängigkeit der USA.

Aktuelle Entwicklung der WTO

Die Nigerianerin Onkonjo-Iweala soll neue Direktorin der WTO als Nachfolgerin von David Walker werden. Sie will den weltweiten Handel gerechter machen: »Wir brauchen eine Welthandelsorganisation, die zum Vorteil aller Mitglieder arbeitet, unabhängig von der Größe oder dem Grad ihrer wirtschaftlichen Entwicklung«, erklärte sie im Juli den Mitgliedern der WTO bei ihrer Präsentation als Kandidatin. »Die am wenigsten entwickelten Länder sollten teilhaben können an regionalen und globalen Lieferketten.«²⁹⁹

Aktuell steckt die WTO in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung 1995. Große Probleme gibt es bei den Differenzen zwischen den großen Handelsblöcken USA, China, EU und auch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Aber auch intern bei der Besetzung der Richter für das Streitschlichtungsverfahren und der Unmöglichkeit, multilaterale Abkommen auszuhandeln.

Aber als Europäer können wir uns keine großen Hoffnungen machen, den die Probleme, die Afrika mit der WTO hat sind sicher genauso groß. Sie wurden hier nicht weiter erwähnt, weil es hier in erster Linie um Deutschland und dem Umfeld Europa geht. Auch von ihr wird der Weg zur Reorganisation der WTO in Multilateralen Abkommen gesehen, die die nationalen Staaten binden und ihnen nach derzeitigem Stand keinen Einfluss auf die Entscheidungen der WTO erlauben.

Ausgeglichene Außenhandelsbilanz

Freiheiten, die jedes Land für sich reklamiert sind: Ungehindert zu exportieren und gleichzeitig kontrolliert importieren zu können. Deutschland ist zu Unrecht stolz auf seinen Überschuss in der Handelsbilanz. Der Überschuss ist das Defizit der anderen Länder.

»In einer Volkswirtschaft bemühen sich die politischen Entscheidungsträger um die Aufrechterhaltung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts (Vollbeschäftigung und Preisstabilität) und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts (eine Leistungsbilanz, die weder so negativ ist, dass das Land Auslandsschulden möglicherweise nicht mehr bedienen kann, noch so positiv, dass das Ausland in diese Lage geraten könnte). Die Definition des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts hängt von einer Reihe von Faktoren ab, unter ihnen das Wechselkurssystem und der Zustand der Weltwirtschaft. Da die makroökonomische Politik jedes Landes Fernwirkungen im Ausland entfaltet, hängt die Fähigkeit des Landes, ein binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, von der Politik der übrigen Länder ab.«³⁰⁰

²⁹⁹ Tagesschau, 9.2.2021, Wie Okonjo-Iweala die WTO verändern will

³⁰⁰ (Krugman, 2006), S. 658

»Die Lehre aus der Entwicklung der vergangenen dreißig Jahre kann nur lauten: Wirtschaft bedarf der politischen, vorzugsweise der demokratisch legitimierten Regelung. Die positiven Wirkungen, die insbesondere von einer Regelung des Außenhandels ausgehen können, sind keine neue Erkenntnis, sie sind im historischen Rückblick immer dann nachweisbar, wenn Wirtschaftsräume sich auf Augenhöhe selbstbewusst und mit lauterer Absichten begegnet sind. Das geeignete Spektrum, um im gegenseitigen Austausch Wohlstands- und Wohlfahrtsgewinne zu realisieren, lässt sich in vier Feldern zusammenfassen:

Außenhandel kann:

1. Eine Verbesserung des Produktionsergebnisses durch den Zugriff auf Rohstoffe herbeiführen,
2. durch ausgewählte Importe die Vielfalt des Binnenangebots erhöhen,
3. das Binnenangebot unter dem förderlichen Druck grenzüberschreitenden Wettbewerbs qualitativ verbessern und
4. durch den Austausch von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen und Wissen jeglicher Art zum Fortschritt beitragen.«³⁰¹

Notwendige Reorganisation bei der OECD

Es sind vor allem zwei Bereiche, die in der OECD nicht gut aufgehoben sind:

- Der Kampf gegen Kampf gegen Steueroasen und Kontotrickser und
- die Umstellung der Steuererhebung von einer Wohnsitzbesteuerung auf eine nach Umsatzanteil im Absatzgebiet

Beide Themen gehören nach Ansicht vieler Fachleute in die Organisation der UN.

Kampf gegen Steueroasen und für mehr Transparenz

»Das Problem ist nicht nur, dass viele der Konzerne ihren Sitz und ihre politischen Kontakte in einem OECD-Staat haben. Vielmehr bieten sich manche diese Länder gar selbst als Steueroasen an, wie die TJN-Liste der zehn willfährigsten Unternehmenshelfer zeigt: Die Plätze eins bis sechs belegen die Britischen Jungferninseln, die Kaimaninseln, Bermuda (alle zu Großbritannien), die Niederlande, die Schweiz und Luxemburg - allesamt OECD-Staaten oder abhängige Gebiete. Insgesamt sind die Mitgliedsländer des Reichenklubs für 140 Milliarden Euro oder 68 Prozent aller Einnahmeausfälle verantwortlich, die der Weltgemeinschaft durch Gewinnverschiebung und Steuertricks von Firmen entstehen. Auf den Rängen sieben bis zehn folgen Hongkong, der britische Kronbesitz Jersey, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate. Deutschland bekleidet den ebenfalls nicht rühmlichen Platz 23.«³⁰²

³⁰¹ (Zeitler, 2006), S. 118-119

³⁰² Claus Hulverscheidt, 9.3.2021, SZ, Steueroasen - Warum OECD-Länder im Kampf gegen die Geldflucht versagen

Darüber hinaus wird das ganze System begleitet von Beratern und Banken, die den Unternehmen hilfreich zur Seite stehen. Sehr ausführlich wird das bei Thurnhofer beschrieben.³⁰³

Durch den Brexit ist bereits eine bessere Möglichkeit gegeben, Transparenz herzustellen, denn mit dem Brexit verschwanden 17 Steueroasen aus der EU, deren Transparenz von UK immer wieder verweigert wurde. Dennoch bleiben genügend weitere Steueroasen in der EU übrig, die geregelt werden müssen.

Grundlage der Steuerverweigerung und der Bildung von Steueroasen ist einerseits die 1973 eingeführte Kapitalverkehrsfreiheit und andererseits die Wohnsitzbesteuerung. Mit einer Umstellung der Besteuerung auf Umsätze im Absatzgebiet würde die Bildung von Steueroasen weitgehend unnötig werden lassen.

Anteiliger Gewinn nach Umsatz im Land

Eine notwendige generelle Änderung wäre die Umstellung von der Wohnsitzbesteuerung auf eine Verbraucherortbesteuerung. Das heißt Gewinne der Unternehmen fallen dort an, wo der Verbraucher etwas kauft. Damit lassen sich dann über die Gewinnsteuern Arbeitsplätze schaffen, die über das Einkommen die Nachfrage für die Produkte erlauben, die nicht im eigenen Land produziert wurden.³⁰⁴

Dazu Steuerfachmann Wolfgang Schön vom Max-Planck-Institut:

»Wir erleben im Moment eine Situation, in der es gar nicht mehr nur darum geht, missbräuchliche Steuergestaltung anzugreifen. Es geht jetzt sehr grundsätzlich darum, ob nicht die Staaten, wo die Märkte sind, wo die Kunden sind, wo die User sind, ob die einen größeren Anteil am Kuchen bekommen sollen.«

Dazu muss man wissen: Bisher werden Unternehmensgewinne immer dort versteuert, wo Unternehmen physisch vertreten sind – also Fabriken betreiben oder Niederlassungen haben. [...]. In der OECD wird daher nun darüber diskutiert, ob man die Besteuerungsregeln insgesamt verändert. Unternehmen würden dann nicht mehr dort besteuert, wo sie mit Niederlassungen vertreten sind, sondern überall dort, wo ihre Nutzer sitzen. [...].

»Deutschland ist bereit, eventuelle Verluste bei der Exportwirtschaft hinzunehmen, dass nämlich die Gewinne aus deutschen Exporten in den Kundenstaaten besteuert werden, wenn im Gegenzug der Steuerwettbewerb zulasten des Standorts Deutschland eingeschränkt wird.«³⁰⁵

Digitalsteuer

»Die französische Regierung macht ernst: Ende November hat sie ihre umstrittene Digitalsteuer scharf gestellt. Große Digitalunternehmen müssen dort nun auf ihre

³⁰³ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Akzeptanz von Steueroasen, S.124 - 130

³⁰⁴ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S.305-308, Globale Monopole besteuern

³⁰⁵ Katja Scherer, 10.12.2020, Deutschlandfunk, Digitalsteuer für Tech-Giganten - Nationale Alleingänge oder vereinter Gegenschlag?

Umsätze drei Prozent mehr an Steuern bezahlen. Betroffen sind Firmen, die weltweit mit digitalen Aktivitäten mindestens 750 Millionen Euro im Jahr umsetzen und davon mehr als 25 Millionen in Frankreich. Mit anderen Worten: Es geht vor allem um amerikanische Großkonzerne wie Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft. [...].

Im Sommer 2018 kündigten Deutschland und Frankreich an, sich gemeinsam für eine EU-Digitalsteuer starkzumachen. [...].

Doch daraus wurde nichts. Auch weil Bundesfinanzminister Olaf Scholz SPD, aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der USA, in den Verhandlungen gebremst habe, sagt Sven Giegold, der finanzpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament.«³⁰⁶

Zwei-Säulen-Konzept der OECD für Steuermehreinnahmen

»Das OECD-Konzept sieht zwei Säulen der Besteuerung internationaler Konzerne vor:

Die erste Säule soll dafür sorgen, dass nicht nur der Staat mit dem Firmensitz Steuern bekommt, sondern auch die Marktstaaten.

Die zweite Säule soll einen Mindeststeuersatz festlegen: Das soll verhindern, dass die Firmen mithilfe von Lizenzgebühren und Steuergestaltungen ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer wie Irland verlagern und die Kosten in Hochsteuerländern anfallen lassen, wie in Deutschland und Frankreich. Die Steuermehreinnahmen sollen vor allem durch den Mindeststeuersatz hereinkommen.

In der ersten Säule soll nun die Steueraufteilung von allen multinationalen Konzernen ab 750 Millionen Dollar Jahresumsatz neu geregelt werden. Der Gewinn wird dazu aufgeteilt. Es gibt eine „Gewinnsteuer B“, die Vertriebsgewinne aller Konzerne standardisiert.

Darüber hinaus gibt es eine „Gewinnsteuer A“ für Konzerne, die direkt an Konsumenten verkaufen. Sie regelt, dass von besonders hohen Gewinnen ein Teil von den Staaten, in denen sie erzielt werden, besteuert werden kann. Als drittes Element soll es vereinfachte Schiedsverfahren geben.«³⁰⁷

Das wäre eine einfache und elegante Lösung, steuervermeidenden Gruppen das Handwerk zu legen, ohne auf die Vorteile der Globalisierung verzichten zu müssen. Dazu ist nicht einmal eine EU-Lösung nötig. Schlagartig sind alle diese Steuer- vermeidungsstrategien überflüssig, weil am Ende nur der gesamte Konzerngewinn besteuert wird, in dem alle Gewinne wieder auftauchen, auch wenn sie durch Steueroasen gelaufen sind.

Unabhängig von der Wohnsitzbesteuerung könnte die Besteuerung nach dem Umsatzanteil, der in dem entsprechenden Staat anfällt, vorgenommen werden. Nehmen wir dazu das Beispiel von Apple.

Sehen wir uns also genauer an, was da passiert. Die Umsätze, die Apple in jedem Land der Welt macht, sind bekannt. In Europa ist es die Umsatzsteuer, an der erkenntlich ist, wie viel in jeweils ein europäisches Land geliefert wird. Auch der Gewinn ist bekannt. Der Jahresumsatz von Apple, bezogen auf das Jahr 2016, beträgt 216,6 Milliarden USD und der

³⁰⁶ Ebd.

³⁰⁷ Donata Riedel, 14.10.2020, Handelsblatt, Neue Chance für die milliardenschwere Steuerrevolution der OECD

Jahresgewinn 45,7 Milliarden. Die Lieferungen an die EU betragen ca. 50 Milliarden USD. Das ergibt dann eine anteilige Lieferung von $50/216,6 = 23 \%$ an die EU, und das wären dann 23 % von 45,7 Milliarden = 10,51 Milliarden USD des zuzurechnenden Gewinns und 23 % von 216,6 Milliarden des zuzurechnenden Umsatzes = 49,68 Milliarden USD.

Dieser Betrag müsste dann auf die einzelnen EU-Staaten nach den getätigten Umsätzen aufgeteilt werden. Die EU wäre dabei eine große Hilfe.

Natürlich gefällt das weder Apple noch den Staaten, in denen der Betriebssitz liegt. Doch mit den entsprechenden Sanktionen von allen betroffenen Ländern gegen ein Unternehmen und einen Staat sollten sich genügende Mehrheiten für Sanktionen finden.

308

Diese Ansätze lassen Hoffnung aufkommen:

Multinationale Konzerne müssen Gewinne und Steuern künftig für jedes EU-Land getrennt sowie für die von der EU ausgewiesenen Steueroasen öffentlich zugänglich machen. Nach jahrelangem Ringen haben die EU-Wirtschaftsminister Zustimmung zu dem schon 2016 von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen »*öffentlichen Country-by-Country-Reporting*« signalisiert. Die Kommission hatte damit auf die »Panama Paper« und die »Luxleaks«-Affäre reagiert, die ans Licht brachten, wie viele Konzerne Gewinne zwischen Staaten verschieben, um so Steuern zu sparen. Die Neuregelung soll Nichtregierungsorganisation und Journalisten, aber auch einfachen Bürgern Zugriff auf die Steuerdaten verschaffen und so Druck auf die Unternehmen ausüben.

Deutschland wird sich bei der endgültigen Abstimmung enthalten. Während das SPD-geführte Finanzministerium das Vorhaben befürwortet, ist das CDU-geführte Wirtschaftsministerium dagegen.

In der Wirtschaft ist der Widerstand groß und die Einrichtung wird als Steuerpranger bezeichnet.³⁰⁹

Doch werden sie umgesetzt werden können? Siehe auch Abschnitt: »Kritik an der OECD«. Daher scheint es angebracht, das Konzept aus der OECD herauszunehmen und in die UN zu bringen.

³⁰⁸ Siehe auch (Thurnhofer, 2019).S.308-317, Lizenzbesteuerung

³⁰⁹ Hendrik Kafsack, 25.2.2021, FAZ, Konzerne müssen Gewinn für jedes EU-Land veröffentlichen

Kapitel 4:

Das Finanzierungsmodell

Die Kapitalbildung des Staates ohne Verschuldung

Wie wir das Modell aus dem ungeregelten Kapitalismus nutzen können

BlackRock - ein Beispiel für das Verhalten eines privaten Vermögensfonds

Wenn das industrielle Betriebsvermögen sich in den Händen von 10 % der Bevölkerung befindet, dann fallen sämtliche Gewinne auch dort an. Die Kumulierung der Gewinne bei diesen 10 %, von denen nur wenige aktive Unternehmer sind (Insgesamt gibt es in Deutschland 3,2 Millionen Unternehmen und noch einmal ca. 3 Millionen kleine Betriebe), hat die Entstehung von Vermögensverwaltern, wie BlackRock, begünstigt.

Daher ist es notwendig, sich anzusehen, was BlackRock eigentlich macht. Es ist eine kluge Strategie von BlackRock, seine Verbindungsleute in die Politik einzuschleusen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Die Journalistin Heike Buchter folgert im Handelsblatt aus ihren Recherchen: »Keine Regierung, keine Behörde hat einen so umfassenden und tiefen Einblick in die globale Finanz- und Firmenwelt wie BlackRock.« Die Wirtschaftsjournalistin Miriam Braun der Deutschen Welle veröffentlichte im August 2015 den Artikel BlackRock – Die heimliche Weltmacht, in der sie sich mit den globalen Aktivitäten des Vermögensverwalters auseinandersetzt.

Aber warum wird BlackRock als geheime Weltmacht gesehen. Der Stimmenanteil von ca. 5 % an Börsenwerten erhöht sich, wenn die bei der Hauptversammlung anwesenden Aktionäre nur einen Bruchteil ausmachen. Bei einem Anteil der Aktionäre auf der Hauptversammlung z. B. 50 %, nimmt der Einfluss von BlackRock auf das Unternehmen um 100 % zu.

Im Sinne der Anleger bei BlackRock zählt nur die Ausschüttung der Unternehmen an BlackRock, wie die Gewinne der Unternehmen an denen BlackRock beteiligt ist, zustande gekommen sind, zählt nicht. Somit sind Investitionen nur dann möglich, wenn sie besonders hohe Erträge bringen, ansonsten werden sie ausgeschüttet. Hohe Beträge gibt es auch nur, wenn die Kosten der Arbeit gesenkt werden, entweder durch Verlagerung ins Ausland oder Umgehung von Normen im Inland.

Von dem Gesamtvermögen in Höhe von 6 Billionen Euro, welches BlackRock verwaltet, hält es 50 Milliarden Euro in Deutschland. Das entspricht etwa 5 % der Marktkapitalisierung der 28 von 30 im DAX gelisteten Unternehmen vom 27.3.2020 in Höhe von ca. 1.000 Milliarden Euro bei 9556 Punkten.

Die Gewinne der 30 Dax-Werte in 2019 betragen ca. 90 Milliarden Euro. Die Ausschüttung beträgt 40 %, das sind somit 36 Milliarden Euro. 5 % davon gehen an BlackRock und betragen 1,8 Milliarden Euro. Die einbehaltenen Gewinne erhöhen den Wert des Unternehmens und zeigen sich im Aktienkurs.

Speziellen privaten Vermögensfonds wie BlackRock werden folgende Verhalten vorgeworfen:

»BlackRock wird stellvertretend für andere Schattenbank angeklagt:

1. Zerstörung der wirtschaftlichen und politischen Demokratie, Verletzung von Völkerrecht, Menschenrechten und nationalen Rechten. Regulatory Capture: Beratung der Zentralbanken für eigene Interessen. Alimentierung von Einflussagenten. Reset of capitalism in der Hand privater Unternehmen und Stiftungen.
2. Als gleichzeitiger Aktionär der fünf größten privaten Wohnungskonzerne in Deutschland: Aufbau eines extrem asozialen Mietwohnungssystems. Preistreiberei bei Mieten und Nebenkosten, Niedriglöhnerei und Union Busting bei den Beschäftigten des facility management. Verletzung des Menschenrechts auf Wohnen.
3. Vermehrte militärische Konflikte und Erhöhung der globalen Kriegsgefahr durch Profitmacherei in den wichtigsten Konzernen der Rüstungs- und Atombombenproduktion. Verletzung des Völkerrechts und von Exportbeschränkungen.
4. Umweltzerstörende Profitmacherei in den wichtigsten Kohle-, Braunkohle-, Bergwerks-, Agrobusiness- und Ölkonzernen, auch in den globalen Lieferketten. Ankauf staatsgarantierter Anleihen insolventer Fracking-Unternehmen. Greenwashing. Verletzung von Klima-Abkommen.«³¹⁰

Der staatliche Vermögensfonds für Vollbeschäftigung, Teilhabe und Vorsorge

Norwegen als ein Land mit 5,5 Millionen Einwohner verfügt über den größten staatlichen Aktienvermögensfonds in Höhe von 1 Billion Euro. Umgerechnet auf die Bevölkerung Deutschlands hieße das, wir hätten einen Aktienvermögensfonds in der Größenordnung von 15 Billionen Euro. Dies entspricht dem gesamten Vermögen Deutschlands. Daraus folgt, dass dieser nicht, wie auch in Norwegen, nur mit einheimischen Werten bestückt werden kann, da das Geldvermögen (Aktienkapital) in Deutschland nur ca. 1,5 Billionen Euro beträgt. Darüber hinaus gibt es jedoch Betriebsvermögen in Höhe von ca. 6 Billionen Euro, welches jedoch in anderen Gesellschaftsformen organisiert ist. Das Geldvermögen in Aktien könnte erhöht werden, wenn Firmen, die als Personengesellschaften firmieren, weil sie damit Erbschaftssteuer sparen, dazu angehalten werden, die Gesellschaftsform zu ändern, wenn sie eine bestimmte Größe überschreiten. Bei einem Ankauf von Aktien durch den staatlichen Vermögensfonds von deutschen Unternehmen mit einem Staatsanteil in Höhe von 10 % betrüge der Wert 150 Milliarden Euro. Die Dividende betrüge ca. 5 Milliarden Euro.

³¹⁰ (Rügemer, Telepolis, 2020)

Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds

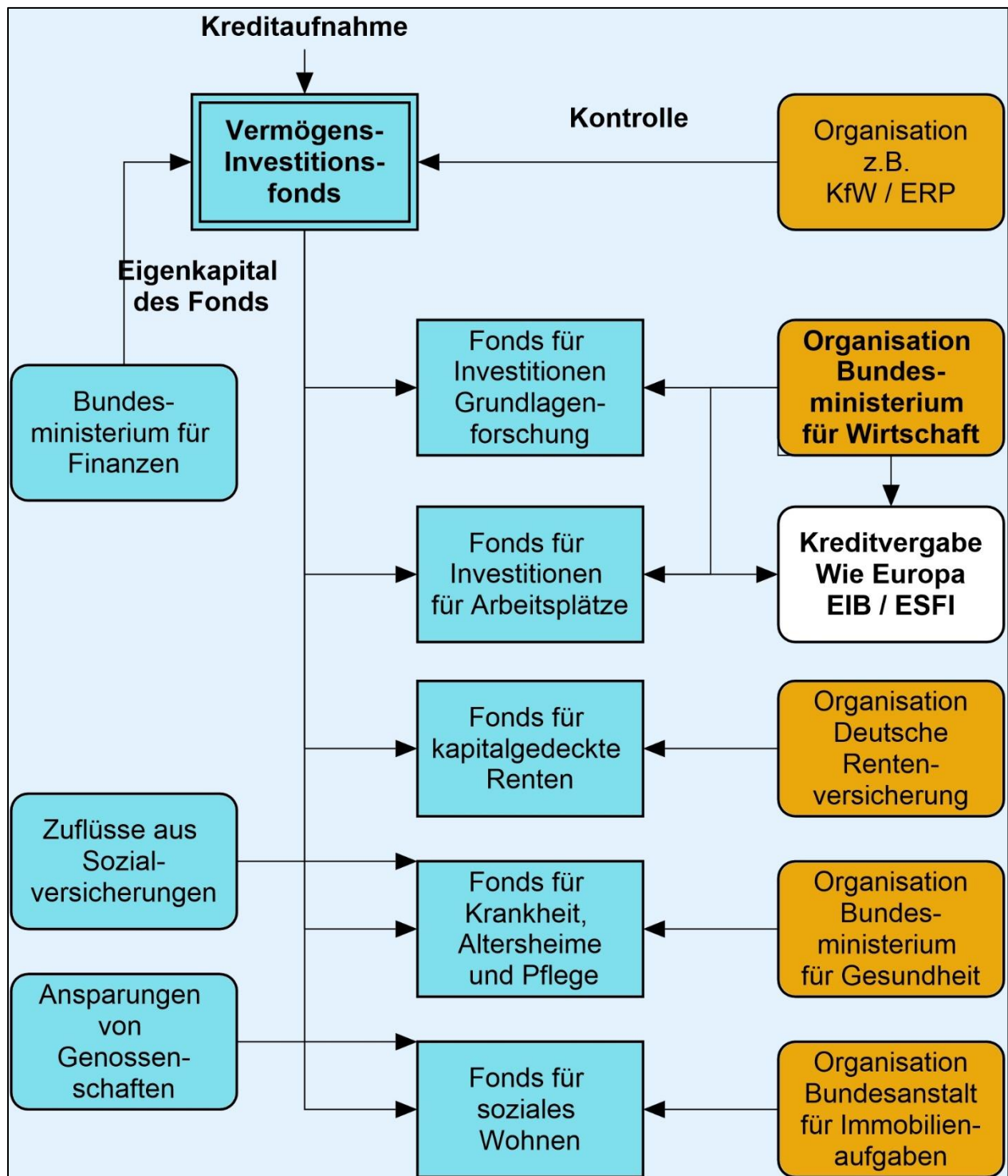


Abbildung 20: Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds

Nehmen wir mal an, dass BlackRock ein staatliches Unternehmen wäre, dann wäre die Zielrichtung für das Unternehmen, anständige Löhne zu zahlen und Investitionen durchzuführen, Arbeitsplätze und somit Vollbeschäftigung schaffen. Der Gewinn würde zum Teil vorher verteilt werden, einerseits an die Arbeit und Arbeitsplatzschaffung.

Einige Politiker halten staatliche Vermögensfonds mit Aktien und Immobilien als Alterssicherung für keine gute Lösung. Die Ablehnung erfolgt hauptsächlich wegen der Schwankungsbreite in der Bewertung von Aktien. So z. B. die Extremwerte beim DAX.

Dividendenrendite v. 2019 bezogen auf einen früheren Kauf				
Jahr		Punkte	Rendite 2019 bezogen auf Kauf in Jahr:	jährliches durchschnittliches Wachstum
1959	bis 1982 - Soz. Marktwirtschaft	375	124,0%	3%
1982	bis heute - neoliberal. Privatisierung	514	89,0%	31%
1999	Hoch	7.414	6,3%	
2004	Tief	2.423	19,2%	
2007	Hoch	8.067	5,8%	
2009	Tief	4.084	11,4%	
2019	Hoch	12.981	3,6%	
2020	27.3. Corona-Krise Tend	9.556	?	

Abbildung 21: Dividendenrendite von 2019 bezogen auf einen früheren Kauf

Doch diese Argumentation übersieht einige Fakten.

1. Für kleine Anleger, die nur verzögert oder gar nicht reagieren, ist es zutreffend, dass sie lange Zeiten abwarten müssen, bis sie Kursgewinne gemacht haben. Falls sie das Geld dringend benötigen, können sie nicht abwarten und machen dem entsprechend einen Verlust.
2. Große Anleger oder Vermögensverwalter können frühzeitig ein- oder aussteigen. Das bedeutet, dass sie Vermögen nur umschichten: von Aktien in Bargeld oder Zinspapiere. In der Summe erleiden sie kaum Verluste bei einem Verkauf. Genauso umgekehrt. Flüssige Mittel werden geringer, wenn Aktien gekauft werden. Erst durch den Verkauf sinken die Werte und steigen durch Käufe.
3. Der Dax enthält Aktien, die Dividenden zahlen. Diese Dividenden werden auch in schlechten Zeiten konstant gehalten. Für den Anleger bedeutet das, dass er trotz eines Kurseinbruchs oder eines neuen Hochs nahezu weiter ein konstantes Einkommen hat.
4. Die Kursübertreibungen nach der einen oder der anderen Seite werden unterstützt durch die Zulassung von Derivaten wie Leerverkäufen, Optionen, Calls und Puts. Das könnte geändert oder durch eine aktive Interventionspolitik wie bei Devisen durch die Zentralbank verhindert werden. Der Staat hätte mit einem größeren Anteil eine stabilisierende Wirkung auf den Aktienkurs. Beispielsweise könnte er jetzt (April 2020) am Aktienmarkt kaufend auftreten, weil das dann die Rendite erhöht.
5. Es ist kein Zufall, dass die Eliten den gesamten Finanzmarkt privatisieren wollen. Jeder Vermögenswert erzeugt Einkommen und dieses wird für eine weitere Vermögenskonzentration genutzt. So haben in den letzten 20 Jahren nur die 10 % der Reichen einen gewaltigen realen Vermögenszuwachs erzielt, die 90 % der restlichen Bevölkerung in Relation jedoch reale Vermögensverluste.
6. Das zeigt, dass es besser ist, im großen Stil zu agieren und das ist für die unteren 50 % der Bevölkerung nicht möglich.

7. Die Tabelle zeigt, dass die Dividendenrendite auf längerfristige Sicht, und das ist bei einer Vorsorgespargleistung immer der Fall größer wird. Zusätzlich steigt aber auch der Wert. Für die Zeit von 1959 bis 1982 waren das im Durchschnitt Wertsteigerungen pro Jahr von 3 %. Für die Zeit ab 1982 betrugen die Wertsteigerungen durchschnittlich ca. 31 %. Sie kamen jedoch nur den 10 % reichsten zugute, da laut Bundesbank nur 10 % der Deutschen Aktien besitzen. Die durchschnittliche Rendite schwankt zwar in einem Intervall zwischen 6 % und 34 %, doch liegt sie immer über dem geltenden Zinssatz.

Vergleich zwischen privatem Vermögensfonds und staatlichem Vermögensfonds

Privater Vermögensfonds	Staatlicher Vermögensfonds
Einzahlungen aus privaten Mitteln, sofern Personen Sparleistungen aufbringen können	Einzahlungen aus Rentenzahlungen, Krankenkassenbeiträgen, Pflegeversicherungen, Sozialleistungen, Steuern und Sparleistungen
Auszahlung von Ergebnissen kann auf Steueroasen zwecks Steuervermeidung landen	Auszahlungen bleiben im Inland
Trägt zur Kumulation des privaten Bargeldes bei. Vergrößert die Sparschwemme. Verschlimmert den Geldumlauf. Mit der Kumulation der Sparschwemme entsteht die Gefahr einer Währungsreform.	Kann wegen des Aufbaus von Vermögen auch Schulden aufnehmen und damit die private Sparschwemme vermindern. Der Geldumlauf wird verbessert. Vermeidet den Zusammenbruch des Geldsystems.
Einfluss auf Unternehmen bezüglich Senkung von Löhnen und Vermeidung von Investitionen	Möglicher Einfluss auf Unternehmen bezüglich guter Löhne, Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen, Verbesserungen von Arbeitsbedingungen (auch im Ausland) und Einhaltung von Umweltbedingungen

Abbildung 22: Vergleich privater Vermögensfonds vs. Staatsvermögensfonds Teil 1

Privater Vermögensfonds	Staatlicher Vermögensfonds
Fordert mehr Verschuldung des Staatshaushalts	Vermeidet Staatsschulden im Staatshaushalt
Verwendung bleibt privaten Personen überlassen, die selten Investitionen selbst vornehmen	Verwendung der Gewinne aus dem Fonds stehen permanent und konjunkturunabhängig zur Verfügung. Sie können für verschiedene Investitionen * Sozialwohnungsbau, * Renten, die am Wirtschaftswachstum * Krankenhäuser mit guter Bezahlung des * Altersheime mit guter Bezahlung des * Pflegeheime mit guter Bezahlung des * Staatliche Grundlagenforschung, * Investitionen in Arbeitsplätze zur Schaffung der Vollbeschäftigung
Trägt zur Erhöhung der finanziellen und sozialen Ungleichheit bei.	Senkt die finanzielle und soziale Ungleichheit.
Es entsteht keine Teilhabe für die Allgemeinheit.	Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft entsteht eine Teilhabe am Produktionskapital und sichert damit für alle das Leben nach der Erwerbsfähigkeit.

Abbildung 23: Vergleich privater Vermögensfonds vs. Staatsvermögensfonds Teil 2

Staatsverschuldung ist keine Lösung, aber übergangsweise einsetzbar

Von den Unterstützern einer Staatsverschuldung wird immer häufiger MMT (Modern Monetary Theory) als eine Variante der Geldtheorie ins Spiel gebracht. Danach brauchen wir keine Zentralbanken mehr. Der Staat druckt das Geld selbst und finanziert damit, was er will. Die MMT übersieht dabei, dass diese Geldvermehrung, die selbstverständlich möglich wäre, eine psychologische Komponente hat. Sie erfordert von allen Teilnehmern eine rationale Sicht auf den jeweiligen Zustand, wobei dieser jedoch niemals gegeben ist. Diese Erkenntnis in der Historie wurde mit der Gründung der unabhängigen Zentralbanken umgesetzt. Ein besonders anschauliches und amüsantes Beispiel gibt das Buch »Das große Spiel« wider, in dem die MMT vorweggenommen wurde und der Ausgang ein Desaster war. So heißt es beispielsweise:

»An jenem Nachmittag debattierte man über die Thesen eines namentlich nicht genannten Mannes, der dem Parlament einen Vorschlag unterbreiten wollte, um die Nation mit Geld zu versorgen. Der Unbekannte wollte Geld aus Papier drucken. Und das Parlament sollte garantieren, dass man gegen Vorweisung dieser Papierstücke tatsächlich die angegebene Summe in Münzen zurückerstattet bekam. Das allein war nicht so neu. Das Neue an seinem Vorschlag war, dass man auch mit Papiergeld bezahlen können sollte, welches noch gar nicht existierte. Mit Geld, das nicht da war. Mit Krediten. Mit Papiergeld, das auf einer Leistung basierte, die in der Zukunft erst noch erbracht werden musste.«³¹¹

Das eigentliche Problem Deutschlands war nicht die Verschuldung, die langfristig immer weiter gestiegen ist, sondern die Zinsen, die auf diese Kredite gezahlt werden mussten. Die Staatsverschuldung stieg auf über 2 Billionen Euro an. Die gezahlten Zinsen machten noch einmal rund 1 Billion Euro aus. Während die staatlichen Investitionsprogramme längst verpufft waren.

Verschiedene Institute warnten bereits Ende der 70er-Jahre, dass die Zinsen die Kreditaufnahme übersteigen könnten. Somit wurden nur noch Kredite aufgenommen, um die Zinsen zu bezahlen. So stiegen die Zinsausgaben im Zeitraum von 2000 bis 2008 auf nahezu jährlich 40 Milliarden Euro. Im Jahre 2007 erkannte auch die Regierung, dass es Änderungen bedurfte. Die Forderung an die Zentralbank, die Zinsen zu senken, wurde abgelehnt. Schließlich entschloss sich die Regierung zur Einführung einer Schuldenbremse. Trotz steigender Arbeitslosigkeit gab es keine Mittel für zusätzliche Investitionsprogramme.³¹²

Bis Anfang der 70er-Jahre gab es eine strenge Verpflichtung zur Einhaltung eines ausgeglichenen Haushaltes. Aus der Historie war bekannt, dass Politiker gerne Geld ausgeben, um wiedergewählt zu werden (Wahlgeschenke). Doch mit der Einführung der Keynesianischen Theorie («deficit spending»), wonach der Staat in Krisenzeiten Ausgaben vornimmt, um die von den Privaten vorgenommene Zurückhaltung zu überwinden und dann in Boomzeiten diese Ausgaben zurückzuführen, funktionierte nicht.

Eine Rückführung der Investitionsausgaben in wirtschaftlichen Aufschwungszeiten gab es nie. Das größte Problem entstand jedoch über die Finanzierung dieser Investitionsausgaben. Sie wurden geliehen, anstatt Steuern zu erheben.³¹³

Bisherige gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung

Ein Unternehmen entsteht durch eine Idee und einen Gewinn aus diesem Prozess. Dafür werden benötigt:

- Menschen, die die Arbeit verrichten oder Maschinen bedienen, die Arbeiten verrichten,
- Material für die Erstellung der Produkte,
- Verfügungstellung der staatlichen Infrastruktur,
- Käufer, die diese Produkte kaufen.

³¹¹ (Cueni,)

³¹² Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 73

³¹³ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S.47

Ein Gewinn entsteht nur, wenn für Arbeitslöhne, Material (der Materialpreis besteht auch aus Arbeitslöhnen) und Maschinen/Gebäude (die Erstellungskosten bestehen auch aus Arbeitslöhnen) weniger bezahlt als durch den Verkauf der Produkte eingenommen wird. Einerseits wird Kapital eingebracht, aber andererseits auch Kapital geliehen. Der Unternehmer nimmt aber für sich in Anspruch, dass gleichgültig, wie hoch die Rendite (Gewinn/eingesetztem Kapital) auch ausfällt, alleinigen Anspruch auf diesen Gewinn zu haben. Selbst die geschaffenen Werte (Maschinen und Gebäude), obwohl sie durch die geleistete Arbeit entstanden sind, werden allein dem Unternehmer zugeordnet.

Gleichgültig, ob die Unternehmensidee eine Umsetzung staatlicher Grundlagenforschung ist, die aus staatlichen Mitteln bezahlt wurde oder die Rendite Höhen erreicht, die bei Verzinsung des benötigten Eigenkapitals als Wucherzinsen zu betrachten wären, erfolgt die Zuordnung dem Unternehmer.

Enorme Gewinne haben somit eine grundlegende Basis. Der Anteil an der Arbeit wurde schlechter bezahlt als notwendig, die Käufer haben mehr bezahlt als notwendig, die Kreditgeber haben nur Zinsen erhalten und die staatlichen Infrastrukturmaßnahmen wurden als gegeben angesehen. Die gesamte Vermögensentwicklung, obwohl sie von vielen Beteiligten geschaffen wurde, wurde nur der Person zugerechnet, die die Firma gegründet hatte. Die Marktwirtschaft war eigentlich angetreten, um diese Zustände zu verhindern, doch das System der Marktwirtschaft hat nicht funktioniert.

Die Arbeiter und die Käufer sind aber die Gesellschaft. Die Beteiligten wurden zusätzlich in die Ecke gestellt, weil die Akkumulation des Kapitals nur geringfügig besteuert wurde.

Ein Beispiel in diesem System

Das Grundkapital eines Unternehmens besteht aus der Summe der Nennwerte aller ausgegebenen Aktien. Bei der Gründung ist dies nahezu auch der Preis, der für diese Aktion bezahlt wurde. Zumindest für diejenigen, die ihre Aktien nicht an der Börse erworben haben (die Gründer).

Das Grundkapital für Apple im Jahr 2017 beträgt 35,867 Milliarden USD. Der Gewinn liegt 2017 bei 51,880 Milliarden USD.

Das bedeutet, die jährliche Rendite auf das Grundkapital für die Gründer beträgt 164,65 %. Nun ist das aber noch nicht alles, da sich der Kurs bei börsengehandelten Werten so lange erhöht, und Apple ist ein börsengehandelter Wert, bis die Rendite den am Markt üblichen Zinssätzen entspricht. Die Marktkapitalisierung im Februar 2018 betrug 881 Milliarden USD. Das bedeutet, dass sich der Wert des Grundkapitals um sagenhafte 2456 % erhöht hat. Apple wurde am 1. April 1976 gegründet. Bis 2017 sind das 41 Jahre. 2456 % geteilt durch die Anzahl der 41 Jahre ergibt eine durchschnittliche Rendite von 59,9 % pro Jahr.

Dieses Ergebnis steht nur den Eigentümern zu. Zudem wissen wir, dass Apple kaum Steuern bezahlt und wir wissen außerdem, dass Apple so groß geworden ist, weil Apple außerordentlich von der Grundlagenforschung des Staates profitiert hat, die von allen Steuerzahlern finanziert wurden. Aber in welcher Form wurde etwas davon an die Steuerzahler zurückgegeben?

Bewertung dieses Beispiels

Bei der Verleihung von Geld im Finanzwesen wird ein Rechtsgeschäft, das deutlich überhöhte Zinsen im Vergleich zum aktuellen üblichen Marktzins zum Inhalt hat, als wucherisch bezeichnet und ist deshalb nichtig.

»Zinswucher kann entweder ein Fall der Sittenwidrigkeit (§ 138 Abs. 1 BGB) oder des Wuchers (§ 138 Abs. 2 BGB) sein. [...].

In § 138 Abs. 2 BGB ist zunächst von einem ‚auffälligen Missverhältnis‘ von Leistung (Kreditgewährung) und Gegenleistung (Zinszahlung) die Rede. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff wurde durch die Rechtsprechung des BGH präzisiert. Danach liegt Zinswucher vor, wenn der verlangte Zinssatz doppelt so hoch ist wie der vergleichbare Marktzins (also beispielsweise 8 % gegenüber einem Marktzins von 4 %; die relative Zinsdifferenz beträgt dabei 100 %).«³¹⁴

Die derzeitigen Marktzinsen liegen unter 4 %, mit etwas Spielraum für Unternehmen nach oben kommt man allerdings niemals auf 59,9 %, um diese Ergebnisse von Sittenwidrigkeit oder Wucher freizusprechen. Auch wenn das vergleichsweise nur für Zinsen gilt.

Alle namhaften Unternehmen gehören den oberen 10 % der Gesellschaft. Die Gewinne fallen daher auch nur dort an und sorgen für eine weitere Kapitalakkumulation.

Zukünftige gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung

Sparen ist für alle Menschen der Grund für das Entstehen von Vermögen. Es ist mit dem Ziel verbunden, das eigene Alter und die der abhängigen Familienmitglieder zu sichern. Ein steuerlicher Eingriff ist unzulässig, wenn diese Sparleistung einen Verzicht des Arbeitseinkommens in den vorangegangenen Jahren voraussetzt. Sie ist außerdem begrüßenswert, weil ohne diese Sparleistung der Staat als Solidargemeinschaft eingreifen müsste.

Eine Sonderstellung nimmt hier das Erbe ein. Es ist verständlich, dass eine Sicherung der Lebensbedingungen von Abhängigen, die sich nicht selbst versorgen können, genauso begrüßenswert ist. Daher ist eine Befreiung von der Erbschaftssteuer bis zu einer gewissen Größe unbedingt notwendig.

Doch wir müssen uns klar machen, dass das Erben als ein Prozess gesehen werden muss, der mit einer Übertragung von einer Person auf eine andere Person verbunden ist. Eine Übertragung zwischen Personen unterliegt immer einer Einkommensteuerart und häufig einer Umsatzsteuer. Die Versteuerung eines Erbes wird von den Erben immer mit der Begründung abgelehnt, es wäre bereits einmal versteuert worden. Doch diese Begründung ist falsch, eine Übertragung, so oft sie auch geschieht, wird immer mit einer Steuer belegt. Nehmen wir zum Beispiel ein Haus, welches im Laufe der Zeit mehrmals verkauft wird. Bei jeder Transaktion fallen Einkommenssteuern an, sofern der Verkäufer nicht von der Steuer befreit wird.

Das Besondere an einer Erbschaft ist, dass keine Person geschädigt wird. Der Erblasser ist gestorben und kann sein Erbe nicht mit ins Grab nehmen. Er kann es nur an die

³¹⁴ Wikipedia, Zinswucher

Gemeinschaft zurückgeben, die es ihm mit Gesetzen ermöglicht hat, alle oben genannten Möglichkeiten zu nutzen oder auch auszunutzen.

Der Erbe verliert nichts, da es ihm bisher nicht gehörte. Den Übergang machen alle Eintragungen in Kataster (Unternehmens-, Grundstückskataster) deutlich. Für den Erben ist es ein praktisches Geschenk. Es ist möglich, dass der Erbe bereits auch zum Aufbau des Unternehmens beigetragen hat, ohne Eigentümer zu sein. Mit der Übertragung seiner Hälfte hat er seine Vermögensbasis erhalten und darüber hinaus die Möglichkeit, die Geschicke des Unternehmens weiter zu lenken. Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass der Eigentümer in den meisten Fällen den Betrieb führt und dafür eine hohe Vergütung erhält. In der Regel reicht diese Vergütung bereits aus.

Die andere Hälfte des Vermögens geht an die Gemeinschaft (den Staat). Es entstehen keine zusätzlichen Kosten, da die Katastereintragungen ohnehin vorgenommen werden müssen.

Für den Staat gibt einige Bedingungen:

1. Vermögen muss Vermögen bleiben. Denn die Umwandlung des Vermögens in flüssige Mittel würde dem Unternehmen Kapital entziehen, welches das Unternehmen zum Zusammenbruch führen würde. Dieser Teil kann damit niemals Bestandteil des Haushalts werden, sondern muss in einem staatlichen Vermögensfonds gehalten werden. Nur die Gewinnabführungen bzw. Dividenden können für Ausgaben benutzt werden.
2. Die Beteiligung des Staates muss passiv bleiben. Wie das Beispiel von BlackRock zeigt, sind die Einflussmöglichkeiten über die Hauptversammlung bei Aktiengesellschaften zeigt, schon ausreichend genug.
3. Die Leitungsführung der Unternehmen darf nicht durch staatliche Organisationen besetzt werden. Sie sollte, sofern sie nicht bereits durch Erbfolge gesichert ist, durch Fachkräfte aus der Wirtschaft besetzt werden. Der marktwirtschaftliche Einfluss hat sich bewährt.

Für das Unternehmen gibt es aber auch Vorteile:

1. Der Staat kann in schwierigen Fällen, das Unternehmen stützen, weil er Mittel hat, die er vorher nicht hatte.
2. Der Staat kann den Ankauf von Unternehmen durch ausländische Firmen verhindern, wie z. B. im Falle Kuka.
3. Für die Personengesellschaften hat dies einen weiteren positiven Aspekt. Der Staatsanteil ist zinslos. Er wirkt genauso wie Eigenkapital. Für den Staat, der in erster Linie an Arbeitsplätzen interessiert ist, besteht damit zusätzlich die Möglichkeit, bei Unternehmen, die aufgrund der Verfehlung von Kreditrichtlinien der Banken (z. B. Basel III) oder zu teurer Fremdkredite nicht die Möglichkeit haben zu investieren, obwohl sie es könnten, als weiterer Eigenkapitalgeber einzuspringen.

Die Kapitalbildung des Staates ist aus zwei Gründen erforderlich. Einerseits, um die vielen Staatsinvestitionen vorzunehmen, die Arbeitsplätze und damit Vollbeschäftigung schaffen, dabei aber nicht unbedingt Gewinn erzielen und andererseits, weil die ständige zunehmende Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen zu einer Ungleichheit führt, die die Demokratie zerstört. Die Ungleichheit wird damit nicht verhindert, sie wird lediglich vermindert.

Wie noch weiter ausgeführt wird, ist es nicht notwendig, mehr als 20 % der Gesellschaft mit Erbschaftssteuer zu belegen. Das bedeutet eine sehr hohe Grenze, ab der Erbschaftssteuer erhoben wird. Keiner derjenigen, die Erbschaftssteuer bezahlen bzw. Vermögen abtreten, würde dadurch in Bedrängnis kommen.

Ein besonderes Problem gibt es jedoch in Deutschland. Eine Personengesellschaft wurde häufig von der Erbschaftssteuer befreit. Daher haben wir nicht umsonst einen sehr hohen Anteil (180.000) von Personengesellschaften (76 % aller Rechtsformen) mit 8 Millionen sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern in unserer Gesellschaft.

Der Grund liegt in der bisherigen Erhebung der Steuern. Der Staatshaushalt ist eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Alle Steuermittel fließen in Form von Bargeld in diesen Topf. Für die Erhebung der Erbschaftssteuern in Bargeld ist eine Liquidierung des Vermögens erforderlich.

»In der Großen Koalition unter Merkel wurde im Dezember 2008 dann noch ein letztes Gesetz zugunsten der Reichen verabschiedet, die Neuregelung der Erbschaftsteuer für Unternehmen. Es war in der Folge für die Vermögenskonzentration von enormer Bedeutung. Dieses vom Finanzministerium unter Peer Steinbrück entworfene und zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Gesetz sorgte nämlich dafür, dass viele Unternehmen, auch solche im Wert von Hunderten von Millionen Euro und mehr, so gut wie steuerfrei vererbt werden konnten. Es beinhaltete im Paragraphen 13 die Möglichkeit, Unternehmensvermögen unter bestimmten Bedingungen zu 85 oder gar zu 100 Prozent steuerfrei zu stellen, wenn es sich um einen klassischen Familienbetrieb handelte oder die entsprechende Person im Falle von Kapitalgesellschaften zu mindestens einem Viertel an diesen beteiligt war. Bei Stefan Quandt zum Beispiel wäre Letzteres bei BMW der Fall. Auch bei vielen anderen der großen Vermögen sieht es ähnlich aus. Immerhin befindet sich jedes zweite der Hundert größten deutschen Unternehmen in Familienbesitz – das ist bei vielen nicht börsennotierten Firmen der Fall – oder unter Familienkontrolle, etwa außer bei BMW auch bei VW, Henkel oder Merck. Die Auswirkungen dieser Gesetzesänderung für die Vermögensverteilung waren dementsprechend gravierend. Nimmt man alle steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierungen zwischen 1999 und 2009 zusammen, so tragen sie einen Großteil der Verantwortung für die stark gewachsene Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland.«³¹⁵

Im Sinne des Sozialliberalismus sind damit auch die sozialen Teilhaberechte gesichert, die wiederum die Basis für die Freiheits- und Menschenrechte sind. Diese Teilhaberechte in Form von Arbeit über den Investitionsfonds mit höher bezahlter Arbeit durch Ausbildung, gestatten es auch Mitarbeitern indirekt über den staatlichen Fonds Vermögen zu bilden, welches eine weitere Voraussetzung zur Chancengleichheit und Bildung der Abhängigen ist.

Geschätzte Höhe der staatlichen Vermögensbildung pro Jahr

In einer Studie des DIW Berlin wird das jährliche Erbvolumen auf bis zu 400 Milliarden Euro geschätzt.³¹⁶

³¹⁵ (Hartmann, 2018), S.137-138

³¹⁶ Vgl. (Grabka, 2017)

Die von dem DIW vorgenommene Schätzung des Privatvermögens in Deutschland für 2015 weist einen Betrag von 9,3 Billionen Euro aus. Die von der Deutschen Bundesbank zur Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 weist dagegen ein Privatvermögen (inklusive Gebrauchsvermögen nach Abzug der Kredite) von 13,6 Billionen Euro aus.

Betrachtet man die Entwicklung des Zeitraums von 1999 bis 2017, so hat sich das Privatvermögen trotz schon bestehender Vermögensbesteuerung von 9 auf 15 Billionen Euro erhöht und ist damit um 74 % gewachsen. Daraus kann man entnehmen, dass auch bei einer Erbschaftsbesteuerung von 50 % über dem Freibetrag das Wachstum des Privatvermögens nicht abnimmt. Es wächst lediglich geringer, während auf der anderen Seite das gemeinschaftliche Vermögen stärker zunimmt. Es gibt nicht genügend aktuelle Daten zu einer besseren Quantifizierung, doch zur groben Abschätzung können wir die Daten von 2007 aus »Abbildung 18: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren« nehmen.

In der nachfolgenden Tabelle wird die Verteilung der Jahre 2002 und 2007 auf Datenbasis der SOEP gezeigt.



Abbildung 24: Vermögensverteilung 2002 und 2007 der Personen ab 17 Jahren

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Verm %C3 %B6gensverteilung_in_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland)

Erbschaftssteuer ist aufgrund der Lobbyarbeit der Familienunternehmen bei 70 % der Bevölkerung unbeliebt. Zu schwer war es, überhaupt zu Vermögen zu kommen. Zudem macht die Abbildung 24 auch deutlich, dass 50 % der Bevölkerung kein Vermögen außer Verbrauchvermögen haben.

Eine Vermögenssteuer kann jedoch die Freibeträge so hoch ansetzen, dass nur die reichsten 20 oder 10 % besteuert werden. Auch diese erhalten die Freibeträge, sodass nur das Vermögen über diesem Freibetrag versteuert wird.

Nehmen wir an, wir belasten nur die 20 % reichsten Haushalte, dann haben 80 % der Bevölkerung keine Erbschaftssteuern zu zahlen und die reichsten 20 % erhalten einen Freibetrag in der Größenordnung, wie sie das drittreichste Zehntel zu zahlen hätte.

Das drittreichste Zehntel hat einen Anteil am gesamten Privatvermögen in Höhe von 11,1 %.

Ziehen wir vom zweitreichsten Zehntel die 11,1 % ab, erhalten wir 7,9 % und vom reichsten Zehntel ergibt das $61,1 - 11,1 = 50$ %. Zusammen sind das 57,9 %. Bei einer

Erbschaft von 400 Milliarden jährlich beträgt dann der erbschaftssteuerpflichtige Betrag 231,6 Milliarden. Angenommen der Erbschaftssteuersatz beträgt 50 %, dann ergibt das einen Betrag von 115,8 Milliarden jährlich an Erbschaftssteuern.

Dieser Erbschaftsteuerbetrag unterliegt aber einer Erhebung von 2007. Neuere Daten weisen eine Verteilung auf, wonach bereits 10 % der Bevölkerung zwei Drittel des Vermögens besitzen. Die Erbschaftssteuern sollten also noch größer ausfallen.

Alle Vermögenssteuern erreichten real nur in den Jahren 1996 und 2016 maximal 7 Milliarden Euro und zwischenzeitlich brachten sie meist um die 3 bis 4 Milliarden Euro, damit weniger als 2 % des Vermögenstransfers.³¹⁷

Die Angst der Bevölkerung vor einer Erbschaftsteuer ist damit völlig unbegründet. Die derzeitige Erhebung stellt nicht auf die hohen Freibeträge ab. Sie stellt die Reichen weitgehend frei und belastet den Mittelstand.

Die staatliche Vermögensbildung hängt von der Vermögensart ab

Es ist notwendig, sich die einzelnen Vermögensgruppen anzusehen.

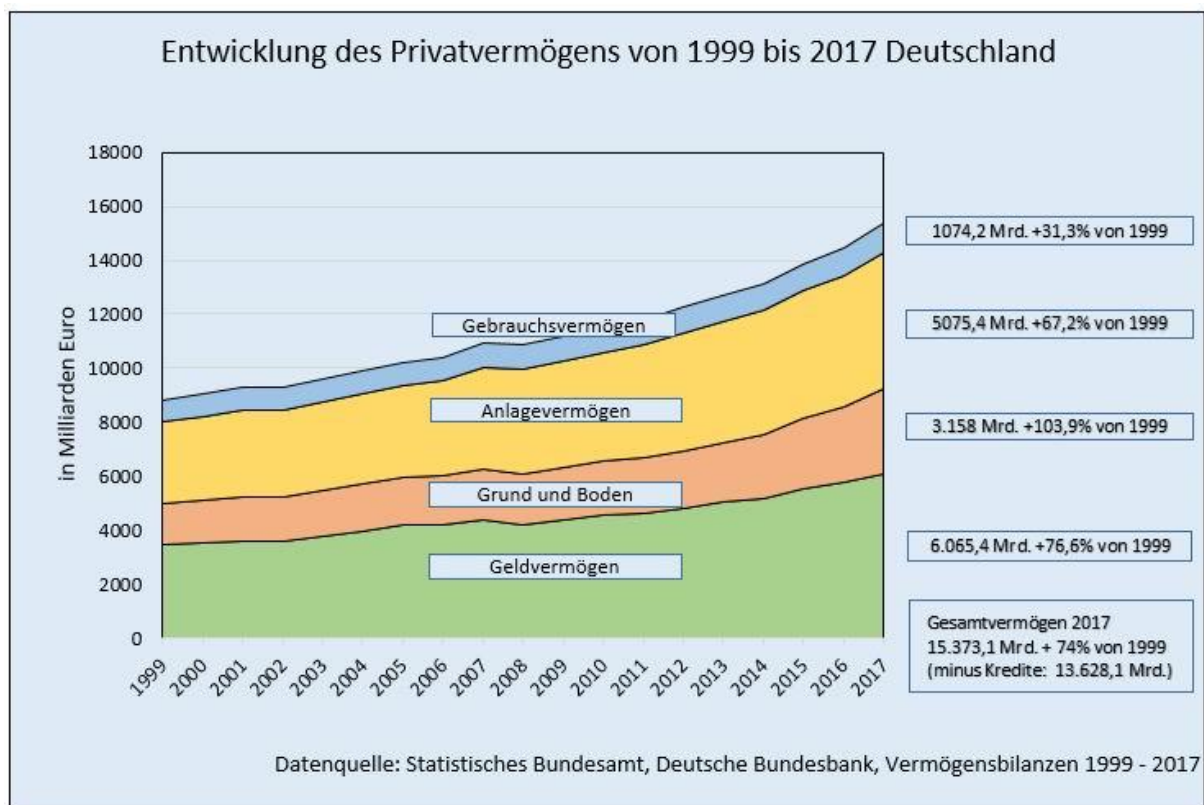


Abbildung 25: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Vermögensrechnung/-vermoegensbilanzen-pdf-5816103.html>

³¹⁷ Vgl. (Thurnhofer, 2019), Seite 111 ff.

Vom Gesamtvermögen in 2017 hat das Anlagevermögen (Produktivvermögen) einen Anteil von 33 %, das Immobilienvermögen einen Anteil von 20 % und das Geldvermögen einen Anteil von rund 40 %. Das Geldvermögen besteht aus Aktienkapital, Sparguthaben, Versicherungen und der Bargeldschwemme jeweils zu ungefähr einem Viertel.

Die Erbschaftssteuer gliedert sich damit auf, in nicht veräußerbare Anteile:

- 33 % Anlagevermögen
- 20 % Immobilienvermögen
- 10 % Aktienkapital

63 % der Erbschaftssteuer können und dürfen nicht in Bargeld (liquidiert) umgewandelt werden, sondern müssen in einen Fonds, der als Beteiligter lediglich an den Gewinnen partizipiert. Das bedeutet, von den 115,8 Milliarden Euro gehen 73 Milliarden in den Fonds. Gegenüber den Angaben von 2017 in Höhe von 6,063 Billionen Euro wurde durch die EZB Ende des zweiten Quartals 2020 mit insgesamt 6,63 Billionen Euro ermittelt. Der Bargeldanteil ist somit um 10 % gestiegen.

Diese 73 Milliarden jährlich ermöglichen aber einen langsamen Aufbau des Staatsvermögens und eine Kreditaufnahme aus der Bargeldschwemme zu einem Null-Zins-Satz. Sie erhöhen das verfügbare Kapital auf mindestens 110 Milliarden, womit weitere Vermögenswerte erworben werden können.

Innerhalb von 10 Jahren könnte es gelingen, mit dem norwegischen, bisher einzigen europäischen Vermögensfonds gleichzuziehen. Dieser Fonds kommt somit allen zu gleichen Teilen zugute und vermindert die soziale Ungleichheit.

Wie das Manager Magazin im Oktober 2020 berichtete, hat der norwegische Vermögensfonds ein Volumen von 1,1 Billionen Dollar. Auf jede Bürgerin und jeden Bürger Norwegens entfallen damit rechnerisch etwa 217.000 Dollar. Der Fonds hält Anteile an etwa 9200 Unternehmen weltweit und kommt auf 1,5 Prozent aller börsennotierten Aktien.

Rund 43 Milliarden jährlich gehen als Bargeld aus der Erbschaftssteuer in den Staatshaushalt. Damit sind die Einnahmen des Staates noch nicht erschöpft, wie hier aufgezeigt wird.³¹⁸

Die Renditen aus dem Vermögensfonds der Erbschaftssteuer

Die flüssigen Mittel aus der Erbschaftssteuer fallen bei Geldvermögen in Bargeld oder Geldpapieren an. Bei Mitteln aus Betriebsvermögen oder Grund und Boden bleiben es Vermögenspositionen, die dann im Volksvermögensfonds gehalten werden und dort eine Rendite aus den Gewinnen der Unternehmen erzielen. Orientiert man sich an »Abbildung 25: Entwicklung des Privatvermögens von 1999 bis 2017 Deutschland«, dann sind ca. 60 % (Anlagevermögen, Grund und Boden) der Erbschaftssteuern als passive Beteiligungen zu behandeln, aus denen jedoch das Einkommen zur Verwendung zur Verfügung steht. Eine Rendite von 5 % wird angesichts allgemeiner niedriger Zinsen vielleicht als zu hoch angesehen. Doch diese Rendite setzt sich aus zwei Teilen zusammen, dem Gewinn und dem Wertzuwachs. Erhöht sich der Gewinn, so steigt auch der Wert des Unternehmens

³¹⁸ Vgl. (Thurnhofer, 2019), Seite 259 ff. Finanzierung der Vermögensfonds

und senkt damit die Rendite bezogen auf den aktuellen Wert des Unternehmens. Bezogen auf den früheren Wert des Unternehmens ist die Rendite jedoch höher.

Begrenzung der Kapitalbildung zur Sicherung der freiheitlichen Unternehmensentwicklung

Das nachfolgende Modell geht von einer Begrenzung des staatlichen passiven Anteils von 25 % aus. Das Modell sieht keine direkte Zuordnung zu den Arbeitnehmern vor, sondern eine kollektive Zuordnung über den Staat. Wobei betont werden muss, der Staat sind wir alle. Allerdings wird eine Aufteilung in ein staatlich kollektives Vermögen und ein privates kollektives Vermögen vorgenommen. Das private kollektive Vermögen betrifft den Bereich Wohnen, mit Ansparleistungen für Genossenschaften für späteren Bezug von Genossenschaftswohnungen, und den Bereich Rente, mit einer zusätzlichen kapitalgedeckten Rente zu der weiterhin bestehenden Umlagen-Rente. Aus beiden Bereichen kommen Einzahlungen, die den Eigenkapitalanteil des Fonds senken und somit für weitere Investitionen in Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Sieht man sich das Organisationschema des Fonds an, dann sind nur wenige Änderungen notwendig. Die Organisationen sind vorhanden. Es sind lediglich Anpassungen erforderlich.

Investitionsvolumen des staatlichen Investitionsfonds

Bei einer angenommenen Größe von 2,5 Billionen Euro Eigenkapital und einer angenommenen Größe des Fremdkapitals von 1,5 Billionen Euro, wobei nur die Renditen für Investitionen verwendet werden, welche mindestens bei 6 % liegen, beträgt das jährliche Investitionsvolumen des Fonds mindestens 240 Milliarden. Davon müssen dann die Zinsen für die Kredite abgezogen werden. Dieser Betrag steht dann Jahr für Jahr zur Verfügung. Eine Verschuldung des Staates ist nicht mehr erforderlich und die zukünftigen Generationen haben unter keiner Verschuldung zu leiden. Darüber steigt das Volumen jedes Jahr und passt sich auch inflationären Tendenzen an.

Verwendung des Vermögens und des Gewinns aus dem Fonds

Investitionsfonds und Unternehmensbeteiligungsfonds

Die EU macht es uns vor. Neben dem EFSI für strategische Investitionen stammt das Geld für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Mittel haben dazu beigetragen, die Straßen zu verbessern, die ländlichen Gemeinden mit Breitband zu

versorgen, Menschen mit Behinderungen für den Einstieg in die Arbeit auszubilden und Mittel für touristisch und ökologisch wichtige Standorte bereitzustellen.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Investitionsbeträge zu hebeln, wie das vorbildlich der europäische Investitionsfonds EFSI vormacht, siehe »Abbildung 26: Investitionsvolumen mit dem EFSI«. Er zeigt eindrucksvoll, wie aus einer zur Verfügung gestellten Investitionssumme von 33,5 Milliarden Euro ein Investitionsvolumen von 500 Milliarden entsteht. Möglich ist das, indem die privat brachliegenden Geldmengen aktiviert werden. Geldvermögensanlegern, die bisher auf Angebote des Staates zurückgreifen konnten, stehen diese wegen der geringeren Verschuldung der Staaten aufgrund der Maastricht-Kriterien nicht mehr zur Verfügung. Sie haben damit die Gelegenheit, sich an derartigen Projekten privat zu beteiligen.

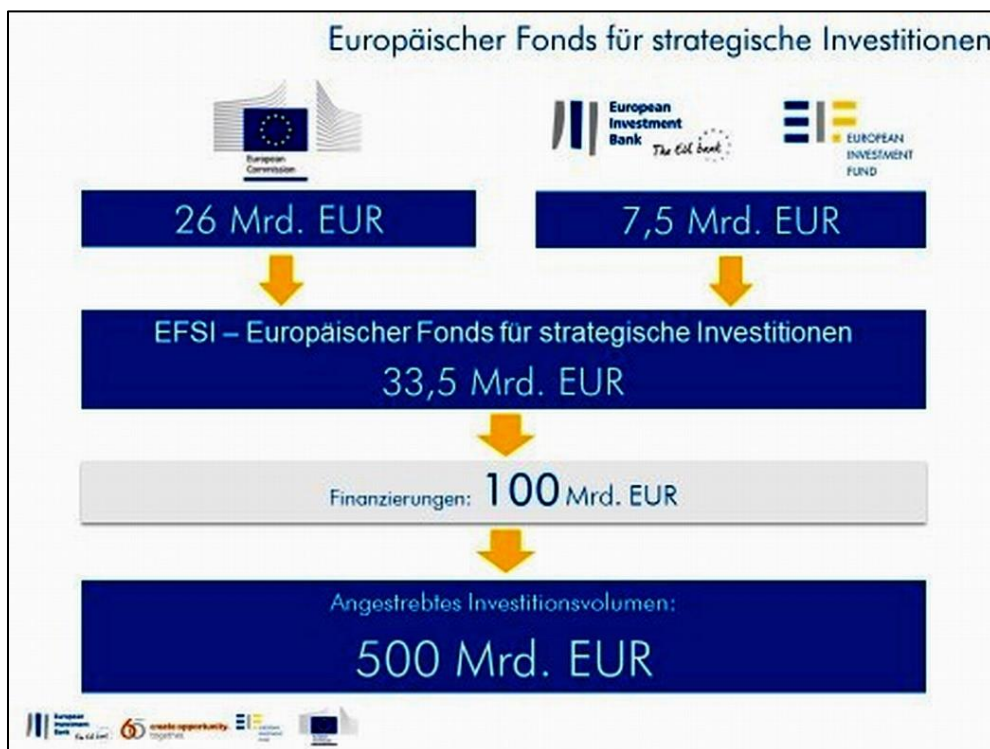


Abbildung 26: Investitionsvolumen mit dem EFSI

Quelle: Antonie Kerwien und Uwe Heinen, 6.4.2017, Rhein-Kreis Neuss, http://nrw.enterprise-europe-germany.de/public/uploads/downloads/veranstaltungen/2017-04-06_EFSIslidesNeussKerwien_-Heinen.pdf

Die Bereitstellung des Eigenkapitals - Finanzierung des Fonds

Der Corona-Exit wird sehr viel Kapital erfordern. Der Aufbau der Gesellschaft hat unbedingten Vorrang. Da die Mittel überwiegend aus Kreditaufnahmen kommen, nimmt die Verschuldung des Staates unvorstellbare Ausmaße an. Die Grenzen für eine gesunde Wirtschaft werden bei Weitem überschritten. Es ist daher klar, dass die Vermögenden einen Beitrag dazu leisten müssen.

Wir müssen es als einen langfristigen Prozess betrachten, bei dem der Aufbau einerseits aus einem Startkapital und andererseits aus eigenen Gewinnen entsteht. Als Beispiel

möge der ERP-Fonds gesehen werden, der von 1950 von 3,1 Milliarden Euro bis 2007 auf rund 12 Milliarden Euro angewachsen ist. 2015 wurden mit Mitteln des ERP-Sondervermögens Finanzierungen mit einem Volumen von 5,1 Milliarden Euro und rund 16.100 Einzelkrediten für Investitionen der deutschen Wirtschaft ermöglicht.³¹⁹

Unternehmensbeteiligung

Bei den Unternehmensbeteiligungen tut sich die CDU/CSU sehr schwer, weil es sich nicht mit ihrer Ideologie deckt. Doch die Corona-Krise zeigt deutlich, dass es ohne staatliche Hilfe nicht geht. So ist die Wiederentdeckung der KfW und des ERP-Fonds zu begrüßen.³²⁰

Im Spiegel Wirtschaft unter dem Titel «Corona-Hilfen für die Wirtschaft - Scholz und Altmaier zücken die Bazooka» erschien im März 2020 die Mitteilung, dass die Hilfen vermeiden sollten, dass Firmen allein wegen der Corona-Krise das Geld ausginge.

Die Hilfen kämen von der staatseigenen KfW-Bank. Ihre Programme würden an verschiedenen Stellen ausgeweitet, der Staat übernehme einen größeren Teil der Ausfallrisiken, die bei manchen Unternehmen erheblich sein dürften. Insgesamt soll der Garantierahmen vorerst auf eine halbe Billion Euro steigen, er könnte bei Bedarf aber weiter erhöht werden. »Es gäbe keine Grenze nach oben bei der Kreditsumme«, betonte Scholz.

So nimmt die passive oder aktive Beteiligung des Staates an Unternehmen einmal durch die Corona-Krise und auch zur Abwehr von Übernahmen zu. Die Beteiligung an der Lufthansa³²¹ und Curevac³²² sind derartige Beispiele.

Fonds für staatliche Investitionen und Grundlagenforschung

»Seit den grundlegenden Arbeiten von Mariana Mazzucato wird der Staat auch als Treiber von Innovationen gesehen. Man weiß nun, dass viele, auch disruptive Innovationen ohne staatliche Förderung nicht möglich gewesen wären. Mit Subventionen für Forschung und Entwicklung auf der Angebotsseite, aber auch als Nachfrager der ersten Instanz, gleichsam als Pioniernachfrager, erzeugt der Staat ein Umfeld, in dem der Aufbau neuer Produktionsweisen oder neuer Produkte möglich wird. Diese Erkenntnis gewinnt in der Gegenwart, einer Zeit an der Schwelle zahlreicher notwendiger Veränderungen, besondere Brisanz. [...].

Die fortschreitende Verbreitung digitaler Techniken und die Notwendigkeit, den Klimawandel einzudämmen, schreien schließlich geradezu nach Innovationen, die dies ermöglichen. Hinzu kommt mit der Erfahrung der Pandemie der notwendige Schutz vor den Risiken der Globalisierung. Also ist der Staat als Treiber dieser Veränderungen in dieser Zeit besonders gefordert. Er muss seine investiven Anstrengungen spürbar erhöhen. Es sollte dabei nicht nur private mit Innovationen verbundene Investitionen

³¹⁹ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), S. 230ff, Der Staat als Vermögensverwalter

³²⁰ Vgl. (Thurnhofer, 2019), S. 239ff. KfW und ERP-Fonds nutzen; (Gänger, 2020)

³²¹ Vgl. (Gänger, 2020)

³²² Vgl. (ARD, 2020)

fördern, sondern auch in die dazu passende Infrastruktur investieren, die vor dem Hintergrund der laufenden Veränderungen auch in der Fläche grundlegend umgebaut werden muss. Aus dieser Sichtweise stehen wir vor der Notwendigkeit eines markanten Schubs an öffentlichen Investitionen.«³²³

Im Modell des deutschen Vermögensfonds »Abbildung 20: Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds« bildet der Fonds für Grundlagenforschung und der Fonds für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit einem Finanzierungsfonds wie dem EFSI die Basis für eine Erreichung der Vollbeschäftigung. Als zuständig wird das Bundeswirtschaftsministerium gesehen.

Fonds für Sozialen Wohnungsbau

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wäre als zentrale Immobilien-dienstleisterin des Bundes und als Eigentümerin von insgesamt 20.000 Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von rund 480.000 Hektar sehr geeignet, im Sinne eines Fonds für Sozialwohnungen zu sorgen und diese zu verwalten. Wobei dabei keine staatliche Kreditaufnahme erforderlich ist. Gerade in Zeiten von Corona sind die Mittel knapp.³²⁴

Nach einem Artikel vom 08.02.2020 im Handelsblatt erwägt das Finanzministerium die Errichtung einer öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft des Bundes mit Erweiterung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA).

»Die Schuldenbremse ist zuletzt immer stärker unter Beschuss geraten. Für Ökonomen wie auch für die neue SPD-Spitze ist sie eine Investitionsbremse. Da eine Abschaffung wegen der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit unmöglich ist, arbeiten Ökonomen an Ideen, wie man die Schuldenbremse umgehen kann, um Investitionen zu steigern.

Eine Bundes-Wohnungsbaugesellschaft wäre da eine Option. »Die Gesellschaft könnte Kredite bloß für echte Investitionen aufnehmen. Die Gefahr, dass am Ende Sozialausgaben oder Renten über Schulden finanziert werden, liegt praktisch bei null, sagt Südekum. Ökonomenkollege Dullien sieht das genauso, Anfang März will er dazu sogar ein Forschungspapier vorstellen.

Im Bundesfinanzministerium heißt es, es werde derzeit nicht an einem Konzept für eine Bundesbaugesellschaft gearbeitet. Und der Minister habe bei Überlegungen zum Wohnungsmangel das eigentliche Problem im Kopf und nicht, wie er die Schuldenbremse umgehen könne. [...].

Doch Scholz hat immer wieder klargemacht: Wenn der Wohnungsmangel fortbesteht oder gar noch steigende Zinsen Bauaktivitäten hemmen, muss der Staat eingreifen. Ein Dach über dem Kopf sei schließlich ein Grundrecht.«³²⁵

Im März wurde der IMK Report 156 von Sebastian Dullien und Tom Krebs unter dem Titel: Wege aus der Wohnungskrise, Vorschlag für eine Bundesinitiative »Zukunft Wohnen« herausgegeben, der das Konzept eines Vermögensfonds ohne staatliche Verschuldung ausführlicher umsetzt.³²⁶

³²³ Gustav Horn, 22.2.2021, Makronom, Der andere Staat

³²⁴ Vgl. (BImA,)

³²⁵ (Martin Greive, 2020)

³²⁶ Vgl. (Sebastian Dullien, 2020)

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beabsichtigt bis Ende 2024 den Bau von 3700 neuen Wohnungen. Der Bedarf liegt aber bei 7300:

»Im Rahmen ihres Wohnungsneubauprogramms 2020 bis 2024 plant die BImA die Fertigstellung von 3700 Wohnungen bis Ende des Jahres 2024«, heißt es in dem Bericht. Bis 2024 hat die BImA dem Bericht zufolge insgesamt einen Bedarf an rund 43.300 Wohnungen für Bundesbedienstete ermittelt – das Portfolio umfasst derzeit aber nur 36.000. So erklärt sich eine Lücke von 3600 Wohnungen bis 2024.³²⁷

Warum wird nur für Bedienstete gebaut? Vorrangig werden Sozialwohnungen für die untere Hälfte der Gesellschaft benötigt, denn höherwertige Wohnungen können auch über den privaten Markt finanziert werden.

»Nach drei Jahren zieht die Bundesregierung am Dienstag eine Bilanz ihrer Wohnungspolitik. An der Online-Konferenz nehmen unter anderen Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Bauminister Horst Seehofer (CSU) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) teil. So sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt der Deutschen Presse-Agentur, das Ergebnis sei »niederschmetternd«. Sie beklagt »explodierende Mieten, schwindende Sozialwohnungen, kaum bezahlbares Eigentum für Familien in Ballungsräumen«. [...].

CDU/CSU und SPD hatten im Koalitionsvertrag eine »Wohnraumoffensive« vereinbart. Einige der Ziele: 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime schaffen, zwei Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau stecken und die Rechte von Mietern stärken. [...]. »In Sachen Wohnungsbau ist für diese Bundesregierung die Versetzung gefährdet«, sagte IG-Bau-Chef Robert Feiger der dpa. Die Mieten gingen durch die Decke, während alle zwölf Minuten eine Sozialwohnung vom Markt verschwinde.«³²⁸

Warum ist dieser Wohnungsbau begrenzt? Die Investitionskosten könnten zu einem großen Teil (80 %) durch Kredite finanziert werden, die keine Staatsverschuldung darstellen, da sie vom Fonds aufgenommen werden und den Schulden Vermögenswerte gegenüberstehen. Zudem bekommt der Staat zu den aufgenommenen Krediten noch zusätzliches Geld, anstatt Zinsen zu zahlen. Voraussetzung ist jedoch ein unabhängiger Fonds (siehe *Abbildung 20: Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds, Fonds für Soziales Wohnen*) verwaltet durch Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), der die Rückzahlungen entweder aus dem Vermögen oder durch die Mieter (Zinsen, Tilgung) garantiert.

Rentenfonds - Teilhabe am Produktivkapital

Eine Vorsorge für Rente, Krankheit, Alter und Pflege hängt sehr vom Einkommen der Erwerbstätigkeit und den Kosten für Wohnen ab. Es setzt, wie bereits beschrieben, ein Mindesteinkommen voraus, bei dem überhaupt Vermögen gebildet werden kann.

Obwohl Deutschland ein reicher Staat ist, sind die Renten anderer europäischer Staaten (z. B. Österreich, Schweiz) sehr viel höher. Die Ursache liegt in der unterschiedlichen Behandlung der Beschäftigten. Die in den letzten Jahren gesunkenen Löhne durch den Anstieg des Niedriglohnssektors auf 8 Millionen Personen lässt weiter sinkende Renten

³²⁷ Silke Kersting, 23.01.2021, Handelsblatt, Regierung schafft zu wenig Wohnraum für Bundesbedienstete

³²⁸ Tagesspiegel, 23.2.2021, Grüne geißeln »niederschmetternde« Wohnungspolitik

erwarten. Zudem ist eine weitere Rentenabsenkung geplant. Einige Kreise sprechen auch von Verlängerung der Arbeitszeit.

Beamte erhalten eine Pension, die aus den zukünftigen Steuerzahlungen bezahlt wird.

Bei Angestellten und Arbeitern fällt eventuell eine Betriebsrente an, je nachdem, in welchem Betrieb sie gearbeitet haben. Darüber hinaus sind sie pflichtversichert in Höhe ihres Einkommens, und der Betrieb, in dem sie arbeiten, zahlt noch den sogenannten Arbeitgeberanteil.

Freie Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten etc. haben eigene Kassen, in die sie einzahlen.

Rund 7 Millionen Erwerbstätige (18 % aller Erwerbstätigen), davon 1,8 Millionen Beamte, sind nicht pflichtversichert. Gleichzeitig handelt es sich dabei um Personen, die ein hohes Einkommen haben.

Der Einbezug dieser Personengruppe in die Pflichtversicherung bei gleichzeitiger teilweisen Umstellung auf eine kapitalorientierte Rente würde die Zielsetzungen, die sich die Regierung 1950 gegeben hat, wahr werden lassen.

Bei selbstständigen Unternehmern geht man davon aus, dass sie selbst für sich sorgen, unbeachtet der vielen Konkurse, in die Unternehmer bei der Übernahme von Risiken geraten.

Zusammenfassend kann man sagen, die reicheren Anteile der Gesellschaft sind von der Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung ausgeschlossen. Der Topf der staatlichen Rentenversicherung ist damit pro Person kleiner als die anderen Töpfe.

Die Auszahlung der Rentenbeiträge erfolgt nach der anteiligen Einzahlung. Die Summe der Rentenausgaben liegt bei rund 250 Milliarden Euro. Ein Teil dieser Beträge (2017 in Höhe von 91 Milliarden Euro) wird aus dem Bundeshaushalt von allen Steuerzahlern getragen. Nicht jeder, der ein Steuerzahler war, bekommt eine Rente/Pension, außer Beamte.

Außerdem täuscht der Durchschnitt über die ungleiche Verteilung der Renten hinweg. Auch hier findet sich ein kleiner reicher Anteil einem großen Anteil der armen Rentner gegenüber.

Sieht man sich die ca. 19,5 Millionen Menschen (ein Viertel der Bevölkerung) an, die in prekären oder unsicheren Arbeitsverhältnissen leben, und diejenigen, die keine Arbeit haben, dann stellt sich die Frage, wie diese Personen überhaupt Rentenanwartschaften erzielen können. Wie soll der Staat diese enorme Anzahl von Personen mit sozialen Mitteln (Anteil aus Steuermitteln im Staatshaushalt) befriedigen können?

Eine Reform der Renten ist dringend angesagt.

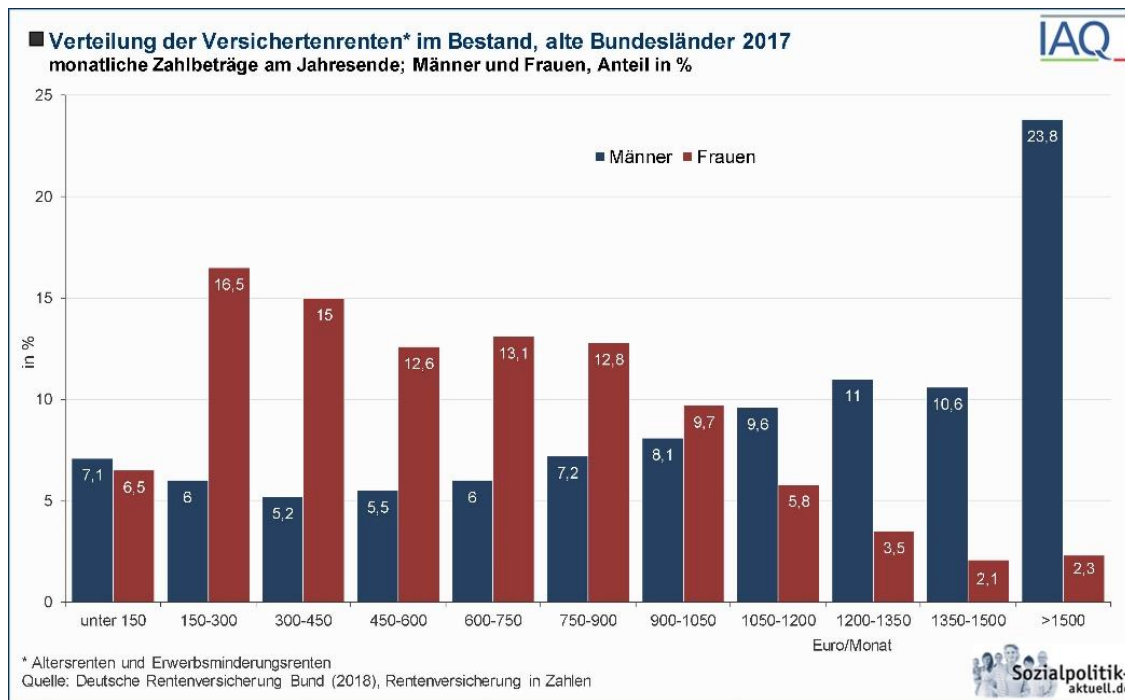


Abbildung 27: Verteilung der Versichertenrenten, alte Bundesländer 2017

Quelle: IAQ, http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII24.pdf, Abbildung abbVIII24

In der Presse tauchen dann aber ganz andere Mitteilungen auf.

So berichtet der Spiegel, dass es nach dem Alterssicherungsbericht der Bundesregierung, einer großen Zahl von Ruheständlern so gut ginge wie noch nie. Ehepaare über 65 würden dabei im Schnitt über 2907 Euro netto im Monat verfügen. Allerdings würden dabei auch Zinsen und Mieteinnahmen berücksichtigt.³²⁹

Ob dabei auf Dividenden berücksichtigt werden, geht aus diesem Artikel nicht hervor. Zinsen, Mieteinnahmen, Dividenden und Gewinnausschüttungen entstehen aber nur dort, wo auch Vermögen gebildet werden kann. Das ist jedoch nur in der oberen Gesellschaftshälfte möglich.

Durch die Bildung des Durchschnitts über alle Einkommen, von denen die Wichtigsten nur in der oberen Hälfte der Gesellschaft anfallen, entsteht hier der Eindruck, wir würden in einer breiten Wohlstandsgesellschaft leben. Leider ist das nicht so, wer kein Vermögen erwerben kann, dem geht es später schlecht. Und das liegt nicht an einer Person, sondern am System.

Wir wissen nun, dass es unerlässlich ist, dass auch die untere Hälfte der Gesellschaft Vermögen bilden muss. Doch hier gibt es ein Problem, welches auch von den Grünen nicht richtig wahrgenommen wird.

Eine Vermögensbildung wird bei den Grünen so gesehen:

»Eine verbesserte Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen kann sowohl dem Fachkräftemangel als auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der

³²⁹ Vgl. (Spiegel, Ehepaare verfügen im Schnitt über 2907 Euro netto, 2020)

Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen deutlich anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr Informationen bereit zu stellen.«³³⁰

Dieser Weg führt leider zu weiteren Ungerechtigkeiten, denn er gilt nur für Mitarbeitern in Firmen, die bereit sind, Mitarbeiterbeteiligung zu gewähren und sie auch bezahlen zu können. Alle anderen gehen leer aus. Bereits Ludwig Erhard hatte versucht, über das Modell der Volksaktien, ärmeren Schichten eine Vermögensbildung zu ermöglichen. Auch dieser Ansatz ist gescheitert.

Der bessere Weg ist, einen allgemeinen Vermögensfonds aufzubauen, der allen zu gleichen Teilen die Möglichkeit verschafft, Altersvorsorge zu ermöglichen. Dafür gibt es zwei bereits bestehende Modelle, der norwegische Vermögensfonds³³¹ für allgemeine Vorsorge und der schwedische Rentenfonds³³² für einen kapitalbasierte zusätzliche Rentenzahlung.

Ein sehr gutes Beispiel liefert der schwedische kapitalorientierte Rentenfonds. Obwohl der Fonds staatlich organisiert ist, besteht auch die Möglichkeit, Anlagen in privaten Fonds vorzunehmen. Damit dürfte der Widerstand der Banken gegen eine staatliche kapitalorientierte Rente geringer werden.

»Der Name klingt sperrig, ist doch nahezu jedem Schweden ein Begriff: der AP7-Fonds. Der Name steht für ›Sjunde Allmänna Pensionsfonden‹ siebter allgemeiner Pensionsfonds. Dass der Fonds auch in der breiten Öffentlichkeit bekannt ist, liegt am schwedischen Pensionssystem. 16 Prozent des Bruttogehalts werden in die umlagefinanzierte Rente eingezahlt. Weitere 2,5 Prozent des Bruttoeinkommens fließen in kapitalgedeckte Altersvorsorge, die sogenannte Prämienrente.

Wohin das Geld fließt, entscheidet jeder Arbeitnehmer selbst. Ihm stehen dabei rund 850 verschiedene Fonds zur Verfügung. Obwohl Schweden eine lange Aktien- und Fondstradition hat, haben viele Arbeitnehmer aus Desinteresse oder Unkenntnis keinen Fonds gewählt. Für diesen Fall hat der Gesetzgeber den AP7-Fonds eingerichtet. In den Staatsfonds fließen die 2,5 Prozent des Bruttogehalts, wenn man keinen der privaten Fonds gewählt hat. Rund die Hälfte aller schwedischen Arbeitnehmer haben keine aktive Wahl getroffen. Ihre Beiträge landen bei AP7. [...].

Der Staatsfonds verwaltet derzeit umgerechnet rund 31 Milliarden Euro.«³³³

Doch mit der staatlichen Beteiligung an Unternehmen entstehen Gewinne, die durch alle arbeitenden Menschen der Bevölkerung verursacht sind. Es ist also möglich, dass jede Person, die gearbeitet hat, von diesem Gewinn einen Anteil erhält, der sich auf die Arbeitsjahre bezieht. So sähe dann echte Teilhabe aus, wie sie einmal von unseren Gründervätern geplant war. Es wird unnötig für jede Person, sich um eine Kapitalanlage zu kümmern, wenn sie nicht verstanden wird. Zur Einordnung in das System siehe (*Abbildung 20: Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds, Fonds für kapitalgedeckte Renten*) verwaltet durch die Deutsche Rentenversicherung.

»Was hält CDU-Sozialminister Laumann von den neuen Plänen der FDP für eine ›gesetzliche Aktien-Rente‹ nach schwedischem Vorbild? [...]. Die Liberalen fordern, dass

³³⁰ (Grünen B. d., WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen, 2019), Zeile 617 bis 624

³³¹ Siehe auch (Thurnhofer, 2019), Ein gutes Beispiel bildet der Norwegenfonds, S. 235ff.

³³² (Steuer, 2016)

³³³ (Steuer, 2016)

künftig zwei Prozentpunkte des Rentenbeitrags, den Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte abführen - heute liegt er bei 18,6 Prozent -, nicht mehr in die klassische, umlagefinanzierte Rentenkasse fließen, sondern in einen Fonds.«³³⁴

Die Vorstellung der FDP ist insofern schlecht, da sie auf eine Verminderung der staatlichen Rente abzielt, die ohnehin schon sehr dürftig ist. Eine kapitalgedeckte Rente sollte zusätzlich aus einer Teilhabe an den Renditen des staatlichen Betriebsvermögens entstehen und für alle gelten, die gearbeitet haben und zum Kapitalstock der Volkswirtschaft beigetragen haben.

Gesundheitsfonds für Krankheit und Pflege Krankheit

Bernd Hontschick, Mediziner seit mehr als 25 Jahren mit chirurgischer Praxis, beschreibt hier aus seiner Sicht die Veränderungen im Bereich von Krankheit und Pflege:

»Tatsächlich gibt es aber keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Es hat auch noch nie eine gegeben. Die Ausgaben für das Gesundheitssystem sind in unserem Land seit Jahrzehnten konstant. Sie betragen zehn bis zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts mit minimalen Ausschlägen nach oben oder unten. [...].

Als einzelner Beitragszahler spürte man ja nichts von der Konstanz der Gesundheitskosten, im Gegenteil. Man spürte stattdessen eine kontinuierliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Diese beruhte aber nicht auf einer Kostenexplosion, sondern auf einem dramatischen Einnahmeeinbruch der Gesetzlichen Krankenversicherung durch die zunehmende Arbeitslosigkeit in den achtziger und neunziger-Jahren des letzten Jahrhunderts, die teilweise bis zu zwölf Prozent betrug. [Anm. Auch die Zunahme der Niedriglöhne sollte dazu beigetragen haben. [...].

[Im März 2003] wurde ein neues Vergütungssystem in den Krankenhäusern eingeführt, dass die Vergütung an die Schwere der Erkrankung und den Aufwand der therapeutischen Maßnahmen koppelte, die Diagnosis Related Groups (DRG) oder auf Deutsch: diagnosebezogene Fallgruppen. [...]. Die Liegezeit wird nun mit allen Mitteln reduziert, die Fallzahlen werden entsprechend erhöht, und die Diagnosen werden soweit wie möglich dramatisiert, um in eine höhere Bezahlgruppe der DRG's zu gelangen. [...]. Erreicht eine Klinik den von der Geschäftsleitung vorgegebenen Case Mix Index nicht, droht Unterfinanzierung, d. h. Verkauf oder Schließung. Das führt zu einem enormen Druck der Geschäftsleitungen auf die ärztlichen und pflegerischen Berufe. Diese werden zu einem ökonomischen Denken in Gewinn- und Verlustkategorien gezwungen und verlieren dabei notgedrungen den eigentlichen ärztlichen und pflegerischen Auftrag immer mehr aus dem Auge.

Auch genau in jener Zeit begann dazu noch eine Privatisierungswelle von öffentlichen Einrichtungen, insbesondere von Krankenhäusern, die inzwischen solche Ausmaße angenommen hat, dass Deutschland heute mit der Zahl der privatisierten Krankenhausbetten an der Spitze in der Welt steht, noch vor den USA. [...].

In das Gesundheitswesen hat unsere Gesellschaft bislang einen Teil ihres Reichtums investiert, zum Wohle aller. Das Gesundheitswesen war ein wichtiger Teil des Sozialsystems. Nun zieht sich der Staat zurück. Ring frei für Investoren. Das Gesundheitswesen wird zu einem Wirtschaftszweig. Ab sofort gelten ganz andere Gesetze als bislang im Sozialsystem. Die Gesundheitswirtschaft wird zur Quelle neuen Reichtums

³³⁴ Hendrik Munsberg, 24.2.2021, SZ, Führender CDU-Sozialpolitiker lehnt Rentenreform der FDP ab

für Investoren, die durch hohe Renditen von mehr als zehn Prozent dorthin gelockt werden, wie sie zurzeit in keinem anderen Wirtschaftszweig auch nur annähernd winken. Die Marktwirtschaft verliert ihr soziales Mäntelchen.«³³⁵

Medizin

Obwohl bereits bekannt war, dass es aufgrund ausländischer Produktion von Medikamenten zu Lieferengpässen kam und auch zu Qualitätsmängeln, bei denen die Lieferung von Bluthochdrucksenkern gestoppt wurde, geschah nichts. Die Corona-Krise hat nun diesen Mangel überdeutlich werden lassen.

»Im August 2016 musste das Bundesgesundheitsministerium aufgrund einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE dreizehn Impfstoffe und sechsundzwanzig Medikamente auflisten, bei denen im laufenden Jahr sogenannte Lieferengpässe aufgetreten waren. [...]. Von der Mangelwirtschaft betroffen sind auch immer wieder die Antibiotika Ampicillin, Piperacillin und Metronidazol. [...].

2015 stellte die letzte Antibiotikafabrik in Deutschland, die Firma Sandoz in Frankfurt-Höchst, ihre Produktion ein. Sie war auf dem globalen Markt nicht mehr konkurrenzfähig. Neunzig Prozent aller Antibiotika, die in der Welt hergestellt werden, kommen inzwischen aus China und Indien.«³³⁶

Der Grund ist in der Kostensenkung der Medikamente zu suchen, die von den Krankenkassen nicht mehr übernommen werden wollten. Die Abwälzung von Medizinkosten auf die Verbraucher hat ihnen eine gelungene Kostensenkung beschert.

«Mit der Freigabe dieser hochwirksamen Medikamente für den rezeptfreien Markt hat man jedoch nicht allein dem jahrelangen Lobbydruck der Pharmaindustrie nachgegeben. [...]. In Deutschland hat der mit der Freigabe dieser hochwirksamen Medikamente für den rezeptfreien Markt, man jedoch nicht allein dem jahrelangen Lobbydruck der Pharmaindustrie nachgegeben. Die Krankenkassen freuten sich heimlich, denn Kosten für rezeptfreie Medikamente mussten sie nun nicht mehr übernehmen. In Deutschland hat der Umsatz rezeptfreier Schmerzmittel inzwischen eine Milliarde Euro überschritten. Also ein Bombengeschäft für die einen, willkommene Kostendämpfung für die anderen – eine höchst ungewöhnliche Allianz.«³³⁷

Altenheime und Pflege

Dies ist nur der Augenblickswert. Wie sieht das aus, wenn die Personen in Rente gehen, krank werden oder gepflegt werden müssen. Es ist bekannt, dass die Renten noch sinken und ein Pflegeplatz kostet in einem privaten Heim bei 2000 Euro. Mit staatlichen Renten bei Frauen, bei denen 75 % unter 1000 Euro liegen und bei Männern, bei denen ca. 40 % unter 1000 Euro liegen, kann so etwas nicht bezahlt werden.

³³⁵ (Hontschik, 2019), Kapitel: Märchen im Gesundheitswesen

³³⁶ (Hontschik, 2019), Kapitel: Engpass

³³⁷ (Hontschik, 2019), Kapitel: Die Kunst und der Tod

»Die wirtschaftliche Lage deutscher Pflegeheime ist weiterhin relativ gut, hat sich zwischen 2015 und 2017 aber leicht verschlechtert. Im Jahr 2017 befanden sich knapp 4 Prozent im »roten Bereich« mit erhöhter Insolvenzgefahr, 77 Prozent im »grünen Bereich« mit geringer Insolvenzgefahr und 18 Prozent dazwischen im »gelben Bereich«. Ihre durchschnittliche Insolvenzwahrscheinlichkeit lag mit 0,61 Prozent deutlich niedriger als bei Krankenhäusern. Verschlechtert hat sich auch die Ertragslage: Schrieben 2015 noch 14 Prozent der Pflegeheime einen Jahresverlust, waren es im Jahr 2017 bereits 24 Prozent.

Immer mehr Pflegebedürftige werden ambulant versorgt, ihr Anteil stieg zwischen 1999 und 2017 von 20,6 auf 24,3 Prozent. Die überproportionale Erhöhung der Pflegesätze der Pflegeversicherung für Leistungen der ambulanten Dienste seit 2008 und der Ausbau der ambulanten Pflege im Rahmen der Pflegestärkungsgesetze hat die ambulante Pflege gestärkt. Zudem ist die Zahl der Pflegegeldempfänger gestiegen, seit kognitive und geistige Einschränkungen in den Pflegebedürftigkeitsbegriff aufgenommen worden sind. Über die dadurch bedingte einmalige Anpassungsreaktion hinaus handelt es sich bei der Ambulantisierung um einen längerfristigen Trend.

Auch der Trend zur Privatisierung hält an. Der Anteil der Pflegebedürftigen, die in einer privaten Einrichtung versorgt werden, ist weiter gestiegen: in Pflegeheimen im Jahr 2017 auf 38,7 Prozent (1999: 25,4 Prozent) und in ambulanten Diensten auf 51,6 Prozent (1999: 35,6 Prozent). Die Zahl der Plätze in privater Trägerschaft stieg seit 1999 um 127 Prozent. Dabei arbeiten Heime in privater Trägerschaft in Westdeutschland kostengünstiger. Inklusive des Investitionskostenanteils lagen ihre Preise 7 Prozent unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Im Pflegebereich herrscht weiterhin Personalknappheit. Zwar sind zwischen 1999 und 2017 348.000 zusätzliche Vollzeitkräfte hinzugekommen. In der ambulanten und stationären Pflege waren damit im Jahr 2017 insgesamt 819.000 Vollkräfte beschäftigt, davon 329.000 Pflegefachkräfte. Trotzdem ist ein zunehmender Mangel an Pflegefachkräften zu beobachten. So lag im Juli 2019 die Zahl der gemeldeten offenen Stellen in Heimen mehr als doppelt so hoch wie im Juli 2009, im Vergleich zu Juli 2017 stieg sie um 6 Prozent.«³³⁸

Der börsennotierte Medizinprodukte-Hersteller Hartmann fragte in den Pflegeberufen nach, ob sie bereit wären, zu ihrer Arbeit zurück zu kommen und die Befragung ergab, dass ungefähr 150.000 voll ausgebildete Pflegekräfte zurückkommen würden, wenn Arbeitszeiten und Erholungsphasen geregelt, chronische Überforderung verhindert, eine angemessene, tariflich festgelegte Bezahlung garantiert wäre, Wertschätzung und gebührender Respekt entgegengebracht würde.³³⁹

Die Corona-Krise hat diese Branche zu einer systemrelevanten gemacht. Vorübergehend sind die Löhne gestiegen, doch der Trend geht weiterunweigerlich nach unten.

Krankenhäuser

³³⁸ Sabine Weiler, 6.11.2019, RWI, Pflegeheim Rating Report 2020

³³⁹ Vgl. (Hontschik, 2019), Kapitel: Comeback

Krankenhäuser müssen mindestens für die unter Hälfte der Gesellschaft staatlich organisiert sein. Gegen weitere private Kliniken für betuchte Kranke, gibt es nichts einzuwenden. Die Entwicklung derzeitig in der Krankenversorgung bildet Grund für Sorgen.

»Die Krankenhäuser sterben aber nicht nach einem gut durchdachten Plan, der an gesundheitlichen Vorgaben und Bedürfnissen ausgerichtet ist. Sie sterben auch nicht nach einem gesellschaftlichen Konsens über den Bedarf. Sie sterben, wenn sie nicht profitabel sind. Wo rote Zahlen geschrieben werden, droht Verkauf oder Schließung, egal, ob eine Abteilung oder ein Krankenhaus in der Region gebraucht wird oder nicht. [...].

Kapitalkräftige, börsennotierte Klinikkonzerne treten auf den Plan und warten geduldig, bis ihnen die Insolventen in den Schoß fallen. [...].

Seltsam, fragt sich da der unbefangene Beobachter, wie kann man etwas Defizitäres, von Schulden Überhäuftes denn verkaufen? Wer will so etwas denn haben? Das müssen doch Irre sein? Weit gefehlt! Denn nun werden die Kliniken gar nicht verkauft, sie werden verschenkt. Im Jahre 2013 wurde zum Beispiel die Städtische Klinik Offenbach für einen Euro (!) an einen privaten Investor »verkauft«, der riesige Schuldenberg aber blieb bei der Stadt Offenbach. Genauso lächerlich gering war 2006 der »Verkaufspreis« für die Universitätskliniken Marburg und Gießen, genauso ein Witz war 2012 der Verkauf der Horst-Schmidt-Kliniken in Wiesbaden. Und nach all diesen »Verkäufen« kommt es zu den immer gleichen Abläufen: Tarifverträge werden gekündigt, qualifiziertes Personal wird entlassen, wichtige Klinikfunktionen werden »nach draußen« vergeben: Outsourcing. Nicht rentable Klinikbereiche werden zurückgefahren oder ganz geschlossen. Jede einzelne Klinikabteilung muss schwarze Zahlen schreiben, sonst drohen Stellenstreichungen oder Stationsschließungen. Der Versorgungsauftrag bleibt auf der Strecke. Denn der Auftrag lautet jetzt: Gewinn!«³⁴⁰

Krankenkasse

Mit den Einzahlungen in die Krankenkasse sichern wir uns für Krankheit ab. Doch wie uns Bernd Hontschick versichert, sind wir nicht richtig informiert:

»Nein, wir zahlen nicht an unsere Kasse, sondern unsere Krankenkassenbeiträge landen im sogenannten Gesundheitsfonds. Und der leitet unsere Zahlung dann weiter an die Krankenkassen – nicht unbedingt an die eigene. Denn nun kommt der zweite Irrtum: Alle glauben, dass Krankenkassen möglichst gesunde Menschen versichern wollen. Nein, das ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Je schwerer ein Versicherter erkrankt ist, desto besser, desto lukrativer für die Krankenkassen. Denn je kränker die Versicherten sind, desto höher fällt die Zuweisung aus diesem Gesundheitsfonds aus. Diese Absurdität hat einen nicht minder absurden Namen: Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich, Morbi-RSA. [...].

Da ist er, der Ansatzpunkt für den organisierten Betrug. Krankenkassen haben Ärzten Prämien für die »Optimierung« von Diagnosen bezahlt. [...].

Und wie könnte man diesen korrupten mafiösen Sumpf trockenlegen? Ganz einfach: Vor nicht allzu langer Zeit gab es in Deutschland über tausend Krankenkassen. Heute gibt es nur noch etwas mehr als hundert. Wenn man das radikal zu Ende denkt, dann wird es darauf hinauslaufen müssen, dass es über kurz oder lang nur noch eine einzige

³⁴⁰ (Hontschick, 2019), Kapitel: Totalschaden

Krankenkasse gibt. Man braucht nur eine Krankenkasse, um das Gesundheitswesen, um ambulante und stationäre Medizin zu finanzieren. Es ist nicht ihr Auftrag, dabei Gewinn zu machen.

Krankenkassen sind keine Wirtschaftsbetriebe. Worum sollten Krankenkassen denn auch konkurrieren? Und übrigens: Die Existenz des Gesundheitsfonds ist der schlagende Beweis, dass eine Krankenkasse genügt.«³⁴¹

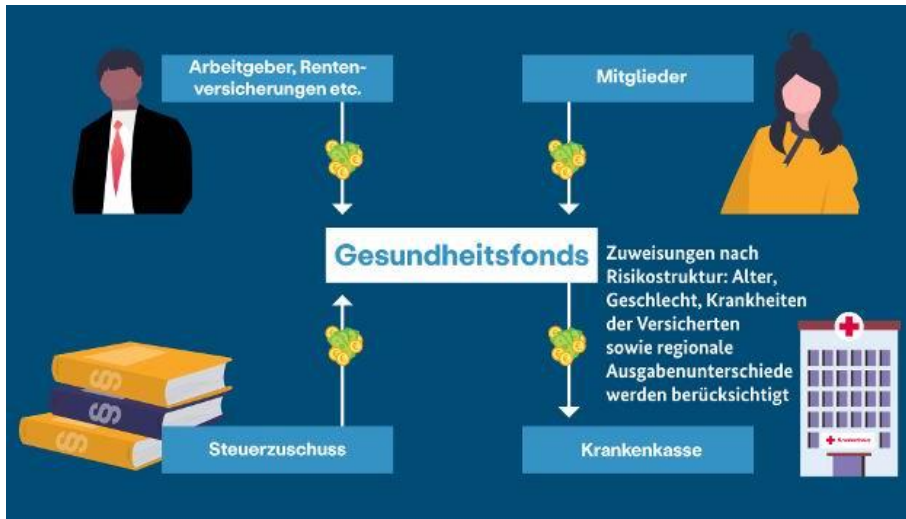


Abbildung 28: Gesundheitsfonds vom 1. Januar 2009

Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/gesundheitsfonds.html>

Vielleicht wäre hier zu unterscheiden, ob es sich um eine Basisversicherung für alle handelt oder um Krankenkassen, die sich besonders betuchten Kranken annehmen und für Normalbürger nicht erforderlich sind.

Die Mittel aus dem Vermögensfonds können somit auch für die Krankenkasse und den Gesundheitsfonds verwendet werden. Siehe auch (*Abbildung 20: Organisation eines deutschen Staatsvermögensfonds, Fonds für Krankheit, Altersheim und Pflege*) verwaltet durch das Bundesfinanzministerium für Gesundheit.

³⁴¹ (Hontschik, 2019), Kapitel: Eine Krankenkasse ist genug

Kapitel 5:

Supranationale Organisationen
mit
Einfluss auf die Deindustrialisierung

Supranationale Organisationen

»Welche Hoffnungen ruhen nicht alle auf internationalen Organisationen! Die Vereinten Nationen sollen den Weltfrieden sichern, die Weltbank den ärmsten Gesellschaften dieser Welt Entwicklung bringen, der Internationale Währungsfonds internationale Finanzkrisen verhindern, die Welthandelsorganisation den globalen Wohlstand mehren und die Europäische Union in Europa den »dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt« schaffen. Gleichzeitig ist die Reputation internationaler Organisationen schlecht wie lange nicht mehr.«³⁴²

Wir brauchen internationale Organisationen wie UNO, WTO, WHO, Weltbank, IWF, etc., doch sie müssen besser kontrolliert werden. Im folgenden Abschnitt werden die Strukturen und die Einflüsse aufgezeigt, die verbessert werden müssen, wenn die nationalstaatlichen Ziele erreicht werden sollen. Das größte Problem der Hochpreisländer ist die DE-Industrialisierung, die Vollbeschäftigung und steigende Löhne verhindert hat. Abgesehen vom ideologischen Überbau, haben die internationalen Organisationen durch ihre Struktur zum Problem der Hochpreisländer beigetragen.

Hier werden die Schattenbanken als internationaltätige Organisationen angesehen, die aufgrund ihrer Größe sehr wirksam Politik in ihrem Sinne betreiben und nicht zur Zielerreichung nationaler Notwendigkeiten beitragen.

Schattenbanken (BlackRock) und ihr politischer Einfluss

Mächtig wie kein anderes Unternehmen, doch viel zu vielen unbekannt. Noch nie hat es ein Imperium wie BlackRock gegeben. [...]. Gründer und Chef von BlackRock, Larry Fink, spinnt unsichtbare Fäden in der globalen Wirtschaft, aber auch hier, direkt vor unserer Haustür.«³⁴³

»BlackRock. Der mächtigste Konzern der Welt. Eine Institution, wie es sie nie zuvor gegeben hat. BlackRock ist ein Vermögensverwalter. [...]. BlackRock verwaltet 4,6 Billionen Dollar in seinen Fonds. Das übersteigt das deutsche Bruttoinlandsprodukt um fast eine Billion Dollar. 80 Millionen Deutsche müssen länger als ein Jahr lang arbeiten, um diese Summe zu erwirtschaften. Und das ist längst nicht alles. Über die Analyse- und Handelsplattformen des Unternehmens fließen über 14 Billionen Dollar. Eine Zahl mit 12 Nullen. 14 000 000 000 000 Dollar [...]. Damit laufen inzwischen über 5 Prozent aller Finanzwerte weltweit – Aktien, Anleihen, Devisen, Kreditbriefe, Derivate und Zertifikate – über die Systeme eines einzigen Unternehmens: BlackRock. [...]. Die New Yorker sind auch längst die größten Eigentümer der Deutschland AG. [...]. Auch im Devisen- und Rohstoffgeschäft dreht BlackRock mit am Rad. [...]. BlackRocks Macht ist eine geliehene Macht: Sie speist sich aus unserem Geld, dem Geld von Kleinsparern, Pensionären, den Finanzabteilungen von Unternehmen, den Prämien von Versicherungsnehmern und den Beiträgen privater Rentenversicherter, aus den Spenden für wohltätige Zwecke und den Abgaben von Steuerzahlern. [...]. Nicht nur BlackRock profitiert davon. Innerhalb der nächsten fünf Jahre, so eine Studie der Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers,

³⁴² (Dingwerth, 2011), S. 13

³⁴³ (Buchter, 2015), S. 3

werden Vermögensverwalter weltweit über 100 Billionen Dollar in ihren Konten angesammelt haben.«³⁴⁴

»Gerald Davis, Kritiker des Finanzkapitalismus 2.0, hat ausgerechnet, dass 2010 rund 75 Prozent der Aktien der 1 000 größten Unternehmen von institutionellen Anlegern gehalten werden. Und BlackRock gehörten bereits 2011 mindestens 5 Prozent der Aktien von mehr als 1 800 US-Unternehmen.«³⁴⁵

»Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben Deutschlands wichtigste Unternehmen einen neuen Großeigentümer bekommen. Längst sind die Dax-Unternehmen fest in ausländischer Hand. Der Anteil der ausländischen Investoren liegt inzwischen bei über 85 Prozent des Streubesitzes, wie der Deutsche Investor-Relations-Verband DIRK in einer Studie vom Sommer 2015 errechnete, gemeinsam mit Ipreo, einem auf Aktionärsinformationen spezialisierten Datendienstleister. Über ein Drittel des Streubesitzes halten dabei nordamerikanische Fonds. Deutschen Anlegern – privaten und institutionellen – gehören gerade noch 15 Prozent.«³⁴⁶

»Ob Medien, Chemie, Energie, Banken oder Versicherungen – es gibt nur wenige Branchen in Deutschland, in denen sich BlackRocks Netz der Beteiligungen nicht finden lässt. Mal laufen diese über Töchter wie die BlackRock Holdco 2, mit Sitz im amerikanischen Briefkastenfirmen-Paradies Wilmington im Bundesstaat Delaware, oder über die BR Jersey International Holding LP mit Sitz in St. Helier, auf der als Steueroase bekannten Kanalinsel Jersey.«³⁴⁷

Dass BlackRock die Zuflüsse nicht steuern kann, heißt jedoch nicht, dass BlackRock keinen Einfluss auf die Unternehmen hätte. Im Gegenteil. [...] Aktionäre, deren Interessen der Vorstand besser berücksichtigt und die er besser nicht gegen sich aufbringt. Auf den ersten Blick wirken Anteile von 3 oder 5 Prozent, die BlackRock typischerweise hält, nicht hoch. Was sind schon 61 365 875 Stimmrechte von 1 069 837 447 stimmberechtigten Aktien insgesamt? (Das war der von BlackRock gemeldete Anteil von 5,74 Prozent an Daimler an jenem Bafin-Vergleichsstichtag.) Eine ganze Menge, wenn der Großteil der anderen Aktionäre weit weniger Stimmen auf sich vereinigen kann.³⁴⁸

Nur Wenige gehen zu den Hauptversammlungen, Einige erteilen Banken Vollmachten für Stimmrechte. Somit kann der Anteil an Stimmrechten für BlackRock auf zu einer Sperrminorität führen, womit Hauptversammlungsbeschlüssen verhindert werden können.

»Die Bedeutung der Banken wird kleiner. Die Gewichte an den globalen Kapitalmärkten verschieben sich langsam, aber sicher. Und die Schrumpfkur, von den Bankenkritikern begrüßt, zeigt beunruhigende Nebenwirkungen. Für Bove schaffen die neuen Regeln ein fundamental verändertes Finanzsystem – eines, das neue unbekannte Bedrohungen birgt. Transaktionen und Aktivitäten wandern ab – in das Reich der Schattenbanken. »Unsere hysterische Verfolgung der Banken bewirkt, dass unser Finanzsystem zunehmend die Banken, den sichtbaren und regulierten Teil, verlässt und in den unsichtbaren

³⁴⁴ (Buchter, 2015), S. 9-15

³⁴⁵ (Buchter, 2015), S. 163

³⁴⁶ (Buchter, 2015), S. 18

³⁴⁷ (Buchter, 2015), S. 20

³⁴⁸ (Buchter, 2015), S. 22

unkontrollierten Teil verschwindet« sagt Bove. Und aus diesem Dunkel, da ist Bove sicher, wird unsere nächste Krise kommen. [...].

»Dabei fängt das Problem mit Schattenbanken schon damit an, dass es viele unterschiedliche Auffassungen gibt, wer dazugehört. Das Financial Stability Board, jenes internationale Gremium, das von den G20-Staaten nach der Katastrophe 2008 kreiert wurde, definiert Schattenbanken als ›Kreditvermittlung, die außerhalb des regulären Bankensystems stattfindet.«³⁴⁹

»Das billige Geld der Notenbanken hat für Verwerfungen gesorgt. Ausgerechnet die niedrigen Zinsen, mit denen sie die Wirtschaft nach der Kreditkrise 2008 retteten, haben nun womöglich eine neue Kreditblase aufgepumpt. Dieses Mal sind es nicht Hausbesitzer, die sich überschulden, sondern Unternehmen. Industrieanleihen erleben einen historischen Boom. Allein 2014 gaben US-Unternehmen Anleihen in Höhe von 1,4 Billionen Dollar aus. Davon waren 312 Milliarden so genannte Junk Bonds, also Anleihen herausgegeben von Unternehmen mit schlechterer Bonität – die Entsprechung der einstigen Wackelhypothesen. Damit kamen letztes Jahr mehr Junk Bonds auf den Markt als in den Vorkrisenjahren 2006 und 2007 zusammen.«³⁵⁰

Auch bei den Unternehmensanleihen spielt BlackRock eine wichtige Rolle.

»BlackRock will sie [die Banken] nicht verdrängen, so lange eines gesichert bleibt: Man gewinnt an Einfluss. Denn bei diesem neuen Modell sucht BlackRock nicht mehr nur die besten Anlagemöglichkeiten heraus, sondern schafft sie sich selbst. Die Unternehmen bekommen einen Wunschzettel direkt vom größten Investor der Welt. ›Das erlaubt uns frühzeitig mit am Tisch zu sitzen«, sagt Prager ganz unverblümt.«³⁵¹

»Der Dark-Pool-Boom [³⁵²] lässt bei den Regulierern inzwischen Zweifel am Erfolg der Finanzmarktreformen aufkommen. Sie sehen ein noch größeres Problem als bloße Manipulationen zuungunsten von Kunden. Sie sehen das Funktionieren der Märkte selbst in Gefahr. [...]. Mary Jo White, die Chefin der US-Börsenaufsicht SEC, erklärte bei einer Investorenkonferenz im Juni 2014, der derzeitige Anteil an ›dunklem Handel‹ sei der Qualität der Märkte abträglich – vor allem bei der Kursfindung. ›Transparenz war lange das Gütesiegel des US-Aktienmarkts und ich bin besorgt über die mangelnde Transparenz in den Dark Pools«, erklärte sie.«³⁵³

³⁴⁹ (Buchter, 2015), S. 109--110

³⁵⁰ (Buchter, 2015), S. 145-146

³⁵¹ (Buchter, 2015), S. 119

³⁵² BlackRock ist dazu übergegangen, besonderen Kunden direkt Aktien, anstatt über die Börse zu verkaufen. Das bedeutet, dass Preise an der Börse durch große Transaktionen verfälscht werden können.

³⁵³ (Buchter, 2015), S. 125

World Trade Organisation (WTO)

Die Mont Pèlerin Gesellschaft als Gründer der WTO

Was war die Genfer Schule der Mont Pèlerin Society (MPS)? Wer gehörte dieser Schule an? In der Darstellung von Slobodian umfasst die Genfer Schule Intellektuelle, die akademische Posten in Genf bekleideten – Wilhelm Röpke, Ludwig von Mises, Michael A. Heilerin und andere, – darunter Hayek, Lionel Robbins und Gottfried Haberler –, sowie Mitarbeiter des in Genf ansässigen Sekretariats des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) – darunter Jan Tumlir, Frieder Roessler sowie Petersmann.³⁵⁴ Die Gesellschaft bekam ihren Namen nach dem Ort ›Mont Pèlerin‹ bei Lusanne am Genfer See.

»In den Siebziger-Jahren wandten die Neoliberalen der Genfer Schule das europäische Modell im globalen Maßstab an, um den Forderungen der ärmeren Länder nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) zu begegnen. Ausgehend von Hayeks Theorien entwickelten seine Schüler und Anhänger im GATT-Sekretariat eine Alternative zur NWWO, die verhindern sollte, dass die wirtschaftliche Entkolonialisierung, wie sie den Prozess nannten, die Weltordnung in der Peripherie zu zersetzen begann. [...]. Diese einflussreiche intellektuelle Strömung mündete in die Gründung der WTO, die ein großer Erfolg für die Neoliberalen war, die das ganze Jahrhundert nach einem extraökonomischen Regulierungsmechanismus für die Weltwirtschaft gesucht hatten. [...].

Als das GATT-Sekretariat im Jahr 1977 in den ehemaligen Hauptsitz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzog, wurde das Gebäude nach dem Schweizer Neoliberalen und Gastgeber der Gründungsversammlung der Mont Pèlerin Society in Centre William Rappard umbenannt.«³⁵⁵

Das GATT wurde erstmals auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Beschäftigung erörtert. Es wurde von 23 Nationen in Genf am 30. Oktober 1947 unterzeichnet und trat am 1. Januar 1948. Es blieb in Kraft, bis die Unterzeichnung von 123 Nationen in Marrakesch am 15. April 1994, die Uruguay - Runde Vereinbarungen, die die etablierte Welthandelsorganisation (WTO) am 1. Januar 1995. Die WTO ist der Nachfolger des GATT, und der ursprüngliche GATT-Text (GATT 1947) ist im Rahmen der WTO vorbehaltlich der Änderungen des GATT 1994 noch in Kraft.³⁵⁶

»Das 1947 unterzeichnete GATT diente der Verwirklichung der Freihandelsvision und der ›Verringerung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen sowie der Beseitigung diskriminierender Behandlung im internationalen Handel‹. Gleichzeitig ließ dieses Projekt einer wirtschaftlichen Weltregierung aus neoliberaler Sicht vieles zu wünschen übrig. Im GATT wurde das Ziel der ›Vollbeschäftigung‹ festgehalten, die zu den größten Schreckgespenstern der Neoliberalen zählte.«³⁵⁷

Als Forum für Kritik entwickelte sich das GATT-Sekretariat.

³⁵⁴ Vgl. (Slobodian, 2019), S. 17

³⁵⁵ (Slobodian, 2019), S. 38-39

³⁵⁶ Vgl. Wikipedia, Gatt

³⁵⁷ (Slobodian, 2019), S. 172

»Tatsächlich entwickelten die Neoliberalen im Verlauf der Konstitutionalisierung des EWG-Vertrags eine institutionelle Lösung, die über das GATT hinausgehen sollte, indem sie einen Aufsichtsmechanismus, vor allem aber eine Durchsetzungsstruktur auf nationaler Ebene vorschlugen. Die entscheidenden Beiträge leisteten zwei Angehörige der ›zweiten Generation‹ der Ordoliberalen: Hans von der Groeben und Ernst-Joachim Mestmäcker. Es ist bezeichnend, dass diese Konstitutionalisten keine gelernten Wirtschaftswissenschaftler, sondern Juristen waren. Sie erklärten, die wirtschaftliche Integration sei ohne politische Integration möglich, sofern mit einem gut gestalteten Vertrag rechtlich bindende Mechanismen eingeführt würden, die es ermöglichten, gegen eine Konzentration der wirtschaftlichen Macht öffentlicher und privater Akteure vorzugehen.«³⁵⁸

»Im Jahr 1971 hatte das Bretton-Woods-System in seiner ursprünglichen Form aufgehört zu existieren, als die Vereinigten Staaten unilateral die Konvertierbarkeit des Dollar in Gold aufgekündigt hatten. Im Jahr 1973 ließen die Staaten teilweise in Reaktion auf die beharrliche Überzeugungsarbeit Haberlers und anderer Neoliberaler das Floating des Dollar zu,[...] womit eine Zeit begann, in der unterschiedliche monetäre Strategien verfolgt wurden, die von flexiblen Wechselkursen bis zum ›gesteuerten Floating‹ reichten. Da dem IWF die Befugnis zur Kontrolle der Kapitalbewegungen entzogen worden war, begann gleichzeitig wieder spekulatives Kapital zu strömen, wobei diese Kapitalströme aufgrund der durch die Telekommunikation erhöhten Konnektivität einen sehr viel größeren Umfang hatten als in den Dreißiger-Jahren. Ländern in aller Welt flossen neue Investitionen zu, aber die Staaten litten auch unter Kapitalflucht, wenn die ausländischen Investoren kostspielige, mit höheren Steuern finanzierte Vorhaben wie den Aufbau eines Wohlfahrtsstaats ablehnten.«³⁵⁹

Die drei wichtigsten GATT-Reformer in Genf waren allesamt Anhänger des hayekschen Denkens: Jan Tumlir, der von 1967 bis 1985 die Forschungsabteilung leitete, Frieder Roessler hatte an der Universität Freiburg bei Hayek studiert und Ernst-Ulrich Petersmann hatte ebenfalls in Freiburg bei Hayek studiert. Die GATT-Juristen waren würdige Erben der Genfer Schule des Neoliberalismus.³⁶⁰

»Die Neoliberalen sagten Ja zum Nationalstaat, solange es einen übergeordneten institutionellen Rahmen gab, der die Macht hatte, Nein zu sagen, wie Hayek es ausdrückte.«³⁶¹

»Bemerkenswert ist, dass die viel gepriesene Berücksichtigung von Aspekten des Verteilungsstaates verschwand [Wohlfahrtsstaat], als die Ordoliberalen ihre Aufmerksamkeit auf die globale oder internationale Ebene verlagerten. Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation, die sich die Rechte der Arbeiter und die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen schrieben, wurden erneut zum Feindbild.«³⁶²

»Obwohl er im Übergang vom GATT zur WTO ›ein Beispiel für eine erfolgreiche Konstitutionalisierung des internationalen Handelsrechts‹ sah, war die WTO seiner Meinung nach in der Praxis ein Fehlschlag. Nach Ansicht anderer Rechtsgelehrter sah die

³⁵⁸ (Slobodian, 2019), S. 291-292

³⁵⁹ (Slobodian, 2019), S. 344-345

³⁶⁰ Vgl. (Slobodian, 2019), S. 348-349

³⁶¹ (Slobodian, 2019), S. 369

³⁶² (Slobodian, 2019), S. 379

Öffentlichkeit das zentrale Problem der Welthandelsorganisation im ›Fehlen eines legitimen und legitimierenden Zwecks‹.³⁶³

»Die Forschung übersieht oft die Bedeutung der ›Bürgerorientierung‹ und betrachtet die neoliberale Verfassung ›einzig und allein als Mittel, um den staatlichen Einrichtungen Grenzen zu setzen‹. [...]. Aber wie sieht die Lösung von unten in der Praxis aus? Der von der Genfer Schule vorgeschlagene Weg, die Individuen sollten die Legitimität der Regierungsstrukturen erhöhen, indem sie an eine Autorität oberhalb ihres eigenen Staates oder innerhalb ihres Staates an das globale Recht appellieren, wird in der Praxis von den Unternehmen eingeschlagen. Die meisten Bürger können sich kein auf das Handelsrecht spezialisiertes Team von Anwälten leisten – die Zahl dieser Anwälte ist seit den neunziger-Jahren exponentiell gestiegen –, was ein unüberwindliches Hindernis für die Entwicklung dieser Form von Marktbürgerschaft darstellt. Die Experten, die Handelsabkommen wie die der WTO aushandeln, sind keineswegs abgehobene Gesetzgeber, die über den Sonderinteressen stehen, sondern sie pflegen enge und offizielle Beziehungen zu den Wirtschaftslobbys. Beispielsweise nahmen am ›Beratungsprozess des Privatsektors‹ in den Vereinigten Staaten im Jahr 2002 mehr als dreißig Komitees teil, denen fast tausend Vertreter des Privatsektors angehörten, die sich regelmäßig versammelten, um dem amerikanischen Repräsentanten in den Handelsgesprächen mitzuteilen, wie sie sich die rechtliche Architektur des Welthandels vorstellten. An der real existierenden Version der von Petersmann beschriebenen ›Bottom-up-Legitimation‹ nahm also nur eine kleine Gruppe ausgewählter Marktbürger der Weltwirtschaft teil.«³⁶⁴

»Die Neoliberalen streben keinen partiellen, sondern einen vollständigen Schutz der privaten Kapitalrechte an und wollen supranationale Rechtsprechungsorgane wie den Europäischen Gerichtshof und die WTO in die Lage versetzen, nationale Gesetze aufzuheben, welche die Rechte des Kapitals beeinträchtigen könnten.«

»Doch welche auch immer die Bedingungen für die Entstehung der Welthandelsorganisation waren, die Neoliberalen der Genfer Schule hatten Grund zu feiern, denn die Details der Struktur der neuen Einrichtung trugen ihren Stempel. Im von der WTO überwachten Welthandelssystem wurden die Regeln und Institutionen des europäischen Binnenmarkts auf den Weltmarkt ausgeweitet.«³⁶⁵

»Im Jahr 1999 erzwangen massive Proteste die Absage einer Konferenz der Welthandelsorganisation in Seattle. In einer Jan Tumlir gewidmeten Vortragsreihe bezeichnete Sutherland die Geschehnisse in Seattle als ›Wendepunkt für die Institution‹, da ›ein grundlegender Mangel an wirksamer politischer Unterstützung für das WTO-System‹ zutage getreten sei. ›Seattle brachte eine Generation und ein Heer von WTO-Hassern hervor‹, sagte er, ›und sie haben Wählerstimmen‹. In derselben Vortragsreihe erklärte Martin Wolf: ›Als die Entscheidungsträger Größe, wirtschaftliche Reichweite, Wirkung und rechtliche Verbindlichkeit des Handelssystems veränderten, erhöhten sie auch seine politische Sichtbarkeit. Was in der Vergangenheit das Spielzeug einer begrenzten Gruppe sehr kenntnisreicher politischer Experten und Technokraten war, ist zum Ziel gewaltigen Drucks seitens vielfältiger Nichtregierungsorganisationen geworden‹. Der alte Feind des ›Majoritarismus‹ tauchte wieder auf, als der Vorwurf erhoben wurde, dass ›die gegenwärtige zwischenstaatliche Regelung undemokratisch ist‹.

³⁶³ (Slobodian, 2019), s. 397

³⁶⁴ (Slobodian, 2019), S. 397-400

³⁶⁵ (Slobodian, 2019), S. 389

Erst später begriffen die Forscher, einige von ihnen reuevoll, dass die globale Wirtschaftsgovernance möglicherweise am besten funktioniert hatte, als sie noch nicht verrechtlicht war, sondern von Fall zu Fall auf dem Verhandlungsweg und mit zahlreichen Ausstiegsoptionen hinter den Kulissen betrieben wurde. Die globale Vereinheitlichung der Regeln war zwangsläufig ein derart langwieriges Unterfangen, dass die Öffentlichkeit gar nicht anders konnte, als sie zu bemerken. Die Bürger begannen, sich zu fragen, warum so viele Entscheidungen in ihrem Namen, aber ohne ihre Beteiligung gefällt wurden.«³⁶⁶

WTO-Organisationsstruktur

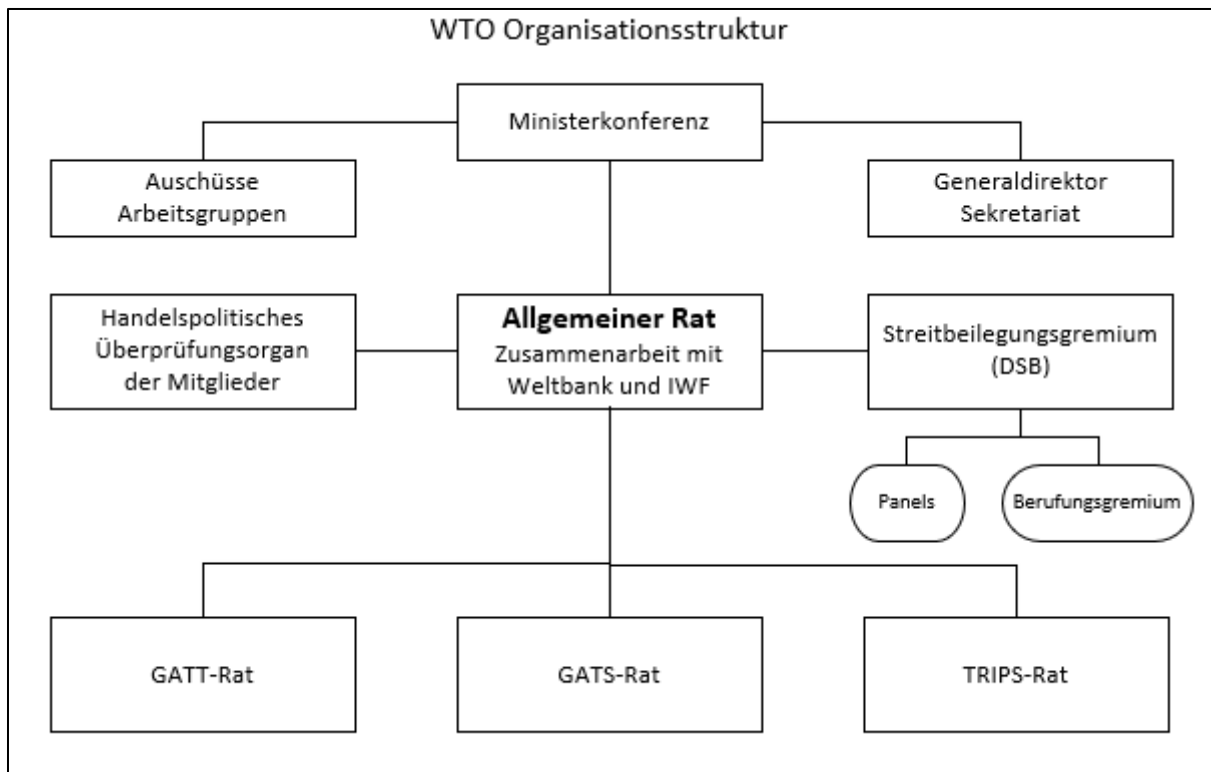


Abbildung 29: WTO Organisationsstruktur

Ministerkonferenz

Eine Ministerkonferenz, die sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt, tritt mindestens einmal alle zwei Jahre zusammen. Die Ministerkonferenz nimmt die Aufgaben der WTO wahr und trifft die dafür erforderlichen Maßnahmen.

Die Ministerkonferenz ist befugt: Beschlüsse zu fassen, ein Komitee für Handel und Entwicklung, ein Komitee für Zahlungsbilanzbeschränkungen sowie ein Komitee für Budget, Finanzen und Verwaltung einzurichten, die die Aufgaben wahrnehmen, die ihnen übertragen sind, sowie alle zusätzlichen Aufgaben, die ihnen vom Allgemeinen Rat übertragen sind; sie kann zusätzliche Komitees für solche Aufgaben errichten, die sie für zweckdienlich erachtet.

Die Ministerkonferenz tagt alle zwei Jahre. Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme.

³⁶⁶ (Slobodian, 2019), S. 391-392

Die WTO hat 164 Mitglieder und 24 Beobachterregierungen. Zusätzlich zu den Staaten, der Europäischen Union und jedem EU-Land für sich ist Mitglied.

Allgemeiner Rat

Der Allgemeine Rat setzt sich aus den Vertretern aller Mitglieder zusammen. Er tritt zusammen, wann immer dies zweckdienlich ist. Zwischen den Tagungen der Ministerkonferenz nimmt der Allgemeine Rat deren Aufgaben wahr. Der Allgemeine Rat nimmt auch jene Aufgaben wahr, die ihm durch das vorliegende Abkommen übertragen sind. Der Allgemeine Rat legt seine Verfahrensregeln fest und genehmigt die Verfahrensregeln der vorgesehenen Komitees.

Der Allgemeine Rat tritt gegebenenfalls zusammen, um die Aufgaben des in der Vereinbarung über Streitbeilegung vorgesehenen Streitbeilegungsorgans wahrzunehmen. Das Streitbeilegungsorgan kann seinen eigenen Vorsitzenden bestimmen und legt die Verfahrensregeln fest, die es zur Erfüllung seiner Aufgaben für notwendig erachtet.

Der Allgemeine Rat tritt gegebenenfalls zusammen, um die Aufgaben des im TPRM vorgesehenen Organs wahrzunehmen. Das Handelspolitische Prüfungsorgan kann seinen eigenen Vorsitzenden bestimmen und legt die Verfahrensregeln fest, die es zur Erfüllung seiner Aufgaben für notwendig erachtet.

Der Allgemeine Rat trifft geeignete Vorkehrungen zur wirksamen Zusammenarbeit mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen, deren Aufgaben mit denen der WTO im Zusammenhang stehen.

Der Allgemeine Rat kann geeignete Vorkehrungen für Konsultationen und Zusammenarbeit mit nicht staatlichen Organisationen über Angelegenheiten treffen, die mit denen der WTO im Zusammenhang stehen.

GATT, GATS, TRIPS

Der Rat für den Handel mit Waren (GATT), der Rat für den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und der Rat für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) fungieren unter der allgemeinen Leitung des Allgemeinen Rates.

Diese Räte erfüllen die ihnen von den betreffenden Abkommen und vom Allgemeinen Rat übertragenen Aufgaben. Sie legen ihre eigenen Verfahrensregeln vorbehaltlich der Genehmigung durch den Allgemeinen Rat fest. Die Mitgliedschaft in diesen Räten steht den Vertretern aller Mitglieder offen. Diese Räte treten zur Ausübung ihrer Funktionen je nach Notwendigkeit zusammen.

Es gibt 11 Ausschüsse unter der Zuständigkeit des Warenrates (GATT), die jeweils eine bestimmte Aufgabe haben. Alle Mitglieder der WTO nehmen an den Ausschüssen teil.

Generaldirektor und Stellvertreter

Der Generaldirektor ist seit 2020 David Walker. Bereits 2019 er zum Vorsitzenden des WTO-Streitbeilegungsgremiums und im März 2020 zum Vorsitzenden des WTO-Generalrates ernannt.

David Walker ist Neuseeländer, Diplomat und Wirtschaftsprüfer. Er ist seit 2017 neuseeländischer Botschafter und Ständiger Vertreter bei der WTO.

Die vier stellvertretenden Generaldirektoren (Jan. 2021) sind:

- Yi Xiaozhun aus China (seit 1. Oktober 2017),
- Karl Brauner aus Deutschland (seit 1. Oktober 2013),
- Yonov Frederick Agah aus Nigeria (seit 1. Oktober 2013) und
- Alan W. Wolff aus den USA (seit 1. Oktober 2017).

Karl Brauner - deutscher stellvertretender Generaldirektor

Karl Brauner (CDU/CSU) ist von Beruf Rechtsanwalt und begann seine erste Amtszeit als stellvertretender Generaldirektor der WTO am 1. Oktober 2013. Er wurde ab dem 1. Oktober 2017 für eine zweite Amtszeit von vier Jahren wiederernannt.

Vor seinem Beitritt zur WTO war er 12 Jahre lang Generaldirektor für Außenwirtschaftspolitik beim Bundeswirtschaftsministerium in Berlin. In dieser Funktion war er für alle Instrumente der Exportförderung verantwortlich und auch für die Exportkontrollen verantwortlich. Sein Verantwortungsbereich umfasste alle bilateralen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands außerhalb der EU.

In EU-Fragen war er als Vertreter Deutschlands im Ausschuss für Handelspolitik der Europäischen Union tätig, dessen Aufgabe es ist, die Handelspolitik der EU zu bestimmen. Seit dem Start der Doha-Entwicklungsagenda hat er an allen WTO-Ministerkonferenzen teilgenommen.

Sekretariat

Der Generaldirektor bestellt die Sekretariatsmitglieder und legt deren Aufgaben und Dienstverhältnisse in Übereinstimmung mit den von der Ministerkonferenz erlassenen Regelungen fest.

Die Funktionen des Generaldirektors und des Sekretariatspersonals haben ausschließlich internationalen Charakter. In der Wahrnehmung ihrer Pflichten dürfen der Generaldirektor und das Sekretariatspersonal Weisungen von irgendeiner Regierung oder anderen Stellen außerhalb der WTO weder einholen noch entgegennehmen.

Das WTO-Sekretariat mit Büros nur in Genf beschäftigt 625 reguläre Mitarbeiter. Da Entscheidungen nur von Mitgliedern getroffen werden, hat das Sekretariat keine Entscheidungsbefugnisse. Seine Hauptaufgaben sind die technische und professionelle

Unterstützung der verschiedenen Räte und Ausschüsse, die Bereitstellung technischer Hilfe für Entwicklungsländer, die Überwachung und Analyse der Entwicklungen im Welthandel, die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit und die Medien sowie die Organisation der Ministerkonferenzen. Das Sekretariat bietet auch einige Formen der Rechtshilfe im Streitbeilegungsprozess an und berät Regierungen, die Mitglieder der WTO werden möchten.

Das Fachpersonal besteht hauptsächlich aus Ökonomen, Anwälten und anderen mit Spezialisierung auf internationale Handelspolitik.

Beispiel für das Entstehen von nationalen Gesetzen durch die WTO

Die WTO beschreibt sich selbst als »eine regelbasierte, von Mitgliedern getragene Organisation - alle Entscheidungen werden von den Mitgliedsregierungen getroffen, und die Regeln sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Mitgliedern«.

Die WTO überwacht etwa 60 verschiedene Abkommen, die den Status internationaler Rechtstexte haben. Die Mitgliedstaaten müssen alle WTO-Beitrittsabkommen unterzeichnen und ratifizieren.

Außerplanmäßige unilaterale Ministerkonferenz

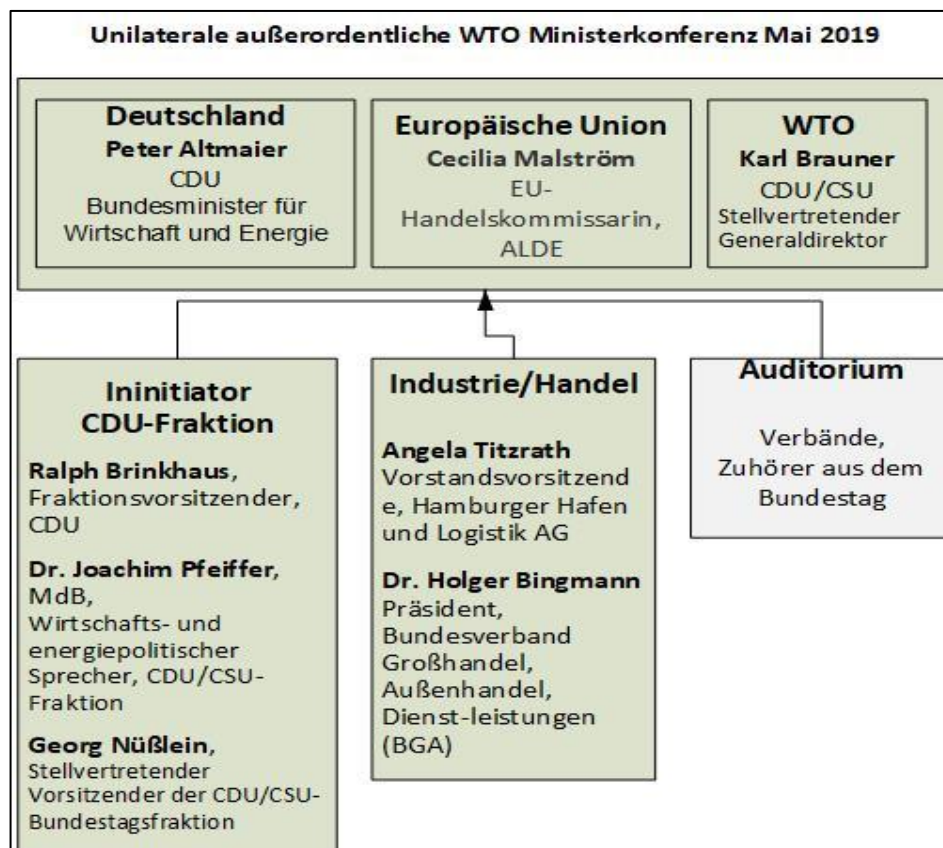


Abbildung 30: Unilaterale außerordentliche WTO Ministerkonferenz

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=-xizohliKiE&feature=emb_logo, <https://www.cducsu.de/veranstaltungen/europa-im-aussenwirtschaftlichen-spannungsfeld-der-grossen-wirtschaftsmaechte>

Am 13. Mai 2019 fand in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein bilaterales Treffen der Ministerkonferenz der WTO außerhalb des zweijährigen Turnus³⁶⁷ statt

Teilnehmer

Peter Altmaier als Bundeswirtschaftsminister vertritt Deutschland als Mitglied der Ministerkonferenz bei der WTO. Cecilia Malström vertrat als Mitglied die EU für die fehlenden anderen Mitglieder der EU bis 2019. Seitdem hat diese Aufgabe Valdis Dobrovskis als Handelskommissar für Wirtschaft und Reform der WTO übernommen. Die WTO ist durch Karl Brauner als stellvertretender Direktor vertreten.

Einladende war die CDU-Fraktion mit Ralph Brinkhaus, Dr. Joachim Pfeiffer und Georg Nüßlein (Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Fraktion und Unternehmensberater ³⁶⁷).

Als Vertreter der Wirtschaft trugen Angela Titzrath und Dr. Holger Bingmann die Wünsche des Handels und der Industrie vor. Laut Angaben bestand das Auditorium aus Zuhörern aus dem Bundestag und weiteren Industrieverbänden. Die wenigen Äußerungen aus dem Auditorium bezogen sich auf weitere Wünsche bzw. Klagen über Diskriminierung.

Auffällig war das Fehlen von NGOs und Vertretern von Arbeitnehmerorganisationen, als gäbe es nur wirtschaftliche Zielsetzungen, ohne weitere Implikationen bezüglich Veränderungen von sozialen Verhältnissen.

Thema: Europa im außenwirtschaftlichen Spannungsfeld der großen Wirtschaftsmächte

Abschottungstendenzen in den USA oder Chinas staatlich gelenktes Wirtschaftssystem, das noch immer kein Level Playing Field bei Handel und Investitionen gewährleistet, sind nur zwei Beispiele für diese Entwicklung. Angesichts dessen kommt der Europäischen Union, deren Wirtschaftsmodell auf freiem Handel und offenen Märkten basiert, eine besondere Rolle zu. Wie kann sich die EU in diesem außenwirtschaftlichen Spannungsfeld behaupten? Kann sie eine handelspolitische Führungsrolle einnehmen und zur Modernisierung des multilateralen Handelssystems beitragen? Welche Mittel kann die EU einsetzen, ohne selbst in Protektionismus zu verfallen? Diese und weitere Fragen wollen wir mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, Angela Titzrath (CEO Hamburger Hafen und Logistik AG), Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, dem stellvertretenden Generaldirektor der WTO, Dr. Karl Brauner, sowie dem Präsidenten des BGA, Dr. Holger Bingmann, diskutieren.

Cecilia Malström, EU-Handelskommissarin (ALDE):

»Herausforderungen für das Welthandelssystem meistern.

Die Welthandelsregeln der WTO bilden einen zentralen Eckpfeiler der internationalen Wirtschaftsordnung. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam

³⁶⁷ Josh Groeneveld, 28.2.2021, Business Insider, Korruptionsvorwürfe gegen CSU-Politiker: So soll der Maskendeal mit Nüßlein abgelaufen sein.

Da Nüßlein im Gesundheitsausschuss sitzt, soll er für die Vermittlung von Corona-Masken 660.000 Euro für Lobbyarbeit erhalten haben.

mit ihren Partnerländern diese freiheitliche Wirtschaftsordnung verteidigen, indem sie eine Modernisierung der Welthandelsregeln der WTO vorantreiben, um die durch unilaterale Maßnahmen und nicht-marktwirtschaftliche Strukturen hervorgerufenen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen möglichst umfassend zu beseitigen. Dies erfordert u. a. die volle Funktionsfähigkeit des WTO-Streitschlichtungsmechanismus wiederherzustellen, Verfahrenswege der Streitschlichtung zu beschleunigen sowie bestehende Lücken im geltenden WTO-Regelwerk etwa bei schädlichen Subventionen, Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen oder erzwungenem Technologietransfer zu schließen. Auch Zukunftsthemen wie die Digitalisierung sollten auf WTO-Ebene behandelt werden, gegebenenfalls in flexiblen Verhandlungsformaten.«³⁶⁸

Themen der Vorträge und Entgegennahme der Wünsche

Verlauf der Ministerkonferenz und Forderungen an die WTO

Einleitung:

1. Wir sind am Scheideweg. GATT löste chaotische Wirtschaftsordnung der Vergangenheit ab.
2. Wer die Macht hat, kann die Regeln ändern.
3. Handel bedeutet Wohlstand für Europa.
4. Wir haben ein Interesse daran, dass die WTO überlebt.
5. Wenn China statt 6 % mit 3 % wächst, dann hat China einen Schnupfen und wir eine Lungenentzündung.
6. Es sollte ein Zweirichtungsverkehr und keine Einbahnstraße sein.
7. Wachstum dieses Planeten hängt von der Arbeitsweise der WTO ab.

Altmaier:

1. Deutsche Unternehmen könnten ihre Chancen auf den Weltmärkten ausbauen.
2. Vorteile von Ricardo bewahren.
3. Hegemonie des Westens steht in Frage.
4. Ausrichtung auf multilaterale Abkommen.
5. Plädiert indirekt für eine Körperschaftssteuersenkung.
6. Multilateralismus macht weniger Schwierigkeiten.
7. Die EU, Deutschland und China sind für eine Reform der WTO. Die WTO allein kann das nicht.

Braun:

1. Im Streitbeilegungsverfahren gibt es nur noch einen von 7 Richtern. Die Länder gehen nicht mehr in Revision.
2. Eine Reform der WTO ist notwendig. Der Weg zu den multilateralen Abkommen läuft über die bilateralen Abkommen. Je mehr bilaterale Abkommen, desto eher kommt man zu einem multilateralen Abkommen. Multilaterale Abkommen machen weniger Schwierigkeiten.

Bringmann:

³⁶⁸ https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-05/Positionspapier_%20Au_%C3%9Fenwirtschaft%20final.pdf

1. Mit Blick auf den Exportüberschuss brauchen wir mehr Importe.
2. Bundesregierung wird aufgefordert, sich aktiv am Bau der Seidenstraße zu beteiligen.

Titzrath:

1. Wir sind bezüglich der Seidenstraße vorbereitet. Wir haben in mehreren Ländern des früheren Ostblocks Standorte errichtet.

Weitere 3 Wortmeldungen zu wirtschaftlichen Wünschen aus dem Auditorium.

Es stellt sich hier die Frage, wo sind die Gewerkschaften, die NGOs und die Presse.

Bemerkungen zu den einzelnen Diskussionspunkten:

- Einleitung.2: Durch die oberhalb der nationalen Gesetze liegenden Vorschriften übt die WTO eine Macht aus, die nur schwer umkehrbar ist.
- Einleitung.3: Diesen Wohlstandszuwachs findet man nur in der oberen Gesellschaftshälfte. In der unteren Gesellschaftshälfte verschlechtern sich die Lebensverhältnisse beträchtlich.
- Einleitung.5: Das zeigt bereits die Abhängigkeit von fernöstlichen Lieferketten, zu denen die WTO beigetragen hat.
- Altmaier.2: Dazu siehe Abschnitt: *»Mythos: Globaler Freihandel fördert in Wohlstand in allen beteiligten Ländern«*.
- Altmaier.5: Dazu siehe Abschnitt: *»Mythos: Steuersenkungen erhöhen die Investitionen«*.
- Altmaier.6: Multilaterale Abkommen erschweren das Aussteigen oder Veränderungen der entsprechenden verbindlichen Regeln durch nationale Entscheidungen.
- Bringmann.1: Bringmann geht hier von Mengenänderungen aus. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz kann aber auch durch eine Preiserhöhung importierter Produkte zustande kommen. Im Zuge einer RE-Industrialisierung dürfte das der Fall sein.

Wie kann man sich nun die weitere Arbeitsweise der WTO vorstellen. Karl Brauner, stellvertretender Generaldirektor, nimmt die Wünsche mit zur WTO. In anderen unilateralen Gesprächen werden die Möglichkeiten ausgelotet. Die Ergebnisse werden dann im »green rooming« bearbeitet. Dazu gehören dann auch die wissenschaftlichen Berater der MPS.

Die Entscheidungsfindung im »Green Room«

»Ein zweiter großer Kritikpunkt an der WTO ist, dass wesentliche Entscheidungen in kleinen informellen Zirkeln vorbereitet werden, von denen die Mehrzahl der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist. In den informellen Treffen werde die Agenda der Verhandlungen von wenigen mächtigen Mitgliedstaaten festgelegt, und die ausgeschlossenen Mitglieder stünden anschließend unter großem Druck, diese Tagesordnung zu akzeptieren [...]. Da diese informellen Verhandlungen oft im grünen Konferenzraum des WTO-Generalsekretärs stattfanden, hat sich für sie im WTO-Jargon der Begriff der ›Green-Room-Verhandlungen‹ etabliert [...]. So berichtet etwa Ilan Kapoor [...], dass die meisten der wichtigen Verhandlungen in der Uruguay-Runde in informellen Zirkeln stattfanden, zu denen nicht alle WTO-Mitglieder Zutritt gehabt hätten.

Üblicherweise hätten die EU, die USA, Japan und Kanada – die sogenannte ›Quad‹ der vier stärksten Verhandlungsparteien – zunächst so lange untereinander verhandelt, bis sie eine gemeinsame Position entwickelt hätten; anschließend seien die Verhandlungen auf eine Gruppe von 20 bis 30 Mitgliedern ausgeweitet worden. Die Verhandlungsentwürfe, die aus den Gesprächen in diesen Gruppen hervorgingen, seien dann in formalen Sitzungen aller GATT-Mitglieder vorgestellt und in der Regel ohne weitere Änderungen angenommen worden.«³⁶⁹

Für den wissenschaftlichen Einfluss auf die Entscheidungen werden Berater hinzugezogen, die der neoliberalen Ideologie der MPS angehören.

Ein Abkommen wird geboren

Am 18.12.2020 teilte das Handelsblatt mit: »Bundesregierung dringt auf einen baldigen Abschluss der Verhandlungen mit China über ein Investitionsabkommen. In EU-Kreisen heißt es, Kanzlerin Angela Merkel mache Druck, die Gespräche noch in diesem Jahr während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft abzuschließen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier werde daher in den kommenden Tagen versuchen, skeptische Mitgliedstaaten von einem Abschluss zu überzeugen.«

»Am 30. Dezember 2020 verkündeten die Kommissionschefin Ursula von der Leyen und der Ratsvorsitzende Charles Michel die Einigung: ›Das Abkommen wird europäischen Investoren einen bisher nicht möglichen Zugang zum chinesischen Markt öffnen.‹ Nachfragen? Leider nicht möglich.«³⁷⁰

Die Kritikpunkte summieren sich:

- »Für die stärksten Kritiker macht es das noch schlimmer. Sehenden Auges verkaufe sich Europa unter Merkels Führung an China, ignoriere all seine Werte und beschädige dabei auch noch das gerade erst wieder erwachende transatlantische Bündnis.
- Der versprochene Fortschritt bezüglich Marktzugang und Gleichberechtigung europäischer Unternehmen wird auch in Zukunft in der Praxis vielfach konterkariert werden.
- Europäische Unternehmen sind dabei vor allem als willfähige Modernisierungskatalysatoren willkommen.
- Die zahnlosen Durchsetzungsmechanismen und der ›track record‹ Chinas bei der Einhaltung von internationalen Verpflichtungen wecken Zweifel an der Tragfähigkeit des gesamten Abkommens.
- Das Versprechen besserer Geschäfte wird eingekauft mit einer impliziten Legitimation des Verhaltens der chinesischen Regierung und eines Parteistaats.
- Europäer werden sich weiter bemühen, systematische Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung von demokratischen Kräften nicht einfach zu dulden.
- Es gibt nur eine sehr beschränkte Verankerung von Arbeitsschutzrechten.
- Der Vertrauensverlust dieses zukünftigen Partners in Washington scheint ebenfalls eingepreist gewesen.«³⁷¹

³⁶⁹ (Dingwerth, 2011), S. 130

³⁷⁰ Ulrich Ladurner, 7.1.2021, Zeit Online, Neujahrsgeschenk für den KP-Chef

³⁷¹ Mikko Huotari, 31-12-2020, Handelsblatt, Das EU-China-Abkommen birgt Chancen – aber auch drei große Risiken

Damit ergeben sich noch einfacher Möglichkeiten, Betriebe nach China auszulagern, inklusive der Technologie, und Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen.

Gesetzwerdung in der EU

»Das europäische Recht ist nicht nur verpflichtend für die Mitgliedstaaten [...], es beansprucht sogar Vorrang vor nationalem Recht. Zwar sind viele Vertragsartikel sehr allgemein formuliert und damit stark auslegungsbedürftig. Durch die Rechtsprechung des EuGH und die Rechtsetzung von Kommission, Rat und Parlament ist aber ein weit ausdifferenziertes System präzisen Sekundärrechts entstanden. [...].

Die Streitbeilegung in Fragen des Europarechts wurde vollständig an den EuGH delegiert. Nationale Gerichte letzter Instanz sind verpflichtet, in Auslegungsfragen den EuGH über das Vorabentscheidungsverfahren anzurufen. Die Regeleinhaltung wird von der Kommission überwacht, und Regelverstöße werden von dieser durch Vertragsverletzungsverfahren sanktioniert.«³⁷²

Die legislative Funktion des Ministerrates

»Die legislative Funktion des Ministerrates, also der Vertreter der Exekutive, steht im Widerspruch zu der Idee der Gewaltenteilung. Haben die Regierungsvertreter im Rat einmal Einigkeit über eine komplizierte Frage erreicht, können sie ihre nationalen Parlamente unter Druck setzen, zuzustimmen und nicht der eigenen Regierung in den Rücken zu fallen [...]. Regierungen [aber auch die WTO] können sogar bewusst den Umweg über die europäische Ebene wählen, um Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen, die sich allein auf nationaler Ebene nicht durchsetzen ließen [...]. EG-Ratsverordnungen haben zudem ›Durchgriffswirkung‹, d. h. sie gelten unmittelbar in den Mitgliedstaaten, ohne weiteren Umsetzungsakt durch die nationalen Gesetzgeber. Die indirekte Repräsentation über den Rat ist somit nicht nur lückenhaft, sondern sie unterwandert auch die Kompetenzen der staatlichen Legislative und entwertet somit teilweise die Partizipation an nationalen Parlamentswahlen [...].«³⁷³

Die Beihilfe der EU zur nationalen Deindustrialisierung

Wie gerade der deutsche Autobauer Daimler mitteilte, will er ab 2024 Hunderttausende Motoren in China bauen lassen. Mit der Kooperation des chinesischen Hauptaktionärs will Daimler offenbar seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Geely kann in China zu wesentlich günstigeren Bedingungen produzieren. Daimlers Ziel sei eine jährliche Kosteneinsparung im dreistelligen Millionenbereich.

Bei der Arbeitnehmerseite herrscht indessen Unverständnis für die Entscheidung. »Wir sind fassungslos. Nicht einmal Diskussionen über alternative Fertigungsstandorte waren möglich«,

³⁷² (Dingwerth, 2011), S. 18

³⁷³ (Dingwerth, 2011), S. 90

sagte Michael Häberle, Betriebsratschef des führenden Antriebswerks in Stuttgart-Untertürkheim, der Nachrichtenagentur Reuters.³⁷⁴

Europäische Union (EU)

EU-Organisationsstruktur

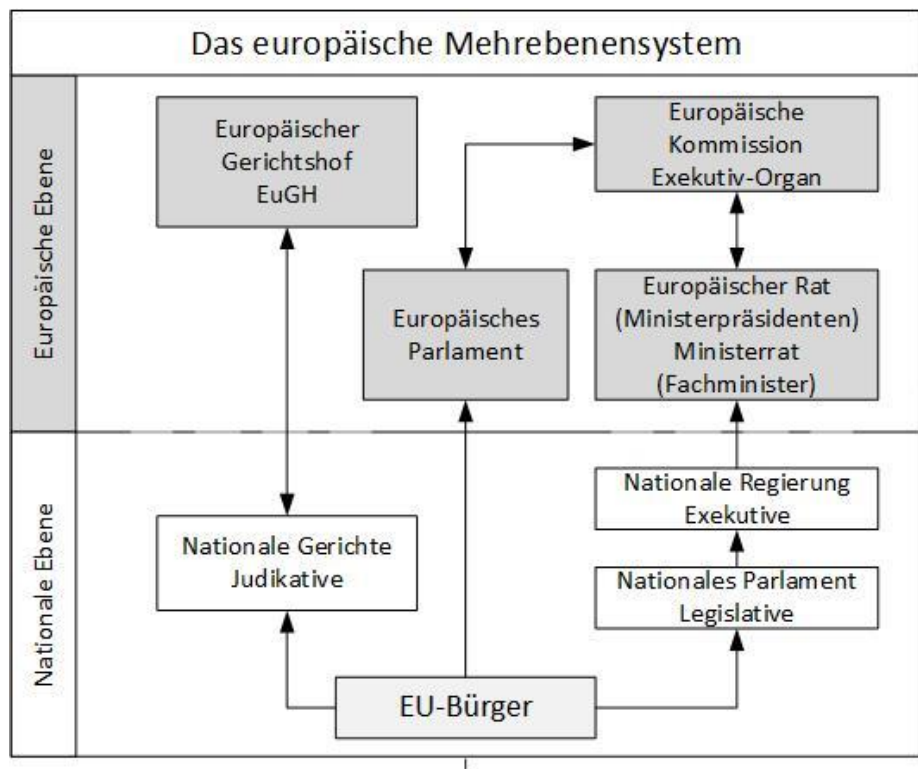


Abbildung 31: Das europäische Mehrebenensystem

Das europäische System orientiert sich an der Gewaltenteilung dem Föderalismus. Die Judikative wird durch den EuGH vorgenommen. Das Europäische Parlament ist die Legislative und die Europäische Kommission ein Exekutiv-Organ, welches die beschlossenen Gesetze überwacht. Doch die Exekutive liegt weiter bei den Nationalstaaten.

Wie eine zweite Kammer (Föderalismus) fungieren der Europäische Rat der Ministerpräsidenten und der Rat der Fachminister. Sie können Gesetze blockieren, wenn diese den nationalen Vorstellungen aus der Legislative nicht entsprechen.

Das System sieht somit auf den ersten Blick sehr demokratisch aus.

³⁷⁴ Business Insider Deutschland, 03 Jan 2021, Betriebsrat ist »fassungslos«: Daimler will Motoren künftig in großem Stil in China bauen lassen

Die Kommission

»Als Exekutivorgan ist die Kommission zuständig für die Durchführung von europäischen Richtlinien sowie Verordnungen und überwacht deren Einhaltung in den Mitgliedstaaten. In der Praxis sind die Durchführungskompetenzen der Kommission beschränkt. So wird sie durch eine Vielzahl von Ausschüssen von den Mitgliedstaaten überwacht [...]. Bei der Umsetzung ist die Kommission mangels eigener Ressourcen zumeist auf die nationalen Verwaltungen angewiesen. Weitreichende Kompetenzen besitzt die Kommission in der Wettbewerbskontrolle. Nach außen vertritt sie die Gemeinschaft in Verhandlungen mit Drittstaaten sowie in internationalen Organisationen. Darüber hinaus verfügt die Kommission über eine zentrale legislative Befugnis: das Gesetzesinitiativrecht. So können europäische Rechtsakte in der Regel nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden bzw. kann die Kommission ihre Vorschläge im Gesetzgebungsprozess auch verändern oder zurücknehmen.«³⁷⁵

Der Europäische Rat (Rat der Ministerpräsidenten)

»Die Zusammenführung der Verträge im Verfassungsvertrag stärkt den Europäische Rat. Der Klub aus Staats- und Regierungschefs übernimmt verstärkt die Aufgabe der Gesamtleitung und fungiert mittels Beschlüssen als der Impulsgeber der EU (Art. I-21 EVV). Er formuliert die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und kann die Aussetzung von Mitgliedschaftsrechten festlegen. [...]. Gesetzgebungskompetenzen kommen dem europäischen Ratgeber auch im EVV explizit nicht zu.«³⁷⁶

Der Europäische Rat dient als übergeordnete Institution insbesondere dazu, bei wichtigen politischen Themen Kompromisse zwischen Mitgliedsstaaten zu finden und grundsätzliche Impulse für die weitere Entwicklung der Union zu setzen.

Der Ministerrat (Fachminister)

»Verglichen mit der Kommission ist die Aufgabenstellung des Rates weniger komplex: Der Rat ist das oberste Entscheidungs- und Rechtsetzungsorgan der EU. Der Rat, oft auch Ministerrat genannt, setzt sich aus einem Minister oder Stellvertreter pro Mitgliedstaat zusammen. Je nach Sachfrage tagen beispielsweise die nationalen Außen-, Finanz- oder Landwirtschaftsminister. Vertreter der nationalen Exekutiven nehmen damit auf europäischer Ebene zentrale legislative Kompetenzen wahr [...]. Für jeweils sechs Monate übernimmt ein Mitgliedstaat den Vorsitz im Rat, die sogenannte Ratspräsidentschaft.«³⁷⁷

Der Ministerrat ist vor allem ein Legislativorgan. Wie eine zweite Kammer kann er die im Parlament beschlossenen Gesetze ablehnen oder blockieren, da Einstimmigkeit erforderlich ist.

³⁷⁵ (Dingwerth, 2011), S. 81

³⁷⁶ (George, 2006), S. 49

³⁷⁷ (Dingwerth, 2011), S. 82

Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament konnte seine Kompetenzen in der Rechtsetzung, bei der Kontrolle der anderen Gemeinschaftsorgane und beim Beschluss des Gemeinschaftshaushalts im Lauf der Zeit beträchtlich ausbauen. Dennoch ist seine Bedeutung im politischen System der EU noch nicht mit den nationalen Parlamenten vergleichbar [...]. Nach dem Mitentscheidungsverfahren, dass seit dem Vertrag von Nizza in den meisten Politikfeldern gilt, ist das Europäische Parlament in der Gesetzgebung dem Rat gleichberechtigt.«³⁷⁸

Der Europäische Gerichtshof

»Angesichts ständig wachsender Aufgaben wurde der EuGH 1989 durch die Einrichtung eines Gerichtshofs erster Instanz entlastet. Beide Gerichte bestehen derzeit aus 27 Richtern (je einer pro Mitgliedstaat), die für sechs Jahre benannt sind. Zwei Verfahren machen den Großteil der Arbeit des EuGHs aus. [...].

In *Vertragsverletzungsverfahren* [...] wendet sich normalerweise die Kommission an den EuGH, wenn ein Mitgliedstaat ihrer Ansicht nach seinen gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. [...].

Zu einem *Vorabentscheidungsverfahren* kommt es, wenn ein nationales Gericht Klärungsbedarf in einer europarechtlichen Angelegenheit sieht. In diesem Fall richtet das nationale Gericht eine Anfrage an den EuGH und unterbricht das eigene Verfahren, bis die Antwort aus Luxemburg vorliegt. Der EuGH fungiert hier nicht als letzte Instanz, denn das abschließende Urteil wird vom nationalen Gericht getroffen. Allerdings ist die Auslegung der europäischen Richter verbindlich, und so tragen die nationalen Gerichte maßgeblich zur Durchsetzung europäischen Rechts bei [...].«³⁷⁹

Kritik an der EU

Der Vertrag von Maastricht und Vertrag von Lissabon

»Die Gründung der Europäischen Union (EU), so die Präambel des Vertrags von Maastricht, sollte den ›Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe‹ heben und zur ›Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas‹ beitragen. Hierfür wurden die Entscheidungsstrukturen auf europäischer Ebene gestärkt, unter anderem durch die größere Mitwirkung des Europäischen Parlaments, und zusätzliche Gemeinschaftskompetenzen in einer Vielzahl von Politikfeldern, nicht zuletzt in der Währungspolitik geschaffen. Nach einem Dreistufenplan zur Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde 1999 der Euro als gemeinsame Währung von inzwischen 15 Ländern eingeführt und die Verantwortung für die Geldpolitik auf die Europäische Zentralbank in Frankfurt übertragen. Schließlich wurden neben den wirtschaftlichen Gemeinschaften auch die Gemeinsame Außen- und

³⁷⁸ (Dingwerth, 2011), S. 83

³⁷⁹ (Dingwerth, 2011), S. 84

Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz (ZJI) in das Vertragsrecht mit aufgenommen [...].«³⁸⁰

»Die Verfassungsbeschwerde und das weit über Deutschland hinaus beachtete Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind weitere Beiträge in der Debatte um ein »europäisches Demokratiedefizit«, die spätestens seit dem Vertrag von Maastricht von 1992 wachsende öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Der europäische Verfassungsvertrag und seine überarbeitete Fassung, der Vertrag von Lissabon, sollten ausdrücklich zu einer Demokratisierung der EU beitragen. Beide Verträge stießen in nationalen Referenden auf Ablehnung: der Verfassungsvertrag 2005 in Frankreich und in den Niederlanden sowie der Vertrag von Lissabon 2008 in Irland. Die Schlussfolgerungen könnten kaum gegensätzlicher sein. Auf der einen Seite wird argumentiert, die Bürger hätten sich von Populisten in die Irre führen lassen und so zeugten die gescheiterten Referenden von den Risiken einer zu weitgehenden Demokratisierung europäischer Politik. Auf der anderen Seite heißt es, die negativen Abstimmungsergebnisse hätten gezeigt, dass die Richtung des europäischen Integrationsprozesses immer weniger dem Willen der betroffenen Bürger entspreche; nötig sei daher mehr, nicht weniger Demokratie in Europa.«³⁸¹

Lobbyismus in der EU

»Neben der Repräsentation durch Parlament und Rat hat sich insbesondere seit Beginn der 1990er-Jahre eine dritte Form der Partizipation auf europäischer Ebene rapide fortentwickelt: die Interessenvertretung durch nicht staatliche Gruppierungen und Lobbyisten. Hatten Mitte der 1980er-Jahre nur wenige hundert Interessengruppen einen Sitz in Brüssel, so waren es im Jahr 2001 etwa 2.300 [...]; neueste Erhebungen gehen von ca. 2.600 Gruppen mit ständigem Büro in Brüssel aus, insgesamt geschätzte 15.000 Einzelpersonen [...]. Wirtschaftsvertreter machen davon etwa zwei Drittel aus; daneben sind in größerer Zahl Lobby- und Rechtsfirmen, gemeinnützige Nichtregierungsorganisationen, Berufsvereinigungen sowie nationale, regionale und lokale Vertretungen präsent; Gewerkschaften sind insgesamt schwächer vertreten [...]. Der Austausch zwischen EU-Organen und nicht staatlichen Interessenvertretern erfolgt auf ganz unterschiedliche Arten – von informellen Kontakten bis hin zu regelmäßigen und strukturierten Treffen [...].«³⁸²

Demokratiebedarf

Michael Blauburger stellt bezüglich des Demokratiebedarfs folgende Fragen und kommt zu dem Schluss, dass der Demokratiebedarf in der EU besonders hoch ist:

- Wie stark sind die Bürger von den Entscheidungen einer internationalen Organisation betroffen?
- Wie umfassend wurden bestimmte Politiken auf internationaler Ebene verrechtlicht?
- Wie viel politischer Handlungsspielraum verbleibt auf unteren Entscheidungsebenen?

³⁸⁰ (Dingwerth, 2011), S. 75

³⁸¹ (Dingwerth, 2011), S. 72

³⁸² (Dingwerth, 2011), S. 90

- Inwiefern sind internationale Organisationen bzw. ihre Organe in der Lage, als eigenständige Akteure zu handeln?

»Je stärker die Bürger von den Entscheidungen einer internationalen Organisation betroffen sind, desto größer ist der Bedarf an demokratischer Legitimation. [...].

Anders als etwa im Fall der WTO lässt sich die EU nicht mehr als funktional begrenzte internationale Organisation beschreiben. Vielmehr nimmt die Agenda europäischer Politik zunehmend »staatsähnliche« Züge an [...].

Das europäische Recht ist nicht nur verpflichtend für die Mitgliedstaaten – wie wir gesehen haben, beansprucht es sogar Vorrang vor nationalem Recht. Zwar sind viele Vertragsartikel sehr allgemein formuliert und damit stark auslegungsbedürftig. Durch die Rechtsprechung des EuGH und die Rechtsetzung von Kommission, Rat und Parlament ist aber ein weit ausdifferenziertes System präzisen Sekundärrechts entstanden. [...].

Dort, wo einheitliches europäisches Recht gesetzt wird, obwohl Probleme auch auf niedrigerer Ebene gelöst werden könnten, bedarf es besonderer demokratischer Legitimation. Eine zentrale Herausforderung für die EU (und generell für föderale Systeme) besteht demnach in der Suche nach »kompatible(n) Formen des Mehrebenenregierens und der Demokratie« [...].³⁸³

Allgemeine Legitimitätskrise der EU

»Die Europäische Union (EU) ist von der Legitimitätskrise internationaler Organisationen nicht ausgenommen. Nicht zuletzt die ablehnenden Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden 2005 haben der Debatte über das »Demokratiedefizit« der EU neue Nahrung gegeben. Zwar verfügt die EU im Vergleich mit anderen internationalen Organisationen über einzigartige demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten, etwa über die Direktwahl zum Europäischen Parlament. Gleichzeitig werden auf europäischer Ebene aber Entscheidungen getroffen, die besonders weit in traditionelle Bereiche staatlicher Politik hineinwirken, zum Beispiel bei der Liberalisierung ehemals geschützter Sektoren wie Post, Energie und Bahn. Kritiker beschreiben diese Entscheidungen oft als bürgerfern und bürokratisch, sie bemängeln die unzureichende Kontrolle der nur indirekt legitimierten Europäischen Kommission durch die Bürger oder den mangelnden Respekt des Europäischen Gerichtshofs vor der Autonomie der Mitgliedstaaten. [...]. Es fehle an einer gemeinsamen Medienöffentlichkeit, in der wichtige Themen europaweit diskutiert werden könnten; die politische Auseinandersetzung vor den Europawahlen bleibe zumeist auf nationale Themen beschränkt; durch die jüngsten Erweiterungen der EU seien die kulturellen und wirtschaftlichen Gegensätze noch viel größer geworden. Wo aber kein Volk (Demos) ist, muss es auch die »Herrschaft des Volkes« (Demokratie) schwer haben. [...].³⁸⁴

Der WTO Hebel in der EU zur Deindustrialisierung

Wie sich aus dem Beispiel der unilateralen Ministerkonferenz der WTO ergibt, bestehen die Mitglieder der Ministerkonferenz aus dem Wirtschaftsminister der Bundesrepublik

³⁸³ (Dingwerth, 2011), S. 84-86

³⁸⁴ (Dingwerth, 2011), S. 18

und Handelskommissar der EU. Der Handelskommissar der EU ist Stellvertreter aller Mitglieder der EU. Entscheidungen der WTO gelangen so in die EU und werden über den EuGH zu überlagernden Gesetzen für die nationale Gesetzgebung, die keine politische Legitimität haben.

Ein weiteres Beispiel stellt die Einigung zwischen der EU und UK dar, wie sie vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik gesehen wird:

»Der zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ausgehandelte Partnerschaftsvertrag trat am 1. Januar 2021 vorläufig in Kraft. [...].

Die Einigung kam gerade noch rechtzeitig, um einen nahtlosen Übergang nach Ablauf der am 31. Dezember 2020 endenden Übergangsphase in einen neuen umfassenden vertraglichen Rahmen zu ermöglichen. Alle 27 Mitgliedstaaten [Rat der Ministerpräsidenten] erteilten dem Abkommen und seiner vorläufigen Anwendung gaben am 29. Dezember 2020 ihre Zustimmung.

Damit das Abkommen endgültig in Kraft treten kann, ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich. Die vorläufige Anwendung gibt dem Europäischen Parlament Zeit, das Abkommen zu prüfen [...].«

Das Europäische Parlament hat damit nur eine nachgeordnete Rolle. Den Vertrag abzulehnen, ist sicher schwierig, weil er in mühevoller Kleinarbeit ausdiskutiert wurde. Die Bedeutung des Parlaments ist damit abgewertet worden.

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)

Zielsetzung

»Gemäß Artikel 1 des am 14. Dezember 1960 in Paris unterzeichneten und am 30. September 1961 in Kraft getretenen Übereinkommens [...] fördert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [Organisation for Economic Cooperation and Development] (OECD) eine Politik, die darauf gerichtet ist:

- In den Mitgliedstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen;
- In den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen;
- Und im Einklang mit internationalen Verpflichtungen auf multilateraler und nicht diskriminierender Grundlage zur Ausweitung des Welthandels beizutragen.

[...]

Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Politikerfahrungen auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, empfehlenswerte Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten. [...]

Sie dient ihren Mitgliedsländern als Plattform für die Diskussion, Evaluation und Verbesserung ihrer Politiken.«³⁸⁵

Mitgliedsländer und Finanzierung

»Das OECD-Abkommen wurde im Jahr 1961 von 20 Staaten unterzeichnet. [...]

Die Anzahl der OECD-Mitgliedsländer liegt 2017 bei 35 [...]. In der Mehrzahl sind dies auch heute weiterhin europäische Staaten: Norwegen, Island, die Schweiz, die Türkei sowie 22 der derzeit 28 EU-Mitgliedsländer. Auch die Europäische Gemeinschaft nimmt an der Arbeit der OECD teil. Die neun nichteuropäischen Mitgliedsländer sind die USA, Kanada, Mexiko, Chile, Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und Israel. [...]

Daneben arbeitet die OECD mit ca. 100 Nichtmitgliedsländern zusammen [...]

Das OECD-Budget umfasste 2015 363 Millionen Euro. Mit 54 % haben Aktivitäten, die aus dem Budget I finanziert werden, den größten Anteil am Gesamtbudget. Daneben gibt es das Budget II und spezifische Budgets z. B. für Pensionszahlungen.

Das Budget I basiert im Wesentlichen auf den Pflichtbeiträgen aller Mitgliedsländer. Neben einer fixen Summe, die alle Mitgliedsländer zahlen, leisten die Mitgliedsländer einen prozentualen Beitrag zum Budget, der entsprechend der Wirtschaftskraft der jeweiligen Länder festgelegt wird.

Daneben können einzelne OECD-Projekte sowohl unter Budget I als auch Budget II von interessierten Mitgliedsländern freiwillig unterstützt werden.«³⁸⁶

Struktur und Arbeitsweise

»Organisatorisch ist die OECD gegliedert in den Rat, das Sekretariat und die Ausschüsse. Das Sekretariat führt Forschungs- und Analysearbeiten auf Wunsch der Mitgliedsländer durch. Vertreter der Mitgliedsländer kommen in den Ausschüssen zur Abstimmung der Arbeitsprogramme, zur Steuerung der einzelnen Projekte, zur Freigabe von Publikationen und Annahme von Richtlinien zusammen. Übergreifende Beschlüsse werden vom Rat gefasst.

Das OECD-Hauptquartier ist im 16. Arrondissement von Paris angesiedelt. Den Kern bildet das Chateau de la Muette. Im Jahr 2008 kehrte ein größerer Teil des OECD-Sekretariats (ca. 1000 Personen) in das renovierte Sekretariatsgebäude in unmittelbarer Nachbarschaft des Chateau de la Muette zurück (Marshall-Gebäude).«³⁸⁷

³⁸⁵ <https://www.kooperation-international.de/laender/multilaterales/oecd/organisation/aufgaben/#c22781>

³⁸⁶ ebenda

³⁸⁷ ebenda

Rat

»Der Rat der OECD (Council) ist das oberste Organ der Organisation. Er setzt sich aus den Botschaftern der OECD-Mitgliedsländer sowie dem Vertreter der Europäischen Kommission zusammen. Er trifft zumeist im Abstand von 2 Wochen zusammen. Einmal im Jahr tagt der OECD Rat auf Ministerebene (sog. Ministerial Council Meeting). Hier werden grundlegende und weitreichende Entscheidungen für die Organisation getroffen. Die Aufgabe des Rates besteht in der Aufsicht und strategischen Leitung der OECD. Der Rat entscheidet über den Umfang der OECD Budgets und das Arbeitsprogramm. Der Rat steht unter dem Vorsitz des Generalsekretärs [...].«³⁸⁸

Sekretariat

»Das Sekretariat steht unter der Leitung des Generalsekretärs. Dieser wird durch vier Vize-Generalsekretäre vertreten und unterstützt. Er führt den Vorsitz im ständigen Rat und bildet das wichtigste Bindeglied zwischen den ständigen Vertretungen der Mitgliedsländer und dem Sekretariat.

Das OECD-Sekretariat unterstützt mit seiner Arbeit die Tätigkeit der zuständigen mitgliedstaatlichen Gremien. Dazu werden Entwürfe von Studien und Richtlinien erarbeitet. Im Sekretariat arbeiten ca. 2.500 Bedienstete (Internationale Beamte) in den beiden offiziellen Arbeitssprachen Englisch und Französisch. Alle Mitgliedsländer sind vertreten.

Das Sekretariat ist in eine Reihe von Untereinheiten (Abteilung, Directorate und Zentren) gegliedert. Die wichtigsten Directorate sind zuständig für:

- Bildung (www.oecd.org/edu)
- Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziales (www.oecd.org/els)
- Entwicklungszusammenarbeit (www.oecd.org/dac)
- Finanzen und Unternehmensangelegenheiten (www.oecd.org/daf)
- Handel und Landwirtschaft (www.oecd.org/tad)
- Öffentliche Verwaltung und räumliche Entwicklung (www.oecd.org/gov)
- Statistik (www.oecd.org/std)
- Umwelt (www.oecd.org/env)
- Wirtschaft (Hauptabteilung) (www.oecd.org/eco) sowie
- Wissenschaft, Technologie und Industrie (www.oecd.org/sti).
- Ausschüsse
- Derzeit gibt es 25 Ausschüsse der OECD, für die die Mitgliedsländer hochrangige Entscheidungsträger der nationalen Verwaltungen als Delegierte nominieren. Wenn man die den Ausschüssen untergeordneten Gremien (Arbeitsgruppen etc.) mitberücksichtigt, liegt die Anzahl mitgliedstaatlicher Gremien der OECD insgesamt bei etwa 200. Da die Gremien in der Regel zweimal jährlich tagen, nehmen jedes Jahr etwa 40.000 Entscheidungsträger an Sitzungen in Paris teil.
- Die Ausschüsse steuern die Arbeit des Sekretariats. So beschließen die Länderdelegierten auf Vorschlag des Sekretariats über das Arbeitsprogramm. Außerdem begutachten die Länderdelegierten vom Sekretariat vorgelegte Entwürfe von Zwischen- und Abschlussberichten und regen Änderungen an.

³⁸⁸ ebenda

- Neben den Vertretern der Mitgliedsstaaten nehmen Repräsentanten der Arbeitgeberseite (Business and Industry Advisory Committee – BIAC) und der Arbeitnehmerseite (Trade Union Advisory Committee - TUAC) regelmäßig an den Sitzungen teil. Die Ausschüsse können darüber entscheiden, ob Vertreter von Nichtmitgliedsländern und Vertreter anderer internationaler Organisationen (z. B. UNESCO, Weltbank, FAO) oder Nichtregierungsorganisationen (z. B. Transparency International, Greenpeace) an der Gremienarbeit beteiligt werden.«³⁸⁹

Generalsekretär

Seit Freitag, den 2.3.2021 steht fest, dass Cormann der Generalsekretär für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nach einer Probeabstimmung unter den 37 Mitgliedsstaaten, nun der Australier im Juni ihr neuer Generalsekretär werden soll.

Es ist ein überraschendes Ergebnis. Als hohe Favoritin galt eigentlich die frühere EU-Kommissarin Cecilia Malmström aus Schweden.

Unumstritten ist seine Wahl an die Spitze der OECD nicht. Deren nun nach 15-jähriger Amtszeit abtretender Generalsekretär Angel Gurría hat die Mitgliedsstaaten zuletzt auf den Kampf gegen den Klimawandel eingeschworen.

Cormann dagegen ist zwar kein Leugner der Klimakrise. Doch Cormann selbst hat in Wahlkämpfen gegen CO₂-Steuern Stimmung gemacht.³⁹⁰

Cecilia Malmström vertrat lange Zeit als Mitglied der Ministerkonferenz der WTO die Interessen der EU und der nicht teilnehmenden Länder der EU. Siehe auch Abschnitt: »Außerplanmäßige unilaterale Ministerkonferenz«.

Ständige Vertretung Deutschlands bei der OECD

»Wie die übrigen Mitgliedsländer unterhält die deutsche Bundesregierung bei der OECD eine ständige Vertretung, in der ein Botschafter und weitere Diplomaten tätig sind. Als Mitglied des OECD-Rates stimmt der deutsche Botschafter nach Absprache mit seinen Ressortmitarbeitern über das Programm ab. Er berät und entscheidet mit über das OECD-Jahresbudget.

Die mit der Mitgliedschaft Deutschlands in der OECD verbundene Arbeit zu Fachthemen wird durch die jeweilig zuständigen Fachministerien geleistet. Vor Ort wird die Arbeit durch die Ständige Vertretung Deutschlands bei der OECD in Paris unterstützt.«³⁹¹

Kritik an der OECD

Betrachtet man die Sache allein auf dem Papier, dann ist kein Bündnis der Welt so gut für den Kampf gegen Steueroasen und Kontotrickser gerüstet wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz OECD.

³⁸⁹ ebenda

³⁹⁰ Jan Bielicki, 13.3.2021, SZ, Neuer OECD-Generalsekretär- Harter Verhandler mit deutschem Akzent

³⁹¹ <https://www.kooperation-international.de/laender/multilaterales/oecd/organisation/aufgaben/#c22781>

Warum also kann die 1961 gegründete OECD dann nicht endgültig die Schließung des letzten Steuerparadieses vermelden, obwohl die Schaffung fairer Steuerregeln doch zu ihren Hauptzielen zählt? Eine Antwort liefert jetzt das Netzwerk Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network, TJN), ein weltweit tätiges unabhängiges Aktionsbündnis mit Sitz in London: Weil es die OECD-Länder selbst sind, die das Gros dieser Paradiese betreiben.

Nach TJN-Recherchen gehen der Staatengemeinschaft durch Gewinnverlagerungen und Steuertricksereien großer Konzerne und reicher Bürger Jahr für Jahr umgerechnet rund 360 Milliarden Euro an Einnahmen verloren. Etwa 205 Milliarden davon gehen auf das Konto von Unternehmen, die Gewinne so lange über Staatsgrenzen in Tochter- und Briefkastenfirmen verschieben, bis sie kaum noch oder gar nicht mehr versteuert werden müssen.

TJN-Chef Alex Cobham sagte, die OECD habe den Versuch aufgegeben, über ein faireres globales Steuerrecht auch für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Stattdessen habe die Organisation »auf Druck von Riesenkonzernen und mächtigen Steueroasen wie den Niederlanden und Großbritannien ein System geschaffen, das die Wünsche der reichsten Unternehmen und Bürger in den Mittelpunkt stellt«. Der sogenannten Country-by-Country-Reporting verpflichtet Unternehmen dazu, Umsätze, Mitarbeiterzahlen und andere Kennziffern nach Ländern aufzuschlüsseln. So soll verhindert werden, dass Firmen in einem Land keinerlei Steuern zahlen, obwohl sie dort womöglich hohe Gewinne erwirtschaftet haben. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit moniert nun jedoch, Deutschland und Spanien hätten ihre eigentlich recht guten Regelwerke verwässert - auf Druck der OECD.³⁹²

Wie auch bei der WTO werden die Regeln von Mitgliedern des Rates aufgestellt und gehen an den Parlamenten vorbei. Auch hier haben sich oligarchische Strukturen entwickelt, deren Ziele von den reichsten Bürgern vorgegeben werden.

³⁹² Vgl. Claus Hulverscheidt, 9.3.2021, SZ, Steueroasen - Warum OECD-Länder im Kampf gegen die Geldflucht versagen

Über den Autor

Ich wurde 1940 in Berlin-Kreuzberg geboren. Heute lebe ich als Rentner in Kroatien, was den Vorteil hat, sich um die Dinge kümmern zu können, die mich mein ganzes Leben beschäftigt haben, für die ich jedoch vorher keine Zeit hatte.

Mein Erwerbsleben war ungewöhnlich. Mit dem Ende meiner Grundschulzeit wurde mein Vater Rentner und war um den Verlust des Einkommens für die Familie besorgt. Er baute mich daher gegenüber seinen Vertragspartnern als Nachfolger auf. Aus meinem Wunsch, Elektroingenieur zu werden, wurde daher nichts.

Auch wenn mich die Tätigkeit von selbstständigen Vertretungen langweilte, so hatte sie doch einen gravierenden Vorteil. Ich konnte mir die Arbeit selbst einteilen und nebenbei anderen Interessen nachgehen. Der Reiz lag in der Entdeckung von Unbekanntem, und mit dem Erwerb eines Fabrikationsbetriebes für Elektrolytkondensatoren, den ich schnellsten automatisierte, legte ich den Grundstein für eine neue Karriere. Sehr schnell stellte ich fest, dass ich zwar den technologischen Anforderungen gewachsen war, den betriebswirtschaftlichen jedoch nicht. Nach dem Abschluss des Abiturs an einer Abendschule studierte ich Wirtschaft an der Freien Universität Berlin mit den Spezialisierungen Geld-, Investitions- und Währungstheorie, Investition und Finanzierung sowie Informationstechnologie und Datenverarbeitung.

Mitte der 70er-Jahre erlebte ich eine überraschende und unerwartete Konkurrenzsituation. Japanische Firmen boten die Produkte zu Preisen an, die unter meinen Einkaufspreisen für Material lagen. Die Fabrik hatte keine Zukunft mehr. Ich verkaufte die Fabrik, die damit zu den ersten Globalisierungsopfern zählte. Mit dem Ende des Studiums löste ich mich auch von den Vorgaben meines Vaters. Die Familie, soweit noch vorhanden, war inzwischen unabhängig.

Einige Jahre beschäftigte ich mich als Dozent in der Erwachsenenbildung im Bereich Informationstechnologie und Wirtschaft, bevor ich als Unternehmensberater für Banken, Versicherungen und Großbetriebe in der Informationstechnologie tätig wurde. Die verschiedenen Einblicke in unterschiedliche wirtschaftliche Bereiche in Bezug zur Theorie haben auch zur Entstehung dieses Buches beigetragen.

www.thurnhofer.info

Literaturverzeichnis

(kein Datum). Von Friedrich Ebert Stiftung. abgerufen

AbgeordnetenWatch. (). *wenn-grosse-medienhaeuser-parteien-spenden*. Abgerufen am 22. 11 2020 von [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de):

<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/parteispenden/wenn-grosse-medienhaeuser-parteien-spenden>

ARD, B. (20. 7 2020). *CureVac holt sich neuen Partner*. Abgerufen am 17. 10 2020 von <https://boerse.ard.de/aktien/glaxo-steigt-bei-curevac-ein100.html>

Beckedahl, M. (4. 1 2018). *Danke, Helmut Kohl: Kabelfernsehen statt Glasfaserausbau*. Abgerufen am 2. 12 2020 von [Netzpolitik.org](https://netzpolitik.org):

<https://netzpolitik.org/2018/danke-helmut-kohl-kabelfernsehen-statt-glasfaserausbau/>

Bieling, H.-J. (2000). *Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Koalition*. (F. E. (FEG), Herausgeber) Abgerufen am 7. 12 2020 von core.ac.uk: <https://core.ac.uk/download/pdf/71739419.pdf>

BlmA. (). <https://rhein-neckar.bundesimmobilien.de/>. Abgerufen am 6. 11 2020 von <https://rhein-neckar.bundesimmobilien.de/182820/bundesanstalt-fur-immobilienaufgaben>

BMAS, B. f. (2021). *Rat der Arbeitswelt*. Abgerufen am 27. 2 2021 von [rat der Arbeitswelt](https://www.rat-der-arbeitswelt.de/): <https://www.rat-der-arbeitswelt.de/>

Bogumil, J. (1 2010). *Parteien in der Kommunalpolitik- Hoffnungsträger oder Auslaufmodell?* Von [researchgate.net](https://www.researchgate.net):

https://www.researchgate.net/publication/226295984_Parteien_in_der_Kommunalpolitik_Hoffnungstrager_oder_Auslaufmodell abgerufen

Brune, J. P. (kein Datum). *Katapult - Was bedeutet Armut? Menschenwürde für 3,76 Euro am Tag*. (K. gUG, Hrsg.) Abgerufen am 5. 11 2020 von <https://mobile.katapult-magazin.de/?mpage=a&l=0&artID=745>

Brünler, N. (30. 11 2020). *Wie "der Markt" und seine "zauberhafte Hand" den Breitbandausbau regeln: gar nicht*. Abgerufen am 2. 12 2020 von [@linke_sachsen](https://twitter.de)

Buchter, H. (2015). *Blackrock*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. Abgerufen am 10. 10 2020

Cueni, C. (). *Das große Spiel* (Kindle Roman Ausg.). München: Wilhelm Heyne Verlag.

Dagg, J. (16. 10 2020). *Jessica Rosenthal: Mögliche Kevin Kühnert-Nachfolgerin im Interview*. *jetzt*. Abgerufen am 17. 10 2020 von <https://www.jetzt.de/politik/im-november-waehlen-die-jusos-ihre-n-neue-n-vorsitzende-n-jessica-rosenthal-ist-bislang-die-einzige-kandidatin>

Daniels, J. v. (23. 11 2017). *Zeit Online*. Abgerufen am 4. 11 2020 von <https://www.zeit.de/arbeit/2017-11/usa-mindestlohn-arbeiterbewegung-fight-for-15/komplettansicht>

- DGB. (15. 3 2017). *Arbeitsmarkt - Fakten statt Zerrbilder? "Die Arbeitgeber" im DGB-Faktencheck*. Abgerufen am 4. 12 2020 von Deutscher Gewerkschaftsbund: <https://www.dgb.de/themen/++co++671d8272-095d-11e7-b58e-525400e5a74a>
- Dingwerth, K. u. (2011). *Postnationale Demokratie - Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO* (Bd. 47). (Springer, Hrsg.) Wiesbaden: VS Verlag.
- DIW. (15. 7 2020). *Vermögenskonzentration in Deutschland höher als bisher bekannt*. Abgerufen am 6. 11 2020 von diw.de: https://www.diw.de/de/diw_01.c.793891.de/vermoegenskonzentration_in_deutschland_hoehere_als_bisher_bekannt.html
- Drechsel-Grau, M., Peichl, A., & Kai Daniel Schmid, K. D. (10 2015). *Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland / Spitzeneinkommen – ein Missing-Link*, 95. Jahrgang, Heft 10. Abgerufen am 12. 12 2020 von Wirtschaftsdienst - Zeitschrift für Wirtschaftspolitik: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2015/heft/10/beitrag/einkommensverteilung-und-gesamtwirtschaftliche-entwicklung-in-deutschland-spitzeneinkommen-ein-missi.html>
- Eisenreich, R. (13. 11 2016). *Warum die Wiener so günstig wohnen können*. Abgerufen am 6. 11 2020 von Süddeutsche Zeitung: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/report-warum-die-wiener-so-guenstig-wohnen-koennen-1.3245115>
- Familienunternehmen. (). *Die Familienunternehmen - Wir sind die Wirtschaft*. Abgerufen am 15. 12 2020 von <https://www.familienunternehmer.eu/>: https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/ueber_uns/familienunternehmen_portraitbroschuere.pdf
- FAMILIENUNTERNEHMER, D. (12. 12 2019). <https://www.familienunternehmer.eu>. Von https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/ueber_uns/familienunternehmen_portraitbroschuere.pdf abgerufen
- Felber, C. (2017). *Ethischer Welthandel - alternativen zu TTIP, WTO & Co*. Wien: Deuticke im Paul Zsolnay Verlag.
- Fraunhofer. (2020). *Aktuelle Fakten zur Photovoltaik in Deutschland*. Freiburg: Fraunhofer - ISE. Abgerufen am 26. 1 2021 von <https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/aktuelle-fakten-zur-photovoltaik-in-deutschland.pdf>
- Friedman, T. L. (2006). *Die welt ist flach. eine kurze Geschichte des 21. jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gänger, J. (28. 4 2020). "Es wird noch schlimmer" - Lufthansa kämpft ums Überleben. NTV. Abgerufen am 17. 10 2020 von <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Lufthansa-kaempft-ums-Überleben-article21744897.html>
- George, S. u. (2006). *Das kritische EU-Buch - Warum wir ein anderes Europa brauchen*. (Atac, Hrsg.) Wien: Deuticke.

- Grabka, A. T. (6. 7 2017). *DIW WOCHENBERICHT NR. 27/2017*. Abgerufen am 12. 12 2020 von http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.560982.de/17-27-3.pdf
- Greenpeace. (30. 12 2004). *10 JAHRE WTO: 10 KAPITALE FEHLER IM SYSTEM - Das Jubiläum der Welthandelsorganisation liefert alles andere als einen Grund zum Feiern*. Abgerufen am 20. 12 2020 von Greenpeace: <https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/wirtschaft/10-jahre-wto-10-kapitale-fehler-im-system>
- Groß, E. J. (2010). *Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen*: (Bd. Deutsche Zustände. Folge 9). (W. Heitmeyer, Hrsg.) Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Grüne. (19. 3 2021). *DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN*. Abgerufen am 21. 3 2021 von Gruene.de: https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammentwurf.pdf
- Grünen, B. d. (2019). Handeln - und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land. *WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen*, (S. 37). Bielefeld. Von <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf> abgerufen
- Grünen, B. d. (2019). Klimakrise: eine Frage globaler Gerechtigkeit. *WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen*, (S. 9). Bielefeld. Von <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Klimakrise-eine-Frage-globaler-Gerechtigkeit-Beschluss-BDK-11-2019.pdf> abgerufen
- Grünen, B. d. (2019). Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische. *44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz*. Bielefeld: Bundesdelegiertenkonferenz. Von <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Zukunftsfahig-wirtschaften-fuer-nachhaltigen-Wohlstand-Beschluss-BDK-11-2019.pdf> abgerufen
- Hardt, M. u. (2003). *Empire. die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Hartmann, M. (2018). *Die Abgehobenen - Wie die Eliten die Demokratie gefährden* (Kindle Ausg.). Frankfurt: Campus Verlag.
- Heidtmann, J. (4. 10 2020). *SZ.de*. Abgerufen am 18. 10 2020 von <https://www.sueddeutsche.de/politik/wohnen-gentrifizierung-berlin-genossenschaft-1.5052959>
- Heimberger, P. (3. 12 2020). *Beschäftigungsschutz ist kein Jobkiller*. Abgerufen am 2. 12 2020 von Makronom: <https://makronom.de/strukturen-reformen-beschaeftigungsschutz-ist-kein-jobkiller-37746>
- Hoffmann, C. (12. 6 2017). *Deutschland spart sich sein Wachstum kaputt*. Von Süddeutsche zeitung: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-deutschland-spart-sich-sein-wachstum-kaputt-1.3541455> abgerufen
- Hontschik, B. (2019). *Erkranken schadet ihrer Gesundheit*. Frankfurt: Westend Verlag.

- Horn, G. A. (2020). *Gegensteuern - Für eine neue Wirtschaftspolitik gegen Rechts*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Huffscheid, J. (2002). *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Kalmbach, P. (2000). *Höhere Arbeitsmarktflexibilität oder flexiblere Wirtschaftspolitik?*, Wirtschaftspolitische Diskurse . Abgerufen am 7. 12 2020 von Friedrich Ebert Stiftung: <http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00964toc.htm>
- Kaufman, D. (27. 11 2020). *Wird Deutschland jetzt Batterieweltmeister?* Abgerufen am 23. 12 2020 von DW: <https://www.dw.com/de/wird-deutschland-jetzt-batterieweltmeister/a-55751465>
- Klein, A. A. (2010). *Abwertung im Namen der Gerechtigkeit* (Bd. Deutsche Zustände. Folge 9.). (W. Heitmeyer, Hrsg.) Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Krugman, P. R. (2006). *Internationale Wirtschaft*. Germany: Pearson Studium.
- Lobbypedia. (). *Initiative neue soziale marktwirtschaft*. Abgerufen am 22. 11 2020 von Lobbypedia.de: https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_neue_soziale_marktwirtschaft
- Lobbypedia. (). *Mont Pelerin Society*. Von Lobbypedia: https://lobbypedia.de/wiki/Mont_Pelerin_Society abgerufen
- Lobbypedia. (). *Parteispenden*. Abgerufen am 25. 11 2020 von Lobbypedia.de: <https://lobbypedia.de/wiki/Parteispenden>
- Lobenstein, C. (28. 7 2016). *Interview - Susanne Klatten: Ich bin mehr als eine reiche Erbin*. Von Die Zeit: <https://www.zeit.de/2016/32/susanne-klatten-spenden-philanthropie> abgerufen
- Markus M. Grabka, C. H. (2020). *DIW Wochenbericht 40 / 2019, S. 735-745*. (DIW, Hrsg.) Von https://www.diw.de/de/diw_01.c.679909.de/publikationen/wochenberichte/2019_40_1/vermoegensungleichheit_in_deutschland_bleibt_trotz_deutlich_steigen_der_nettovermoegen_anhaltend_hoch.html abgerufen
- Martin Greive, M. S. (8. 2 2020). *Wie der Staat zum Bauherr wird*. *Handelsblatt*. Von <https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/wohnungsmarkt-wie-der-staat-zum-bauherr-wird/25519422.html?ticket=ST-2362166-Mu9PdMCfmNRyuMFdthTj-ap2> abgerufen
- Mazzucato, M. (2014). *Das Kapital des Staates*. (U. Schäfer, Übers.) München: Antje Kunstmann.
- Murphy, R. (2012). *Ausmaß der Steuerflucht - in Panama Papers: Schmutziges Geld und Steuertricks*. (D. D. Linken, Hrsg.) Abgerufen am 16. 12 2020 von dielinke-europa.eu: <https://www.fabio-de-masi.de/kontext/controllers/document.php/287.f/.../c85e48.pdf>
- Murray, G. u. (2012). *Financial Elites and Transnational Business. Who Rules the World?* Cheltenham und Northampton: Edward Elgar Pub.
- Netzwerk-Bürgerbeteiligung. (). *Zukunft der Bürgerbeteiligung*. Abgerufen am 27. 11 2020 von netzwerk-buergerbeteiligung.de: <https://www.netzwerk->

- buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/thesenpapier_lokale_demokratie_endfassung_ha_07_11_2013.pdf
- Nussbaum, M. C. (2000). *Women and Human Development*. Cambridge.
- Nussbaum, M. C. (2006). *Frontiers of Justice: Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge.
- Nussbaum, M. C. (2011). *Creating Capabilities*. Cambridge.
- Ötsch, W. u. (2015). *Marktradikalismus als Politische Ökonomie - Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945* (Bd. ICAE Working Paper Series Nr.38). Linz: Johannes Kepler Universität.
- Paritätischer. (2020). *Armutsbericht 2019: "30 Jahre Maurefall - ein viergeteiltes Deutschland"*. Abgerufen am 10. 12 2020 von Paritätischer Gesamtverband: <http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/armutsbericht/armutsberichte-von-1989-bis-heute/>
- Paul, U. (12. 11 2020). *Wohnungsmarkt - „Fast halb Berlin gehört einigen tausend Multimillionären“*. Abgerufen am 27. 11 2020 von Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/neue-studie-zur-frage-wem-gehoert-die-stadt-li.118155>
- Plehwe, D. (). *Revisiting and Revising World-Wide Neoliberalism*. Abgerufen am 23. 11 2020 von researchgate.net: https://www.researchgate.net/publication/344092743_Revisiting_and_Revising_World-Wide_Neoliberalism
- Regionalwert-AG. (). *Regionalwert AG - Bürgeraktiengesellschaft*. Von Regionalwert AG, Freiburg: <https://www.regionalwert-ag.de/> abgerufen
- Rügemer, W. (10 2016). *Blackrock-Kapitalismus - Das neue transatlantische Finanzkartell*. (B. Verlagsgesellschaft, Hrsg.) *Bätter für deutsche und internationale Politik*. Abgerufen am 14. 10 2020 von www.blaetter.de
- Rügemer, W. (14. 9 2020). *Telepolis*. Abgerufen am 17. 09 2020 von <https://www.heise.de/tp/features/Kapitalismus-am-Pranger-wo-aber-bleibt-BlackRock-4892592.html>
- Rügemer, W. (17. 01 2021). *Noch mehr BlackRock in der US-Regierung*. (Heise-Online, Herausgeber) Abgerufen am 18. 01 2021 von Telepolis: <https://www.heise.de/tp/features/Noch-mehr-BlackRock-in-der-US-Regierung-5023050.html>
- Schmelzer, M. (2010). *Freiheit für Wechselkurse und Kapital Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society*. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Schmidt, V. A. (18. 12 2013). *Warum behaupten sich neoliberale Ideen so hartnäckig?* Abgerufen am 4. 12 2020 von Gegenblende: <https://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++c9b84526-67f2-11e3-8e2b-52540066f352>
- Sebastian Dullien, T. K. (3 2020). *WEGE AUS DER WOHNUNGSKRISE - Vorschlag für eine Bundesinitiative „Zukunft Wohnen“*. *IMK Report*. Abgerufen am 17. 10 2020 von https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_156_2020.pdf

- Sell, S. (4. 1 2018). *Zwischen Jobwunder und Jobdilemma*. Abgerufen am 10. 12 2020 von Makronom: <https://makronom.de/analyse-zum-deutschen-arbeitsmarkt-zwischen-jobwunder-und-jobdilemma-24693>
- Slobodian, Q. (2019). *Globalisten*. (S. Gebauer, Übers.) Berlin: Suhrkamp.
- Sloterdijk, P. (13. 6 2009). *Die Revolution der gebenden Hand*«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.06.2009*. Von Frankfurter Allgemeine Zeitung: <https://petersloterdijk.net/2009/06/die-revolution-der-gebenden-hand/> abgerufen
- SOLDT, R. (8. 11 2020). *Die Grünen bekommen Konkurrenz*. Abgerufen am 8. 11 2020 von FAZ: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fridays-for-future-klimaschutzpartei-greift-gruene-an-17036123.html>
- Spiegel, D. (7. 10 2020). *Armut in Deutschland. Versorger klemmten 289.000 Haushalten den Strom ab*. Abgerufen am 11. 10 2020
- Spiegel, D. (6. 11 2020). *Ehepaare verfügen im Schnitt über 2907 Euro netto*. Abgerufen am 7. 11 2020 von Spiegel Wirtschaft: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/ruhestand-ehepaare-verfuegen-in-schnitt-ueber-2907-euro-netto-a-a5168046-1efe-48c8-be95-726115679249>
- Steuer, H. (26. 10 2016). *SCHWEDISCHER STAATSFONDS AP7 - Rendite fernab von Anleihen*. Abgerufen am 6. 11 2020 von Handelsblatt: <https://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/fonds-etf/schwedischer-staatsfonds-ap7-rendite-fernab-von-anleihen-/14739364.html?ticket=ST-7924497-Ld9EFK9dNKee11k05xq2-ap2>
- Stiftung-Mitarbeit. (). Von Wegweiser Bürgergesellschaft: <https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/grundlagen-leitlinien/grundlagen/zukunft-der-buergerbeteiligung/> abgerufen
- Streck, W. (2015). *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Thurnhofer, P. (2019). *Wohlstand für alle ist notwendig und machbar*. Berlin: Nora Verlagsgemeinschaft.
- Tolksdorf, M. (1988). *Die Währungsturbulenzen der 70er und 80er Jahre*. (W. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Herausgeber) Von link.springer.com: https://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-322-95526-5_3 abgerufen
- Vieth, F. (kein Datum). *Historische Entwicklung von GATT und WTO* (Kindle Ausg.). GRIN Verlag.
- Walpen, B. (2004). *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*. Hamburg: VSA Verlag. Von https://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Walpen_Die_offenen_Feine_und_ihre_Gesellschaft.pdf abgerufen
- Walter Ötsch, W. u. (2015). *Marktradikalismus als Politische Ökonomie - Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945*. Johannes Kepler Universität, Institut für Gesamtanalyse der Wirtschaft. Linz: ICAE Working

- Paper Series. Abgerufen am 10. 11 2020 von
https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp38.pdf
- Weiermann, S. (18. 10 2020). *Staatseinstieg, Verkauf oder Weiter so*. Abgerufen am 24. 11 2020 von neues-deutschland.de: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1143267.thyssen-krupp-staatseinstieg-verkauf-oder-weiter-so.html>
- Wilkins, A. (27. 11 2020). *Glasfaser: Deutsche Bahn will Vernetzung ihrer Strecken vollenden*. Abgerufen am 2. 12 2020 von heise online:
https://www.heise.de/amp/news/Glasfaser-Deutsche-Bahn-will-Vernetzung-ihrer-Strecken-vollenden-4972933.html?__twitter_impression=true
- Witsch, K. (27. 8 2019). *ERNEUERBARE ENERGIEN - Warum trotz hoher Nachfrage immer noch deutsche Solarfirmen pleitegehen*. Abgerufen am 23. 12 2020 von Handelsblatt:
<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/erneuerbare-energien-warum-trotz-hoher-nachfrage-immer-noch-deutsche-solarfirmen-pleitegehen/24943702.html?ticket=ST-17242448-FKcFwsYcrBKfU6BLppm9-ap1>
- Zeitler, G. (2006). *Der Freihandelskrieg - Von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung*. Münster: Monsenstein und Vanerdat Verlag.